

Gemeinderat der Bundeshauptstadt Wien

19. Wahlperiode

30. Sitzung vom 21. November 2012

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1. Entschuldigte Gemeinderätinnen bzw Gemeinderäte	S. 3	9. 03519-2012/0001-GFW; MA 5, P 4: Fortführung ZIT Media 2013 – 2016	
2. Fragestunde		03520-2012/0001-GFW; MA 5, P 5: Maßnahmen für Creative Industries; Barodotation an die Wirtschaftsagentur Wien	
1. Anfrage (FSP – 04081-2012/0001 – KFP/GM)	S. 3	03600-2012/0001-GFW; MA 5, P 6: Fonds der Stadt Wien	
2. Anfrage (FSP – 04077-2012/0001 – KSP/GM)	S. 6	Abstimmung	S. 47
3. Anfrage (FSP – 04083-2012/0001 – KU/GM)	S. 10	10. 03673-2012/0001-GFW; MA 5, P 9: 9. GR-Subventionsliste 2012	
4. Anfrage (FSP – 04082-2012/0001 –KVP/GM)	S. 12	Abstimmung	S. 47
5. Anfrage (FSP – 03716-2012/0001 –KFP/GM)	S. 15	11. 02938-2012/0001-GKU; MA 7, P 14: Subvention Verein Stadtforum	
3. Ordnungsruf an GR David Ellensohn	S. 18	03632-2012/0001-GKU; MA 7, P 15: Förderung diverser Theatergruppen und -institutionen	
4. AST/04115-2012/0002-KFP/AG: Aktuelle Stunde zum Thema "Soziale Kälte im rot/grünen Wien – Heizkostenzuschuss muss bleiben" Rednerinnen bzw Redner: GR Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 18	03767-2012/0001-GKU; MA 7, P 16: Subvention Verein Stadtimpuls	
GRin Ingrid Korosec	S. 19	Berichterstatter GR Ernst Woller	S. 47
GRin Birgit Hebein	S. 20	Rednerinnen bzw Redner: GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 47
GRin Gabriele Mörk	S. 20	GR Mag Gerald Ebinger	S. 47
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 21	GRin Susanne Bluma	S. 49
GR David Ellensohn	S. 22	GR Mag Klaus Werner-Lobo	S. 49
GR Johann Herzog	S. 23	StRin Veronika Matiassek (zur Geschäftsordnung)	S. 51
GR Kurt Wagner	S. 23	Abstimmung	S. 51
5. Mitteilung des Einlaufs	S. 24	12. 03768-2012/0001-GKU; MA 7, P 20: Subvention Wiener Symphoniker	
6. Gemäß § 26 WStV ohne Verhandlung angenommene Anträge des Stadtsenates	S. 24	Berichterstatter GR Ernst Woller	S. 51
7. Umstellung der Tagesordnung	S. 25	Redner: GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 51
8. 00592-2012/0001-GFW; MA 5, P 3: Förderrichtlinien der U-Bahn-Hilfsaktion Berichterstatter GR Friedrich Strobl	S. 25	GR Mag Gerald Ebinger	S. 52
Rednerin bzw Redner: GR Dipl-Ing Roman Stiftnr	S. 25	GR Dr Harald Troch	S. 52
GR Mag Rüdiger Maresch	S. 28	Abstimmung	S. 53
GR Anton Mahdalik	S. 31	13. 03695-2012/0001-GWS; MA 69, P 25: Verlängerung der Option zu Gunsten der LSE Liegenschaftsstrukturentwicklungs GmbH Sportanlage 10, Windtenstraße (ehemals Eisring Süd)	
GR Franz Ekkamp	S. 33	Abstimmung	S. 53
GR Ing Mag Bernhard Dworak	S. 36	14. 03581-2012/0001-GJS; MA 13, P 12: Subvention Verein Juviso	
GRin Mag Dr Barbara Kappel	S. 37	Abstimmung	S. 53
GR Mag Wolfgang Jung	S. 40	15. PGL - 04135-2012/0001 - KVP/MDGF: Dringliche Anfrage von GRin Ing Isabella Leeb, GRin Mag Ines Anger-Koch und GR Dr Wolfgang Ulm betreffend "Bauskandal Stadthallenbad"	
GR Franz Ekkamp	S. 42	Begründung durch GRin Ing Isabella Leeb	S. 53
GR Karlheinz Hora	S. 43		
Berichterstatter GR Friedrich Strobl	S. 45		
GR Mag Wolfgang Jung (zur Geschäftsordnung)	S. 46		
Abstimmung	S. 46		

Beantwortung von Amtsf StR		GR David Ellensohn	S. 63
Christian Oxonitsch	S. 56	GR Mag Dietbert Kowarik	S. 63
Rednerin bzw Redner:		GR Mag Thomas Reindl	
GR Dr Wolfgang Ulm	S. 60	(zur Geschäftsordnung)	S. 65
GR Mag Wolfgang Jung		GR Heinz Vettermann	S. 66
(zur Geschäftsordnung)	S. 62	GR Dr Wolfgang Aigner	S. 68
GR Dipl-Ing Martin Margulies		GRin Mag Dr Barbara Kappel	
(zur Geschäftsordnung)	S. 62	(tatsächliche Berichtigung)	S. 69

(Beginn um 9 Uhr.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Wir wollen ja heute wieder sehr pünktlich beginnen. Es ist 9 Uhr. Ich wünsche einen wunderschönen guten Morgen. Die Plätze werden sich im Laufe des Tages noch füllen.

Ich eröffne die Sitzung des Gemeinderats.

Entschuldigt während des gesamten Tages sind GR Seidl, GR Mag Dr Wansch, GRin Mag Wurzer. Die Frau Amts StRin Mag Wehsely ist ab 10 Uhr bis zirka 13 Uhr dienstlich verhindert.

Wir kommen nun zur Fragestunde.

Die 1. Anfrage (FSP - 04081-2012/0001 - KFP/GM) wurde von Herrn GR Gerhard Haslinger gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales gerichtet.

(In der 37. Sitzung des Drogenbeirates im Dezember 2011 wurde über den schädlichen Gebrauch von Benzodiazepinen gesprochen. Dabei wurde auch von wissenschaftlichen Empfehlungen berichtet, die eine zusätzliche Verordnung von Benzodiazepinen bei Suchtkranken als problematisch sehen. In der Suchtherapie ist auch der Monotherapie der Vorzug zu geben. Diese Empfehlung wurde an Ärztinnen/Ärzte der Substitutionsbehandlung weitergegeben. Da bei Zuwiderhandeln dieser Empfehlung keine Sanktionen vorgesehen sind, werden in Wien als einzigem Bundesland, nach wie vor, Substitutionsmittel und Benzodiazepine uneingeschränkt verschrieben. Dies führt auch dazu, dass Wien als Umschlagplatz für Drogenersatzstoffe und psychotrope Substanzen geworden ist. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um diese untragbare Situation abzustellen?)

Bitte, Frau Stadträtin, trotz des zeitlichen Drucks.

Amts StRin Mag Sonja **Wehsely**: Danke, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ganz besonders herzlichen Dank an all jene, die heute schon zu Beginn der Sitzung hier sind. Herr GR Haslinger, einen schönen guten Morgen!

Sie stellen eine Frage über den Missbrauch von Benzodiazepinen, und zwar ob bei Zuwiderhandeln etwas passieren kann.

Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir hatten ja im Drogenbeirat bereits mehrmals die Gelegenheit, darüber zu sprechen. Mir ist wichtig, einleitend festzuhalten, dass von der von Ihnen angesprochenen uneingeschränkten Verschreibung nicht die Rede sein kann. Die Substitutionsbehandlung und auch die Verschreibung von Benzodiazepinen unterliegen genauen gesetzlichen Regelungen, keinen landesgesetzlichen, sondern bundesgesetzlichen Regelungen und Leitlinien. Entgegen Ihrer Frage ist gerade Wien das erste Bundesland, das Maßnahmen gegen den Missbrauch von Substitutionsmitteln und Benzodiazepinen entwickelt hat. Die Ärztekammer, die Apothekerkammer, die Gebietskrankenkassa, ganz wichtig die Polizei, die MA 40, die MA 15, die Gesundheitsämter und die Amtsärzte haben hier, wie Sie wissen – aber ich sage es jetzt noch einmal zur Beantwortung der Frage – Arbeitsgruppen, wo diese Vorgangsweise auch ausgemacht wurde und wo auf mehreren Ebenen aufeinander abgestimmt wird.

Als Maßnahmen im Bereich der medizinischen Behandlung wurden seit vielen Jahren unter Federführung des in der Substitutionsbehandlung erfahrenen Arztes und Drogenbeauftragten der Stadt Wien, Dr David, unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Wiener Sachverständigenkommission und unter Einbeziehung von namhaften Fachexperten und Fachexpertinnen auf Ebene des Bundesministeriums für Gesundheit vom Ausschuss für Qualität und Sicherheit gemäß § 23k der Suchtgiftverordnung die Grundlage für Leitlinien für die Stabilisierung, Eingrenzung und Senkung des Benzodiazepinkonsums der Patientinnen und Patienten in der Substitutionsbehandlung erarbeitet.

Der Leitlinie liegt das Wissen zugrunde, dass es sich bei Menschen mit multipler Substanzabhängigkeit um schwerstkranken Patientinnen und Patienten handelt, deren Erkrankung es eben ist, dass sie ihren Suchtmittelkonsum nicht kontrollieren können und einen hochrisikanten Substanzkonsum, einschließlich des Mischkonsums von verschiedenen Substanzen aufweisen. Oberste Priorität muss in diesen Fällen die Schadensbegrenzung haben – ich glaube, auch hier sind wir uns einig –, ohne das Ziel der Beendigung des Missbrauchs aus den Augen zu verlieren. Auch das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

Das heißt, erstens muss es das Ziel sein, Patientinnen und Patienten in der Substitutionsbehandlung zu halten und zu schauen, dass der regelmäßige Kontakt mit dem Arzt da ist.

Zweites Ziel ist – und das ist auch ganz wichtig –, der Ärzteschaft mit dieser Leitlinie eine Reihe von Empfehlungen zur Unterstützung bei der Behandlung für die Patientinnen und Patienten zur Hand zu geben.

Die Leitlinie versteht sich als ein Schritt in Richtung der Entwicklung eines State of the Art in der Behandlung von multiplen Suchtsubstanzabhängigkeiten. Sie soll die Ärztinnen und Ärzte fachlich unterstützen, um beim Umgang mit schädlichem Gebrauch auch die beste Behandlung zu bieten. Ganz wichtig ist, die Leitlinie wurde – und Sie waren ja auch dabei – am 3. Mai hier auch präsentiert.

Dieser Ausschuss für Qualität und Sicherheit hat die legislativen Maßnahmen empfohlen. Die Änderung der Rechtsvorschrift als letzter Schritt eines Bündels von Maßnahmen erfolgt, um eine Risikoreduzierung – genau jenes Problems, das Sie angesprochen haben –, beim Einsatz benzodiazepinhaltiger Arzneimittel bei suchtkranken Patientinnen und Patienten zu erreichen.

Die wesentlichen Neuerungen sind, dass die rasch anflutenden Benzodiazepine der verpflichtenden Verschreibung auf Suchtgiftrezept, Suchtgiftverordnung unterstellt werden. Da ist ein stärkerer Fälschungsschutz, da ist diese Vignette drauf, wie Sie wissen. Für die langsamer anflutenden Benzodiazepine wird in der Psychotropenverordnung eine Regelung geschaffen, dass die wiederholte Abgabe nicht möglich ist.

Diese Regelung tritt am 15. Dezember des heurigen Jahres in Kraft, ein Ergebnis, das im Drogenbeirat so auch berichtet wurde. Ab dem genannten Tag müssen alle Verschreibungen diesen Anforderungen entspre-

chen. Wenn das die Ärzte nicht machen, verstoßen sie gegen eine rechtliche Vorschrift.

Weiters ist neu, dass auch bei der Verschreibung psychotroper Arzneimittel – also alle Arzneimittel, die psychotrope Stoffe enthalten – für eine Auslandsreise, ähnlich wie bei den Suchtgiften, eine behördliche, amtsärztliche bestätigte Bescheinigung mitgeführt werden muss. Details können Sie in der Psychotropenverordnung nachlesen.

Das bedeutet, dass wirklich all das, was hier eingeschränkt werden kann, geschaffen wurde, federführend durch die Aktivitäten des Landes Wiens, und dass wir damit ganz bestimmt diesen Weg noch besser umsetzen werden können.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage wird von GR Haslinger gestellt. – Bitte.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Ich danke für die Ausführungen. Ich glaube, wir sind uns jetzt in vielen Bereichen einig. Es ist aber halt so, Sie sprechen hier von den Vorhaben und von der Theorie, die Praxis in der Szene schaut leider anders aus. Das hat mich auch dazu bewogen, an Sie diese Anfrage zu stellen. Ich habe jetzt erfahren, dass am 15. Dezember alles schlagend werden soll. Wir werden halt dann beobachten, wie es aussieht.

Aber einen Bereich, der auch in der gängigen Praxis betrieben wird, haben Sie jetzt nicht erwähnt, nämlich diese Wochenrationen. Diese Abgabe der Wochenrationen, wenn Suchtkranke in die Apotheke gehen und behaupten, sie fahren jetzt auf Urlaub, sie müssen arbeiten und können nicht täglich ihre Substitution einnehmen, dass sie Wochenrationen mit nach Hause bekommen, und zwar auch diese Benzodiazepine. Gerade mit diesen Wochenrationen wird dieser Handel betrieben, und der Erlös aus diesem Handel wird dann verwendet, um sich am Schwarzmarkt Heroin zu besorgen und das wieder einzunehmen.

Gibt es eine Möglichkeit, dass man auch auf diese Wochenrationsabgabe Einfluss nimmt?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Gemeinderat, auch dazu kann ich Ihnen nichts Neues sagen, aber ich kann Ihnen das sagen, was wir ja zuletzt im Drogenbeirat – wenn ich mich richtig erinnere, war es der 2.12.2011 – umfassend als Maßnahmenbündel diskutiert haben, um Missbrauch zu verhindern: Die MA 40 geht jeder einzelnen Sachverhaltsdarstellung, Beschwerde oder Anregung zur Überprüfung bei Verdacht von vorschriftswidrigen Verschreibungen oder auch der Abgabe von Suchtgift und psychotropen Stoffen nach. Das ist auch das Besondere in Wien, da dies ja nur funktioniert, wenn das Gesundheitsamt und die Rechtsbehörde ganz eng zusammenarbeiten.

Ich habe mir für Ihre heutige Anfrage die konkreten Zahlen ausheben lassen. Ganz konkret sind folgende Maßnahmen gesetzt worden:

Es wird amtsärztlich und rechtlich jeder einzelne An-

lassfall geprüft, und es werden dann noch ganz konkret Beratungen durch die Amtsärzte vorgenommen. Was nicht angenehm ist, weder für Apotheker noch für niedergelassene Ärzte. Im Jahr 2011/12 gab es zumindest 17 Anlassfälle, bei denen das auch ganz konkret stattgefunden hat.

Sollten sich die Verdachtsmomente für ein vorschriftswidriges Vorgehen erhärten, wird eine Überprüfung oder Vorerhebung in der Ordination durchgeführt. Seit 2011/12 gab es zehn solche Fälle.

Sollte sich der Verdacht einer Verwaltungsübertretung ergeben, wird Anzeige wegen Verstoß gegen das Suchtmittelgesetz an das MBA für den 23. Bezirk beziehungsweise für den 18. Bezirk, die zuständig sind, erstattet und ein Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet. Im Jahr 2011/12 waren das zehn Anzeigen gegen ÄrztInnen, neun Strafverfahren wurden eingeleitet, und es gibt zwei rechtskräftige Verurteilungen.

Sollte sich der Verdacht einer gerichtlich strafbaren Handlung erhärten, wird Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Das war im letzten Jahr in fünf Fällen der Fall.

Bei gröblichen Berufsverletzungen werden die Ärztinnen und Ärzte aus der Substitutionsliste gestrichen. Es gab bereits drei Streichungen, ein weiteres Streichungsverfahren wird gerade geführt.

Sollte auf Grund eines anhängigen Strafverfahrens wegen grober Verletzung der Berufspflichten gegen einen Arzt, eine Ärztin Gefahr in Verzug sein oder eine Beeinträchtigung des öffentlichen Wohls bestehen, prüft die MA 40, ob sie von Amts wegen die Berufsausübung verbieten kann, und spricht dann vorläufig die Untersagung zur ärztlichen Berufsausübung aus. Im Jahr 2012 wurde einem Arzt auf Grund einschlägiger Verletzungen die ärztliche Berufsausübung untersagt, im Jahr 2012 wurde eine geprüft, aber es kam noch zu keiner Untersagung.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 2. Zusatzfrage wird von Herrn GR Ing Mag Dworak gestellt. – Bitte.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Ich beziehe mich jetzt nicht auf Drogen im Sinne der abhängig machenden Substanzen. Ich möchte hier das Thema Alkohol und das Anton Proksch Institut ansprechen. Dieses musste ja bekanntermaßen heuer im Sommer die ambulante Behandlung einstellen, weil der Betrag von 32,87 EUR pro Quartal, den die Wiener Gebietskrankenkasse erstattete, niemals kostendeckend war. Das Proksch Institut musste Geld zuschießen, ich glaube, das war für rund 2 000 Patienten. Jetzt gibt es natürlich ein Vakuum in der Behandlung.

Wie schaut das in Zukunft aus? Inwieweit kann die Stadt Wien hier etwas unternehmen beziehungsweise wird die Stadt Wien künftig für die Behandlung von Alkoholkranken etwas bereitstellen oder werden die Kosten übernommen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Gemeinderat,

auf mehrere Fragen auch mehrere Antworten.

Erstens ist es so, wie Sie richtig sagen, dass das Anton Proksch Institut einen Vertrag mit der Wiener Gebietskrankenkasse hat. Ich bin weder in die Verhandlungen eines Vertragspartners mit der Wiener Gebietskrankenkasse eingebunden noch ist es meine Verantwortung.

Wenn Sie an meiner Meinung dazu interessiert sind: Wenn man zu lange zuschaut und Strukturen nicht verändert, dann endet das meistens ein bisschen böse. Und das ist hier gerade der Fall. Die Stadt Wien wird aber jetzt nicht für eine Problematik in Vorlage treten, die sie nicht ausgelöst hat. Das wäre auch dem Wiener Steuerzahler, der Wiener Steuerzahlerin nicht zu erklären, warum ein Problem, das jemand anderer verursacht, schon wieder die Stadt Wien lösen soll.

Vollkommen unabhängig von dieser Frage gibt es seit Juni diesen Jahres eine sehr hochkarätige Arbeitsgruppe im Auftrag von Frau Kollegin Reischl und von mir an die Wiener Gebietskrankenkasse und die Sucht- und Drogenkoordination, sich genau des Themas Alkoholkrankheit und eines Konzepts für die bessere Versorgung der Menschen in der Stadt anzunehmen. Wir haben natürlich auch derzeit in der Stadt eine Reihe von Angeboten. Ich sage das, weil dieses Thema in den psychiatrischen Abteilungen ganz besonders wichtig ist. Es gibt hier, wie Sie ja sicher aus dem Drogenbeirat wissen, derzeit auch eine große Veränderung. Aber es ist wichtig, dass wir uns insbesondere mit der Frage des ambulanten Alkoholentzuges beschäftigen, weil es darum geht, dass die Menschen im Leben bleiben und nicht herausgerissen werden sollen.

Da könnte man jetzt wieder sagen, die ambulante Versorgung fällt nicht in die Zuständigkeit der Stadt Wien, das soll die Wiener Gebietskrankenkasse alleine machen oder nicht. Das finde ich inhaltlich falsch. Daher beschäftigen wir uns gerade auch insbesondere mit Best-Practice-Beispielen, die es in Österreich nicht gibt, aber in Deutschland und im skandinavischen Raum, um hier eine Strategie für Wien zu entwickeln und dann Schritt für Schritt gemeinsam auch aufzubauen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die nächste Zusatzfrage wird von GRin Hebein gestellt. – Bitte.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Ich habe auch eine generelle Frage. Sie haben vor Kurzem das „jedmayer“ eröffnet, eine große niederschwellige Einrichtung der Suchthilfe Wien. Können Sie schon berichten, wie es angenommen wird und welche Erfahrungen es gibt?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amts StRin Mag Sonja **Wehsely**: Ja, Frau Gemeinderätin, das kann ich sehr gerne berichten. Am 4. Juni 2012 wurde das „jedmayer“ eröffnet, das den Ganslwirt abgelöst und auch das TaBeNo an einen modernen Standort überführt hat und mehrere sehr positive Vorteile aufweist: Es hat eine hervorragende Verkehrsanbindung und ist für alle Klientinnen und Klienten gut erreichbar.

Es weist ein vielfältiges Angebot auf, medizinisch, sozialarbeiterisch, beratend, das die Patientinnen und Patienten, die Klientinnen und Klienten dort brauchen.

Wir haben – das ist auch sehr wichtig – eine Wienweite Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum, und besonders an den Verkehrsknotenpunkten und auch dort funktioniert die Kooperation mit der Wiener Polizei hervorragend. Denn es geht darum, dass wir alle an einem Strang ziehen. Und der Strang bedeutet ganz klar, dass wir den Kranken helfen müssen und dass die, die dealen, die Verbrecher sind, abgestraft gehören. Da gibt es auch eine ganz klare Rollenteilung und regelmäßige, nämlich zumindest wöchentliche Gespräche zwischen den Kolleginnen und Kollegen der Suchthilfe und der Polizei, bei denen ganz kleinräumig aktuelle Probleme besprochen werden.

Die Inanspruchnahme war vom ersten Tag an sehr groß. Das Tageszentrum wird täglich durchschnittlich von 240 suchtkranken Menschen besucht. Im Ambulatorium werden täglich 110 Menschen suchtspezifisch behandelt, und beim Spritzentausch finden täglich durchschnittlich 600 Kontakte statt. Dies muss deshalb hervorgehoben werden, weil damit auch der Beweis erfolgt, dass durch die Veränderung der Räumlichkeiten nicht weniger Spritzen getauscht werden, was ja ansonsten weitere gesundheitspolitische Folgen hätte. Die Not-schlafstelle mit ihren 26 Betten ist ausgelastet.

Das bedeutet, das Angebot wird von den Klientinnen und Klienten gut angenommen, die Zusammenarbeit mit der Polizei klappt hervorragend. In diesem Sinne ist es ein sehr gutes Projekt für die Kranken auf der einen Seite, aber auch für die Bevölkerung, weil die Sicherheit dadurch gegeben ist. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 4. Zusatzfrage kommt von Fragesteller GR Haslinger. – Bitte.

GR Gerhard **Haslinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Stadträtin!

Eines noch zum Bereich der Substitution – vielleicht wissen Sie es oder vielleicht sage ich etwas Neues –: In der Suchtmittelverordnung gibt es eine erste und eine zweite Wahl. Erste Wahl ist Methadon, Suboxone, Subutex, zweite Wahl Substitol und andere. In Wien ist es offenbar üblich, dass die meisten der Substituierten Substitol einnehmen wollen, mit der Begründung, dass sie das andere nicht vertragen. Jetzt weiß man von den Betroffenen selbst, sie vertragen es nur deswegen nicht, weil bei den Suboxonen oder Methadon eine Konsumation von Opiaten, von Heroin nicht möglich ist, beim Substitol ist diese Zusatzkonsumation sehr wohl möglich.

Was werden Sie im Zuge der Verschärfung oder Einhaltung der Gesetze unternehmen, damit hier die erste Wahl mehr zum Einsatz kommt und die vorgegebene Unverträglichkeit besser überprüft wird?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amts StRin Mag Sonja **Wehsely**: Herr Kollege, das ist jetzt insofern eine schwierige Frage, weil es eine medizinische Frage ist. Und es sucht sich ja nicht der Patient/die Patientin aus, welches Medikament ver-

geschrieben wird, sondern das bestimmt der Arzt/die Ärztin. Wir haben in Wien hervorragende Ärztinnen und Ärzte, die dieses Programm begleiten.

Ein wesentlicher Punkt, der auch im Drogenbeirat berichtet wurde – das ist mein Wissen und Ihr Wissen, weil wir das dort immer wieder diskutieren und dort Expertinnen und Experten referieren –, ist, dass eine Suchterkrankung – und das ist der Punkt, den Sie nicht so ganz sehen oder akzeptieren wollen – eine schwere Erkrankung ist. Und es ist auch ein Teil der Erkrankung, dass die Menschen unterschiedliche Substanzen, illegale Substanzen zu sich nehmen. Das heißt, die Variante, wir verschreiben dem jetzt etwas, was bewirkt, dass er etwas anderes nicht verträgt und dann auch nicht nehmen wird, geht nicht auf. Sie können ganz sicher sein, wäre das die Lösung des Problems, würden es die Ärztinnen und Ärzte machen. Davon bin ich fest überzeugt, weil natürlich alle Ärztinnen und Ärzte in erster Linie heilen wollen. Würde das zur Heilung führen, würde das jeder tun.

Die Grundfrage ist schlicht und ergreifend – und das müssen die Medizinerinnen und Mediziner beantworten, und das tun sie auch –: Was ist gut für den Patienten und die Patientin? Was schafft Sicherheit, und was schafft eine stabilere Position, damit es für die Betroffenen auch möglich ist, aus dieser Drogen- und Suchtspirale wieder herauszukommen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 1. Anfrage. Frau Stadträtin, wir wünschen viel Erfolg für die kommenden Verhandlungen!

Wir kommen nun zur 2. Anfrage (FSP - 04077-2012/0001 - KSP/GM). Sie wurde von Herrn GR Georg Niedermühlbichler gestellt und ist an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Umwelt gerichtet. *(Im kommenden Jahr 2013 feiert der Ökobusinessplan sein 15-jähriges Bestehen. Über 900 Wiener Betriebe haben am Ökobusinessplan teilgenommen. Welche Bilanz kann bisher gezogen werden und welche konkreten Ziele wurden dabei erreicht?)*

Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Einen schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die heute an mich gestellte Frage beschäftigt sich mit dem Thema ÖkoBusinessPlan. Dazu gibt es ja erfreulicherweise sehr viele positive Dinge zu berichten. Nur kurz: Der ÖkoBusinessPlan ist das Umweltservicepaket der Stadt Wien für Unternehmen in Wien, das gibt es seit 1998 und ist wirklich ein Erfolgsprojekt.

Wie lässt sich der ÖkoBusinessPlan beschreiben? – Auf der einen Seite setzen die Betriebe Umweltmaßnahmen und sparen sich damit auf der anderen Seite erhebliche Betriebskosten. Das ist, in Zeiten wie diesen, doch ein sehr relevanter Faktor. Und das Schöne ist, dies ist eigentlich eine Win-win-Situation für beide Seiten, die Umwelt gewinnt, die Betriebe gewinnen, und wir können einmal zeigen, dass Umweltschutz und Wirtschaft nicht unbedingt ein Widerspruch sein müssen, sondern, ganz im Gegenteil, Hand in Hand gehen.

Was leistet das Programm im Konkreten? – Schädliche Umweltauswirkungen werden durch integrierte Um-

weltschutzmaßnahmen in sämtlichen Unternehmensbereichen wirklich sehr maßgeblich verringert. Ich werde nachher auch noch ein paar konkrete Beispiele bringen. Durch den effizienten Einsatz von Ressourcen wie Energie, Rohstoffe, Trinkwasser oder Transportkilometer können die Betriebe auch ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern und sichern damit mittelfristig natürlich auch Arbeitsplätze.

Wirtschaftlicher Erfolg ohne steigenden Ressourcenverbrauch und ohne Umweltschädigung ist möglich, auch das zeigt der ÖkoBusinessPlan. Ich glaube, das ist gerade in Zeiten, in denen wir sehr intensive Wachstumsdiskussionen haben, ja auch ein sehr wichtiger Faktor. Schön ist auch, dass die Stadt Wien und die Unternehmen hier an einem Strang ziehen und versuchen, gemeinsam gute Ergebnisse zu bringen.

Der ÖkoBusinessPlan ist mittlerweile auch sehr stark international vernetzt. Wir sind Vorbild für viele andere Städte weltweit, die dieses Projekt nachgeahmt, nachempfunden oder mit uns in Kooperation gemeinsam auch durchgeführt haben.

Wir befinden uns jetzt im Programmjahr 2012. Die Daten, die ich Ihnen heute liefern kann, beziehen sich natürlich auf den Abschluss des letzten Jahres, also auf 2011: Bisher sind 907 Betriebe in 12 verschiedenen Angeboten und Sparten aktiv gewesen. Dadurch konnten 12 000 Umweltprojekte geführt werden, die alle in einer sehr detaillierten Maßnahmen Datenbank dokumentiert sind. Wir haben mittlerweile einen Berater- und Beraterinnen-Pool von 70 Experten und Expertinnen. Es gab von Anfang an eine externe Evaluierung dieses Projekts. Das war uns auch wichtig, damit wir auch wirklich sehen, welche Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden, welche nur geplant aber nicht umgesetzt wurden und was das wirklich an effektiven Ergebnissen bringt. Wir haben mittlerweile auch sehr viele internationale Kooperationen, aber auch Auszeichnungen für dieses Projekt bekommen.

Nun ein paar konkrete Zahlen: Wie viele Betriebskosten konnten seit 1998 eingespart werden? – Das sind – und das finde ich sehr beeindruckend – 113,6 Millionen EUR, verteilt auf die 907 Betriebe. Mehr als 100 Millionen EUR Einsparung an Betriebskosten in dieser Zeit ist, glaube ich, ein sehr, sehr schönes Ergebnis.

Die Ergebnisse der Umweltmaßnahmen versuchen wir immer etwas plastischer darzustellen: Mit den eingesparten Transportkilometern wäre es möglich, die Erde 2 252 Mal zu umrunden. Mit der eingesparten Energie könnten alle Haushalte des Bundeslandes Salzburg ein Jahr lang versorgt werden, das eingesparte CO₂ entspricht 40 500 gefüllten Heißluftballons. Mit dem eingesparten Abfall könnten wir das Ernst-Happel-Stadion eineinhalb Mal befüllen. – Das sind also schon sehr interessante und für mich auch beeindruckende Zahlen.

Es ist ja beim ÖkoBusinessPlan meistens so, dass die Unternehmen am Anfang etwas skeptisch sind, Angst haben, dass vielleicht große Investitionen auf sie zukommen oder zu wenig Ergebnisse herauskommen. Wenn aber ein Unternehmen einmal beim ÖkoBusinessPlan mitgemacht hat, dann sieht es, sei es jetzt ein Zwei-

Mann-Betrieb oder ein Über-hundert-Personen-Betrieb, dass das sehr schnell sehr viel an konkreten Ergebnissen bringt, oft auch ohne große Anfangsinvestitionen. Ich sage, der ÖkoBusinessPlan macht ein bisschen süchtig, weil die meisten dann zehn Jahre oder länger dabei sind.

Ich möchte einige konkrete Beispiele nennen: Wir haben zum Beispiel die Kaffeerösterei von Kraft Foods dabei, die Maßnahmen zur Verbesserung der Energiebilanz und zur Ressourcenschonung gesetzt hat. Energie ist immer ein ganz großes Thema. Gerade auch bei steigenden Energiekosten, wie wir sie in den letzten Jahren gehabt haben, ist es für jeden Betrieb essentiell, Energiekosten zu sparen. Und oft ist es wichtig, einen externen Berater zu haben, der sozusagen nicht die interne Brille auf hat und sich manche Gepflogenheiten auch ein bisschen kritisch ansieht. Denn fast in jedem Betrieb gibt es Dinge, die historisch gewachsen sind, bei denen eigentlich keiner weiß, warum das genau so gemacht wird, aber es wird eben so gemacht. Und da lassen sich dann oft sehr gute Reduktionspotenziale finden. In diesem Fall führte das zur Verlegung von Transportwegen für Rohkaffee von der Straße auf die Schiene und zu 35 Prozent weniger CO₂-Ausstoß, außerdem natürlich zu weniger Energieverbrauch und zu geringeren Transportkosten. Die Abwärme wurde zu Wärmegewinnung genutzt, das sind 10 Prozent weniger Heizenergieaufwand pro Jahr. Und die Reduktion der Foliendicke beim Verpackungsmaterial führt dazu, dass man in diesem konkreten Betrieb 50 Tonnen weniger Aluminiumfolie gebraucht hat. – Das sind, finde ich, wirklich sehr, sehr schöne Ergebnisse.

Als zweites Beispiel möchte ich den Sicherheitstechnikhersteller EVVA nennen, seit 1999 beim ÖkoBusinessPlan dabei, also einer unserer langjährigen Kunden, der auch 2011 den Umweltpreis der Stadt Wien gewonnen hat. Die Maßnahmen wurden vor allem auch im Bereich Energie und Abfallwirtschaft gesetzt. Es wurde ein Mehrwegpalettensystem eingesetzt, das heißt, auch hier erfolgte eine Abfallreduktion, es wurden Free-Cooling-Klimaanlagen in den Serverräumen installiert, ebenso neue Kompressoren. Insgesamt konnte allein dieses Unternehmen seit der Teilnahme am ÖkoBusinessPlan Betriebskosten von 1 Million EUR einsparen.

Das Hotel Imperial, auch seit vielen Jahren beim ÖkoBusinessPlan dabei, hat vor allem im Bereich Wassersparmodule eine jährliche Wassereinsparung von 5 Millionen Liter erreichen können, das entspricht ungefähr 33 000 Vollbädern. Eine Absenkung der Heiztemperatur bringt eine Gesamtreduktion der Energiekosten von 3 Prozent; das ist bei so einem großen Haus auch schon eine ganz schöne Summe. Die neuen Wasserspararmaturen in den Gästezimmern brachten auch eine Reduktion des Wasserverbrauches um 11 Prozent und des Fernwärmebedarfs um 6 Prozent.

Ich erkläre das hier deshalb so detailliert, weil ich zeigen möchte, dass das kein leeres Blabla ist, wo man sagt, man möchte vielleicht irgendwann einmal etwas machen, sondern dass wirklich jedes Unternehmen im ÖkoBusinessPlan ganz konkrete Maßnahmen setzt, mit sehr konkreten Folgen und auch monetären Einsparun-

gen, die sich sehen lassen können.

Wir haben auch die Traditionsfabrik Manner dabei, was mich immer besonders freut. Auch hier wurden im Energiebereich viele Maßnahmen gesetzt, weil dieser in einem solchen Unternehmen ein wesentlicher Faktor ist. Es konnten mit einem Blockheizkraftwerk in Kombination mit einer Absorptionskälteanlage Stromersparungen von 62 Prozent erzielt werden, was sich natürlich auch monetär auswirkt. Durch neue Beleuchtungen, Druckluftzeugungsoptimierung und andere Dingen wurden einige Hunderttausend Kilowattstunden eingespart.

Wir haben mit der Neubaugasse als Shopping-Meile auch ein Pilotprojekt im ÖkoBusinessPlan gehabt. Ein nach außen sichtbares Zeichen war, dass wir dort statt Plastiksackerl Stoffsackerl eingesetzt haben. Es gab aber auch viele andere Maßnahmen, die von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen umgesetzt wurden und werden. Das ist ein schönes Pilotprojekt, und wir versuchen jetzt, noch andere Einkaufsstraßen zu gewinnen.

Wie gesagt, wir haben mittlerweile 12 000 umgesetzte und geplante Maßnahmen. Ein unabhängiges externes Monitoring wird vom deutschen Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie durchgeführt, dabei wird jede einzelne Maßnahme auf Plausibilität überprüft. Von diesem Institut bekommen wir dann auch die Gesamtbilanzen, aus denen ich vorher die Zahlen vorgelesen habe.

Von der Reichweite her haben wir eine relativ gute Zielgruppendurchdringung, besser als alle vergleichbaren Programme in Europa. Es gibt in Wien rund 5 500 aktive Betriebe mit mehr als einem Mitarbeiter oder einer Mitarbeiterin. 16 Prozent dieser Unternehmen haben sich zumindest ein Mal am ÖkoBusinessPlan beteiligt, die meisten haben ihn mehrmals durchlaufen. Bei den Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben wir einen Durchdringungsgrad von 45 Prozent, das heißt, da haben wir eine noch bessere Quote. Es sind viele Traditionsbetriebe dabei. Ich habe es vorhin schon gesagt, viele 5-Sterne-Hotels, Pischinger ist dabei, Heindl, Thomastik Infeld – ein Saitenhersteller im 5. Bezirk, den ich erst unlängst besucht habe –, der Krankenanstaltenverbund, EVVA, Manner.

Ich lerne in der Stadt auch immer wieder sehr interessante Betriebe kennen, deswegen schätze ich dieses Programm persönlich auch sehr. Wir haben auch sehr viele gute langjährige Partner: das Lebensministerium, die Arbeiterkammer, den ÖGB, die Wirtschaftsagentur, natürlich die Wirtschaftskammer und die MA 36. – Ich finde, das ist wirklich ein schönes Projekt, bei dem man gemeinsam an einem Strang zieht.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. – Die 1. Zusatzfrage wird von GRin Mag Holdhaus gestellt. – Bitte.

GRin Mag Karin **Holdhaus** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen! Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Frau Stadträtin! Kolleginnen und Kollegen!

Sie haben soeben gesagt, wenn Wirtschaft und Politik an einem Strang ziehen, dann sei das sehr begrüßenswert. Leider ist das gerade im Umweltbereich nicht immer so. In diesem Fall ist es aber erfreulicherweise so. Obwohl wir bei der Budgetdebatte am Montag kritisiert

haben, dass wir im Budgetvoranschlag 2013 die Visionen für Umweltpolitik von morgen vermissen, ist die Erfindung des ÖkoBusinessPlans ein sehr positives Beispiel für eine solche Vision. Aber er ist immerhin schon 14 Jahre alt, und wir glauben, dass es notwendig ist, dass es heute Umweltprojekte mit Visionen für die nächsten 14 Jahre gibt. Aber, wie gesagt, den ÖkoBusinessPlan sehen auch wir als sehr erfolgreiches und positives Vorzeigeprojekt.

Sieht man die Zahlen in Ihren Publikationen an, sind diese sehr unterschiedlich. Einmal steht 800, Sie sagen jetzt, 907, irgendwo in der Mitte wird das wohl liegen. Jedenfalls ist das eine sehr schöne Zahl, die jährlich kontinuierlich wächst, wenn ich das richtig beobachte, aber doch eher leicht steigend ist, gerade wenn man sich den Trend und die Entwicklung und das Umweltbewusstsein anschaut.

In diesem Sinne meine Frage: Was ist neu? Ich glaube, dass es in unser aller Interesse ist, dass die Anzahl der teilnehmenden Unternehmen steigt. Daher die Frage: Was ist neu am ÖkoBusinessPlan 2013 beziehungsweise welche langfristige Strategie haben Sie, um den ÖkoBusinessPlan auch in Zukunft attraktiv zu halten – abgesehen von Neugestaltungen der Umweltpreise oder dergleichen, sondern wirklich Substanzielles?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Ich kann Sie vielleicht noch darüber informieren, dass der ÖkoBusinessPlan auch eine sehr transparente Sache ist. Man kann eigentlich fast tagesaktuell hineinschauen. Es gibt die Homepage – <http://unternehmen.ökobusinessplan.wien.at> –, auf der man sich genau informieren kann, welche Maßnahmen gesetzt werden. Hier finden sich auch die letzten Berichte. Natürlich können wir die Zahlen immer nur nach dem Jahresabschluss hineinstellen, das heißt, Sie haben immer den aktuellen Stand per Ende des letztvergangenen Jahres, also jetzt noch 2011.

Wir haben uns schon in den letzten Jahren sehr bemüht, neue Unternehmen dazuzugewinnen. Sie haben bei den Zahlen gesehen, dass die größeren Unternehmen eher geneigt sind, beim ÖkoBusinessPlan mitzumachen. Oft ist es so, dass ein Ein- oder Zwei-Personen-Unternehmen glaubt, es braucht dabei nicht mitzumachen, weil es bei ihm nichts einzusparen gibt. Wir haben dann immer versucht, mit einigen Vorzeigeprojekten – kleinen Bäckereien, zum Beispiel, oder anderen kleinen Handwerksbetrieben – zu zeigen, dass es auch da ein großes Potenzial gibt. Das ist dann halt keine Million Euro, sondern dann sind es vielleicht nur ein paar Tausend Euro. Aber das ist gerade für kleine Betriebe auch eine sehr wichtige Schiene.

Das sind Beispiele dafür, wo wir in den letzten Jahren verstärkt versucht haben, für den ÖkoBusinessPlan quasi zu rekrutieren. Und wir haben ja auch über die Partnerin Wirtschaftskammer versucht, noch einmal an diese Unternehmen heranzukommen. Denn es ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, wo viele darüber nachdenken, ob sie die Arbeitsplätze, die sie anbieten, überhaupt noch in der Form erhalten können, klug, sich

erst einmal anzusehen, was sich bei den Betriebskosten noch reduzieren lässt, ohne einen faktischen Verlust an Komfort oder an Dienstleistungen zu haben, die man anbietet. Und wir werden auch heuer beziehungsweise im nächsten Jahr wieder versuchen, verschiedene neue Aspekte und Firmen anzusprechen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die nächste Zusatzfrage wird von GR Mag Maresch gestellt. – Bitte.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrte Frau Stadträtin!

ÖkoBusinessPlan, ein Erfolgsmodell. Daraus resultiert die Frage, denn wenn man ein schönes Programm hat, dann möchte man immer mehr davon haben. Welche Möglichkeiten gibt es jetzt, das Programm auszuweiten und neue Zielgruppen dafür zu gewinnen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Wir haben uns in den letzten beiden Jahren auch sehr stark auf migrantische Zielgruppen und migrantische Unternehmen konzentriert, weil wir gemerkt haben, dass es da offensichtlich eine Barriere gegeben hat und wir da nicht wirklich durchgedrungen sind. Unsere Strategie war, einige wichtige Unternehmen als Partner zu finden. Wir konnten zum Beispiel die Bäckerei Gül, die in Wien mehrere Niederlassungen hat, als ÖkoBusinessPlan-Partner gewinnen. Auch hier war natürlich, wie bei fast jedem Unternehmen im ÖkoBusinessPlan, der Hauptansatzpunkt die Energie. Das hat eigentlich ganz gut funktioniert, denn es hat Vorbildwirkung, wenn sich ein Unternehmen mit migrantischem Hintergrund daran beteiligt und dann auch in der Community Werbung macht. Wir wissen, dass viele der kleinen Betriebe und Unternehmen oft einen migrantischen Hintergrund haben. Das heißt, es war wichtig, hier einmal einen „Türöffner“ zu finden, um in diesen Bereich hineinzukommen und das dann auch auszuweiten.

Das zweite Beispiel habe ich vorhin schon kurz erwähnt: Beim Einkaufsstraßen-Pilotprojekt in der Neubaugasse, das uns sehr gut gefallen hat, da wir in den Einkaufsstraßen auch sehr viele Kaufleute mit kleinunternehmerischen Strukturen erreichen konnten, bereiten wir gerade eine Zusammenarbeit mit den Stadtlauer Kaufleuten vor. Unser Ziel ist es, das wirklich noch auszuweiten.

Wir haben auch noch einem anderen Trend Rechnung getragen, dass sich nämlich in der Stadt auch immer mehr große Dienstleister ansiedeln. Dafür haben wir nun extra maßgeschneiderte Angebote entwickelt, zum Beispiel Green IT, das Energieoptimierung in IT-Systemen im Fokus hat. Dieses Projekt, das wir schon ein oder zwei Mal mit wirklich großen IT-Anbietern durchgeführt haben, wird in Zukunft natürlich noch wachsende Bedeutung bekommen. Denn die Dienstleistungen sind ein großer Schwerpunkt, und wir versuchen uns auch wirklich immer den wirtschaftlichen Trends anzupassen beziehungsweise das passende Angebot für die verschiedenen Trends zu haben.

Einkaufszentren sind natürlich auch ein ganz großer Punkt. Wir konnten mit dem Donauzentrum hier schon

quasi ins Geschäft kommen, wenn man das so sagen will. Da sind wir auch auf der Suche nach zusätzlichen neuen Partnern, weil es dort auch immer ein ganz großes Potenzial gibt, in vielen logistischen Bereichen, aber natürlich auch wie immer im Energiebereich.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die 3. Zusatzfrage wird von GRin Mag Dr Kappel gestellt. – Bitte schön.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Frau Stadträtin!

Der ÖkoBusinessPlan ist zweifelsohne ein sehr positives Instrument, weil es gelingt, Synergien zu heben, was generell positiv zu beurteilen ist. Sie erwähnten, der ÖkoBusinessPlan führt zu enormen Ressourceneinsparungen und gleichzeitig hilft er den Betrieben, Betriebskosten zu sparen. Also ein positives Instrument. Ich habe im Vorfeld mit einigen Betriebsführern gesprochen, die auch schon den Umweltpreis im Rahmen des ÖkoBusinessPlans gewonnen haben, die meinten, dass die zehn Angebotskategorien des Plans, die jetzt zur Verfügung stehen – von Green IT über Energieeffizienz bis hin zu ISO-Zertifizierungen –, idealerweise verbessert beziehungsweise restrukturiert oder gestrafft werden sollten. Mit dem Ziel, für die Zukunft eine Angebotserweiterung – so wie Sie es angesprochen haben – und eine noch bessere Durchdringung mit dem ÖkoBusinessPlan zu erreichen. Dazu sind die zehn Angebotskategorien zu überarbeiten.

Meine Frage an Sie lautet nun: Sind von Ihrer Seite Überlegungen geplant, das Instrument des ÖkoBusinessPlans zu überarbeiten und nach fast 15 Jahren Laufzeit zeitgemäß zu adaptieren?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: Angefangen haben wir mit wesentlich weniger Kategorien. Das heißt, wir haben das ja schon ausdifferenziert und versuchen, wie ich vorher schon erklärt habe, uns ja auch an aktuelle Gegebenheiten anzupassen. Das Thema, das man bei Betrieben, natürlich besonders bei jenen, die schon zehn Jahre oder länger dabei sind, immer hat, ist Folgendes: Am Anfang – das ist wie in der Stadt – hat man im Klimaschutz oder im Energiebereich sozusagen noch fette Einsparungspolster. Die ersten Maßnahmen gehen leicht und sind auch relativ günstig. Wenn man dann nach zehn Jahren schon ganz viele Maßnahmen gesetzt hat, wird es natürlich immer schwieriger, weitere Potenziale zu finden, und die Potenziale werden auch immer teurer.

Ein ähnliches Thema haben wir auch beim Klimaschutz in der Stadt. In der ersten Einsparungsperiode ist es uns noch leichtgefallen, in der zweiten wird es schon ein bisschen schwieriger, dann muss man suchen, und die Maßnahmen, die man setzt, sind teurer. Das heißt, es wird dann natürlich auch für die Betriebe schwieriger. Ich habe auch mit vielen Betrieben gesprochen, das ist eigentlich immer einer meiner Lieblingstermine im Jahr, weil die sich eigentlich alle über diese Zusammenarbeit und über die positiven Effekte – monetär und von Seiten der Umwelt – total freuen. Aber wenn du schon zehn Jahre dabei bist, dann hast du die Energie schon drei

Mal angeschaut, dann hast du den Abfall schon reduziert, die Transportkilometer, das Wasser, du hast vielleicht schon Abwärme installiert, Abwärmenutzung, da bleibt dann nicht mehr viel übrig. Da ist dann das Potenzial irgendwann natürlich auch ausgeschöpft, das ist klar, und es wird dann immer schwieriger, noch etwas zu finden, wo man wirklich noch substantiell Kosten einsparen kann. Das muss man natürlich auch ganz ehrlich sagen.

Wir haben sehr viele Unternehmen, die ich Stammkunden nenne, die wirklich schon seit zehn Jahren oder noch länger dabei sind, wirklich ganz treue Stammkunden von uns sind, aber irgendwann ist es dann schwieriger, da werden uns auch die tollsten Programmangebote nichts nutzen.

Aber, ja, wir sind bestrebt, uns immer den Gegebenheiten noch besser anzupassen und auf aktuelle Anforderungen sehr schnell zu reagieren. Denn unser Ziel ist es, möglichst viele zu finden, die dabei sind und mitmachen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die nächste Zusatzfrage wird von GR Niedermühlbichler gestellt. – Bitte schön.

GR Georg **Niedermühlbichler** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Ich habe jetzt der Opposition genau zugehört und mich schon gefragt, wo hier das Haar in der Suppe gefunden wird, aber offensichtlich ist der ÖkoBusinessPlan wirklich so erfolgreich, dass auch die Oppositionsparteien das anerkennen. Frau Dr Kappel hat sogar bei Betriebsführern nachgefragt und sich erkundigt, wie toll das Ganze ist.

Meine Frage an dich, Frau Stadträtin: Wirst du die Maßnahmen für die internationale Vernetzung und für den Know-how-Export auch künftig unterstützen und forcieren?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Frau Stadträtin.

Amtsf StRin Mag Ulli **Sima**: International ist der ÖkoBusinessPlan – ich habe es vorhin schon angesprochen – auch wirklich ein Vorzeigeprojekt. Das Wiener Modell wird derzeit in laufenden Projekten in Bratislava, Győr und in Novi Sad, unter Berücksichtigung der dortigen lokalen Gegebenheiten, umgesetzt. Konkretes Interesse kommt derzeit auch aus München, das heißt, auch mit München sind wir derzeit im Gespräch.

In der Vergangenheit hat es schon einige Pilotprojekte gegeben, international in Chennai in Indien, in der Region Cork in Irland, ebenso wurde das Wiener Know-how in 24 Stadt- und Hafenverwaltungen in der Adria-Region eingesetzt.

Bei solchen Projekten ist es immer so, dass man am Anfang nicht alles 100 Prozent richtig macht, manche Dinge funktionieren super, manche funktionieren gar nicht so, wie man es sich vorgestellt hat. Und wir geben natürlich unser Know-how gerne weiter, es müssen ja nicht alle Städte die gleichen Fehler wiederholen. Wir sagen ihnen, was bei uns wirklich gut funktioniert hat, wie wir gut an Betriebe herangekommen sind, wo wir gute Maßnahmen gefunden haben. Im Mittelpunkt des

Interesses steht auch immer diese breite Plattform, von der das hier getragen wird, von der Wirtschaftskammer, dem WIFI, dem Lebensministerium, der Arbeiterkammer, ÖGB, Wirtschaftsagentur. Es ist also vor allem von Interesse, wie die Struktur dahinter ist und wie die Plattform ist, von der das getragen wird.

Wir haben das natürlich auch in Eurocities, in die Arbeitsgruppe „Greening the local economy“ eingebracht. Wien führt derzeit den Ko-Vorsitz in dieser Arbeitsgruppe. Und dann haben wir natürlich jede Menge internationaler Delegationen, die sich das bei uns angesehen haben, zuletzt eben auch aus Indien, von den Philippinen, aus Japan, Dänemark und der Schweiz. Die Projekte in Győr, Ungarn, laufen noch bis 2014, in Novi Sad bis Ende 2013. Aber ich bin mir sicher, dass da auch noch einige andere Projekte folgen werden, weil das Interesse eigentlich noch immer ungebrochen groß ist. Und es ist ja schön, wenn wir quasi etwas Erfolgreiches in die Welt verkaufen können.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 2. Anfrage.

Wir kommen nun zur 3. Anfrage (FSP - 04083-2012/0001 - KU/GM). Sie wurde von Herrn GR Dr Aigner gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. *(Der Wiener Gemeinderat hat durch Beschluss eine Subvention an den SK Rapid Wien für die Sanierung des (angemieteten) Hanappi-Stadions in der Höhe von maximal 17,7 Millionen EUR beschlossen. Medienberichten zufolge soll der Bauzustand des Hanappi-Stadions jedoch so schlecht sein, dass der SK Rapid Wien nunmehr einen Abriss samt Neubau bevorzugt. In diesem Fall reichen die bewilligten Geldmittel keinesfalls aus. Welche Pläne bestehen seitens des Eigentümers für das Hanappi-Stadion?)*

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Wie ich haben wahrscheinlich auch Sie den Medien entnommen, dass derzeit innerhalb des SK Rapid eine sehr intensive Diskussion darüber läuft, in welcher Art und Weise die Sanierung, Adaptierung, oder auch gegebenenfalls ein entsprechender Neubau des Stadions vollzogen werden kann und was es dem Verein ermöglicht – und das ist eine ganz wesentliche Grundlage –, optimale Spiel- und Trainingsbedingungen zu haben.

Wir haben im Gemeinderat ja mit dem Beschluss einer entsprechenden Förderung nicht nur Mittel für die Sanierung des Hanappi-Stadions zur Verfügung gestellt, sondern ganz wesentlich auch zur Schaffung der Akademie. Ich glaube, jeder, der sich den Bereich der Neuordnung der Akademie, aber auch der Nachwuchsarbeit ansieht, kann sehen, dass dieser Teil ja sehr rasch, und, ich glaube, auch sehr beispielgebend für den Verein entsprechend umgesetzt werden konnte.

Ich begrüße es, dass Rapid bei der Vorbereitung der entsprechenden Maßnahmen hier alle Optionen noch einmal einer Prüfung unterzieht und gleichzeitig auch versucht – und das ist natürlich auch zentrales Interesse des Vereins –, zu schauen, was die besten Rahmenbe-

dingungen für die Umsetzung beziehungsweise für Sanierungs-, Adaptierungs- und gegebenenfalls auch Maßnahmen der Kapazitätserweiterung in diesem Bereich sind. Entsprechende unmittelbare Schlussfolgerungen – und auch das ist ja den Medien derzeit zu entnehmen –, gibt es aber in diesem Bereich nicht.

Für uns als Eigentümer – SK Rapid ist ja Pächter dieser Anlage – ist es natürlich wichtig, dass die Sicherheit im Stadion entsprechend gewährleistet ist. Es wurde letztendlich ja das Geld auch für Generalsanierungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt und damit sichergestellt, dass Rapid in der Lage ist, das Stadion auch entsprechend zu adaptieren beziehungsweise einer Generalsanierung zu unterziehen.

Gleichzeitig war aber auch immer eine wesentliche Grundlage, dass selbstverständlich für Kapazitätserweiterung oder andere Alternativen, für die sich der Verein entscheidet, auch der Verein gefordert ist und hier entsprechende zusätzliche Mittel wird auftreiben müssen. Das ist für den Verein nicht einfach, aber es ist natürlich auch für die Stadt nicht einfach.

Gerade weil Sie nach den konkreten Anforderungen des Eigentümers fragen, ist es für uns im Hinblick auf den effizienten Einsatz der Steuermittel durchaus wichtig und gut und ein richtiger Schritt des SK Rapid, hier alle Alternativen einer Prüfung zu unterziehen. Da soll es auch nicht um die Zeit gehen. Wenn der Verein mehr Zeit benötigt, dann wird es hier selbstverständlich die entsprechende Kooperation geben.

Wichtig ist für uns aber natürlich auch, dass jede der Maßnahmen letztendlich auch die Zustimmung seitens der Stadt als Grundeigentümer benötigt, das heißt, dass entsprechende Alternativen zur Generalsanierung und für einen allfälligen Ausbau, aber auch der allfällige Ausbau selbst selbstverständlich entsprechend neu zu analysieren und zu bewerten sind, nicht zuletzt auch aus behördlicher Sicht. Daher warten wir, genauso gespannt wie Sie, auf welche Art und Weise Rapid an die Sanierung des Hanappi-Stadions herangeht, wo seine zentralen Zielsetzungen sind. Für uns sind selbstverständlich zentrale Zielsetzungen, dass dieses Stadion weiterhin für den Spielbetrieb entsprechend sicher adaptiert werden wird.

Ich sage aber auch ganz offen – man braucht sich ja nichts vorzumachen –, es haben sich schon viele mit den großen Visionen in diesem Bereich dann sehr, sehr schwer getan in der Öffentlichkeit. Daher ist es für mich ganz wichtig, im besten Einvernehmen mit dem SK Rapid zu sein, um optimale Trainingsbedingungen, aber auch optimale Spielbedingungen sicherzustellen. Ich glaube, der Gemeinderat hat mit seinem Beschluss einen wesentlichen Schritt dahin gehend geleistet, aber jetzt ist SK Rapid am Zug.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage stellt GR Dr Aigner. – Bitte schön.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (Klubungebundener Mandatar): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Es ist jetzt natürlich vielleicht ein gewisser Paradigmenwechsel im Gang, denn bis dato ist man davon aus-

gegangen, dass man das bestehende Stadion sanieren und allenfalls erweitern kann. Wenn jetzt die Möglichkeit eines Neubaus im Raum steht, dann könnte man die Frage stellen, ob der Neubau dort oder woanders stattfinden soll. Es hat ja auch diesbezüglich schon Ideen gegeben, ob der Platz dort für einen generellen Neubau überhaupt geeignet ist. (*Bgm Dr Michael Häupl: Ein Kellerstadion!*) Das heißt, wenn es jetzt grundsätzlich darum geht, ob das Stadion zu retten ist, ist auch das ein Thema, und da wäre ja dann sehr wohl auch der Eigentümer gefordert, wenn man draufkommt, es ist nicht sanierbar oder es ist auch dort nicht erweiterbar.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Du kennst den Spirit von Rapid nicht. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) – Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich glaube, angesichts der Tatsache, dass es ja gerade, wenn ich mich richtig erinnere, einer Ihrer Ex-Parteikollegen war, der mit diversesten Vorschlägen betreffend die räumliche Neusituierung an die Öffentlichkeit gegangen ist (*Bgm Dr Michael Häupl: Ein mäßig erfolgreicher Vorschlag!*), dann entsprechend zurückgepfiffen werden musste, also mäßig erfolgreich in diesem Bereich, ist es ganz wesentlich, dass wir diese Maßnahmen, diese Diskussionen in erster Linie SK Rapid zu führen überlassen. Und wir schauen dann als Stadt: Wie können wir am besten unterstützen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Genau. – Die 2. Zusatzfrage stellt GRin Mag Anger-Koch. – Bitte schön.

GRin Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Grüß Gott, Herr Stadtrat!

Wir haben jetzt das zweite Stadion, das saniert wird. Wir haben ja auch schon sehr viel Geld ins Horr-Stadion gesteckt, jetzt kommt Hanappi, das ist ja auch in Ordnung, es soll ja auch gefördert werden und auch für den Nachwuchs gut sein. Wir haben jetzt gehört, dass es saniert werden soll. Ich hoffe, dass die Projekte gut abgeschlossen und geprüft werden und wir kein neues Debakel haben.

Wir haben ja auch noch andere Sportvereine, und dazu ganz gezielt jetzt meine Frage: Gibt es auch für den Sportklub-Platz eine Lösung, die quasi in Richtung Sanierung oder Neugestaltung geht?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Es gab seitens der Stadt und durchaus auch von meiner Seite sehr intensive Bemühungen, hier zu einem umsetzungsfähigen Projekt im Bereich des Sportklub-Platzes zu kommen. Es hat hier auch entsprechende Gespräche mit dem Sportklub mit einer entsprechenden Planstudie beziehungsweise auch einem Angebot gegeben. Das ist, und das muss man auch zur Kenntnis nehmen – es ist hier durchaus ein ähnlicher Spirit wie beim SK Rapid zu spüren, wenn auch nicht in der Dimension –, nicht auf die entsprechende Gegenliebe gestoßen. Der Verein hat es daher letztendlich übernommen, neue Gespräche zu führen und neue Überlegungen anzustellen. Sobald diese mir vorliegen, werden wir sie genauso einer Bewertung unterziehen wie bei allen anderen Projekten.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 3.

Zusatzfrage stellt GR Ellensohn. – Bitte schön.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Stadtrat, der Herr Edlinger, der Rapid-Präsident, macht das, was er machen muss, und versucht natürlich, für Rapid nicht nur möglichst viele Mittel, sondern eine schöne Sanierung zu ermöglichen und möchte natürlich am liebsten das Stadion vergrößern. Ich glaube, in dem Kontext sollte man jetzt auch die Berichterstattung sehen. Das ist ein Werben um eine noch größere Lösung. Für mich ist nicht nur wichtig, dass am Ende bei Rapid, beim Sportklub, aber auch bei der Austria und anderen auch weiterhin Fußball gespielt wird und wir zusehen können, sondern für mich ist auch wichtig, dass möglichst die Nachwuchsmannschaften alle funktionieren.

Hat diese aktuelle Diskussion irgendeinen realen Ausfluss auf Nachwuchsarbeit beim Sportklub Rapid?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Selbstverständlich war es für uns bei der Beschlussfassung der entsprechenden Unterstützung ganz wesentlich, hier vor allem auch optimale Bedingungen für den Nachwuchs zu liefern. Selbstverständlich ist die entsprechende Kampfmannschaft ganz, ganz wichtig und wesentlich, aber gerade auch für mich als Sportstadtrat ist es hier auch, nicht nur auf Grund der entsprechenden Regulative, die die Bundesliga vorgibt, sondern auch im Interesse, dass möglichst viele die Möglichkeit haben, Fußball beim SK Rapid, aber auch bei allen anderen Vereinen auszuüben, die entsprechende Unterstützung der Nachwuchsarbeit von besonderer Bedeutung. Und ich glaube, dass das hier in sehr, sehr kurzer Zeit, ohne Aufregung und in sehr hervorragender Kooperation mit dem SK Rapid wirklich gelungen ist.

Ich weise aber auch besonders auf die Akademie der Austria hin, und ich weise darauf hin, dass gerade die erste Akademie, die wir in Wien geschaffen haben, die Akademie des Sportklubs war, wo wir ja entsprechend zusätzliche Trainingsmöglichkeiten und einen entsprechenden zusätzlichen Platz adaptiert haben. Damit war gerade der Sportklub die erste Mannschaft, die hier eine entsprechende Akademie sicherstellen konnte und ein eigenes Trainingszentrum für die Nachwuchsmannschaften bekommen hat. Und genau das konnte jetzt auch mit Rapid entsprechend umgesetzt werden.

Jeder, der sich die Akademie der Austria im 10. Bezirk oder auch die entsprechenden neu adaptierten Plätze beim Happel-Stadion anschaut, wird feststellen können, dass hier gerade für die Nachwuchsarbeit wesentliche neue Rahmenbedingungen geschaffen werden konnten: durch neue Garderobengebäude, durch entsprechende Mannschaftsräume, die im Happel-Stadion geschaffen werden konnten; aber auch – und das ist ja durchaus auch im Regulativ der Bundesliga vorgesehen – durch die entsprechenden Trainingsplätze, die sowohl über eine Rasenheizung auch in diesem Bereich auf einem Platz verfügen, aber auch alle anderen Rahmenbedingungen voll erfüllen.

Ich glaube, es ist uns wirklich gelungen, mit diesem Beschluss gerade für die Nachwuchsarbeit von drei nicht

unwesentlichen Vereinen wesentliche Grundlagen zu schaffen, um eben nicht nur – das ist mir wichtig – entsprechende Vorgaben der Bundesliga zu erfüllen, sondern möglichst vielen jungen Menschen den Zugang zum Fußball zu ermöglichen. Und ich glaube, da zeigt sich, dass dieser Beschluss, den wir gefasst haben, sowohl für die Austria als auch für Rapid ein sehr, sehr guter im Interesse des Fußballes, der Nachwuchsarbeit und der sportlichen Betätigung von jungen Menschen war.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. – Die letzte Zusatzfrage wird von GR Mahdalik gestellt. – Bitte.

GR Anton **Mahdalik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Die Kollegin Anger-Koch hat zwar meine Frage schon vorweggenommen. Ich glaube, da müssen wir uns das nächste Mal ein bisschen zusammenreden. (*Heiterkeit bei der SPÖ. – Bgm Dr Michael Häupl: Das war leider gut!*) Aber nachdem die Antwort nicht wirklich Essentielles gebracht hat, möchte ich vielleicht noch einmal daran erinnern, dass der Sportklub-Platz schon seit 2009 saniert wird. Ich habe nämlich damals an den Herrn Bürgermeister die Anfrage gestellt, und er hat in unnachahmlicher Art und Weise gesagt, höh höh, Herr Gemeinderat, Sie sind, wie üblich zu spät daran, es ist alles auf Schiene, der Sportklub-Platz wird saniert, so wie es dieses Traditionsvereins auch würdig ist.

Das ist also auf Schiene seit 2009, es sind einige Jahre ins Land gegangen, und der Platz bröckelt noch immer vor sich hin. Es hat sich in der letzten Woche die Friedhofstribüne auf Schiene begeben, zu einer Protestfahrt nach Oberwart, unter dem Titel: Rettet den Sportklub-Platz. (*Bgm Dr Michael Häupl: Warum verhindern Sie das dann?*) Seit 2009 ist nichts passiert.

Jetzt frage ich Sie noch einmal, vielleicht gibt es ein bisschen eine klarere Antwort: Ist die Stadt Wien bereit, Geld zu investieren, nicht in ähnlicher, aber in adäquater Größenordnung im Vergleich zu den Großvereinen Rapid und Austria, damit der Sportklub-Platz nicht völlig verfällt?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Die Stadt Wien ist bereit, hier entsprechend Geld zu investieren. Aber wie ich schon in der ersten Anfragebeantwortung gesagt habe, ich nehme auch zur Kenntnis, dass jenes Projekt, mit dem an den Sportklub herangetreten wurde, seitens des Vereins und durchaus auch vieler Fans nicht die Zustimmung gefunden hat. Ich glaube aber, dass das ganz wesentlich ist. Wir wollen versuchen, eine Maßnahme umzusetzen, die durchaus auch innerhalb des Vereins eine Akzeptanz hat. Ich werde nicht derjenige sein, der mit dem Bagger gegen den Willen des Vereins eine Sanierung des Sportklub-Platzes umsetzt. Ich hoffe hier nach wie vor, dass wir zu einer gemeinsamen Lösung kommen und damit sicherstellen können, dass – und da stimme ich Ihnen uneingeschränkt zu – die notwendige Sanierung auch entsprechend umgesetzt werden kann.

Ich habe das Projekt für verträglich gefunden, ich habe es auch für sinnvoll gefunden, der Verein leider nicht.

Jetzt sind wir leider wieder am Start. Diesbezüglich muss man sagen, von unserer Seite wären die Rahmenbedingungen, die widmungsmäßig, aber auch behördentechnisch notwendig gewesen wären, alle auf Schiene. Sie haben nicht die Zustimmung gefunden, das gefällt mir nicht, aber ich nehme es zur Kenntnis. Ich hoffe allerdings und ich bin guten Mutes, dass es doch noch einmal gelingen wird, auch hier seitens des Vereins mit konstruktiven Vorschlägen zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 3. Anfrage.

Die 4. Anfrage (*FSP - 04082-2012/0001 - KVP/GM*) wurde von Frau GRin Ing Leeb gestellt und ist an den Herrn Bürgermeister gerichtet. (*Am 7. November 2012 wurde der nunmehr dritte Zwischenbericht der „Kommission Wilhelminenberg“ veröffentlicht. Darin heißt es wörtlich: „Bis vor kurzem ging die Kommission davon aus, dass die Akten im Original vollständig zur Verfügung gestellt worden sind bzw. gestellt werden. Mittlerweile musste die Kommission erfahren, dass die Akten vor Übergabe an die Kommission von Beamten der internen Revision des Magistrates der Stadt Wien durchgesehen werden und möglicherweise um ‚überzählige Leerblätter oder Doppelkuverts bereinigt‘ werden. Des Weiteren ist noch nicht geklärt, ob alle angeforderten Akten auch tatsächlich zur Verfügung gestellt werden, weil der Widerstand des Personalamtes gegen die Übermittlung von angeforderten Akten in manchen Fällen bislang nicht überwunden werden konnte.“ Dieser Sachverhalt bedarf dringender Aufklärung. Angesichts des dritten Zwischenberichtes der „Kommission Wilhelminenberg“ stellt sich die dringende Frage, ob die Stadt Wien tatsächlich (wie mehrmals behauptet), an einer vollständigen Aufklärung der Vorkommnisse interessiert ist. Wie wollen Sie diesen Befürchtungen begegnen?*)

Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin!

Auch auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen, darf ich daran erinnern, dass sich die Stadt Wien seit dem März 2010 in äußerst intensiver Weise mit der Aufarbeitung der Wiener Heimerziehung in der Nachkriegszeit beschäftigt.

Die Stadt Wien hat von Anfang an öffentlich Verantwortung für Formen verfehlter Pädagogik in der Nachkriegszeit übernommen und in diesem Zusammenhang mehrere Kommissionen eingesetzt. Ich selbst habe mich unmissverständlich und deutlich, wiewohl kein persönliches Verschulden vorhanden, bei den Opfern für das Erlittene entschuldigt.

Wie Ihnen ebenfalls bekannt ist, wurde die Opferchutzorganisation „Weisser Ring“ beauftragt, den Betroffenen auf unbürokratische Weise Entschädigungsleistungen zukommen zu lassen und Therapien zu finanzieren. Wien hat bisher wie kein anderes Bundesland in beispielloser Weise finanzielle Unterstützung von mehr als 17 Millionen EUR geleistet. Eine weitere Aufstockung der Mittel wird soeben vorbereitet.

Im Sinne der Transparenz sind die bisherigen Zwi-

schenberichte der Kommission Wilhelminenberg sowie der Endbericht, der unter der Leitung von Herrn Univ.-Prof. Dr. Reinhard Sieder tätig gewesenen Historikerkommission für jedermann im Internet öffentlich zugänglich.

Was die Bereitstellung von Unterlagen für die Kommission Wilhelminenberg anbelangt, ist zunächst zu betonen, dass sich die Wiener Jugendwohlfahrt ihrer historischen Verantwortung bewusst ist und alles unternimmt, um die Kommission in jeder Weise zu unterstützen. Dies ist auch im aktuellen Zwischenbericht der Kommission Wilhelminenberg entsprechend festgehalten. So wurden der Kommission sämtliche in der MA 11 aufliegenden erforderlichen historischen Heimakten, Organisations- sowie Personalunterlagen zur Verfügung gestellt und konnten auch diesbezüglich relevante Archivunterlagen des Wiener Landesarchives eingesehen werden. Weiters konnte die Kommission auch in erforderliche historische Unterlagen des früheren Anstaltenamtes, das bis Ende der 60er Jahre für die Heime zuständig war, Einsicht nehmen und ebenfalls in jene des Wiener Stadtschulrates.

Es ist selbstverständlich, dass auch die interne Revision der Stadt Wien an einer vollständigen Aufklärung der in Rede stehenden Vorkommnisse in höchstem Maße interessiert ist und die Aufklärung der Vorfälle im ehemaligen Kinder- und Jugendheim Wilhelminenberg nach Kräften unterstützt.

Was die datenschutzrechtlichen Implikationen anbelangt, ist auf den diesbezüglichen aktuellen Genehmigungsbescheid der Datenschutzkommission vom 3. August 2012 hinzuweisen, der nicht zuletzt auch einzuhaltende Auflagen vorgibt. Demzufolge dürfen Daten nur ausgewertet werden, soweit es für die Zwecke der Aufarbeitung der Ereignisse im 1977 geschlossenen Kinder- und Jugendheim der Stadt Wien Schloss Wilhelminenberg notwendig ist. Die Daten sind entsprechend sicher zu verwahren. Der direkte Personenbezug ist unverzüglich zu beseitigen, wenn er für die wissenschaftliche Untersuchung nicht mehr notwendig ist. Die Ergebnisse der Untersuchung dürfen laut Genehmigungsbescheid jedenfalls keinerlei personenbezogene Daten enthalten.

Da die von der Kommission Wilhelminenberg angeforderten Personalakten Daten im Sinne des datenschutzrechtlichen Genehmigungsbescheides enthalten, werden diese, unter Beobachtung der von der Datenschutzkommission erteilten Auflagen, im Original vollständig zur Verfügung gestellt.

Mittlerweile konnten von der Magistratsdirektion bereits mehr als 50 Personalakten der Magistratsabteilung 2 an die Kommission zur wissenschaftlichen Untersuchung übergeben werden. Die in Ihrer Anfrage eingangs zitierten Befürchtungen können daher von mir in keiner Weise nachvollzogen werden. Die Stadt Wien war und ist zu jedem Zeitpunkt an einer 100-prozentigen Aufklärung der Ereignisse im Kinder- und Jugendheim interessiert und unterstützt diese Aufklärung im Rahmen der Gesetze. Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann Ihnen nochmals versichern, dass es mir ein absolut wichtiges Anliegen ist, die Geschichte des Heimes Wilhelminen-

berg in all ihren Facetten transparent und vollständig aufzuklären.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung. Die 1. Zusatzfrage wird von GRin Ing Leeb gestellt. – Bitte schön.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Bürgermeister und herzlichen Dank für Ihre Beantwortung. Ich schätze es natürlich sehr wert, was die Stadt Wien im Rahmen der Aufklärung der Missbrauchsfälle, die ja nicht nur den Wilhelminenberg betreffen, sondern auch andere, nicht nur städtische Heime, tut. Was ich aber nicht ganz verstehe, ist, dass Sie in Ihrer Anfragebeantwortung jetzt eigentlich wieder den Datenschutz über den Opferschutz gestellt haben; denn Sie wissen, dass auch die Kommission an den Datenschutz gebunden ist. Also, wenn die Kommission Akten übermittelt bekommt, dann sind die Akten nicht dazu da, dass die Frau Helige Pressekonferenzen abhält und Leute an den Pranger stellt, sondern in der wissenschaftlichen Arbeit einer Kommission muss man sich sowieso an den Datenschutz halten. Soviel dazu.

Das finde ich auch insofern bemerkenswert, als ich denke, dass eine gute Gesprächsbasis da sein wird zwischen dem Herrn StR Oxonitsch und der Helige-Kommission; aber wenn die Frau Helige dann hilfessuchend an die Öffentlichkeit geht, dann lässt sich daraus einiges schließen.

Aber zu meiner Zusatzfrage: Ich habe vorhin schon angesprochen, es ist nicht nur das Heim am Wilhelminenberg betroffen. Es verdichten sich ja jetzt, bei Fortdauer der Kommission, auch Hinweise darauf, dass das nicht nur dort stattgefunden hat. Es gibt auch Zeugenaussagen – von Betroffenen, die sich bereits nicht nur an Sie, sondern auch an uns gewandt haben –, wonach es in anderen städtischen Heimen zu ähnlichen Missbrauchsvorfällen gekommen ist. Wann wird die Stadt Wien die Tätigkeit der Untersuchungskommission auf die anderen städtischen Heime ausdehnen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Zunächst ein Wort zu Ihrer Vorbemerkung. Dass Beamte der Stadt Wien darauf schauen, dass die Auflagen aus dem Bescheid der Datenschutzbehörde eingehalten werden, ist ja wohl selbstverständlich. Das gilt auch für Ihre Bemerkung, dass sich auch alle Beteiligten an diesen Bescheid und an die Auflagen entsprechend zu halten haben.

Da hat es natürlich kurzzeitig Diskussionen gegeben, die gerade auch in dem Veröffentlichungszeitraum des Zwischenberichtes gekommen sind. In der Zwischenzeit ist nach den mir vorliegenden Informationen dies weitgehend aufgelöst. Es gibt, glaube ich, nur mehr zu 2 Akten von vielen, weit über 50 alleine aus der Magistratsabteilung 2, noch entsprechende Diskussionen, die aber entweder auch schon aufgelöst sind oder in den nächsten Tagen aufgelöst werden.

Also ich sehe da nicht wirklich ein Problem bei dieser Vermittlung. Meine Güte, es kann selbst solche Randdis-

kussionen auch unter Leuten geben, die an sich sehr gut zusammenarbeiten und sich sehr gut verstehen. Es ist jetzt mit Sicherheit kein Hindernis dafür, oder es muss keine Befürchtung laut werden, dass wir nicht genau so wie vor 2 Jahren 100-prozentig an dieser Auflösung interessiert sind. Das ist überhaupt keine Frage.

Was Ihre eigentliche Frage selbst betrifft, so habe ich auch das heuer in einer Anfragebeantwortung schon gesagt: Sobald die Kommissionen mit der Auffassung an uns, die Stadt Wien, herantritt, dass es notwendig wäre, auch die anderen Heime entsprechend zu untersuchen, und dies begründet, werden wir das auch tun. Das ist eine Wiederholung dessen, was ich hier schon sagte.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 2. Zusatzfrage wird von GRin Hebein gestellt. – Bitte.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, Herr Bürgermeister! Wir haben jetzt schon öfters darüber gesprochen: Die Opfer wollen lückenlose Aufklärung und Entschädigung, soweit man das überhaupt machen kann, und auch, dass es nie wieder passiert. Nun führen Sie als Bürgermeister ja sehr viele Gespräche, auch über die Grenzen hinweg, und wir wissen ja vom Missbrauch nicht nur im städtischen, sondern auch privaten Bereich wie auch in Kirchen beziehungsweise in kirchlichen Institutionen.

Haben Sie Informationen darüber, was bundesweit passiert, in anderen Institutionen, bei Kirchen; was die sich konkret überlegen, in dieser Hinsicht an Aufklärung zu betreiben? – Danke.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Frau Gemeinderätin! Natürlich ist Ihre Annahme richtig, dass ich sehr viele Gespräche auch zu diesen Themen mit Landeshauptleuten anderer Bundesländer, aber auch mit Institutionsvertretern und auch mit dem Erzbischof von Wien führe und geführt habe. Ich möchte diese Vier-Augen-Gespräche jetzt nicht wiedergeben – jeder weiß, bei mir kann man sich darauf verlassen, dass ich das für mich behalte.

Generell darf ich aber sagen, dass seitens der Kirche ein großes Interesse an Aufklärung, aber natürlich auch an Wiedergutmachung besteht. Wenn ich jetzt Wiedergutmachung sage, dann bitte ich, das im Sinne dessen zu verstehen, was ich immer sagte: Diesen Schaden kann man nicht wiedergutmachen, aber jedenfalls durch Öffentlichmachung, durch respektvollen Umgang, bis hin zu finanziellen Entschädigungen, kann man natürlich eine Menge machen.

Seitens der Landeshauptleute habe ich eine sehr klare Widerspiegelung und ein sehr klares, gleich gelagertes Interesse lediglich aus Tirol verspürt, wo es ja auch noch andere staatliche Institutionen gibt, wo es ganz offensichtlich auch entsprechenden Missbrauch gegeben hat, wo es zuletzt auch Zwangsarbeit gegeben hat. Dort denkt man ähnlich, wie das in Wien der Fall ist. Um das vorwegzunehmen: Ob es nun zu einer nationalen Veranstaltung kommen wird können, wo wir dies öffentlich darstellen, ob es letztendlich zu einer tatsächlich – nicht von persönlichem Verschulden, sondern von historischer Verantwortung getragenen – Entschuldigung kommen

wird, weiß ich noch nicht, wage es aber zu bezweifeln. Aber mit allen, die guten Willens sind, werden wir das tun.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 3. Zusatzfrage stellt GR Nepp. – Bitte.

GR Dominik **Nepp** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Bürgermeister! Diese nationale Entschuldigungsveranstaltung würden wir befürworten und Sie darin auch unterstützen; denn auch in Bayern, wo ja ebenfalls ein großer Missbrauchsskandal war, hat man gesehen, dass die Opfer das sehr gut angenommen und sich dadurch gewürdigt gefühlt haben.

Aber nun zu meiner wirklichen Zusatzfrage. Sie haben einmal in einer mündlichen Anfrage von mir es auch als gut und gerecht empfunden, eine Gedenktafel, ein Mahnmal am Schloss Wilhelminenberg aufzustellen. Nun hat Ihre Fraktion gestern bereits zum zweiten Mal einen diesbezüglichen Antrag niedergestimmt; und jetzt herrscht ein bisschen Verwirrung, nicht nur bei mir, sondern auch bei vielen Opfern, die sich bei uns gemeldet haben.

Nun möchte ich Sie fragen, wie es da aussieht. Ist dieser Gedenkstein vielleicht schon fast fertig und steht schon kurz vor der Aufstellung, sodass man diesen Antrag nicht mehr zu unterstützen braucht? Oder haben Sie vielleicht diesbezüglich Ihre Meinung geändert?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Herr Gemeinderat! Ich habe meine Meinung nicht geändert. Aber Sie werden verstehen, dass man, ohne den Eigentümer zu fragen, wohl schwer etwas aufstellen kann. (*GR Johann Herzog: Nimmer mehr!*)

In alten Zeiten war es vielleicht so, dass man da Anordnungsdemokratie betrieben hat, aber das ist vorbei. So gesehen werden wir natürlich darüber reden. Es ist für ein heutiges Jugendhotel, das im wirtschaftlichen Wettbewerb steht, nicht so lustig, eine derartige Tafel sozusagen neben der Tür hängen zu haben oder den Stein vor der Tür stehen zu haben. Wir werden es am Ende des Tages schon hinbekommen. Ich habe meine Meinung nicht geändert. (*Beifall bei der SPÖ und von GRin Birgit Hebein.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Die 4. Zusatzfrage wird von GRin Ing Leeb gestellt. – Bitte schön.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Abschließend würde ich Sie gerne fragen, Herr Bürgermeister: Es kann ja durchaus sein, dass im Zuge dieser Untersuchungen, die die Helige-Kommission jetzt anstellt, noch derzeit politisch oder, ich sage jetzt einmal, im Rahmen der Jugendarbeit für die Stadt Wien tätige Personen sozusagen zutage befördert werden, dass man also draufkommt, die sind jetzt noch aktiv. Was werden Sie in Ihrer Verantwortung dann unternehmen, auch angesichts der Tatsache, dass diese Dinge schon sehr lange zurückliegen, dass es da rechtliche Probleme geben könnte?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Bürgermeister.

Bgm Dr Michael **Häupl**: Wie Sie wissen, gehen zu-

nächst alle diese Berichte an die Staatsanwaltschaft, die ihrerseits die Prüfung zu veranlassen hat, ob es hier strafrechtliche oder andere Rechtsverletzungen gibt; das unterliegt nicht unserer Ingerenz. Aber selbstverständlich, wenn dies so eintreten sollte, wie Sie es eben sagten, werden wir selbstverständlich eine disziplinarrechtliche Prüfung veranlassen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Behandlung der 4. Frage.

Die 5. Frage (FSP - 03716-2012/0001 - KFP/GM) wurde von Herrn GR Mag Ebinger gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft gerichtet. (In die Musical-Aufführung „Rebecca“ am New Yorker Broadway haben die Vereinigten Bühnen Wien (VBW) 380 000 EUR investiert. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass die VBW und deren Geschäftsführer Thomas Drozda offensichtlich einem Betrüger aufgesessen sind und die Aufführung nicht zustande kommt. Welche konkreten Schritte haben Sie bis jetzt gesetzt, um das bereits investierte Geld zurück zu bekommen?)

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Gemeinderat!

Zur Ihrer Anfrage betreffend die Maßnahmen, die zur Rückholung der für die Aufführung des Musicals „Rebecca“ am New Yorker Broadway bereits getätigten Investitionen gesetzt werden, kann ich Ihnen Folgendes mitteilen: Nicht die Vereinigten Bühnen Wien und deren Geschäftsführer Mag Drozda sind, wie Sie sagen, einem Betrüger aufgesessen, sondern der Produzent von „Rebecca“ am Broadway, eine gewisser Ben Sprecher, scheint einem solchen zum Opfer gefallen zu sein.

Die Vereinigten Bühnen Wien haben eine korrekte Vertragsvereinbarung über die Lizenzvergabe von „Rebecca“ sowie über ihr Investment in der Höhe von 500 000 Dollar – je nach Umrechnungswert etwa 380 000 EUR – abgeschlossen, wobei das zusätzlich mit einem Pfandrecht für Kostüme und Set sowie den Verwertungsrechten an der Übersetzung ins Englische von Christopher Hampton abgesichert ist.

Die Vereinigten Bühnen selbst haben bereits im Frühjahr, als die Show erstmalig verschoben werden musste, unverzüglich das Geld zurückgefordert, was damals im Übrigen auch sofort passiert ist. Eine solche Rückforderung haben sie auch gleich nach Bekanntwerden der erneuten Verschiebung der Premiere über einen Anwalt in New York in die Wege geleitet. Da die Produktion zu diesem Zeitpunkt aber schon weit gediehen war, und die Vorauszahlungen für Set und Kostüme ebenfalls bereits getätigt worden sind, war es aktuell nicht mehr möglich, die gesamte Geldsumme zurückzuerhalten.

Auf jeden Fall sind die Vereinigten Bühnen alleine schon durch die Sachkosten weit über die Investitionssumme abgesichert. Dessen ungeachtet steht die Geschäftsführung nach wie vor in laufenden Gesprächen mit den Partnern vor Ort, um alles endgültig zu klären und die Rechte der Vereinigten Bühnen bestmöglich abzusichern.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die 1.

Zusatzfrage stellt GR Mag Ebinger. – Bitte.

GR Mag Gerald **Ebinger** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich bin mir dessen bewusst, dass die Vereinigten Bühnen international schauen müssen, dass sie ihre Werke, ihre Eigenproduktionen vermarkten, um extra Geldmittel zu lukrieren. Das kommt nicht zuletzt auch uns, der Stadt Wien, zu Gute, weil eventuelle Einnahmen daraus die jährliche Subvention doch senken würden. Ich bin nicht erfahren in diesen Dingen. Ich darf Ihnen kurz etwas vorlesen und möchte Sie um Ihre Einschätzung bitten. In einem Zeitungsartikel steht zuerst einmal irgendwo, dass „Rebecca“ mit 9,28 Millionen EUR am Broadway das teuerste Musical des Jahres wäre.

Dann wird Herr Drozda zitiert: „Rebecca‘ habe eine gute Publizität international. ‚Wir waren mit einem großen Foto auf der Titelseite von ‚Herald Tribune‘ – und sogar Kritiker unserer US-Produzenten haben gesagt, diese Produktion ist sehr gut und sollte gezeigt werden‘, sagt Drozda. ‚Mir geht es auch darum, den Titel zu schützen, und das wird sicher gelingen. Immerhin gibt es bereits beachtliche Vorverkaufeinnahmen von einer Million Dollar. Für mich ist das der stärkste Indikator: Wenn das Publikum an eine Show glaubt.‘ Auch Ben Sprecher“ – den Sie zuerst erwähnt haben – „legt ein Glaubensbekenntnis für ‚Rebecca‘ ab: ‚Wir unternehmen weiter Anstrengungen, die Show auf die Bühne zu bringen. Und es eröffnen sich bereits Alternativen.“

Ich würde Sie, Herr Stadtrat, ersuchen, uns zu erklären: Erstens einmal, wenn da eine Million Dollar an Vorverkaufeinnahmen vorliegen, muss das dann wieder zurückgezahlt werden? Sind die Vereinigten Bühnen, wenn das nicht zustande kommt, womöglich auch beteiligt an diesen Rückzahlungen, über die wir noch gar nichts wissen? Und wenn, wie Herr Ben Sprecher sagt, es schon Alternativen gibt, welche sind das?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat!

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Herr Gemeinderat! Ich bitte um Verständnis, dass ich jetzt im Einzelnen über die sehr operativen Vorgänge weder informiert bin noch informiert sein muss. Ich weiß auch nicht, wann Dschungel Wien oder ein anderes Haus auf Tournee geht. Das ist eine Sache, die die Geschäftsführung gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern in New York abzuhandeln hat.

Soweit ich informiert bin, war das tatsächlich ein Indikator für Interesse, was auch beweist, dass das nicht völlig auf Sand gebaut war. Es ist auch nicht so, dass die Vereinigten Bühnen dort als Produzent auftreten, sondern das ist das Wesen – deshalb hat man jemanden gesucht, der als Produzent am Broadway auftritt –: Es geht hier im Wesentlichen um eine Lizenzvergabe. Soweit ich informiert bin, sind die Vereinigten Bühnen – ich weiß jetzt gar nicht, ob man das alles schon so sagen kann, aber jedenfalls – im nordamerikanischen Raum, in Kanada unterwegs – das ist das, was ich weiß –, um zusätzliche Partner zu finden, um eventuell in Toronto dieses Musical verkaufen zu können.

Grundsätzlich sind die Vereinigten Bühnen jahraus,

jahrein unterwegs, um ihre Musical-Produktionen bestmöglich zu verkaufen. Das ist notwendig, weil das ein nicht unwesentlicher Teil von Einnahmen ist, nämlich im internationalen Bereich, der es uns in den letzten zwei Jahren ermöglicht hat, die Musical-Sparte ohne zusätzliche Subventionen zu subventionieren.

Dass das immer ein Risikogeschäft ist, wie das in der Kunst grundsätzlich ist, und dass man Erfolge nicht planen und sozusagen auf dem Reißbrett entwerfen kann, brauche ich nicht extra zu betonen. Was die zukünftigen möglichen Alternativen anbelangt, weiß ich, dass sich die Vereinigten Bühnen sehr bemühen, gerade im nordamerikanischen Raum, in Kanada und in den USA, Partner zu finden.

Ob und inwieweit tatsächlich getätigte Ticketkäufe ... Aber soweit ich informiert bin, sind keine Tickets gekauft wurden, sondern es gab diesbezüglich Interesse und Nachfragen. Daher gehe ich davon aus, dass es keine Rückzahlungen geben wird, und schon gar nicht solche, die die Vereinigten Bühnen betreffen, weil die auch nicht den Vertrieb und die Ticketabwicklung dort machen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Danke. Die 2. Zusatzfrage wird von GRin Ing Leeb gestellt. – Bitte.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Grüß Gott, Herr Stadtrat!

Ich finde es schon ein bisschen bemerkenswert, dass der Herr Geschäftsführer Drozda bei seiner Verteidigungsstrategie bleibt und meint: „Wir sind bestmöglich abgesichert, als wir die Kostüme und einen Eigentumsvorbehalt an den Dekorationen haben.“

Ich finde das aus zwei Gründen bemerkenswert. Wenn ich mir denke, dass ich um 380 000 EUR am Broadway sowohl Kostüme als auch Dekoration bekomme, dann läuft auf dem Rest der Welt etwas falsch. Das wird nicht die Gesamtsumme sein, die man für Kostüme und Dekoration für diese Produktion gebraucht hat. Wie darf ich mir das dann vorstellen? Wir bekommen die Schuhe und ein bisschen etwas an Dekoration?

Wie wollen Sie überhaupt die Dekoration weiter verwenden? Bei den Kostümen kann ich es mir sehr gut vorstellen, aber wenn Sie Dekorationsteile nach Europa verschiffen wollen, dann kostet das schon einiges. Außerdem ist der Vergleich komisch. Das ist so, als würden Sie mich beauftragen, Ihnen ein Haus zu bauen; Sie geben mir das Geld, ich baue das Haus nicht, haue ab; aber im Vertrag steht, Sie seien damit abgesichert, dass Sie das Haus dann vermieten können – nur gibt es das Haus gar nicht.

Also Herr Stadtrat, ich kann dieser Argumentationslinie nicht folgen und würde Sie, obwohl Sie immer sagen, Sie können nichts dafür, fragen: Welche Maßnahmen werden Sie treffen, um in Zukunft solche Dinge zu verhindern – denn es sind doch Steuergelder im Spiel?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte, Herr Stadtrat!

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Also, ich kann dazu nur sagen: Das ist im Grunde unverändert. Es ist ein operatives Geschäft eines Subventionsnehmers der Stadt Wien – zugegebenermaßen eines Subventionsnehmers mit sehr viel Subventionen. Ich gehe da-

von aus – und habe auch überhaupt keinen Grund zur Annahme, dass dem nicht so wäre –, dass hier von Seiten der Geschäftsführung mit aller notwendigen Sorgfalt vorgegangen wurde. Ob und inwieweit die Sicherung durch die Kostüme ausreichend ist oder nicht, oder wie viel die Kostüme tatsächlich kosten oder nicht, das wissen Sie nicht, und das weiß auch ich nicht im Detail. So detailliert muss ich das auch nicht wissen, weil das wirklich keine politische Frage und schon gar nicht eine Frage der politischen Verantwortung ist.

Aber ich gehe einmal davon aus, dass mit dieser Besicherung – und das versichert die Geschäftsführung immer – jedenfalls die Kosten, die entstanden sind, abgedeckt sind, und dass sie auch in Anspruch genommen werden können. Zu allem anderen und darüber hinaus zum Vergleich muss ich sagen: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Es ist nicht so, dass da ein Haus gebaut wird und ich ziehe ein oder nicht; sondern man sucht sich selbstverständlich – und das ist normalerweise so, das ist State of the Art – einen Produzenten am Broadway.

Es produzieren ja nicht die Vereinigten Bühnen selber, sondern sie suchen sich dort jemanden, mit dem sie als Partner dieses Musical verwirklichen können. Da gibt es unterschiedliche Formen, reine Lizenzannahmen, Koproduktionen, wie auch immer. Dieser Partner wiederum hat für sich, für sein Vorhaben einen Geldgeber gebraucht und gesucht. Auch das ist nichts Ungewöhnliches am Broadway, sondern auch das ist gang und gäbe.

Einer dieser Geldgeber – auch nicht alle, aber einer – hat sich nicht realisiert, aus was für Gründen auch immer; das wissen Sie nicht, das weiß ich nicht, das ist jetzt Gegenstand von Erhebungen und Untersuchungen. Das heißt, es sind nicht die Vereinigten Bühnen einem Betrüger aufgesessen und es haben die Vereinigten Bühnen auch nicht fahrlässig oder sonst wie gehandelt. Die Vereinigten Bühnen hatten einen sehr seriösen Partner. Ich habe mich jetzt in New York noch einmal erkundigt. Der Herr Sprecher ist ein absolut seriöser und auch durchaus üblicher Partner am Broadway. Und dem ist ein Geldgeber abhandengekommen, das ist die Geschichte. Die ist unerfreulich, aber sie ist weder ein Kriminalfall – jedenfalls nicht, was die Vereinigten Bühnen anbelangt – noch ist so etwas einzigartig in der Geschichte des Broadway, und darum geht es.

Die Vereinigten Bühnen sind entsprechend abgesichert. Sollte es tatsächlich nicht zu einer Produktion kommen, sollte diese Produktion nicht an einer anderen Stelle in Nordamerika stattfinden können, sind sie über Sachwerte und über immaterielle Werte, nämlich Rechte, abgesichert. Das muss mir als Subventionsgeber zunächst einmal ausreichen als Sicherstellung für getätigte Investitionen, und bis zum Beweis des Gegenteils tut es das auch.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke. Die letzte Zusatzfrage wird von GR Mag Ebinger gestellt. – Bitte.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Es wundert mich, dass die Koalitionsparteien nicht

einmal positive Fragen stellen, nicht einmal sozusagen positives Interesse an der Entwicklung der Vereinigten Bühnen zeigen, dass keiner eine Frage stellt.

Okay, ich nehme zur Kenntnis, auch ich habe das gehört, es gibt Gespräche, ich glaube, mit der Mirvish Group in Toronto. Das wäre auch noch logisch, da könnte man die Dekorationen ja relativ einfach hintransportieren. Ich weiß, dass in Japan, Korea und anderen Ländern Initiativen unternommen werden, die in den letzten Jahren auch zu vielen Einnahmen geführt haben. Auch in China geht man auf den Markt zu und schaut, dass man, wie ich schon gestern gesagt habe, auch dort unsere Eigenproduktionen, unsere Musicals auf den Markt bringt.

Meine Frage geht aber in folgende Richtung: Jetzt haben wir gehört, unter Zechners Intendanz – und wir freuen uns natürlich, dass es jetzt eine andere Intendanz gibt – gab es keine Eigenproduktionen. Man kann also davon ausgehen, dass Extraeinnahmen durch Verkauf von Eigenproduktionen in den nächsten Jahren dünner werden, sodass höhere Subventionen nötig sein werden, wenn man nicht Anstrengungen macht, die alten Eigenproduktionen vermehrt auf den Markt zu bringen.

Mein erster Wunsch ist natürlich, dass der neue Intendant wieder Eigenproduktionen macht, aber: Können Sie eine Einschätzung abgeben, wie sich – unabhängig von den 380 000 EUR oder nicht 380 000 EUR – die Subvention, die die Stadt Wien geben wird, in den nächsten Jahren entwickeln wird? Wird sie höher werden, weil Gelder aus internationalem Verkauf wegfallen?

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Bitte.

Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Zum einen muss ich Ihnen da widersprechen. Natürlich hat es auch unter Zechners Intendanz Eigenproduktionen gegeben wie beispielsweise „Die Weberischen“ oder auch jene Eigenproduktionen, die unter dem Titel „Ronacher Mobile“ gelaufen sind, beziehungsweise auch „Woyzeck“. Das waren sehr beachtete Eigenproduktionen, die allerdings nicht auf Tournee gegangen sind, nicht international vermarktet werden konnten.

Ja, es stimmt, manche Eigenproduktionen – bei Weitem nicht alle, muss man auch sagen – sind Exportschlager geworden. Aber wie es eben das Wesen von Kunst ist, Erfolg lässt sich nicht beliebig programmieren. Dass „Elisabeth“ etwas ist, das sehr gut läuft, was jetzt auch durch die Wiederaufnahme in Wien bewiesen ist, ist eine ganz tolle Geschichte. Andere Produktionen können nicht verkauft werden. Vielleicht wissen Sie, dass es zum Beispiel bei großen Hollywoodfilmen bezüglich Erfolgsproduktionen und Nichterfolgsproduktionen Ratio ist: Du musst eben neun große Hollywoodfilme produzieren, um einen großen Erfolg zu landen. Das heißt, der eine große Erfolg finanziert dir die neun anderen. Im Musical-Geschäft ist es im Grunde nicht anders.

Ja, ich weiß vom neuen Intendanten Struppeck, dass er heftig am Planen ist, was Eigenproduktion und etwas Neues anbelangt. Es ist noch zu früh, darüber zu spekulieren, ob sich das entsprechend niederschlägt; aber ja, es stimmt, dass natürlich die Produktionen im Ausland, wenn sie als Lizenzen oder als Produktionen verkauft

werden können, dazu beitragen, den Zuschussbedarf der Vereinigten Bühnen und insbesondere jenen des Musical-Bereiches zu reduzieren. Deshalb arbeiten die Vereinigten Bühnen sehr daran, auch wieder Eigenproduktionen zusätzlich auf den Markt zu bringen; aber, wie gesagt, so etwas lässt sich nicht am Reißbrett entwerfen.

Dass unabhängig davon die Vereinigten Bühnen einen Subventionsbedarf haben, der, ich sage das jetzt sehr ungenau, bei etwa 40 Millionen EUR liegt, je nachdem, ob Jahre gut, mittelgut, mittelschlecht oder auch schlecht laufen, liegt auf der Hand. Also man braucht nur den Durchschnitt der letzten 5 Jahre zu nehmen, dann kommen wir auf 40 Millionen EUR. Und diese 40 Millionen EUR an möglichem Zuschussbedarf wurden in schlechten Jahren überschritten, und in guten Jahren, wie es die letzten 2 Jahre waren, um ein Wesentliches unterschritten. Aber der strukturelle Bedarf – das ist ja seit längerem kein Geheimnis – der Vereinigten Bühnen in der gegenwärtigen Konzeption mit den 3 Häusern sind die 40 Millionen EUR. Dabei kommt die Mehrheit dieser 40 Millionen EUR nicht dem Musical, sondern der Oper zu Gute. Auch das ist ja kein Geheimnis, wurde hier mehrfach diskutiert.

Also, das ist die auch allgemein bekannte und auch dem Gemeinderat immer wieder mitgeteilte mittelfristige Budgetnotwendigkeit; und ob und in welcher Weise die Vereinigten Bühnen auch mit weniger auskommen, hängt weniger vom Auslandsgeschäft, sondern mehr vom Inlandsgeschäft ab. Wir haben eine sehr hohe Tangente. Die Bühnen müssen entsprechend gut ausverkauft sein. Das war mit zwei ganz tollen Produktionen in den letzten Jahren, nämlich mit „Sister Act“ und „Ich war noch niemals in New York“ der Fall. Ob sich dieser Erfolg für die nächsten Jahre sozusagen prolongieren lässt, wird zu sehen sein.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich danke für die Beantwortung der 5. Frage. Damit ist die Fragestunde beendet.

Bevor wir zur Aktuellen Stunde kommen, möchte ich noch auf die gestrige Sitzung eingehen. Und zwar gab es ganz am Beginn der Sitzung eine Wortmeldung vom Kollegen Ellensohn, der sich in seinem Beitrag mit der Sippenhaftung auseinandersetzte. Ich zitiere aus dem Wortprotokoll, das ich inklusive der Zwischenrufe erhalten habe – und ich danke sehr dafür, dass es so rasch gegangen ist. Kollege Ellensohn hat ausgeführt: „Ohne Sippenhaftung zu betreiben, aber natürlich hat das Elternhaus einen Einfluss auf uns. Wir kommen ja nicht auf die Welt und sind dann im luftleeren Raum, sondern wir haben Eltern, die uns mit einbeziehen, die Freunde. Wo immer wir hinkommen, sind andere Leute mitverantwortlich. Wir können uns aber nicht ausschließlich darauf verlassen, dass das Haus super funktioniert.“ – Und nun komme ich zu den Sätzen, die ich zum Anlass genommen habe, das vorzutragen. – „Und ich gebe schon zu, mit dem Elternhaus, dass der Herr Kowarik und der Herr Gudenus haben, hat man halt schlechte Startbedingungen. Und dann passiert es dir, dass du später sozial nicht so verträglich bist, wie wir es brauchen für ein gemeinsames Zusammenleben.“

Ich habe im Vorfeld den Kollegen Ellensohn auch darüber informiert, dass ich ihm für diesen Satz einen Ordnungsruf erteile. Die Zwischenrufe, auf die in der Präsidiäle hingewiesen wurde, sind aus diesem Protokoll nicht ersichtlich, daher kann ich nicht darauf eingehen.

Wir kommen nun zur Aktuelle Stunde. Der Klub der Wiener Freiheitlichen hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Soziale Kälte im rot-grünen Wien – Heizkostenzuschuss muss bleiben“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte den Erstredner, Herrn GR Mag Gudenus, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, wobei ich bemerke, dass seine Redezeit mit zehn Minuten begrenzt ist.

GR Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben das heutige Thema gewählt, um darauf hinzuweisen, dass in diesem rot-grünen Wien – das seit zwei Jahren eine grüne Regierungsbeteiligung hat – die Sozialpolitik im Großen und Ganzen doch nicht so läuft, wie es erforderlich wäre. Wir wollen das unter anderem, aber nicht nur, am Beispiel Heizkostenzuschuss, der jetzt eigentlich gestrichen wurde, festmachen. Ich darf daran erinnern, dass die Frau Finanzstadträtin Brauner noch am 8. Juli 2010, also vor der Wiener Wahl, in einer Presseaussendung gesagt hat, ich zitiere: „Wir werden sicher nicht bei den Sozialausgaben sparen, wie etwa in Kärnten, wo der Heizkostenzuschuss gestrichen wurde.“ – Also man sieht: Nach der Wahl ist doch einiges anders als vor der Wahl. Zumindest diesem Zitat der Frau Brauner wurde nicht entsprochen. Wir nehmen genau dieses Beispiel Heizkostenzuschuss als Paradebeispiel für die soziale Kälte hier im rot-grünen Wien. Es kann nicht sein, dass die Stadtregierung, die sich Sozialpolitik auf die Fahnen heftet, im Endeffekt die Ärmsten der Armen im Stich lässt. Das dürfen wir uns nicht bieten lassen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich darf dazu Mutter Teresa zitieren, die gesagt hat: „Das Einzige, was die Armut beseitigen kann, ist, miteinander zu teilen.“ Das ist vollkommen richtig, aber für eine Stadtregierung geht es auch darum, natürlich nicht nur direkt auszuschütten – wobei auch das wichtig ist –, sondern auch zu investieren, nämlich in die Wirtschaft, in die Bildung, in die Familien. All das ist notwendig, all diese Investitionen sind im Endeffekt notwendig, um Armut zwar nicht zu beseitigen – das wird nicht möglich sein, keine Frage, das Paradies auf Erden werden wir nie haben –, aber zumindest zu bekämpfen.

Weites hat Mutter Teresa gesagt: „Gott hat die Armut nicht erschaffen. Er schuf nur uns.“ Das heißt, wir Menschen sind eben aufgefordert, dagegen anzukämpfen, dass Menschen in Armut geraten, oder eben dafür zu sorgen, dass Menschen nicht in Armut leben müssen. Wir haben ja sehr oft darauf hingewiesen, auch in den letzten beiden Tagen der Budgetdebatte, dass Wien erfreulicherweise auf sehr hohen Plätzen rangiert, was internationale Vergleichsstudien betrifft. So zum Beispiel in der UNO-Studie zur Lebensqualität, die herangezogen wurde – das ist erfreulich, überhaupt keine Frage – oder

in der oftmals zitierten Mercer-Studie, für die, wie wir wissen, Leute befragt werden, die sich im obersten Einkommenssegment befinden, wie hohe Manager – die in Wien, Gott sei Dank, viele sind, wobei viele nach wie vor kommen – oder UNO-Botschafter und UNO-Diplomaten.

Das ist ja alles sehr erfreulich. Doch wird in diesen Studien oft verschwiegen und vergessen, dass es in dieser Stadt auch viele arme Menschen gibt, die leider nicht weniger, sondern mehr werden: die vielen Familien, die sich zum Beispiel das Heizen nicht mehr leisten können, die vielen alleinerziehenden Mütter oder Väter, die vergessen werden, die Pensionisten, die vielen Kinder, die leider immer mehr in Armut leben müssen. Leider begegnet uns in Wien die Armut immer öfter und auch an viel mehr Orten als früher. Anscheinend kommt man in Wien leider auch nicht an diesem Sprichwort vorbei, dass die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer, weil der Mittelstand ausgedünnt wird und die Schere zwischen Arm und Reich leider immer größer wird.

Das hat sehr viele Faktoren und Gründe. Natürlich persönliche Gründe, politische Gründe, ökonomische Gründe, Gründe, die ich schon ausgeführt habe, das Bildungssystem, die Wirtschaft, die Förderung der Wirtschaft, die Förderung des Arbeitsmarktes. Aber wie geraten Menschen in Wien überhaupt in Armut? Dazu habe ich mir ein paar Zahlen angeschaut, Vergleichszahlen, zum Beispiel aus dem Jahr 1994 und aus dem Jahr 2011, was die Arbeitslosigkeit betrifft. 1994 belegte Wien noch den Platz 6 im Bundesländervergleich in Österreich. Da war Wien noch deutlich besser als Burgenland, Steiermark oder Kärnten. Und im Jahr 2011 und auch heuer sind wir klares Schlusslicht in Österreich. Das ist leider tragisch, und das ist leider auch genau der Vergleichszeitraum zwischen dem Amtsantritt von Bgm Häupl im Jahr 1994 und dem Jahr 2011 beziehungsweise 2012. Man sieht also, unter Bgm Häupl hat sich die Situation der Arbeitslosigkeit in Wien leider verschlechtert, und das zeigen wir auf. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Heuer sind wir mittlerweile schon angelangt bei einer Rekordarbeitslosigkeit von 11,5 Prozent, wenn man die Schulungsteilnehmer dazurechnet. In dieser Statistik sind ja bekanntermaßen diejenigen, die einen Bildungsweg abgeschlossen haben – oder zumindest teilweise abgeschlossen haben –, aber noch keine Arbeit gefunden haben, nicht dabei. Laut WIFO soll die Arbeitslosigkeit Ende 2012 schon 9,5 Prozent erreicht haben, und das ohne Schulungsteilnehmer. Das ist im Vergleich zum Vorjahr, Ende 2011, ein Plus von 0,3 Prozent.

Oder ein anderer Indikator für Armut: Privatinsolvenzen. Da haben wir heuer bis September 2012 schon 3 182 Fälle in Wien, und Wien verzeichnet 40 Prozent der gesamten Privatinsolvenzen in ganz Österreich! Auch das ist eine sehr traurige Zahl, die uns zu denken geben sollte.

Oder das Beispiel Kaufkraft, der in Wirklichkeit einzig wahre aussagekräftige Indikator, der anzeigt: Was kann sich eine Person mit ihrem Einkommen noch leisten? Und da liegt Wien leider weder auf Platz 1 noch auf Platz 2 noch auf Platz 3 noch auf Platz 8 oder 10, sondern auf

Platz 18, nämlich hinter Zürich, Sydney, Luxemburg, Genf, Nikosia, Los Angeles, Miami, Dublin, München und so weiter. Sogar Paris liegt vor uns. Es ist ein eindeutiger Indikator, dass Wien hinsichtlich seiner Kaufkraft eben nicht im Topranking ist. Diese Studie stammt nicht von uns, sondern von der Schweizer UBS-Bank, und zwar aus dem Jahr 2012.

Oder schauen wir uns das Ranking der europäischen Großstädte hinsichtlich des Anteils an Niedrigeinkommenshaushalten an: Da liegen wir an drittletzter Stelle! 21,1 Prozent der Haushalte in Wien sind Niedrigeinkommenshaushalte. Da darf ich das WIFO zitieren. Ich hoffe, dass mir dann nicht Rassismus oder dergleichen vorgeworfen wird, wenn ich hier das WIFO zitiere, das ganz klar sagt: „Die Arbeitslosenquote von AusländerInnen liegt zuletzt um mehr als die Hälfte höher als jene von InländerInnen, wobei sich diese Kluft gegenüber den frühen 1990er Jahren verdoppelt hat.“ – Das sagt das WIFO ganz eindeutig.

Gleichzeitig explodiert in Wien die Mindestsicherung. Vor allem unter Rot-Grün haben wir einen Anstieg von mittlerweile 178 Millionen EUR, also auf insgesamt 544 Millionen EUR. Auch das ist ein Indikator dafür, dass die Armut in Wien gestiegen ist. Vor allem in den letzten zwei Jahren, unter Rot-Grün, mit einer grünen Regierungsbeteiligung, ist die Armut gestiegen. Wir sehen, diese Stadtregierung treibt im Endeffekt die Wienerinnen und Wiener vermehrt in die Armut; und das müssen wir gemeinsam bekämpfen, meine sehr geehrten Damen und Herren! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber gerade bei diesen Menschen langen Sie jetzt anscheinend zusätzlich ungeniert zu. Sie sorgen erst dafür, dass sich die Menschen das Heizen nicht mehr leisten können. Da gibt es sehr viele Menschen, die zu uns gekommen sind, aber wahrscheinlich auch zu Ihnen, die sagen, sie können sich das Heizen nicht mehr leisten. Ihre Familien wohnen zu Hause in den Wohnungen, ihre Kinder müssen frieren. Aber anscheinend lässt Sie das irgendwie kalt. Sie lassen diese Menschen im Stich, indem Sie jetzt auch noch den Heizkostenzuschuss streichen. Sie haben ihn zuerst halbiert, dann haben sie ihn nicht an die Teuerung angepasst, was eine erneute Reduktion bedeutet, und jetzt ist die Auszahlung erst gar nicht mehr vorgesehen. Und das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist im Endeffekt eine ganz dreiste, unsoziale Handlung.

Wir Freiheitliche verlangen, dass der Heizkostenzuschuss wieder ausgezahlt wird, nämlich die 300 EUR, damit die Menschen über den Winter kommen. Es kann nicht sein, dass in einer Weltstadt wie Wien, wo es laut diversen Studien den Reichen immer besser geht, die Armen im Endeffekt im Stich gelassen werden! Das werden wir uns nicht bieten lassen! Zahlen Sie den Heizkostenzuschuss wieder aus! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass sich die Damen und Herren des Gemeinderates nur ein Mal zu Wort melden dürfen und ihre Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Korosec gemeldet. Ich erteile ihr das Wort. – Bitte.

GRin Ingrid **Korosec** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Streichung des Heizkostenzuschusses zeigt sehr klar auf, gerade bei der Grünen Fraktion, dass eben der Standort den Standpunkt bestimmt. (*GRin Dr Jennifer Kickert: Und umgekehrt auch!*) Ein Blick zurück: November 2008, Heizkostenzuschussdebatte, ein Redebeitrag von Frau Vassilakou. Damals ist es um 200 EUR gegangen. Ich zitiere: „Sie lassen Menschen in dieser Stadt frieren und meinen dann, das ist Sozialpolitik und feiern sich als diejenigen, die die Wiener Bevölkerung vor Armut, vor Kälte, vor dem sozialen Abstieg schützt.“ – Zitat Ende.

Danach haben wir diesen Heizkostenzuschuss von 200 EUR beschlossen. Kaum gibt es die rot-grüne Regierung, wurde – Kollege Gudenus hat es gesagt – der Heizkostenzuschuss halbiert. Da gab es also einen großen Sinneswandel bei Ihnen: 50 Prozent genügen auch. Jetzt haben wir November 2012, und am 7. November hat ja die Frau StRin Wehsely ein Überraschungspaket für uns alle präsentiert, wonach es den Heizkostenzuschuss überhaupt nicht mehr geben soll, dafür werden Sachleistungen angeboten. Und die Sozialsprecherin der GRÜNEN, Frau Hebein, – wir haben es ja gestern gehört – hat es freudigst begrüßt, also: Streichung des Heizkostenzuschusses.

Wenn man freundlich gestimmt ist, meine Damen und Herren, dann sagt man, das ist naiv. Meine Damen und Herren, Wien schafft als einziges Bundesland den bisherigen Heizkostenzuschuss von 100 EUR ab. Das ist übrigens der niedrigste Heizkostenzuschuss in ganz Österreich. Aber auch das ist uns zu viel, also schaffen wir auch das ab. Und dann versucht man, das auch noch als Erfolg zu verkaufen! Den Medien, manchen Organisationen und eben auch der Frau Hebein wird suggeriert, dass mit der Wiener Energieunterstützung-neu der Heizkostenzuschuss überhaupt nicht notwendig sei. In Wirklichkeit streichen Sie die sozialen Leistungen und führen als Gipfel der Unverfrorenheit an: Hilfe in Notlagen gibt es ja. – Im § 39 des Wiener Mindestsicherungsgesetzes ist das bereits verankert, aber ohne Rechtsanspruch!

Damit kann ich gleich wieder zur Grünen Fraktion kommen. Als Oppositionspolitiker hat Herr Ellensohn immer, gerade beim Heizkostenzuschuss, lautstark gesagt, das muss ein Rechtsanspruch werden. Richtig, da bin ich bei Ihnen. Nur sind Sie jetzt in der Koalition und hätten ja Gestaltungsmöglichkeiten. Jetzt, Herr Ellensohn, sind Sie stumm wie ein Fisch. (*GR David Ellensohn: Ich krieg ja jeden Tag einen Ordnungsruf! – Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Die Betroffenen werden noch mehr zu Bittstellern. Aber genau das wollen Sie ja. Sie wollen ja, dass die Bürgerinnen und Bürger zu Ihnen bitten kommen müssen, und dann vielleicht, wenn Sie gut gestimmt sind, gibt es vielleicht etwas. Wir wollen das nicht! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Frau Stadträtin, Sie haben in Ihrer Pressekonferenz vergessen zu erwähnen, dass es ja so eine Aktion schon gegeben hat, nämlich im Jahr 2009: Energieberatung im Zusammenhang mit der Fernwärme, da hat es 1 000 EUR gegeben, und einen Heizkostenzuschuss von 200

EUR. Natürlich, 2009 standen ja die Wahlen vor der Tür. Damals hat die Frau Finanzstadträtin Brauner das medial sehr abgefeiert und hat gesagt, das sei Teil des Wiener Konjunktur- und Beschäftigungspaketes.

Meine Damen und Herren, die Streichung des Heizkostenzuschusses ist ein unglaublicher Schlag ins Gesicht für viele Betroffene. 55 000 bis 60 000 Menschen sind davon betroffen. Die Heizkosten einer eiskalten Wohnung kann man weder mit Energieberatung noch mit Sachleistungen, die im November propagiert werden, bezahlen. Das heißt, in der Lebensrealität bedeutet das reinen Zynismus. Ich habe einen Brief eines Betroffenen, der mir schreibt: „Willst du nicht frieren, dann musst du hungern. Willst du nicht hungern, dann musst du frieren.“ – Zitat Ende. Das muss sich ändern! Die Wiener ÖVP verlangt, dass der Heizkostenzuschuss eingeführt wird, wir haben auch gestern einen Antrag eingebracht.

Die Energieberatung ist durchaus etwas Positives ...

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik** (*unterbrechend*): Frau Kollegin, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist.

GRin Ingrid **Korosec** (*fortsetzend*): Die Energieberatung ist durchaus etwas Positives, aber das hat eine mittel- und langfristige Wirkung. Ich kann von der Energieberatung nicht herunterbeißen und mir damit die Heizung finanzieren. Daher lehnen wir das ab und verlangen, den Heizkostenzuschuss wieder einzuführen! (*Beifall bei der ÖVP und von StRin Veronika Matiassek.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Hebein gemeldet. Sie haben das Wort. – Bitte.

GRin Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit der Wiener Energieunterstützung hat sich die Stadt Wien sehr viel vorgenommen. Wir haben nämlich ein ambitioniertes Ziel, das wir erreichen wollen: Die Menschen sollen in Wien im Warmen sitzen und nicht in der Energiearmutsfalle. Was meine ich damit? Wenn Sie nämlich genau hinschauen, was es bedeutet, wie die Zusammenhänge sind, warum Menschen nicht mehr heizen können, dann müssen Sie erkennen: Es gibt zu wenig an Geld, um die Fenster zu sanieren beziehungsweise abzudichten. Dadurch steigen die Energiekosten. Es gibt zu wenig Geld, um veraltete Geräte zu tauschen – schon wieder steigen die Energiekosten. Es gibt kein Geld für Reparaturen, für die Wartung, für das Austauschen der Thermen – und wieder steigen die Energiekosten.

Das heißt, wenn Sie das ernst nehmen, dass Sie sagen, Sie wollen, dass die Menschen aus der Energiearmutsfalle herauskommen, dann müssen Sie genau hinschauen und ein Maßnahmenpaket auf den Tisch legen. Das ist das Ziel der Wiener Energieunterstützung, meine Damen und Herren. Punkt 1: Es wird einen Thermenaustausch geben, nämlich einen Austausch dieser veralteten Thermen, wo der Durchlauf nicht funktioniert. Das ist nicht nur eine Frage der Kosten – dass es billiger wird –, sondern es ist auch eine Frage von Sicherheit. Ja, es wird spezielle Energieberatung durch Profis geben, ganz einfach.

Frau Korosec! Wir haben uns ziemlich genau angeschaut, welche Erfahrungen es gibt, was funktioniert hat und was nicht. Das haben wir tatsächlich gemacht, und zwar international. Und wir wissen ganz genau, dass die Frage der Scham eine enorm große Rolle spielt, wenn es darum geht, überhaupt Hilfe in Anspruch zu nehmen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Warum, glauben Sie, kommen die Leute zur Beratung?*) Auch eine Frage der Stigmatisierung in der Armut ist ein riesiges Thema. Da ist es wichtig, sich genau anzuschauen, wo man die Menschen unterstützen kann, wo man am besten ansetzen kann, damit sie aus der Energiefalle herauskommen. Das macht doch Sinn!

Das können Sie mir doch nicht erklären, dass das nicht zielführend ist, wenn sogar die Caritas diese Wiener Energieunterstützung unterstützt. Weiters bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass nicht nur in Niederösterreich mit Euro gezahlt wird, sondern auch wir in Wien bezahlen offene Energiekostenrechnungen nicht mit Briketts. Es gibt selbstverständlich indirekte Geldleistungen. Also verunsichern Sie die Menschen bitte nicht!

Der Großteil des Topfes steht dafür zur Verfügung, all diese notwendigen Maßnahmen zu bezahlen. Ein großer Topf steht für den Bereich zur Verfügung, wo man sagt, natürlich, wenn die Menschen in Notlagen sind, muss man die Energiekosten bezahlen, denn die Leute müssen im Warmen sitzen, selbstverständlich. Und daneben ... (*GR Mag Wolfgang Jung: 10 000 sitzen nicht im Warmen! Ich war in diesen Wohnungen!*) Sie haben recht! Ja, es gibt Menschen, die nicht im Warmen sitzen. Dann tun wir etwas dagegen! Von Ihrem g'scheit Reden wird sich keiner in Wien die Heizung leisten können, verstehen Sie das?! Das heißt, wir brauchen ein Maßnahmenpaket. Verunsichern Sie mir nicht die Leute! Wir haben sogar zusätzlich eine Härtefallregelung. Die Menschen, die in Not sind, sollen und werden in Wien Unterstützung erhalten, selbstverständlich. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist nicht wahr!*)

Die eigentliche Frage, die dahintersteht, ist: Wie erreichen wir die Betroffenen? Das ist die entscheidende Frage. Da werden wir eng kooperieren mit dem Fonds Soziales Wien, mit der aufsuchenden Arbeit, wir werden neue Strukturen schaffen. Und nicht nur das: Wir werden auch hergehen und das permanent begleiten und schauen: Treffen die Maßnahmen? Ist es notwendig zu adaptieren? Denn, noch einmal, wir wollen, dass die Menschen im Warmen sitzen und nicht in der Energiearmutsfalle. Das ist unser ambitioniertes Ziel! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächste Rednerin hat sich Frau GRin Mörk zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GRin Gabriele **Mörk** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

„Es ist ein guter Schritt im Sinne der Armutsprävention und -bekämpfung, dass die Stadt Wien und Wien Energie den Heizkostenzuschuss durch einen Maßnahmenmix bestehend aus Energieberatung, einem Geräte-

tausch und einem Härtefonds reformiert. Mit der neuen Wiener Energieunterstützung kann armutsbetroffenen Menschen rasch und nachhaltig geholfen werden.“ – Das stand nicht etwa in einer Presseaussendung der Amtsf StRin Sonja Wehsely, sondern, meine sehr geehrten Damen und Herren, so hat Caritasdirektor DDr Michael Landau in einer Aussendung zu der Wiener Energieunterstützung Stellung genommen.

Und in der Tat, Wien setzt im Bereich Energiearmut neue Maßstäbe. *(GR Johann Herzog: Leider, leider!)* Die Wiener Energieunterstützung entlastet einkommensschwache Haushalte in Zeiten ständig steigender Energiekosten nachhaltig und treffsicher und bekämpft so Energiearmut. Nachdem der Vorwurf, die Leute haben immer weniger Geld, gekommen ist, möchte ich nur darauf hinweisen, dass die Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung ein Erfolg in Wien ist. Das zeigt die hohe Take-up-Rate. Mindestsicherungsbezieher haben gegenüber 2010 im Jahr rund 600 EUR mehr als früher in der Sozialhilfe; und Wien hat bei den Kindern den höchsten Standard in ganz Österreich, mit über 200 EUR. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wien unterstützt seit vielen Jahren einkommensschwache Haushalte, die unter Energiearmut leiden, darüber hinaus noch zusätzlich – entgegen allen Anschuldigungen der Opposition –, und Wien wird das auch in Zukunft tun. Es gilt auch in Zukunft, einkommensschwache Personen, die unter Energiearmut leiden, zu unterstützen, und die Stadt Wien wird sie nicht im Stich lassen.

Die neue Wiener Energieunterstützung ersetzt den bisherigen Heizkostenzuschuss; es kann aber keine Rede davon sein, dass der Heizkostenzuschuss abgeschafft wird. Damit schüren Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, Sorgen und Ängste unter potenziell Betroffenen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Es sind keine potenziellen, es sind Betroffene!)* Das Budget bleibt mit 6 Millionen EUR gleich. Wien streicht keine Mittel für sozial Bedürftige und verkauft keine Kürzung als Reform. So etwas zu behaupten, ist äußerst unseriös von Ihnen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Ganz im Gegenteil: Die Wiener Energieunterstützung hilft durch einen Mix aus mittel-, kurz- und langfristigen Maßnahmen, unterstützt einkommensschwache Haushalte nachhaltig. Es können auch einmalige Energierückstände in Zukunft ganz unbürokratisch, schnell und einfach übernommen werden. Dabei ist die Wiener Energieunterstützung nicht an die Heizperiode gebunden, sondern kann das ganze Jahr über beantragt werden – und Abrechnungen kommen meistens nicht im Jänner, sondern eher in der Mitte des Jahres. Es ist auch ein wichtiger Beitrag dazu, Sicherheitsgefahren zu vermeiden, etwa durch den Tausch der alten Durchlauferhitzer.

Die rund 100 000 BesitzerInnen eines gültigen Wiener Mobilpasses können von 3 Maßnahmen, auf die schon meine Vorrednerin Birgit Hebein eingegangen ist, profitieren. Dieser Maßnahmenmix, meine sehr geehrten Damen und Herren, zeigt: Wien unterstützt Menschen,

die von Energiearmut betroffen sind, nachhaltig, unbürokratisch und treffsicher. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich GR Mag Dworak zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Das vorweihnachtliche Überraschungspackerl am 7. November von der Frau Stadträtin war alles andere als erfreulich. Sachleistungen nur mehr zu gewähren – offensichtlich ist das die Ankündigung –, sehen wir als kurzfristige Maßnahmen. Aber, das betone ich wirklich an dieser Stelle: Die Wiener Energieunterstützung ist bitte nicht sinnlos! Wir halten auch eine Beratung für sinnvoll. Natürlich sollen Stromfresser und veraltete Haushaltsgeräte ausgetauscht werden und diese Neanschaffungen unterstützt werden.

Aber, meine Damen und Herren, das hätte die SPÖ schon lange machen können! Sie hat es ja auch schon gemacht. Begleitend zur Auszahlung der Geldleistung hätte man das nämlich machen können, es hat Sie niemand daran gehindert. Warum haben Sie über Jahre einfach Geld verteilt, ohne darauf zu achten, dass das Geld auch für die Heizrechnung verwendet worden ist und ob langfristig effizientere Wärmegeräte angeschafft worden sind? Man hätte das schon lange zielgerichtet machen können. Ich sage das, weil Frau Kollegin Hebein, glaube ich, gesagt hat, den Fenstertausch wird man so nicht zahlen können. *(GR Kurt Wagner: Das hat sie ja nicht gesagt!)*

Doch, sie hat davon gesprochen, dass man den Fenstertausch aus diesem Geld zahlen kann. *(Zwischenrufe bei GRÜNEN und SPÖ.)* Aber ich habe Fenstertausch gehört. Man könnte das ausheben. Woher nimmt man denn das Geld dafür? Man könnte natürlich weniger Inserate schalten *(GR Kurt Wagner: Sagen Sie das dem Herrn Minister Berlakovich!)*, man könnte weniger Festln veranstalten *(GR Mag Rüdiger Maresch: Stadtfest!)*, man könnte den Wiener Eistraum ein bisschen kleiner machen, all das. Ihr habt ja da relativ viel lukriert, ich denke nur an die grüne „Wienwoche“. *(Zwischenrufe bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Nein, meine Damen und Herren, Sie haben trotz Wirtschaftskrise keinen einzigen Cent eingespart. Sie haben nämlich genau so budgetiert. Die Leute werden im Jahre 2013 die 100 EUR brauchen, aber das wird einfach eingespart und als Verbesserung verkauft. Vor den Wahlen hat man großzügig 200 EUR gegeben, und nach den Wahlen, unter grüner Beteiligung, hat man das natürlich sofort auf 100 EUR reduziert, was wahrlich keine tolle Sozialleistung ist; und dann hat man noch denselben Betrag von 6 Millionen EUR genommen und hat diese Sachleistungen als Sensation verkauft.

Wien, meine Damen und Herren, hat trotz Gebührenlawine einen gewaltigen Schuldenberg, und dieser wird auch in den kommenden Jahren die Wienerinnen und Wiener belasten. Für diesen Raubzug hat man sich noch bei Caritas, Volkshilfe & Co. – wir haben es heute schon

gehört – medial ungeniert feiern lassen, meine Damen und Herren. Ich finde, das ist eine bodenlose Gemeinheit, denn es ist Aufgabe der Stadt, ihren Bürgerinnen und Bürgern unter die Arme zu greifen. Ich sage, nur Sachleistungen anzubieten, geht hier nicht, es müssen auch Geldleistungen sein.

Wer jetzt offene Heizungsrechnungen hat, und im Februar, März wird die Jahresabrechnung von der Wien Energie kommen, die müssen jetzt den Tausch der Therme und den Kühlschränke machen, frieren jetzt und sie brauchen jetzt eine Unterstützung. Der Heizkostenzuschuss muss weiter eine Geldleistung bleiben, wie ich schon gesagt habe. Sparen Sie, meine Damen und Herren, gefälligst bei Ihrer primitiven, medialen Selbstbekehrung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet hat sich GR Ellensohn. Ich erteile ihm das Wort.

GR David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Damen und Herren!

Immer wieder interessant ist es, hier über soziale Gerechtigkeit und Ähnliches mit Parteien zu sprechen, die davon aber schon nur am Rednerpult/Rednerinnenpult reden und nicht in der aktuellen Politik. Eine Kleinigkeit wurde zum Beispiel vergessen. Der Hinweis auf die letzten Jahre inkludiert zum Beispiel, es wurde zwischendurch eine Mindestsicherung eingeführt, nicht hoch genug nach meiner Meinung, aber immerhin. Das hat die Situation verändert und zum Glück nicht für alle verschlechtert, sondern für sehr viele verbessert. Jetzt wird über 100 EUR geredet. Die ÖVP redet da über 100 EUR, dazu komm ich noch genauer, und stimmt da herinnen dagegen, wenn es darum geht, einem armen Kind 70 EUR pro Monat mehr zu geben. Das wären dann 800 im Jahr. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Wie wir hier die Kindermindestsicherung erhöht haben, sind Sie da am Pult gestanden und haben dagegen geredet, dass man das macht. Sie würden aber beinhalten, wenn Sie zuständig wären, hergehen und jeder armen Familie 800 EUR aus dem Sack nehmen, und dann würden Sie ihnen vielleicht, das ist ja nicht sicher, 100 EUR zurückgeben. Super Sozialpolitik! Und die 700 EUR würden Sie, ich weiß nicht, beim Berlakovich einsetzen, keine Ahnung. Das ist nicht die Sozialpolitik, die wir meinen. Zuerst gegen die Mindestsicherung sein, dann gegen die Kindermindestsicherung sein und dann noch auf soziales Gewissen tun? Wir führen in dieser Stadt, und nicht nur in dieser Stadt, eine Diskussion über „Mieten runter“. Gestern sind VertreterInnen der FPÖ und der ÖVP da gestanden und das Einzige, was ich gehört habe, ist: Billig geht nicht, günstiger geht nicht, es muss teurer werden. Es hat noch niemand gesagt, wann Sie zufrieden sind. Wie hoch muss es denn sein? 7 EUR geht nicht. 8, 9, 10, 11, 12, ich weiß nicht, wo ist denn die Grenze, was die Leute für die Mieten zahlen sollen? Sie stehen da und sagen, auf gar keinen Fall darf das Wohnen *(Aufregung bei StR Mag Manfred Juraczka.)* billiger werden, es muss teurer werden. Das haben Sie gestern gesagt. Jedes Mal, wenn wir sagen, hinunter, sagen Sie, hinauf. Ich bin ja eh froh, viel deutlicher geht

es gar nicht: Zwei Parteien für hohe Mieten, zwei Parteien für niedrige Mieten, danke schön. In dieser Klarheit werden wir auch versuchen, das der Bevölkerung zu erklären. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Dann reden wir einmal in dem Land über soziale Gerechtigkeit und über Vermögenssteuern, ein Beitrag der Reichen. Und ich sag Ihnen ganz ehrlich: Wenn die Reichen nicht draufkommen, dass das eh nichts anderes ist als eine Versicherung ihres Restreichtums, dann werden sie irgendwann den Reichtum nicht mehr haben. Es funktioniert nämlich nicht. Wenn alle nichts mehr haben, dann wird es irgendwann einmal schwer sein, so zu verteilen, dass oben viel mehr übrig bleibt in sozial gerechten Gesellschaften. Dazu gibt es Material zuhauf zum Lesen. Da haben es alle besser. Unten fallen nicht viele raus, aber für das Wirtschaftswachstum, für das Weiterkommen einer Gesellschaft insgesamt nützt eine gleichere Verteilung was. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, Theorie!)* Wilkinson, schönes Buch zum Lesen, darauf kann man in fünf Minuten nicht genau eingehen.

Vermögenssteuern – nein, ÖVP. Mieten müssen teurer werden, Kindermindestsicherung abschaffen. Sozial? Das geht sich alles nicht aus. Ich weiß nicht, wie man das nennen soll. Es ist mehr als Chuzpe, das hier zu sagen. Wir haben einen kleinen Vergleich in Wien: 6 Millionen EUR für die Energieunterstützung. Niederösterreich mit einer ähnlichen Anzahl an EinwohnerInnen 2,5 Millionen EUR. In Niederösterreich musste man immer schon für alles einen Antrag stellen. Da nicht, da haben es ganz viele so gekriegt. Die BMS-Bezieher, die BezieherInnen der Mindestsicherung, sind in Niederösterreich von diesem Heizkostenzuschuss ausgenommen. In Wien sind sie von der Energieunterstützung nicht ausgenommen. Da dürfen Sie überhaupt nie versuchen, einen Vergleich zu machen, weil Wien jedem Vergleich innerhalb von Österreich standhält. *(GR Mag Wolfgang Jung: Wien ist anders!)* Es ist ganz einfach, wenn ich nach Niederösterreich schaue, und ich freue mich, wenn wir endlich dieses Transparenzgesetz auch bei den Inseraten umsetzen und endlich vergleichen können, wie viel Sie in Niederösterreich inserieren. Aber da geht es nicht nur um den Pröll alleine, der eh schon übertreibt, sondern jeder Dorfbürgermeister, alles, das ganze Geld, alles werden wir sehen. *(Aufregung bei der ÖVP.)* Und dann vergleichen wir einmal Kärnten, Niederösterreich und Wien. Ich bin sehr gespannt auf den Vergleich.

Also gerade bei sozialer Gerechtigkeit und kein Mensch sagt angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise, verursacht nicht von den Leuten, die kein Geld haben, sondern von ganz anderen, nämlich von denen, die es haben, ja, es gibt viele Leute, denen es schlecht geht und leider werden es in ganz Europa mehr und man muss mehr tun. Deswegen brauchen wir auch in der Ebene oben eine neue Verteilung von Reichtum in ganz Europa, in Österreich und auch in Wien. Wer nicht für Vermögenssteuern ist, soll bitte hier nicht darüber reden, ob man irgendjemandem dann schon 100 EUR gibt oder nicht. Wie sich herausstellt, wenn man die Fakten überprüft, ist es ja nicht mehr. Solange Sie jedem armen Kind 800 EUR abknöpfen wollen als ÖVP, reden Sie bitte

nicht über soziale Gerechtigkeit! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist der Herr GR Herzog. Ich erteile Ihnen das Wort.

GR Johann **Herzog** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender!

Ich darf ganz kurz, wir haben ja nicht so viel Zeit, auf Herrn Ellensohn eingehen und sagen, Mietenpolitik ist ein wichtiges Thema. 7 EUR ist aber ein Generalbegriff, der nicht auf die Innere Stadt, nicht auf den 21. Bezirk zutrifft und nicht sonst wo, sondern das ist ein plakativer Versuch, Bundespolitik und die Nichtzuständigkeit sozusagen zu benützen, um irgendwas voranzutragen. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*) Das Richtwertgesetz, wie es heute vor uns liegt, ist ein Gesetz, das bei der Einführung von der SPÖ, auch von der ÖVP, und vor allem von der Arbeiterkammer bei der Einführung hymnisch gefeiert wurde. Ihr und die Arbeiterkammer waren in einem unglaublichen Ausmaß dafür und haben das begrüßt. Einzig die FPÖ hat sich dagegen ausgesprochen, weil wir gesagt haben, das ist ein lebensunwirkliches Gesetz, und wir haben recht behalten. Es wird nicht durchgeführt. Die Mietenpolitik geht am Richtwertgesetz vorbei und kein Hund schert sich um die Bestimmung dieses Gesetzes, außer vielleicht um die grundlegenden Festlegungen der Mietenhöhe selbst (*Beifall bei der FPÖ.*)

Und die Gerechtigkeit als Fahne voranzutragen, ist natürlich ein Begriff, den die Grünen von den Roten gerne übernommen haben. Aber ich möchte feststellen, Gerechtigkeit kann nicht darin bestehen, dass man gleichzeitig zum Streichen des Mietenzuschusses in Wien kommt und damit Leute in Wien frieren lässt. Ich hab noch die Unterlagen und soweit ich sie habe, habe ich versucht, sie ein bisschen auszuloten was die Wien-Energie-Unterstützung betrifft. Ich würde meinen, dass diese Energiestützung an sich mit manchen Maßnahmen durchaus richtig ist, doch sie haben nichts mit dem Heizkostenzuschuss zu tun. Das ist ganz was anderes. Das Verschieben dieser Energieunterstützung ist eine Verschleierung der Abschaffung des Heizkostenzuschusses und sonst nichts. Die gleichen Budgetmittel werden zwar angepriesen. Die Frage ist, ob sie ausgenutzt werden, indem nämlich die Frage zu stellen ist, wie die Leute sich darauf einstellen und wie lange sie brauchen, das zu wissen, was hier möglich ist. Die Eckpunkte, die hier genannt werden, ein Mix aus kurz- und mittelfristigen Maßnahmen ist etwas, wo ich nur sagen kann, das ist nichts Konkretes. Konkret ist der Austausch von Geräten. Allerdings möchte ich hier feststellen, dass dieser Austausch von Geräten nicht für einen bestimmten kleinen Personenkreis von Heizkostenbeziehern alleine gedacht ist, sondern offensichtlich für alle Haushalte, die ein solches Gerät benützen und besitzen, und die bekommen bis zu 700 EUR. Das heißt, der Arme, der sowieso 3 000 bis 4 000 EUR für ein neues Gerät zahlen muss, bekommt bis 700, also nicht einmal die 700 sicher. Und das Ganze ist mit anderen Worten bezogen auf einige - 1 600 Haushalte sollen das insgesamt sein, steht

hier in der Aussendung. Wir haben aber 129 000 Bezieher von Mindestsicherung und an die 100 000 Bezieher von Heizkostenzuschüssen.

Energieberatung ist eine gute Sache, keine Frage, und ist notwendig, weil viele Leute nicht wissen, wie sie sparen könnten, auch klar. Nur hat das wiederum nichts mit dem Heizkostenzuschuss zu tun, wieder nichts mit den 100 000 Leuten, die das bisher bezogen haben. Und es wird ja hier festgestellt, dass pro Haushalt die Stadt Wien über Energieunterstützung im Zeitraum von Jänner bis Ende April 14 einmalige Kosten bis zu – wieder mal – 1 000 EUR übernimmt und es werden mehrere Hundert einkommensschwache Haushalte davon betroffen werden. Das ist eine Augenauswischerei, mit diesen Bestimmungen, die an und für sich auch gut sind, die Abschaffung des Heizkostenzuschusses zu begründen. Eine unfassbare soziale Aktion, die die Menschen zutiefst treffen wird. Und auch die einmalige Bezahlung, die es ja schon gibt, ist etwas, wo natürlich kein Rechtsanspruch ist und sie ist natürlich reine Ermessenssache. Das heißt, vielfach muss man klarstellen, die Förderung, die hier in diesen Situationen genannt wird, gilt meistens für alle, vielleicht auch für einkommensschwache Haushalte.

Ob es hier eine Beschränkung gibt, weiß ich nicht, dass die anderen das nicht bekommen. Aber es hat nichts mit dem Personenkreis des jetzigen Heizkostenzuschusses zu tun. Ich würde Ihnen empfehlen, entsprechende Maßnahmen zu setzen, dass Mittel lukriert werden, um zu verhindern, dass die Ärmsten der Armen weiter ausgenutzt werden.

Wir haben daher in der Früh einen Antrag in einer Höhe von 300 EUR eingebracht, um den Heizkostenzuschuss zu erhalten, weil nämlich festgestellt wurde, dass die bloße Erhöhung der Heizkosten für 2013 230 EUR ausmachen wird. (*Beifall bei der FPÖ.*) Keine Frage, dass hier eine unmögliche Situation besteht, den Leuten alle fünf Jahre ein Gerät anzubieten, das sie bekommen könnten, vielleicht Fensterkitt verbilligt zur Verfügung zu stellen, aber in der Zwischenzeit müssen sie fünf Jahre frieren, ohne jegliche sonstige Möglichkeit, irgendwas zu bekommen. Ich kann nur feststellen, Kühlschränke auszutauschen, ist schön, aber sie helfen nichts, wenn die Menschen in irgendeiner Form daneben sitzen und nicht wissen, wie sie heizen können. Eine sozialere Kälte, eine unsozialere Maßnahme, als sie hier von Rot-Grün beschlossen wurde, ist gar nicht vorstellbar. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner hat sich der Herr GR Wagner zum Wort gemeldet und ich erteile ihm das Wort.

GR Kurt **Wagner** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Geschätzte Damen und Herren!

Wir haben hier jetzt in den letzten Minuten erlebt, was eigentlich tatsächliche Politik sein soll und wie sie bei manchen politischen Parteien ausschaut, nämlich der Unterschied zwischen Theorie und Praxis. In der Theorie sind die beiden Oppositionsparteien ja nahezu daran, sich gegenseitig phantastisch zu überbieten. Sie sagen

die letzten beiden Tage nämlich, das Budgetdefizit in Wien ist zu hoch, da muss mehr gespart werden, da ist kein Wille vorhanden. Wenn man sich heute das anschaut, was Sie beide verlangen, dann muss ich dazu sagen, über die ÖVP bin ich ein bisschen verwundert, weil die sich mit Zahlen auskennen sollte. Da wird verlangt, man gibt jetzt 6 Millionen EUR aus, jetzt machen wir einen Antrag, und der würde uns, nach geschätzten Kosten, Sie haben die Zahlen genauso gut wie ich, 12 Millionen EUR zusätzlich kosten. Dann sage ich, okay, verlangen kann man es, man kann auch aus sozialpolitischer Sicht argumentieren. *(Aufregung bei der ÖVP.)* Die Freiheitliche Partei überbietet das sofort noch um ein Vielfaches. Bei denen kostet das dann gleich 18 Millionen EUR, weil noch ein Drittel dazukommt. *(Aufregung bei der FPÖ.)*

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen nur etwas sagen. Herr Kollege Gudenus! Wenn Sie sich da herausstellen und in einem Redebeitrag nur am Rande die Mutter Teresa erwähnen, dann würde ich Ihnen raten, tun Sie das nicht. Hier liegen Welten dazwischen, zwischen der Auffassung Ihrer Fraktion und der Mutter Teresa! Ich sage Ihnen das wirklich. Ich glaube, sie lebt leider nicht mehr. Sie würde es sich verbieten, dass sie von Ihrer Fraktion zitiert wird. *(Heiterkeit bei der FPÖ. – Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Das ist nicht nur eine Gemeinheit, sondern das, was Sie in den letzten Tagen hier gesagt haben, was Menschlichkeit anbelangt, was Fremdenfeindlichkeit anbelangt - nehmen Sie solche Wort nicht in den Mund, weil ich habe mir erwartet, dass der Herr Mahatma Gandhi vielleicht auch noch von Ihnen zitiert wird. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Meine Damen und Herren, und jetzt in Richtung der Österreichischen Volkspartei. Frau Kollegin Korosec, ich sage Ihnen eines, ich teile viele Ihrer Auffassungen. Ich muss dazusagen, wir kommen wahrscheinlich beide aus politischen Überlegungen aus der gewerkschaftlichen Richtung. Nur, der Unterschied ist auch wieder Theorie und Praxis. Wo sind Sie zusammen mit Ihrem Seniorenbund gewesen, als damals auf Bundesebene die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung diskutiert wurde und wie die SPÖ-Fraktion auch auf Bundesebene durchaus der Meinung war, man kann die bedarfsorientierte Mindestsicherung ein 13. und 14. Mal ausbezahlen? Ihre Fraktion, Frau Kollegin, hat das abgelehnt! Nicht einmal drüber reden, weil das kommt nicht in Frage! Wäre das beschlossen worden, bräuchten wir heute über den Heizkostenbeitrag gar nicht zu diskutieren, weil zwei Bezüge *(Aufregung bei der ÖVP.)* zusätzlich wären ein ganz ein anderer und ein wesentlicher Beitrag. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Und dann sage ich Ihnen auch noch etwas: Wenn Sie gestern gemeint haben, das gehört auch zur Sozialpolitik, prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind in Wien gestiegen – ja, Frau Kollegin, wer hindert Sie daran, mit Ihrer Fraktion gemeinsam mit der Bundeswirtschaftskammer, mit der Wirtschaftskammer Wien Ihre Arbeitgeber aufzufordern, solche prekäre Beschäftigungsverhältnisse nicht abzuschließen? Das geht gar nicht, denn wenn die Arbeitgeberseite das nicht will, hätten wir weniger Probleme! *(Beifall bei SPÖ und*

GRÜNEN.) Wir hätten wahrscheinlich weniger Mindestsicherungsbezieher und wir müssten uns wegen diesem Fall nicht aufregen.

Und wenn es um die Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft geht, dann stehen Sie auf und die FPÖ steht da natürlich auch gleich mit auf: Wir treten für den Mittelstand ein. Frau Kollegin, darf ich Ihnen sagen ... *(Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)* Herr Jung, auf Sie gehe ich gar nicht ein, da halte ich es mit Bruno Kreisky, der meinte, manche Leute sollte man nicht einmal ignorieren. Das mache ich bei Ihnen. *(Weitere Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)* Frau Kollegin Korosec, ich möchte Ihnen diesbezüglich nur eines sagen: Wenn man zur Stärkung sowohl der unteren Ebene als auch der Mittelschicht beitragen will, dann soll man bei den 1 bis 3 Prozent der Betroffenen, die nämlich wirklich viel Geld haben, durchaus gesprächsbereit sein, was Vermögens- und Erbschaftssteuern anbelangt und nicht den Kleinen einreden, da wird ihre Wohnung zusätzlich besteuert, man nimmt ihnen das Gartenhäusel weg und man nimmt ihnen noch das andere weg. Sie verteidigen ein bestimmtes Klientel, das ist das Klientel der Euromillionäre und nicht die, die wenig haben, sondern die, die viel haben. *(Aufregung bei der ÖVP.)* Ich sage Ihnen sozialpolitisch: Sollten Sie auf Bundesebene da mit Ihren Verantwortlichen reden, würden wir gemeinsam ein gutes Stück weiterkommen und wir hätten in Wien wahrscheinlich wesentlich weniger Probleme! Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass an schriftlichen Anfragen vom ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien zehn Anfragen eingelangt sind und vom Klub der Wiener Freiheitlichen zwei.

Von den GRen Ing Isabella Leeb, Mag Ines Angerkoch und Dr Wolfgang Ulm wurde eine Anfrage an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport betreffend Bauskandal Stadthallenbad gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung wurde von der notwendigen Anzahl von Gemeinderäten unterzeichnet. Gemäß § 36 Abs 5 der Geschäftsordnung wird die Beantwortung der Dringlichen Anfrage vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr noch nicht beendet, wird die Gemeinderatssitzung zur tagesordnungsgemäßen Behandlung der Dringlichen Anfrage unterbrochen.

Weiters gebe ich bekannt, dass vor Sitzungsbeginn von Gemeinderatsmitgliedern des ÖVP-Klubs der Bundeshauptstadt Wien ein Antrag eingelangt ist und von Mitgliedern des Klubs der Wiener Freiheitlichen ebenfalls ein Antrag eingelangt ist. Den Fraktionen wurden alle Anträge schriftlich bekannt gegeben, die Zuweisungen erfolgen wie beantragt.

Die Anträge des Stadtsenates zu den Postnummern 1 und 2, 7 und 8, 10 und 11, 13, 17 bis 19, 21 bis 24, 26 und 27 gelten gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung als bekannt gegeben. Bis zum Beginn der Sitzung hat kein Mitglied des Gemeinderates zu diesen Geschäfts-

stücken die Behandlung verlangt. Ich erkläre daher gemäß § 26 der Wiener Stadtverfassung diese als angenommen und stelle fest, dass die im Sinne des § 25 der Wiener Stadtverfassung erforderliche Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderats gerade noch gegeben ist.

In der Präsidialkonferenz wurden nach entsprechender Beratung die Postnummer 3 zum Schwerpunkt-Verhandlungsgegenstand erklärt und gleichzeitig folgende Umreihung der Tagesordnung vorgeschlagen: Postnummern 3, 4, 5, 6, 9, 14, 15, 16, 20, 25 und 12. Die Postnummern werden daher in dieser Reihenfolge zur Verhandlung gelangen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 3 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Änderung der Förderungsrichtlinien der U-Bahn-Hilfsaktion. Ich bitte den Herrn Berichterstatter, Herrn GR Strobl, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Friedrich **Strobl**: Ich bitte um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gemeldet ist der Herr GR Dipl.-Ing. Stiftner. Ich gebe bekannt, dass der Erstedner jeder Partei 40 Minuten zur Verfügung hat, ansonsten bleiben 20 Minuten für jeden Redner. Ich erteile Ihnen das Wort.

GR Dipl.-Ing. Roman **Stiftner** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben uns mit dem Thema der Verkehrssituation in den letzten Tagen bereits sehr umfassend auseinandersetzen können. Wir haben auch erkannt, wie groß das Konfliktpotenzial ist, das sich hier in dieser Stadt durch eine Polarisierung aufgetan hat, geleitet von Maßnahmen, angefangen vom Parkpickerl über andere Dinge, die sich hier in diese Stadt eingeschlichen haben.

Ich möchte heute gerne einen Beitrag dazu leisten, hier vielleicht auch wieder zurück zur Sachlichkeit zu finden, und vor allem die SPÖ einladen, bei den GRÜNEN habe ich da weniger Hoffnungen, hier vielleicht auch unseren Gedanken zu folgen. Mir scheint es schon wichtig, dass nach den vielen, relativ unglücklich verlaufenen Planungsverläufen, um das noch höflich auszudrücken, sei es das Parkpickerl oder die Mariahilfer Straße, aber auch die ganze Polarisierung im Bereich der Fahrradwege, wo es nur darum geht, eine Promenade in der Innenstadt zu machen, aber die Fahrradwege in den Außenbezirken, in den Gebieten, wo vielleicht nicht so viel Prominenz vorherrscht, zu vernachlässigen, ist das sicherlich auch ein Teil der Frustration in der Bevölkerung, die auch Ihnen, glaube ich, nicht mehr entgangen sein sollte. Ich möchte Ihnen heute am Beispiel eines Projektes vielleicht signalisieren, weil an einem Punkt kann man es doch ein bisschen besser festmachen als an allgemeinen Thesen, wie Verkehrsplanung in dieser Stadt aussehen könnte und nicht aussieht, wenn sie Rot-Grün in die Hand nimmt. Und zwar spreche ich hier über ein Gebiet in meinem Heimatbezirk Kaltenleutgeben-Rodaun, das mit einem Wohnprojekt verbunden ist, das durchaus eine Berechtigung hat, es fällt unter den Begriff Waldmühle, und dass in diesem Gebiet hier eine Verkehrshölle eingezogen ist, die natür-

lich in der Bevölkerung selbst bereits maßgeblich Frustration erzeugt hat. Es sind ja auch in der Zwischenzeit mehrere Bürgerinitiativen, die Ihnen bekannt sind, dahingehend auch um Bemühungen um Lösungsmaßnahmen bestrebt. Die Verkehrsbelastung ist deshalb so groß, weil es natürlich um einen Einpendlerbezirk geht, also einen Bezirk, der ja angeblich durch das Parkpickerl entlastet werden sollte. Jetzt weiß ich schon, Kollege Maresch wird dann sagen, na, hätte der 23. Bezirk auch das Parkpickerl, dann hätte er dort wahrscheinlich eine Lösung, weil das Parkpickerl sozusagen die Lösung für alles ist. Dem ist hier nicht so, weil seine eigenen Koalitionsgenossen aus dem 22. und 21. Bezirk, die in derselben Situation sind, auch im 10. und 11. Bezirk ja genau aus diesem Grund das Parkpickerl auch abgelehnt haben, weil es keine Lösung ist, sondern es geht darum, umfassendere Maßnahmen zu setzen, um diese ... (*GR Mag Rüdiger Maresch: Die Kollegen haben es nicht abgelehnt!*) Die haben es abgelehnt, die haben es klar abgelehnt. Es ist ja nicht eingeführt worden! Der 10. Bezirk hat euch doch auflaufen lassen, das ist ja doch ganz klar. Favoriten hat euch hier ganz klar gezeigt, hier und nicht weiter. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Das interessiert niemanden!*) Euer Koalitionspartner, um das geht es ja hier auch, dass hier offenbar ... (*Aufregung bei den GRÜNEN.*) Ich weiß, die GRÜNEN gehen ja jetzt auch in Liesing raus und wollen das Parkpickerl. (*Aufregung bei GR Mag Rüdiger Maresch.*) Ist ja ganz klar. Ja, ich weiß, dass es unangenehm ist, wenn man es auf den Punkt bringt. Es ist vollkommen klar, die GRÜNEN wollen das Parkpickerl. Das ist die Lösung für alles, aber nicht wirklich. Und das möchte ich gerne noch einmal aufzeigen. Das Parkpickerl ist das Problem und nicht die Lösung in dieser Stadt, sehr geehrte Damen und Herren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Bürgerbeteiligung ist ja nicht so eine Sache der GRÜNEN, seit sie in der Regierung sind. Das ist offenbar immer nur dann interessant, wenn man in der Opposition ist und nicht gerade was durchbringt. Wenn man in der Regierung ist, weiß man es ja besser, was die Menschen benötigen und sagt das auch sehr deutlich, denn die Menschen sind ja offenbar nicht intelligent genug, den grünen Ideen zu folgen. Folglich hat auch die Frau Vasilakou das Problem geerbt, das hier im Bereich der Waldmühle schon vom damaligen Planungsstadtrat, der noch der SPÖ angehört hat, zu regeln war, wo es auch Zusagen gegeben hat, auch vom damaligen Bezirksvorsteher, den es auch nicht mehr gibt. Den hat das Projekt dann auch aus dem Amt gewählt, nämlich die Frage: Wie kann man hier mit Wohnungen und Neubauprojekten und gleichzeitig mit einer hohen bestehenden Problematik mit der bisherigen Verkehrslösung und auch mit dem Einpendlerverkehr eine sinnvolle Lösung finden? Ich stehe auch nicht an und sage auch hier und Sie finden bei mir durchaus Unterstützung, wenn Sie sagen, wir brauchen Wohnungen. Ja, wir haben das diskutiert. Wir brauchen keine Mietenbegrenzung, wir brauchen ein Angebot an Wohnungen, damit hier eben auch der Bedarf gedeckt werden kann. So gesehen ist ein Wohnbauprojekt a priori überhaupt kein Problem. Nur, man

muss eine Infrastruktur schaffen. Man muss schauen, dass öffentliche Verkehrsmittel hinkommen, dass Straßen hinkommen, dass Parkplätze hinkommen. Nur dann hat ein Verkehrsprojekt einen Sinn und wird auch in der Bevölkerung Akzeptanz finden. Genau das ist nicht passiert, denn die Verkehrsexperten der SPÖ oder der rot-grünen Koalition haben dort eine Ampelregelung vorgeschlagen. Wie eine Ampelregelung den Verkehr wirklich verbessern kann, weiß ich nicht. Sie versucht ja dann in diesem Zusammenhang nur, die Stauproblematik in den Griff zu bekommen. Ich zitiere hier: „Aber es sollen hier zusätzliche Ampeln und Abbiegeregelungen aus dem Bereich der Kaltenleutgebner Straße/Hochstraße, diese Kreuzung Hochstraße/Ketzergasse und in weiterer Folge Willergasse/Breitenfurter Straße errichtet werden.“ Mit irgendwelchen Taktungen versucht man dann halt, irgendwo was in den Griff zu bekommen.

Es war dann die Einladung an den Planer da, den Dr Rosinak, ich glaube, der ist allseits bekannt und auch seitens der SPÖ durchaus geschätzt, der in der Bezirksentwicklungskommission einen Bericht abgegeben hat, und ich zitiere hier aus dem Protokoll des Berichtes, nämlich sein Verkehrsgutachten zum Projekt Waldmühle. Er sagt hier: „Es handelt sich um keine Verkehrslösung, sondern um eine kurz- bis mittelfristige Optimierung.“ Offensichtlich ist dort mit den bestehenden Maßnahmen auch nicht mehr möglich, wenn man nicht weiter eingreift. „Eine Verkehrslösung kann nur auf Grund einer Verhaltensänderung der Menschen gegeben werden.“ Das ist eine Aussage, die offenbar meint, wenn ein Verkehrsproblem ansteht, die Menschen sollen sich verändern. Ja super, man baut wo was hin, baut keine Verkehrslösung, die öffentlichen Anbindungen bleiben auch aus, die Parkplätze bleiben aus, weil sich die Menschen ändern sollen! Ich frage mich, wie es funktionieren soll, wenn man erwerbstätig ist, wenn man seinem Job nachgehen möchte, wenn man Kinder zu betreuen hat, sie in Schulen, in Ausbildungsstätten zu bringen hat, wie das alles funktionieren soll, wenn man hier keine Angebote schafft. Aber anscheinend ladet man alles auf die Bevölkerung ab, die sich offenbar nicht grün-adäquat verhält.

Wir haben hingegen einen Vorschlag gemacht und ihn allen Beteiligten zur Verfügung gestellt, und ich sage das hier auch vorausschauend, auch der SPÖ-Fraktion ist er im Detail bekannt, nämlich den betroffenen Personen, die uns hier leider bisher kein Signal gesetzt haben, dass sie der Lösung zwar von der Sache her die Zustimmung geben könnten, aber nicht politisch, weil sie halt in einer Koalitionsregierung sind und sich deshalb derzeit offenbar als nicht zuständig erklären. Deswegen adressiere ich es hier noch einmal im Gemeinderat, nämlich ein Projekt, das billiger ist, nachhaltig, umweltfreundlicher und vor allem auch menschenfreundlich, weil es weniger Verkehr bringt. Das ist schlicht und einfach, indem man diese Kreuzungen, die mit Ampelsignalanlagen ausgestattet werden sollen, durch Kreisverkehre ersetzt. Da ist überhaupt kein Problem gegeben, da gibt es eine Verkehrsplanung dazu. (*Heiterkeit bei GR Mag Rüdiger Maresch.*) Ja, ich weiß, dass es für die GRÜNEN eine schlimme Sache ist, dem Autoverkehr

auch einen gewissen Raum zu geben. Das ist ideologisch bedingt und ich kann mir vorstellen, dass das für die GRÜNEN sehr schwierig ist. Aber für die SPÖ, glaube ich, ist es nachvollziehbar, weil es nämlich eine sinnvolle Lösung ist. Wir haben dort auch eine Raumsituation, die mit Ausnahme eines Kreisverkehrs auch den notwendigen Platz zur Verfügung stellt. In einem Fall geht es hier um vier Wohnungen eines Gemeindebaus aus den 50er Jahren, der derzeit so exponiert steht, und ich habe mit den Menschen dort geredet, dass der in einer Verkehrshölle ist. Links und rechts gehen da die Straßen vorbei und der Bau sieht wirklich nicht sehr schön aus. Die Menschen leben dort in einer Verkehrshölle und wären froh, adäquate Ersatzwohnungen zur Verfügung gestellt zu bekommen. Das habe ich sicher gestellt, weil es natürlich darum geht, auch den Menschen passende Alternativen anzubieten. Wir wollen ja niemanden zu Schaden kommen lassen, sondern im Gegenteil Lebensqualität verbessern. Wenn man Kirchen absiedeln kann, um eine Straße zu bauen, wie es im 4. Bezirk einmal passiert ist, dann kann man das sicherlich auch mit vier Wohnungen eines Gemeindebaus, sehr geehrte Damen und Herren!

Es geht hier darum, dass wir aber nicht nur mit dem Kreisverkehr das Auslangen finden werden, sondern natürlich auch die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs entsprechend fordern. Nur ein Gesamtkonzept ist die Lösung und das ist das, was ich auch generell kritisiere. Es werden immer Einzellösungen gemacht. Es wird ein Bauprojekt gemacht. Da geht es um die Flächenwidmung des Bauprojekts. Man kümmert sich nicht um Parkplätze, nicht um Anbindungen. Nachher stellt man fest: Hoppala, da ist ein Problem da und dann kann man nicht weiter, weil man schon Maßnahmen in dem Sinne gesetzt hat, dass man vielleicht Flächenwidmungen langfristig nicht optimal bereitgestellt hat. Deswegen Gesamtkonzepte frühzeitig und umfassend.

Die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs ist eine ganz entscheidende Frage, gerade dort, wo es um Einpendler geht. Da geht es gar nicht so sehr um die Bewohner der neuen Wohnungen, sondern da geht es darum, dass wir ja jene, die aus Niederösterreich hier nach Wien einpendeln müssen und beispielsweise zur S-Bahn am Liesinger Bahnhof kommen sollten oder zur U-Bahn und dann ja hoffentlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln weiterfahren sollen, ja irgendwo hingebacht werden müssen. Parkplätze haben sie dort ja keine, die hat man ja verhindert. Park-and-ride-Stationen gibt es dort nur im untergeordneten Ausmaß. In Liesing ist diese Park-and-ride-Station generell ausgelastet, auch in Siebenbrunn. Das funktioniert nicht. Das heißt, wir brauchen eben die Park-and-ride-Station außerhalb und eine Schnellanbindung hier. Und hier bietet sich etwas an, was Rot-Grün ja eigentlich freuen sollte, nämlich eine Bahn. Da gibt es diese alte Kaltenleutgebner Bahn, wo heute noch die Schienen liegen. Übrigens kann man da regelmäßig Nostalgiefahrten erleben. Ich habe es letzte Woche erlebt, sehr schön, mit Dampfzügen, man kann es auch mit normalen Zügen erleben. Die Trasse ist voll funktionsfähig, allerdings nur für Nostalgiefahrten. Wa-

rum? Weil hier bei den ÖBB natürlich das Bestellerprinzip vorherrscht. Die ÖBB sagen, wenn die Stadt Wien das möchte, nehmen wir das natürlich auch als Pendlerstrecke in Betrieb. Es ist natürlich ganz klar, dass es auch, so wie bei allen anderen Regionalverkehrslinien, von der Stadt Wien bestellt werden muss.

Nicht die ÖBB sind schuld, wenn im Regionalverkehr Intervalle nicht ausreichend dicht sind, nein, da ist die entsprechende Kommune verantwortlich und die hat hier auch Bestellungen aufzugeben. Das könnte sie auch bei der Kaltenleutgebner Bahn. Dann wäre dort auch eine Entlastung entsprechend gegeben. Die kann man zumindest bis nach Liesing hineinführen. Aber es gibt Planungen, dass man die über Meidling bis an den Zentralbahnhof führen könnte. Eine wunderbare Sache übrigens, ein Gebiet, wo die meisten Einpendler herkommen. Wenn wir uns das anschauen, wo die Einpendlerströme sind: Aus dem Süden ist der Großteil gegeben, es würde eine nennenswerte Entlastung bringen. Und zusätzlich hätten wir dort auch eine eigene Busspur errichtet. Hier kann man nämlich auf der B13, in weiten Teilen lässt sich das verwirklichen, eine eigene Busspur führen, die man, und das ist ja auch intelligent, wechselseitig schalten könnte, nämlich in der Früh könnte man sie für alle Busse sperren, die stadteinwärts fahren und am Abend für alle, die stadtauswärts fahren. Man kann das auch als Schnellbuslinie ausrichten. Und wir hätten hier dann auch eine entsprechende Verbesserung im öffentlichen Verkehr (*Beifall bei der ÖVP.*), und das gemeinsam mit Park-and-ride-Stationen. Das sind intelligente Lösungen, wie man es angehen kann, wie man die Probleme in den Griff kriegen kann. Das hat mit Ideologie nichts zu tun, das hat überhaupt nichts mit dem Verkehrsbereich zu tun, sondern das hat mit sachlichen Lösungen zu tun. Öffentlicher Verkehr, Park-and-ride-Stationen und natürlich auch der Ausbau der notwendigen Individualverkehrsverbindungen gemeinsam ermöglichen eine Mobilität für die Menschen und für die Freiheit der Menschen dieser Stadt.

Die Pendlerproblematik ist eine so große, dass ich hier das Ganze natürlich auch mit Anträgen untermauern möchte, und zwar einerseits für diese Verkehrslösung in diesem Gebiet der Waldmühle. Ich habe es ausgeführt. Der Antrag liegt Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, fraktionell ja vor, und ich bringe ihn gemeinsam mit meinen Kollegen Bernhard Dworak, Norbert Walter und Martin Flicker ein, wo eben genau diese Kreisverkehrslösung eingebracht wird. Übrigens verhindert man mit dem derzeit aufliegenden Flächenwidmungsplan, wenn er durchgeht, genau die Lösung und ich möchte nicht den Verdacht aussprechen, dass man genau das jetzt möchte, damit man der guten ÖVP sozusagen eine Unmöglichkeit gegenüberstellt. Diesen Flächenwidmungsplan hat die Frau Stadträtin zurückzuziehen, weil der dort absolut sinnloserweise die Möglichkeit nimmt, eine Verkehrslösung in Form dieses Kreisverkehrs zu machen, ohne dass das einen Vorteil für andere bringt. Deswegen werden wir hier auch einen Planungsstopp mitverlangen, die Errichtung von Park-and-ride-Stationen, die Errichtung oder Inbetriebnahme der Kaltenleutgebner Bahn

und eine Busspur für eine Schnellbuslinie entlang der B13. In formeller Hinsicht beantragen wir hier die sofortige Abstimmung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Nachdem wir hier ja auch zur Geschäftsgruppe der Vizebürgermeisterin verhandeln, ist es eine gute Gelegenheit, auch noch einmal auf die Wiener Linien hinzuweisen und hier auch den U-Bahn-Ausbau zu betonen. Ich denke, das ist im Interesse von uns allen. Der U-Bahn-Ausbau ist im letzten Jahr in dieser Stadt nicht so aktiv betrieben worden. Ich möchte hier auch das Signal aussenden, mit der ÖVP findet die SPÖ hier auch einen Unterstützungspartner für den Ausbau von Schnellverkehrsverbindungen und auch der U-Bahn-Ströme. Da können die Bremser der GRÜNEN durchaus draußen bleiben. Ich ersuche hier auch und lade zu einem gemeinsamen Antrag ein, wo ich vielleicht auch die Chance sehe, dass die SPÖ sich zumindest mittelbar dazu bewegt mitzugehen. Den bringe ich gemeinsam mit unserem Klubobmann Fritz Aichinger, Bernhard Dworak, Alexander Neuhuber ein, nämlich mit der Frage, wo wir den Ausbau der U-Bahn-Linien bestärken sollen und hier natürlich auch mit Park-and-ride-Angeboten ausstatten sollen. Auch hier beantragen wir die sofortige Abstimmung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Lassen Sie mich abschließend hier auch noch einmal ein paar allgemeine Gedanken und vielleicht auch eine Klarheit im Bereich der bereits publizierten Erfolgszahlen, die der eine oder andere Vertreter der GRÜNEN gesagt hat, ausführen. Es wurde ja von einer einzigen Zahlstelle, der ASFINAG, abgeleitet, dass angeblich das Parkpickerl so die Lösung für alles in Wien ist. Das ist so offenbar das Placebo, das man jetzt verteilt, und hofft, dass es dann für alle wirkt. Allein, die Menschen glauben nicht daran. Ein Placebo wirkt immer nur dann, wenn die Menschen dran glauben, und so ist auch das Parkpickerl von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Man sieht's ja an den Reaktionen der Menschen, man sieht's auch an dem Frust, der dieser Stadtregierung entgegenschlägt. Diese Einfahrten, die in der Tat im Westen etwas geringer sind, und ob das in der statistischen Schwankungsbreite liegt, wenn man sich die Zahlen langfristig anschaut, da würde ich mich nicht trauen, expertenmäßig da halbwegs etwas abzuleiten. Aber wenn man glaubt, das sei ein Trend, dann muss man aber gleichzeitig den Trend aus Nordosten sehen, und der hat nämlich zugenommen. Also wenn der Trend stimmt, dann heißt das, die Menschen sind ja nicht ganz dumm, die pendeln halt jetzt nimmer dort ein, wo sie keinen Parkplatz finden, sondern in anderen Gebieten und verdrängen das Problem. (*GR Mag Rüdiger Maresch: Du hast ja keine Ahnung!*) Das heißt, sie fahren durch, sie fahren oben drüber, sie finden sich Arrangements. Man soll nicht die Kreativität der Bevölkerung unterschätzen. Das ist nämlich etwas und ich weiß, das ist für die GRÜNEN ganz unverständlich, Kreativität ist was Unternehmerisches. (*Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Unternehmer sind kreativ, Unternehmer bringen Leistung, Unternehmer sind nämlich etwas, was Neues herausbringt, und das sind die Menschen. Nur die GRÜNEN sind es nicht in dieser Stadt und das ist das Problem!

(Beifall bei der ÖVP. – GR Mag Rüdiger Maresch: *Du hast wirklich keine Ahnung!*) Deswegen ist das Parkpickerl eben keine Lösung, sondern das Problem, um es noch einmal zu sagen.

Ich möchte hier zusammenfassen, weil es mir Anliegen ist, dazu vielleicht auch einen Beitrag zu leisten, weil diese Emotionalisierung dieser Stadt dazu geführt hat, dass Autoreifen aufgestochen werden und auch Sachbeschädigungen vorherrschen. Das ist ein Klima, in dem ich nicht leben möchte. Das ist ein Klima, das ich ablehne, das meine Fraktion ablehnt, das leider durch die Maßnahmen seitens der Polarisierung der Frau Vizebürgermeisterin offenbar induziert worden ist, und das wir in ein gutes gemeinsames Miteinander rückführen müssen. Dazu sind mehrere Themen notwendig. Diese Sachlichkeit hat der Ideologie zu weichen. Deswegen bitte ich noch einmal zu überlegen, ob nicht der Ausbau des öffentlichen Verkehrs auch ins Umland nicht eine sinnvolle Sache wäre. Die Pendler sind keine Feinde. Sie bedürfen einfach Angebote, damit sie hier auch in die Stadt kommen können und ihre Beiträge und ihre Steuerleistungen erbringen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir brauchen die U-Bahnen ins Wiener Umland mit Park-and-ride-Stationen. Den Antrag dazu habe ich eingebracht. Aber wir brauchen auch die Park-and-ride-Stationen im Umland in Niederösterreich, wo sie billiger zu errichten sind, auch in Wien. Und wir brauchen auch Parksammelgaragen in den entsprechend dicht verbauten Gebieten. Auch hier hat die lokale Politik der GRÜNEN keinen Platz mehr. Und last but not least glaube ich, sind auch Schnellbuslinien, die in anderen Städten ein durchaus bewährtes Konzept sind, eine sehr flexible Möglichkeit, speziell in den Stoßzeiten, in den großen Traffic-Zeiten hier auch Möglichkeiten zu finden. Wenn wir das gemeinsam angehen, dann werden wir Lösungen finden, die die Menschen hier auch in ihrem Lebensbereich nicht weiter behindern, indem sie ihrem Erwerbsleben nachgehen können und ihren familiären und privaten Situationen. Und sie werden auch dazu übergehen, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer in dieser Stadt erstens sicher sein können, dass jene Mitarbeiter, die dort aus den Umlandgemeinden arbeiten, auch weiter arbeiten können und nicht so wie jetzt bereits nach Alternativen suchen. Es gibt bereits viele aus Unternehmen, die gesagt haben, sie können nicht weiter hier arbeiten, weil sie nicht mehr die Möglichkeit einer Mobilität haben, hineinkommen zu können. Das führt auch dazu, dass sich dann Unternehmen überlegen, ob sie den richtigen Standort gewählt haben. (Aufregung bei GR Dipl-Ing Martin Margulies.) Es ist so, dass vor Kurzem die Wirtschaftskammer und auch die Wiener Industrie gemeinsam eine Analyse aufgegeben haben, wie viele Betriebe bereits absiedeln aus Wien oder es beabsichtigen. Ich denke, das sind alles keine guten Tendenzen. Und bei aller politischen Unterschiedlichkeit glaube ich, sollte uns diese Stadt am Herzen liegen und die Betriebe mit den Arbeitsplätzen, die verknüpft sind, denn das schafft den sozialen Wohlstand. Eine vernünftige, umfassende und gesamte Verkehrspolitik abseits aller Ideologien würde dazu führen, dass es in dieser Stadt wieder aufwärts

geht und besser wird, sehr geehrte Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Maresch. Sie haben das Wort.

GR Mag Rüdiger **Maresch** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Also wenn ich dem Kollegen Stiftner da zuhöre, höre ich da irgendwie eine Drohung, dass die ÖVP aus Wien auszieht? Na hoffentlich nicht! Das wäre echt eine gefährliche Drohung. Ich meine, bitte liebe ÖVP, bleibt's doch in Wien, denn so nette Wortspenden erfüllen in Wirklichkeit einen gewissen Heiterkeitseffekt und das ist schon ganz gut. (Aufregung bei GR Dipl-Ing Roman Stiftner.) Wichtig ist auf jeden Fall Sachlichkeit statt Ideologie, genau. Kollege Stiftner, das ist ein Spruch für Ihr Stammbuch. Das ist einmal das eine. Und dann der zweite Spruch fürs Stammbuch ist, wahrscheinlich kommen aus dem Westen jetzt weniger herein und im Nordosten fahren jetzt viel mehr Leute herein, die werden wahrscheinlich da hinüberfahren. Jetzt stellen wir uns das einmal kurz in der Westeinfahrt vor: Muss ich mit dem Auto über Klosterneuburg oder noch besser über Tulln, vielleicht auch über die verstopfte Nordbrücke in den Nordosten fahren, damit ich dort nach Wien komme? Also wenn das jemand macht, dann gibt's zwei Möglichkeiten: Er glaubt an die Allmacht des Navi, das zufälligerweise gerade spinnt, oder er hat keine Ahnung oder er kommt von ganz, ganz weit her.

Gestern war ein Beitrag im Fernsehen, den habe ich interessant gefunden. Da war ein Autobus mit 25 chinesischen Touristen, die haben den Weg nach Rom gesucht und sind in einem Acker gelandet und da hat sie ein Traktor herausgezogen. (GR Mag Wolfgang Jung: *Sie blödeln!*) Nein, nicht blödeln, nein, nicht blödeln. (GR Mag Wolfgang Jung: *Das tun Sie!* – Aufregung bei der ÖVP.) Also wenn aus der ÖVP oder vor allem aus der FPÖ Sachlichkeit kommt, dann muss man das wirklich ernst nehmen. Also noch einmal. Im Nordosten hat die Firma Pröll, Onkel Pröll in Niederösterreich, die A5 und die S1 bauen lassen. Es hat in Wien dazu eine Studie gegeben und zwar die Strategische Umweltprüfung für den Nordosten Wiens und die hat ergeben, dass, wenn die A5 kommt, dann täglich 25 000 Autos mehr nach Wien fahren werden, weil, und das kann man auch in der Statistik bei den ÖBB nachlesen, Menschen von den ÖBB, von den Pendlerzügen, die dort offensichtlich nur im Stundentakt oder im Zweistundentakt aus Laa kommen, auf das Auto umsteigen. Das Problem ist, die kommen dann herein, und das kann man sich in der Donaustadt anschauen, und verparken die Gegend. 25 000 wurden prognostiziert und es sind tatsächlich so viele geworden.

Was die ASFINAG-Zählstellen betrifft, die kann man sich im Internet anschauen und es gibt tatsächlich einen Rückgang. Ein Rückgang war bisher nicht der Fall, sondern bisher hat es immer Steigungen gegeben. Was zurückgegangen ist, sind in Wirklichkeit bis vor Kurzem die Besatzzahlen bei den ÖBB. Der Herr Kern, immerhin

Chef der ÖBB, sagt in einem Interview im „Falter“, dass 7 Prozent mehr in den Pendlerzügen jetzt nach Wien hereinfahren. 7 Prozent! Bisher haben wir in Wirklichkeit Rückgänge gehabt oder ganz, ganz moderate Steigerungen. Das heißt in Wirklichkeit, das alleine auf die erhöhten Benzinpreise zurückzuführen, ist zu wenig, sondern da ist auch in Wien mit der Parkraumbewirtschaftung etwas passiert und zwar sind Leute umgestiegen.

Zweiter Effekt war, und das ist gestern eh schon von den Rechtsparteien erwähnt worden, in Niederösterreich ist es so, da gibt es sehr viele Menschen, die dort einen Zweitwohnsitz haben, wo sie hauptgemeldet sind. Und auch die Untersuchung des Herrn Prof. Samer hat gezeigt oder angedeutet, dass Menschen mit einem Hauptwohnsitz in Niederösterreich, aber einem Nebenwohnsitz in Wien, sich nach Wien hauptmelden werden, um hier das Parkpickerl erwerben zu können, und das ist tatsächlich passiert. In den Parkpickerlbezirken sind jetzt mehr Hauptgemeldete. *(GR Mag Wolfgang Jung: Deshalb fahren sie aber trotzdem noch hinein!)* Kollege Jung, Sie haben keine Ahnung, deswegen gehe ich auf das nicht ein. Wurscht. Gehen wir weiter. *(Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)* Die ÖVP, also in dem Fall der Kollege Stiftner, hat natürlich auch durchaus zu Recht überlegt: Was kann man da jetzt machen? Der öffentliche Verkehr ist natürlich, keine Frage, auszubauen und da kommt er zwangsläufig auf seinen Bezirk und zwar auf Liesing. Da ist es ja so, da gibt's ja nicht nur Kaltenleutgeben, sondern auch Breitenfurt und Perchtoldsdorf, und da gibt es da draußen auch die ÖVP-Bürgermeister. Und diese ÖVP-Bürgermeister haben *(Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)* jetzt in Niederösterreich, wie alle Bürgermeister, eine Wahl zu schlagen. Kollege Jung, Sie haben noch immer keine Ahnung. Gehen's heim, lesen's ein bisschen nach, kommen's wieder! *(GR Mag Wolfgang Jung: Ich weiß, ich habe mit dem Bürgermeister geredet!)* Ja wunderbar, ich weiß eh, dass Sie dauernd mit was oder mit wem reden. *(Weitere Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)* Egal, wunderbar.

Also noch einmal: Zu diesem Gesamtkonzept in Liesing an der Straße Richtung Kaltenleutgeben, da gibt's die Waldmühle. Das haben wir schon oft diskutiert. Die GRÜNEN waren damals gar nicht so sehr für den Riesenausbau und sind jetzt auch noch ein bisschen skeptisch. Aber das Problem ist, die PendlerInnen aus Niederösterreich, die auf der Kaltenleutgebener Straße nach Wien hereinkommen, sind in Wirklichkeit keine WienerInnen. Das Problem besteht am Vormittag, in der Früh, in der Spitze eine halbe Stunde lang und am Nachmittag eineinhalb Stunden. Fragen Sie den Herrn Wodritzky, fragen Sie den Herrn Zischka. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ich bin dort gewesen, Sie Oberg'scheiter!)* Wie war das mit dem Oberg'scheiten? *(GR Mag Wolfgang Jung: Oberg'scheiter!)* Na, na, na *(GR Mag Wolfgang Jung: Oberg'scheiter!)*, na, na, weiter, ein bisschen motivieren, dann kriegen wir den Ordnungsruf wieder. *(GR Mag Wolfgang Jung: Nein!)* Okay, gut. Also der Herr Oberg'scheit sagt dem Herrn Unterg'scheit jetzt, dass er leider in Wirklichkeit sich dort einmal den Straßenverkehr

anschauen sollte. Fahren Sie einmal nach Kaltenleutgeben um halb 10 Uhr vormittags, Herr Unterg'scheit, und dann schauen Sie einmal, wie viele Leute auf der Straße sind, nämlich null, niemand. Und die Wiener Linien genauso wie die Wiener Lokalbahnen und die ÖBB haben ein ziemliches Problem, dort einen Schienenverkehr zu betreiben. Aber mit dem Projekt beschäftigt sich der Kollege Hora dann ohnehin. Das Problem ist, es gibt eine Morgenspitze, eine Nachmittagspitze und dazwischen ist gar nichts.

Wenn Sie jetzt hergehen und sich das Projekt, Herr Kollege Stiftner, des Herrn Zischka anschauen - das ist nämlich auch einer von den Bürgerinitiativlern, der mit seiner Firma früher Kreisverkehre in Niederösterreich konstruiert hat, das wollen wir nicht vergessen, Niederösterreich ist das Land der Kreisverkehre, die haben schon auch einen Zweck: Weniger Verkehrstote, aber viel, viel Platz braucht man -, dann hat er konsequenterweise weitergedacht und für Liesing Kreisverkehre vorgeschlagen. Sie kommen jetzt her und sagen, na, reißen wir doch einen Gemeindebau ab, ist ja wurscht, das geht sich schon aus. Schauen wir uns einmal an, was bringt der Kreisverkehr dort wem? Er bringt was, den EinpendlerInnen, die mit dem Auto hereinkommen. Ja, das kann schon sein. Dem öffentlichen Verkehr aus Wien bringt er gar nichts. Er kostet die Wienerinnen und Wiener was. Wir müssen das zahlen, was die NiederösterreicherInnen verursachen. Nachdem es aber in Wirklichkeit ein schönes Amt gibt, wenn man so will, und zwar die Planungsgemeinschaft Ost, dort wird über so etwas diskutiert. Offensichtlich haben Sie das nicht gewusst, Kollege Stiftner. Da gibt es den Herrn Zibuschka. Der ist in Wirklichkeit so was wie der Verkehrspapst und sehr lange der eigentliche Verkehrslandesrat von Niederösterreich gewesen, und der hat Folgendes vorgeschlagen: Man schaut sich einmal das ÖV-Potenzial in diesem Raum an, und da gibt es eine Studie. Das ist ein Auftrag an den VOR, um einmal zu schauen, was da passiert. Dann gibt es in Wirklichkeit auch eine Studie über das Potenzial in Kaltenleutgeben. Dann gibt es besagtes Papier vom Herrn Rosinak. Dann gibt es auch zum Beispiel Projekte aus der Bezirksvertretung, aus dem Bezirk, die sich da ändern könnten, zum Beispiel: Was passiert mit den Schulen, Santa Christiana? Wie kommen dort die Leute hin? Oder zum Beispiel das Kollegium Kalksburg. Warum müssen dort alle mit dem Auto hingebacht werden? Das verursacht Stau am Morgen. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Davon habe ich doch geredet!)* Santa Christiana verursacht ... Nein, Sie haben da gar nicht davon geredet. Sie haben einfach davon geredet, dass Sie es wissen. *(Aufregung bei GR Dipl.-Ing Roman Stiftner.)* Okay, noch einmal: In Wirklichkeit ist die Problematik sehr, sehr heikel, weil die Niederösterreicher im Moment eine Landtagswahl schlagen. Das heißt, wenn diese Landtagswahl fertig ist, wird man sich in Wirklichkeit einmal zusammensetzen und einmal schauen: Was bringen diese Studien? Diese Vorarbeiten wurden bis jetzt durch das Stadt-Umland-Management gemacht. *(GR Dipl.-Ing Roman Stiftner: Der Flächenwidmungsplan!)* Ja, Entschuldigung, Kollege Stiftner, die Geschichte ist bei Ihnen bis

jetzt völlig an der Realität vorbeigegangen. (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Ja, das glaub ich auch!*) Wir werden uns in Wirklichkeit gemeinsam mit allen Bürgerinitiativen, mit allen Projektmenschen, die das irgendwie gemacht haben, einmal zusammensetzen und versuchen, eine gemeinsame Lösung zu finden, auch mit Niederösterreich, weil es geht nicht an, dass die PendlerInnen und zwar aus Kaltenleutgeben ... Noch einmal: Der Modal-Split ist übrigens von der BGO untersucht worden, also auch vom Land Niederösterreich, und da ist rausgekommen, dass dort über 80 Prozent mit dem Auto fahren. Das ist ja ... (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Na, weil dort nichts fährt!*) Warum? Weil dort nichts fährt, weil der Autobus im Stau steht. Man wird sich das anschauen müssen und wir haben uns das bereits angeschaut. Lösungen sind in Vorbereitung, aber das geht nicht, solange in Niederösterreich noch nicht gewählt worden ist, weil dort alle Leute in Wirklichkeit etwas anderes im Kopf haben.

Die eine Geschichte mit der Kaltenleutgebener Bahn ist eine interessante Geschichte, keine Frage. Aber damit wird sich, wie gesagt, der Kollege Hora genauer beschäftigen.

Wenn ich jetzt zum Beispiel hergehe und sage, ja, da muss man dann irgendwas machen, da muss man dann immer ÖV-Trassen machen, dann muss man sich schon fragen: Wie funktioniert das dort auf der Kaltenleutgebener Straße? Da stehen dann alle. Da steigen dann alle in den Bus ein und dann steht der Bus im Stau und zwar genau eine halbe Stunde lang, bis er sich verzogen hat, der Bus. Nein, das muss man sich anschauen (*Aufregung bei GR Dipl-Ing Roman Stiftner.*), genau.

Was noch etwas anders ist, als Sie uns da erzählen, ist die Legende, die Stadt Wien soll in Wirklichkeit doch einen Auftrag als Beauftragter an die ÖBB geben und das zahlen. Ist Ihnen entgangen, dass diese Bahnlinie ... Sie sind ja Liesinger, oder? Die Bahnlinie fährt doch über weite Strecken in Niederösterreich spazieren und zwar in Perchtoldsdorf. Perchtoldsdorf gehört nicht zu Wien. Also das heißt, das Land Niederösterreich, lieber Herr Kollege Stiftner, muss auch beauftragen. Das Land Niederösterreich hat nicht daran gedacht, einen Auftrag zu geben. Das heißt, Sie verlangen von uns, wir sollen in Wirklichkeit alleine eine Bahnlinie bezahlen und die Niederösterreicher lehnen sich zurück und sagen, die blöden Wiener werden das schon zahlen. (*Aufregung bei den GRen Mag Wolfgang Jung und Dipl-Ing Roman Stiftner.*) Nein, das muss mit Ihren Kollegen aus der Niederösterreichischen Landesregierung ausdiskutiert werden und nicht da irgendwie herumhampeln, das ist nichts.

Und jetzt einmal zur U-Bahn und zu Ihren ewigen Wünschen. Also ich lese Ihnen einmal vor: Sie hätten gerne die U-Bahn nach Klosterneuburg ausgebaut. Da gibt es parallel dazu eine Schnellbahnlinie, die wunderbar funktioniert und der ÖV-Korridor funktioniert dort von allen Korridoren nach Wien am allerbesten, weil dort ungefähr gleich viel ÖV wie Individualverkehr ist. In Klosterneuburg funktioniert das am besten. Dieselbe Trasse parallel geführt hat überhaupt keinen Sinn. Die Niederösterreicher haben klar signalisiert: Wir zahlen das nicht.

Nächste Geschichte U4 nach Auhof, zum IKEA quasi

fahr ich dann mit der U4. Dort pack ich mir in Wirklichkeit ein Kästchen ein und fahr wieder zurück. Dort gibt es die Schnellbahn und Busse nach Auhof. Am Auhof wohnen nur ganz wenige Leute. Demnächst werden dort beim Einkaufszentrum Wohnungen gebaut werden, das wird zu wenig sein. Oder gar nach Pressbaum raus mit der U! Das ist natürlich gar keine Frage, die Niederösterreicher würden sich bedanken, weil ich ihnen dann sage, was das alles zusammen kosten würde.

Die FPÖ träumt gerne von der U3 nach Schwechat. Da gibt's auch die Schnellbahn. Die Schnellbahn wird demnächst auf einen Viertelstundentakt verdichtet und wir haben ja beschlossen, die Niederösterreicher haben das übrigens torpediert, die Straßenbahnverlängerung über die Stadtgrenze hinaus nach Schwechat. Der Niederösterreichische Landtag hat dem zugestimmt. Der Kollege Zibuschka hat in Schwechat gesagt, na ja, das müsst ihr dann zahlen, ihr lieben Schwechater. Daraufhin haben die Schwechater gesagt, haben wir nicht, gibt's nicht, ist nicht, also auch nicht.

Dann haben wir noch die U1. Vor Kurzem hat der Kollege Mahdalik davon geträumt, die U1 nach Gerasdorf vorwärts zu treiben, nicht wissend, dass dort ja eine Schnellbahn fährt. Also die Schnellbahn gibt's da draußen. In Gerasdorf wohnen so wenige Menschen, dass sich das überhaupt nicht auszahlt, die U1 da hinauszuführen.

Was aber interessant ist, das gibt es schon: Die Stadt Wien baut zwei U-Bahn-Linien aus und zwar die U1 in den Süden bis nach Oberlaa und die zweite, die U2, zum Flughafen Aspern. Das ist in Bau, wird finalisiert und kostet gar nicht so wenig, wenn Sie sich noch erinnern können. Die U1-Verlängerung nach Oberlaa kostet rund. sag ich jetzt einmal, 850 Millionen EUR, davon zahlt die Hälfte der Bund. Das ist übrigens auch ein Problem, weil der Bund möchte nicht gern so viel zahlen. Die andere Hälfte zahlt die Stadt Wien. Diese von Ihnen angeführten oder gerne gewollten oder „Ich-hätt'-so-gern-Auhof-U-Bahn-Linien“ kosten Daumen mal Pi ungefähr an die 3 Milliarden EUR. Wer zahlt das? Die Niederösterreicher zahlen 1,5 Milliarden EUR für die U-Bahn? Das glaubt aber keiner, das glaubt echt niemand, das glaubt nicht einmal der Kollege Stiftner. Nein, das glaubt niemand. Es gibt allerdings schon eine Option, die für uns interessant ist, und zwar die U2 nach Süden zu führen. Ja, es ist nicht uninteressant, die U2 nach Süden über den Matzleinsdorfer Platz bis zur Gutheil-Schoder-Straße zu führen, um den Süden, wenn man so will, besser an eine U-Bahn anzubinden. Das ist eine Geschichte, die klingt nicht uninteressant, muss man sich anschauen, ja, ist eine Möglichkeit. Aber die U5 hinaufzuführen zur Czartoryskigasse mehr oder weniger nach Hernals, dort, wo der Herr nichtamtsführende Stadtrat wohnt, das ist, glaub ich, keine gescheite Idee. (*GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Die Frau Vizebürgermeisterin wohnt auch dort!*) Ja eh, aber die fährt ja mit etwas anderem als der Herr nichtamtsführende Stadtrat. (*Aufregung bei der ÖVP.*)

Und dann zu Liesing, Kollege. Ich weiß nicht, ich glaub, Sie fahren immer mit dem Auto in die Stadt herein, weil Sie noch nie in der Park-and-ride-Anlage am

Bahnhof Liesing waren. Die ist nämlich überhaupt nicht voll, ganz im Gegenteil. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie waren schon lange nicht dort!)* Die ist in Wirklichkeit unterhältig ausgelastet. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja und wann? Die parken in der Früh!)* Ja genau, da ist alles voll, ich weiß. Aber wir kriegen die Zahlen vom Betreiber und da muss ich leider sagen: Nein, leider nicht voll, schön wär's, wenn sie ganz voll wäre, nein, ist es nicht. Interessant ist aber in Wirklichkeit, die Schnellbahn zu verdichten, die in Wirklichkeit für Sie gar kein vollwertiges Mittel ist. Wir setzen uns ein, um die Schnellbahnen zu verdichten. Wir setzen uns für Verbesserungen bei der S45, der S80, der S7 und der S3 ein und wir setzen uns ein, dass da mehr passiert. Die Niederösterreicher haben in dem Punkt bis jetzt nicht wirklich was getan. Schauen wir mal, was die ÖVP dazu sagt, ob das wichtig ist, dass man Schnellbahnen verbessert, ob in Wirklichkeit dort die Gefäße schöner werden, besser werden, ob sich das auszahlt. Das Einzige, was ich bis jetzt vom Kollegen Wilfing gehört habe, war: Wir werden die Lokalbahnen, die wir eingestellt haben, vielleicht wieder einmal in Betrieb nehmen. Er hat nicht gesagt, welche. Und er hat gesagt, er wird sogar eine eigene Bahnlinie bauen. Er hat aber auch nicht gesagt, welche. Und ich bin gespannt, was nach dem März 2013 von diesen Ankündigungen übrig bleibt. Schauen wir mal, immerhin hat er das ja gesagt.

Was wir noch einmal machen, ist in Wirklichkeit, wir schauen uns die Wirklichkeit an, reden mit den BürgerInnen, was in Liesing zu tun ist, keine Schnellschüsse. Warten wir einmal ab, was dort passiert. *(GR Mag Wolfgang Jung: Gehen Sie übermorgen zur Demo!)* Warten wir ab, was bei den niederösterreichischen Landtagswahlen herauskommt. Das ist einmal das Erste. *(GR Mag Wolfgang Jung: Übermorgen um 19 Uhr können Sie mit den Menschen reden!)*

Das Zweite ist, wir glauben nicht daran, dass man aus dem Westen jetzt über die Donau nach Norden fährt und dann hineinfährt. Nein, die Menschen nehmen den kürzesten Weg. Wir wollen Park-and-ride-Anlagen in Niederösterreich unterstützen. Das heißt in Wirklichkeit, die Niederösterreicher haben uns ja immer gesagt, sie haben zehntausende Park-and-ride-Anlagen. Und dann stellt sich heraus, sie haben die Radlanhängevorrichtungen mitgerechnet! Okay, wunderbar. Jetzt werden auf einmal plötzlich über 3 000 Park-and-ride-Parkplätze gebaut. Jetzt! Da ist man nicht vor einem Jahr oder vor zwei Jahren draufgekommen, sondern jetzt. Obwohl sie seit eineinhalb Jahren wissen, dass die Parkraumbewirtschaftung kommt, hat man das jetzt gemacht. Ja, löblich. Die Stadt Wien baut das auch aus, wir werden das tun. Nur das Problem ist in Wirklichkeit, aus Niederösterreich kommen jeden Tag 350 000 Autos. PendlerInnen, EinkäuferInnen, Berufsverkehr kommt nach Wien herein. *(GR Mag Wolfgang Jung: Die arbeiten auch da!)* Wo stellen die ihre Autos hin? In Wien natürlich. Ein Drittel aller sich in Wien befindlichen Fahrzeuge sind nicht mit Wiener Kennzeichen, ein Drittel ungefähr. *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, die zahlen alle in Wien etwas!)* Ja, die zahlen alle was in Wien, genau. *(GR Mag Wolfgang*

Jung: Die zahlen Steuern in Wien!) Die zahlen in Wien Steuern, ich weiß, genau. *(GR Mag Wolfgang Jung: Natürlich!)* Die Pendler wohnen alle in Kaltenleutgeben, in Wolfsgraben. Ehemalige WienerInnen haben sich da ein schönes Haus gebaut. Die zahlen alle in Wien ihre Steuern, das ist richtig, und deswegen dürfen sie alle in Wien gratis parken. *(Aufregung bei GR Dipl-Ing Roman Stiftnr.)* Ich weiß es schon, das kenn ich schon von Ihnen.

Wichtig ist in Wirklichkeit, wir werden den Oberflächenverkehr ausbauen. *(Aufregung bei GR Mag Wolfgang Jung.)* Nein, da können Sie jetzt krakeelen, wie Sie wollen. In Wien ist es notwendig, den ÖV auszubauen, und zwar wird die Linie D verlängert, der 25er und 26er werden verlängert. Der O-Wagen, der 13er, der 15er, der 18er sind Linien, die wir uns vorgenommen haben. Es wird neue Buslinien geben. Wir werden das Oberflächennetz ganz, ganz stark knüpfen *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, das Paradies kommt!)* und die Unkenrufe aus der ÖVP und das Inkompetente aus der FPÖ gehen uns gar nichts an. Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Toll!)*

Vorsitzender GR Mag Dietbert **Kowarik**: Als nächster Redner zum Wort gemeldet ist GR Mahdalik. Bitte sehr.

GR Anton **Mahdalik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Werte Damen und Herren!

Es gibt Lehrer, es gibt Oberlehrer und es gibt den Rüdiger Maresch. Und wenn es mehr Lehrkräfte in Österreich gibt, die so substanzlos herumgscheiteln, dann wundert es mich nicht, dass wir dermaßen miserable PISA-Ergebnisse haben. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP. – GR Mag Rüdiger Maresch: Das sind die Spezialisten!)*

Angefangen hat der grüne Verkehrsmachatschek seine Rede einigermaßen wirr mit 25 Chinesen, einem Traktor und einem Acker. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Hast du nicht geschaut? Du schaust sonst immer fernsehen!)* Jetzt wissen wir auch, warum die Verkehrspolitik in Wien ein einziges Fiasko ist. Wenn das einer der Rädelführer ist, dann wundert mich auch hier nichts mehr. 7 Prozent mehr Fahrgäste bei den Pendlerzügen der ÖBB! 7 Prozent mehr Fahrgäste, toller Erfolg! Das hat mit den horrenden Benzinpreisen natürlich nichts zu tun! Ich war ein Kopfballspezialist, aus deiner Sicht wahrscheinlich ein paar Mal zu oft, aber du warst vielleicht turnbefreit, ich weiß es nicht genau. *(Beifall und Heiterkeit bei der FPÖ. – GR Mag Rüdiger Maresch: Du warst Kopfballspezialist!)* Und die großartigen Zuwächse bei den Zählstellen der A23, darüber haben wir uns gestern schon unterhalten. Nichts von den 5 700, von denen der Herr Verkehrssprecher geschwafelt hat, sondern Zählstelle Inzersdorf, Vergleichszeitraum Oktober 2011 zum Oktober 2012, da haben wir heuer 900 Pendler an einem Tag, 900 Autos weniger gehabt. Das ist natürlich im direkten Zusammenhang mit der Einführung des Parkpicklerls im 17. Bezirk zu sehen, eh klar. Also der Lauf der Welt ist hinreichend erklärt. Nur ganz zum Schluss hat er, glaub ich, noch zwei Minuten herumgemosert, was die Niederösterreicher alles verabsäumt haben, zum Beispiel Park-and-ride-Plätze zu bauen. Und

erst jetzt, obwohl sie schon seit eineinhalb Jahren wissen, dass die Parkraumbewirtschaftung in Wien ausgedehnt wird, erst jetzt sagen sie, sie bauen 3 730 neue Park-and-ride-Plätze. Jetzt kann ich mich erinnern, vor Kurzem war eine Pressekonferenz. Da hat der Bürgermeister gesagt, wir bauen 7 000 neue Park-and-ride-Plätze. Die war, glaub ich, vor drei Wochen.

Ihr wisst es wahrscheinlich schon länger, dass die Parkraumbewirtschaftung ausgeweitet wird. Wo habt ihr neue Park-and-ride-Plätze gebaut? Nirgends! 8 700 gibt es für 400 000 Einpendler jeden Tag. Bravo, Rüdiger Maresch, hast du auch gut gemacht! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da bin ich lieber ein Kopfballspezialist gewesen. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ja, das glaube ich!)*

Aber jetzt zum eigentlichen Thema, zu den U-Bahnen. Da möchte ich bitte, Charly, heute ein Plus und ein Sternchen eingetragen haben, weil ich jetzt zum tatsächlichen Thema, zu den U-Bahnen, rede.

Wenn wir die Linien, zum Beispiel U2, U3 und U4 hernehmen, haben sie eines gemeinsam, sie stehen bald mehr, als sie fahren. Darum muss ich mir noch gut überlegen, ob ich den Antrag für die Planung und den Bau der U5 heute einbringe. Nach dem Gesetz der Serie - bei den roten Bauskandalen sieht man das seit Jahren, die GRÜNEN sind jetzt auch schon involviert - wird jedes Großprojekt versemelt, wird ungefähr doppelt so teuer als veranschlagt, dauert doppelt so lange *(GR Mag Wolfgang Jung: Optimistisch gesehen!)*, funktioniert nachher nicht. Wenn ihr es nicht einmal zusammenbringt, ein Schwimmbaden dicht zu bekommen, denke ich mir, wie wollt ihr dann eine U-Bahn-Verlängerung zustande bringen? *(Beifall bei der FPÖ und von GRin Ing Isabella Leeb.)*

Das U bei den U-Bahnen steht für viele geplagte Fahrgäste schon für unglaublich unzuverlässig, unglaublich unpünktlich, unglaublich unsauber in vielen Bereichen und, und, und, und. Schaut euch die Zeitungen der letzten Monate *(GR Mag Rüdiger Maresch: Und?)*, Pressemeldungen, Kommentare in den Foren der Fahrgäste an, wenn wieder einmal zum Beispiel die U4 mitten auf der Strecke stehen geblieben ist. Da hat es im Jahr 2011 einen, kurios kann man gar nicht sagen, eigentlich unglaublichen Vorfall gegeben, die U4 ist stehen geblieben, dann hat es eine Durchsage gegeben, dann ist 30 Minuten lang nichts passiert, dann hat sich der Fahrer noch einmal gemeldet und hat gesagt: „Bitte aussteigen und schaut, dass ihr zur nächsten Station kommt.“ Also, die 30 Minuten hat er nicht gebraucht, damit er Personal anfordert, dass die Fahrgäste vielleicht zur nächsten Station geleitet werden. Das war auf offener Strecke bei der U4. Im Tunnel weiß ich nicht, was sie gemacht hätten. Der Erste hätte eine Grubenlampe ausgefasst, damit er den Weg leuchten kann. Kann alles sein. Er hat gesagt: „Baba und fällt nicht, schönen Tag noch. Geht zur nächsten Station, diese Richtung, 300 m ungefähr.“ - Das kann man nicht machen, weil die Leute wissen nicht, welche Anlage dort Strom führt und welche nicht. Sie haben wahrscheinlich Angst gehabt. Die alten Leute haben Schwierigkeiten gehabt, dass sie über die Notfall-

leiter hinunterkommen und kein Mensch war fähig, dass er Personal anfordert, dass die Leute sicher zur nächsten Station geleitet werden. Da ist ja genug Personal da. Eine halbe Stunde wäre Zeit gewesen. Es waren halt alle in der Mittagspause.

Aber es vergeht fast keine Woche, wo nicht irgendwo ein Kabel hinunterhängt, wo es nicht hinunterhängen soll, wo nicht irgendwo ein Trumm hinunterfliegt oder wo nicht das Computersystem irgendeiner Linie abstürzt und die Leute 1,5 Stunden irgendwo warten müssen. Sie freuen sich schon, wenn überhaupt eine Durchsage kommt. Sie schlagen schon Räder, wenn eine Durchsage kommt, die sie phonetisch auch verstehen. Weil oft ist es so, dass sie überhaupt nichts verstehen. Sie verstehen es nicht, weil es phonetisch einfach nicht vernehmbar ist. Da kracht und grammelt es im Lautsprecher, aber Hauptsache, die Wiener Linien binden die Bevölkerung ein. *(GRin Nurten Yilmaz: Na geh!)* Lesen Sie die Zeitungsberichte, Frau Kollegin Yilmaz. *(GRin Nurten Yilmaz: Ich fahre nur öffentlich! Das stimmt alles nicht!)* Die Leute verstehen es nicht, aber nicht weil sie terrisch sind, sondern weil die Wiener Linien nicht fähig sind, dass sie Lautsprecheranlagen auf den Stand des 21. Jahrhunderts bringen! *(GRin Nurten Yilmaz: Es kommt höchstens manchmal vor, dass die Lautsprecher nicht funktionieren!)* Das ist eine Schande, Frau Kollegin! *(Beifall bei der FPÖ. - GR Mag Wolfgang Jung: Die neue Stimme Wiens!)*

Hauptsache, die Wiener Linien machen jetzt ein Aufsehen, weil es eine neue Stimme für die Durchsagen gibt. Den Leuten ist doch vollkommen wurscht, wer das durchsagt. Dschi-Dschei-Wischer, Mausi Lugner, Großvater Petz, völlig wurscht, verstehen wollen sie es.

Das ist euch wichtig. Werbung machen für das beste Netz der Welt, hat es vor einem Jahr, glaube ich gegeben. Große Plakate überall. Hat wieder ein paar Hunderttausende Euro gekostet. „Wir bauen für Sie das beste Netz der Welt.“ - Ihr schafft nicht einmal verständliche Lautsprecherdurchsagen.

Ihr schafft es nicht, dass die Leute, wenn sie in der Früh zur Arbeit gehen, sich auf den Weg zur Arbeit machen, sie nicht scheppern, dass wieder die U-Bahn ausfällt und dass sie den Chef anrufen müssen: „Die U4. Ich gehe gerade wieder durch den Tunnel.“ Das glaubt er irgendwann nicht mehr. Aber sie können sich nicht mehr darauf verlassen, dass sie mit einem öffentlichen Verkehrsmittel, vor allem mit der U-Bahn, pünktlich zur Arbeit kommen. Das ist kein Kundenservice, meine Damen und Herren, das ist aus unserer Sicht eine Gemeinheit.

Was lernen wir aus dieser Sache? - Dass wir mehr Geld investieren sollten. Wir wissen es eh schon. Wir wollen es euch lehren. Vielleicht kann ich kurz einmal den Oberlehrer à la Maresch spielen. Investiert nicht so viel Geld in die Werbung, die Wiener Linien sind ja Monopolist! Es gibt dann natürlich noch private Anbieter, die im Auftrag der Wiener Linien fahren, aber die Leute können sich nicht irgendeine Alternative suchen. Sie können mit dem Auto fahren, mit dem Rad fahren oder zu Fuß gehen. Das müssen sie aber beim U-Bahn-Fahren auch hie und da. Es gibt keine Alternative, es gibt

keinen Konkurrenten, also braucht ihr nicht so viel Werbung zu machen. Ein bisschen Werbung, okay, um die Attraktivität der Wiener Linien, der U-Bahnen, die über weite Strecken nicht vorhanden ist, zumindest zu suggerieren, damit die Leute in die U-Bahn gelockt werden. Aber dann müsst ihr auf Sicht auch ein Service bieten, das der Werbung gerecht wird. Investiert weniger Geld in die Werbung, mehr in Kundendenken und Zuverlässigkeit! Dann bekommt ihr vielleicht unsere Zustimmung zu vielen Sachen, was den Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes betrifft.

Ich wage es jetzt trotzdem, den Antrag einzubringen, der mir sehr am Herzen liegt. Natürlich haben wir sehr viele Wünsche, U4, U1, U2. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Die fahren eh gut!)* U6 nach Mödling hast du vergessen. Die habe ich sicher auch schon einmal gefordert. Aber die aktuelle Forderung ist jene, weil dann braucht ihr im 43er nicht mehr die Sitze herauszureißen und vielleicht kommt der 44er als Nächster dran, weil er überlastet ist, bauen wir eine U5. Gehen wir die Planungen gemeinsam an. Dazu habt ihr unsere Unterstützung. Es dauert ein bisschen, kostet ein bisschen Geld. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Zwei Milliarden!)* Spart es anderswo ein. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Auf zehn Jahre verteilt!)* Damit wir eine breite Zustimmung zu diesem Antrag erhalten, haben wir ihn ganz einfach gehalten. *(GRin Nurten Yilmaz: Das ist die Einfachheit der FPÖ!)*

„Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Stadt Wien in Gespräche mit dem Bund bezüglich Finanzierung der U5 eintritt und auf Landesebene die Voraussetzungen für Planung und Bau dieser Linie schaffen soll.“ In formeller Hinsicht verlangen wir die sofortige Abstimmung und ersuchen um breite Zustimmung.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Dr Aigner. Ich erteile es ihm. - Dr Aigner ist nicht im Saal. Daher kommt der nächste Redner zum Wort. Es ist Herr GR Ekkamp. Ich erteile ihm das Wort.

GR Franz **Ekkamp** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Geschätzte Damen und Herren!

Es geht heute bei diesem Geschäftsstück um den Beschluss der U-Bahn-Hilfsaktion, aber mir wurde, weil ich aus der Finanz komme, im Vorfeld gesagt, dass es sich heute um den öffentlichen Verkehr dreht und dieser diskutiert werden soll. *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: Der gehört ja auch zu dir!)* - Ja, sicher, öffentlicher Verkehr. Darum akzeptiere ich das auch. Es ist etwas Wunder schönes, über den öffentlichen Verkehr zu diskutieren.

Ich denke, wenn da durchaus berechtigt Kritik an den Wiener Linien aufkommt, kann jeder kritisieren, das passt ins Wiener Bild. Wir kritisieren auch des Öfteren etwas. Das ist halt so. Das gehört zum Wiener oder zur Wienerin dazu. Aber man muss sich schon ein bisschen, wenn auch von den Vorrednern Sachlichkeit eingefordert ist, auch die Zahlen und Fakten ansehen. Wenn ein Unternehmen, das öffentliche Verkehrsmittel anbietet,

Fahrgastzahlen aufweisen kann, im Jahr 2011 mit 875 Millionen insgesamt, wobei, glaube ich, bei der U-Bahn ungefähr 600 Millionen Fahrgäste gezählt wurden, wenn für 2012 eine Vorausschau getätigt wird, eine voraussichtliche Abrechnung ergeben wird, dass im U-Bahn-Bereich die Topzahlen von 875 Millionen eine weitere Steigerung um 4,5 Prozent erfahren werden, wenn es im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel bei den Straßenbahnen eine weitere Steigerung um 7,7 Millionen und im Busbetrieb um 4,5 Millionen geben wird, dann kann man nicht davon reden, dass die Wiener Linien schlecht sind.

Wenn man dazu noch den öffentlichen Verkehrsanteil von 37 Prozent am sogenannten Modal-Split vergleicht, und das bedeutet natürlich auch ein bisschen weniger PKW- oder LKW-Verkehr, weniger Abgase und mehr Lebensqualität, und setzt das noch zu anderen Städten in Relation, und ich habe noch die letzten Zahlen angesehen, Wien 37 Prozent im öffentlichen Personennahverkehr, Berlin, gute Stadt, schöne Stadt, 26 Prozent, München 23 Prozent, von Hamburg brauchen wir mit 18 Prozent gar nicht zu reden, dann, glaube ich, spricht das schon eine eigene Sprache.

Da muss man natürlich auch ein tolles Angebot haben. Ich erinnere noch einmal an die Steigerung der Jahreskarte. Wir brauchen es nicht lange zu diskutieren. Um über 120 werden heuer von den Fahrgästen mehr in Anspruch genommen.

Oder ich erwähne das sehr erfolgreiche Jugendticket im Verkehrsverbund Ost-Region um 60 EUR. 250 000 Jugendtickets sind bereits verkauft worden. Erst jetzt habe ich im Internet gelesen, dem Herrn Bundesminister Mitterlehner gefällt das scheinbar so gut, weil das Modell so erfolgreich war, dass er es auf ganz Österreich ausdehnen will.

Also, ich denke, wenn man Wien noch in Vergleich zu anderen Städten stellt, wird Charly Hora der bessere Experte für den Fahrbetrieb sein als ich. Aber wenn man in andere Städte fährt, und ich fahre sehr viel öffentlich, nicht nur, wenn ich in anderen Städten bin, auch in Wien fahre ich sehr viel öffentlich, ich habe auch eine Jahreskarte, dann wird man nicht nur das sogenannte rollende Material schätzen lernen, das sich auf durchaus modernem Standard gegenüber anderen Städten bewegt, sondern natürlich auch die kurzen Taktfrequenzen in vielen Bereichen.

Ich kann mich an Diskussionen zurückerinnern, als man die Wiener Linien und die Stadt Wien in der Planung kritisiert hat. Daran kann ich mich noch gut erinnern. Damals war ich noch nicht in diesem Haus. Warum baut man die U-Bahn nur innerstädtisch aus? Das hat auch einen Sinn gehabt. Man schafft zuerst ein leistungsfähiges Netz, dort, wo viele Menschen wohnen, dort, wo sich mobil viel bewegen kann und man beginnt nicht gleich, wie zum Beispiel in Hamburg, eine Linie von einem Stadtrandende zum anderen zu machen. Diese wird natürlich nicht von sehr vielen Menschen benützt. In Wien schaut das dementsprechend anders aus.

Wenn heute auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, von einer Verkehrshölle Kaltenleutgeben gesprochen worden ist, kenne ich das nicht. Ich glaube,

dass ... (*GR Mag Wolfgang Jung: Fahren Sie dort in der Früh hin!*) Ich will dazu gar nicht Stellung nehmen. Ich glaube, man sollte es nicht nur ansprechen, es gibt auch woanders noch Probleme. Ich könnte nur in meinem Bezirk, wo ich wohne, hernehmen, dass es natürlich genauso oft ein Verkehrsproblem, insbesondere in den Rushhours, in den Spitzenzeiten am Morgen und am Abend, gibt, weil natürlich gerade Westautobahn, Döbling ein Durchzugsverkehr ist.

Obwohl es zwar vielleicht ausgemacht war, so wurde es mir interpretiert, heute keine Parkpickerldiskussion zu führen, weiß ich aber schon, weil es heute angesprochen wurde, es besteht manchmal trotzdem der Bedarf, auch wenn es anders vereinbart ist, ein wenig darüber zu reden. Wenn ich daher von einem Redner gehört habe, das Parkpickerl ist keine Lösung, muss ich das akzeptieren, das ist eine politische Meinung einer Fraktion hier im Haus. Aber ich weise noch einmal darauf hin, meine sehr verehrten Damen und Herren, man muss sich immer die Frage stellen, wen es betrifft oder wen es weniger betrifft. Wenn Sie sich, und das habe ich hier schon einmal erwähnt, in Döbling, um kurz über den 19. Bezirk zu sprechen, hinstellen, sich Oberdöbling, Heiligenstadt und Nußdorf anschauen, dann fragen Sie diese Menschen einmal, was sie von einer vernünftigen Parkraumbewirtschaftung halten. Dass es wahrscheinlich derjenige in Grinzing oben im Eigentumsbereich oder in Salmansdorf nicht will, liegt klar auf der Hand, aber man muss sich immer vor Augen führen, wen die große Verkehrsplage betrifft, wenn man von seinem Parkplatz fortfährt und keinen mehr findet, wenn man zurückkommt. Diese Frage ersuche ich schon, auch aufzunehmen.

Ein Antrag beschäftigt sich heute mit der Verlängerung der U-Bahn in den Bereich Auhof. Es ist heute bereits eine Zahl gesagt worden, das kostet eine Lawine von 3 Milliarden EUR. Ich glaube nicht, dass es so viel kostet. Es kostet aber immerhin, wenn man 2,5 bis 3 km U-Bahn baut, und das ist dort natürlich ein Übertagbau, 110 Millionen EUR bis 120 Millionen EUR. Man muss natürlich auch das rollende Material im Fahrbetrieb einrechnen. Jetzt sage ich aber, ich habe gehört, es ist auch in die Überlegungen einbezogen worden, dort eine Park-and-ride-Garage zu errichten. Wir kennen ja Park-and-ride-Garagen, zum Beispiel auch in der Leopoldau. Ich glaube, 1 800 an der Kapazität. Die Auslastung ist dort sehr gering. Jetzt können wir zum Beispiel in Auhof, wie ich gehört habe, soll es diskutiert worden sein, dass es 1 700 sind. Versuchen Sie einmal nachzurechnen, was der Invest, der Einsatz, von, sagen wir, nicht 3 Milliarden EUR, sondern 400 Millionen EUR an Steuermitteln kostet, wenn jemand in der Wirtschaft ist. Ich maße mir nicht an, ich bin ein Wirtschaftstreibender, der auf seine Kosten, wenn er investiert, achten muss. Wenn man dort hinfährt, beträgt die Leistungskapazität knappe 30 000 Fahrgäste pro Stunde. Jetzt werden dort die Pendlerinnen und Pendler, nicht alle auf der Westautobahn, hinkommen. 1 700 Stellplätze werden wir dort bekommen oder wären zu machen. Selbst wenn es 3 000 sind, rechnen Sie das einmal hoch. Sie kommen nicht auf einmal und ein Zug ist voll mit 1 000 Fahrgästen. Dann

brauchen wir noch einen zweiten Zug und dann haben wir alles erledigt. Das heißt, wir fahren de facto leer hinaus, weil die Bevölkerungsdichte ist nicht gerade sozusagen in großen Zahlen vorhanden.

Ich weise noch darauf hin, dass es dort auch eine S-Bahn gibt. Der neue Taktfahrplan, den ich auch begrüße, weist dort, soweit ich weiß, bereits einen Halbstundentakt auf der Westbahn auf. Genauso begrüße ich das zum Beispiel auf der S40 über Tulln, Klosterneuburg, weil da gab es andere Taktfrequenzen. Mich wundert es nicht, wenn die Leute die Öffis in diesem Bereich faktisch nicht optimal nutzen, weil Taktfrequenzen mit einer dreiviertel Stunde sind wirklich unzumutbar. Aber das sind Hausaufgaben von Niederösterreich, meine Damen und Herren.

Damit komme ich, und das hat mir heute gefehlt, weil ich habe es schon einmal gesagt, zu einer leidenschaftlichen Forderung der ÖVP, jetzt weiß ich schon, nicht die Wiener ÖVP, manchmal ist das sehr verlockend, aber die Döblinger ÖVP lässt schöne Plakate drucken, die U-Bahn nach Klosterneuburg. Ich glaube, ich habe das schon einmal dargestellt. Acht Kilometer. Ich sage scherzhaft, ohne polemisch zu sein, ein dicht verbautes Gebiet, wenn man von Nußdorf weggeht. Das ist dort lauter Erholungsgebiet. Dort wohnen fast keine Leute. Klosterneuburg ist auch keine Millionenstadt, ich habe mir die Zahlen angesehen, mit 24 000, vom Kleinkind bis zur ältesten Bewohnerin oder zum ältesten Bewohner. 24 000 Einwohner! Wenn man sich die Leistungskapazität anschaut, 30 000 pro Stunde, also, wenn man kopfrechnen kann, ungefähr in 50 Minuten hat man Klosterneuburg evakuiert. Und was machen wir dann? Dann fahren wir nur einmal nach Hause. Wieder in 50 Minuten haben wir sie voll und sonst fahren wir leer. Das ist ein toller wirtschaftlicher Einsatz, eine tolle wirtschaftliche Überlegung der Steuermittel! Da werden sogar Plakate gedruckt, da werden die Menschen irregeführt, weil manche Politiker glauben, die U-Bahn fährt auf den Schnellbahnschienen. Ich will jetzt nicht zu technisch werden. Ich kenn mich ein bisschen aus, weil ich komme aus der steuerungstechnischen Branche. Ein bisschen kenne ich mich aus. Also, ich glaube, das ist verantwortungslos, wenn man so etwas baut, wo nicht gewährleistet ist, dass es die Menschen in Anspruch nehmen, aber mehr als 20 000 vom Kleinkind bis zum ältesten Bewohner oder bis zur ältesten Bewohnerin einer Gemeinde oder einer Stadt ist verantwortungslos. Nicht umsonst haben doch der Herr Pröll und, ich weiß jetzt nicht, wie der Herr Verkehrslandesrat heißt, nicht Wilfing, sondern Zibuschka heißt er, zu ihren Freunden in Niederösterreich gesagt, sie sollen davon Abstand nehmen, Niederösterreich hat kein Geld für so etwas. Acht Kilometer kosten fast 900 Millionen EUR, meine Damen und Herren! Da sage ich, statt ein paar Millionen, wenn man wirtschaftlich rechnet, und dafür braucht man nicht auf die Universität zu gehen, sage ich auch dazu, das ist nichts Schädliches (*GR Dipl-Ing Rudi Schicker: Die Betriebskosten sind da noch nicht hineingerechnet!*), und die Betriebskosten sind dabei noch gar nicht drinnen, nehme ich wirklich wenig Geld in die Hand und verdichte

die Taktfrequenzen auf der S40, nur als Beispiel, mit wenig Geld und nehme neues rollendes Material, nicht solche Züge von der ÖVP. Das Land Niederösterreich muss ja auch mitbezahlen.

Es gibt übrigens auch ein Geld seit 1994. Ich glaube, die Mineralölsondersteuer von damals sollte auch zweckgebunden für so etwas, für den Personennahverkehr, verwendet werden. Ich weiß nicht, wie das dort geschieht, das kann ich nicht sagen, aber so dicht im Einsatz ist es dort nicht mehr.

Also, ich glaube schon, dass es Sinn macht, die Verkehrsmittel weiter auszubauen. Das geschieht auch in Wien. Aber vor solchen Projekten, die zum Beispiel nach Klosterneuburg eine Milliarde kosten, ist wirklich Abstand zu nehmen, auch in der Diskussion, weil es bringt wirklich nichts, wenn sich jemand ein bisschen mit Wirtschaften beschäftigt.

Ich sage nur, jetzt wird einer kommen und sagen: „Na gut, dann bauen wir dort in Klosterneuburg Park&Ride.“ Ich war schon öfters dort. Ich kenne dieses Gebiet. Wenn man von Wien hinausfährt, ist in Klosterneuburg links die Altstadt und rechts ist die Au. Ich wünsche jedem viel Glück, in die Au einen Park-and-ride-Platz einzustellen. Vielleicht reißt man in der Altstadt etwas nieder, baut irgendwelche Häuser in Parkgaragen um, ich weiß es nicht. Es geht sich dort keine Kapazität aus. Die Klosterneuburger sind ja auch nicht unerfahren. Warum bauen sie sich eine Unterführung? Damit die Pendler von draußen nicht durch Klosterneuburg kommen, sondern gleich unterirdisch durchfahren, an Klosterneuburg vorbeifahren, nicht unüberlegt für die Stadt. Aber es geht sich dort nicht aus. Ich weiß nicht, wo die Flächen sind. Ich bin dort schon öfters gewesen, geschätzte Damen und Herren.

Wenn ich sage, ein Qualitätsangebot braucht man für die Wiener Linien, muss es natürlich weitergehen, auch mit Investitionen zum Beispiel. Gerade der U-Bahnausbau bis 2017 wird zirka 1,2 bis 1,3 Milliarden EUR groß sein. Auch gut so, weil das Material, das wir kaufen, bleibt, glaube ich, zu 75 Prozent der Wertschöpfung in Wien. Der Rest geht in das Umland, sogar nach ganz Österreich. Das rollende Material, Referenzprodukte, bitte, weltweit vertrieben, made by Vienna. Ob das die Tram ist, ob das die U-Bahn ist, tolle Produkte. Daher wird auch weiter investiert. Ich will es jetzt gar nicht ausführen. Ich glaube, da ist der Charly Hora der Experte. Nach Oberlaa oder die U1-Verlängerung.

Bus und Straßenbahn hätte ich fast vergessen. Diese werden natürlich auch immer wieder erneuert. Sie kennen die ULF-Generation, Sie kennen die neuen Busse, alles klimatisiert. Zusammen werden bis 2017 zirka wieder 1,8 Milliarden EUR investiert. Dabei kommt viel auch der Wirtschaft zu Gute.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf eine Aussage möchte ich auch noch reagieren und dann zum Schluss kommen. Wenn hier von einem Vorredner gemeint wurde, U2, U3, U4 stehen mehr still, als sie fahren, kenne ich den Kollegen und schätze ihn persönlich. Er meint das ein bisschen ironisch. Aber ich glaube, da gibt es eine Statistik. Man soll als Stadt so ein Unternehmen

nicht einfach schlechtreden, weil man vielleicht einmal etwas bei den Durchsagen schlecht hört. Das gebe ich schon zu, das ist verbesserungswürdig. Ich fahre sehr viel damit. Ich höre auch nicht alles, insbesondere beim Verkehrslärm, wenn man am Gürtel steht und dort die Autos in drei bis vier Spuren vorbeidonnern. Dann ist es schwer. Bei einer Haltestelle in einem anderen Bereich, wo nicht so viel Verkehr ist, hört man es sehr wohl. Aber durchaus berechtigt auch eine Kritik. Soviel ich weiß, wird auch daran gearbeitet, dass das verbessert wird. Das geht natürlich auch nicht so, dass man anruft und es morgen besser ist. Das wird es nicht spielen.

Aber wenn man sagt, die drei Linien der U-Bahn stehen mehr, als sie fahren, so kann immer etwas passieren. Sie werden Zeitungsberichte gelesen haben, dass es einen neuen Trend gibt. Ich glaube, vorige oder vorvorige Woche war es in den Medien, ich glaube, in fast allen Medien, dass viele in vielen Fällen unbegründet die Notbremse, einfache rote Handhebel, ziehen und die U-Bahn steht. Sie fährt dann natürlich nicht. Der Fahrer kommt nicht her und fährt in einer Minute weiter. Das nimmt eine gewisse Zeit in Anspruch. Aber glauben Sie mir, laut Statistik, und diese führen die Wiener Linien sehr genau, weil sie wirklich auf Qualität Wert legen, liegt der Wert bei 99 Prozent der Fahrplanfähigkeit. *(GRin Mag Dr Barbara Kappel: Das muss eine alte Statistik sein!)* Die ÖBB haben auch einen guten Wert. Die ÖBB haben auch einen sehr guten Wert erreicht. Aber mit 96 bis 97 Prozent nicht dieses Ausmaß, meine sehr geehrten Damen und Herren. Da ersuche ich schon um korrekte Aussagen oder bei der Wahrheit zu bleiben, wenn es darum geht, über die Wiener Linien zu reden.

Ich verweise noch darauf, wenn man von Qualität redet, wird auch nie erwähnt, wer öffentlich fährt, kommt gegenüber dem PKW, gerade in den Morgen- und Abendstunden, in den sogenannten Rushhours, weniger zu spät zu gewissen Terminen. Das weiß man. Man kann das vorplanen. *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Vorsichtig!)* Das „qando“ ist durchaus eine gute Einrichtung. Man kann das gut planen. *(GR Dipl-Ing Roman Stiftner: Wenn der Bus auch kommt, dann schon!)* Es kann immer etwas passieren. Es gibt zum Beispiel in der Döblinger Hauptstraße oder in der Währinger Straße, das kenne ich, Parkspuren, die dem heutigen Standard nicht mehr entsprechen, weil die SUV-Autos halt breiter sind als der normale PKW oder ein normaler Kombi. Das wissen wir alle. Das normale Auto hat schon über 2 m. Dann kommen noch die eingeklappten Außenspiegel dazu, also 2,50 m. *(GR Mag Wolfgang Jung: 2,50 m ist ein Panzer! Das ist ein Schützenpanzer!)* Die stehen dort schlecht eingeparkt und das hält natürlich die Wiener Linien auch noch auf. Also, man soll schon die Kirche im Dorf lassen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube schon, und das beweisen, wie ich schon gesagt habe, auch die Fahrgastzahlen, und bitte vergleichen Sie es mit anderen Städten, unsere Öffis in Wien sind sehr gut. Man muss immer weiterarbeiten, sich weiterentwickeln. Mir hat übrigens heute zum Beispiel von der ÖVP gefehlt, was eine ständige Forderung ist, eine Verbesserung der Radialverbindungen in den Außenbezirken, zum

Beispiel in den westlichen Bezirken. (GR Dipl-Ing Roman Stiftner: *Macht es!*) - Danke für den Zwischenruf. Ich habe es bewusst gesagt. Ich habe gewusst, es fällt mir wer hinein.

Es gibt zum Beispiel die Forderung nach einer Radialverbindung. Ich bin da durchaus bei der ÖVP, aber es geht nicht so weit, dass in Wien die ÖVP bessere Radialverbindungen fordert und in Döbling gibt es ein Konzept, das auch von der ÖVP früher einmal schon öfters beschlossen worden ist, nämlich die Verlängerung des 40A um eine Station. Wir könnten gerade das Krottenbachtal entlasten, durchaus sinnvoll, den 10A erreichen, in die Stadt schneller zur U-Bahn kommen, und die Döblinger ÖVP verhindert es ganz einfach. Sie verhindert es ganz einfach. (GR Dominik Nepp: *Bis nach Salmansdorf!*) - Da kommen wir wieder in eine Diskussion, Herr Kollege. Da kommen wir wieder in eine wirtschaftliche Diskussion. Wenn Sie in der Wirtschaft sind, lassen Sie nicht zwei Busse parallel fahren, in denen ein paar Leute sind. Aber es würde Glanzing und diesen Bereich erleichtern. Es würde die Linie 35A erleichtern, weil diese manchmal in den frühen Morgenspitzen trotz Vierminutentakt wirklich sehr voll ist. (GR Dominik Nepp: *Fahren wir gleich nach Salmansdorf!*) Mit den Taktfrequenzen ist, glaube ich, nicht mehr viel drinnen, dass man etwas verbessern kann. Weil je kürzer die Intervalle sind, desto anfälliger sind die Linien. Ich bin jetzt kein Experte, aber ein bisschen etwas weiß ich, weil ich auch des Öfteren fahre.

Also, das Angebot ist sehr gut, die Preise habe ich vergessen, zu sehr fairen Preisen, glaube ich, in Wien. Der Vergleich macht wirklich sicher, wenn Sie uns mit anderen Städten vergleichen. Auch das Ausbauprogramm, ob Straßenbahn, Bus, ist von den Wiener Linien in die Zukunft gerichtet. Ich denke, wir werden nicht nur für heuer Steigerungen im Fahrgastzahlenbereich erwarten können, sondern auch für nächstes Jahr, weil die Wienerinnen und Wiener ihre öffentlichen Verkehrsmittel sehr schätzen. Daher bin ich der Meinung und komme zum Schluss, die Wiener Linien sind am richtigen Weg! - Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile es ihm.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien): Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst zum Kollegen Ekkamp, weil er so vehement gegen die U4-Verlängerung nach Auhof ist: Abgesehen davon, dass das schon ein relativ älteres Konzept ist, hat Charly Hora letztes Mal bei der Flächenwidmung gesagt, wenn wir uns das wünschen, dürfen wir uns das wünschen. Ihr wünscht es euch nicht. Aber der Park-and-ride-Stellplatz in Hütteldorf mit 1 250 Stellplätzen ist voll. Unser BV Heinz Gerstbach in Hietzing hat zur Entlastung vor allem des 13. Bezirkes dringend verlangt, den am Ende der Autobahn gelegenen Parkplatz, wo normalerweise Schnee abgelagert wird, kurzfristig als Park-and-ride-Platz einzurichten. Also, die Verlängerung der U4 nach Auhof hätte durchaus Sinn.

Zum Kollegen Maresch und den ASFINAG-

Zählstellen: Natürlich hat es erstens Schwankungen gegeben, zweitens ist es im Norden deutlich mehr, das wissen wir, und im Süden sind die ÖBB offensichtlich besser geworden. (GR Mag Rüdiger Maresch: *Du weißt auch, warum das so ist!*)

Aber ich komme eigentlich zu etwas Positivem, den Jahreskarten. Die Jahreskarten sind auf mehr als 100 000 gestiegen. Die drei Faktoren, die ich sozusagen als Begründung nehme, sind sicherlich zuerst die deutliche Kostenerhöhung bei den Kfz, denn die Treibstoffkosten sind innerhalb der letzten drei bis vier Jahre massiv gestiegen und der Treibstoff bleibt dauerhaft teuer (GR Mag Rüdiger Maresch: *Aber dann hätten sie voriges Jahr auch wachsen müssen!*), die deutliche Gebührenerhöhung in Wien, die Kurzparkscheine sind per 1. April um 66 Prozent erhöht worden, keine Frage, und eine große Anzahl der Netzkartenbesitzer kommt aus Niederösterreich (GR Mag Rüdiger Maresch: *Das ist ja auch vernünftiger! Völlig vernünftig!*), und nicht zuletzt das Urteil des Verfassungsgerichtshofes, der Ende 2010 gesagt hat, wegen der Gleichberechtigung von Mann und Frau dürfen die Männer, die zuerst 65 Jahre waren, jetzt ab 60 eine Pensionistenjahreskarte haben, und das bedeutet 224 EUR anstelle 448 EUR. (GR Mag Rüdiger Maresch: *Das wären 365 EUR!*) Also hat das schon eine Begründung, warum eben diese vielen Jahreskarten kommen.

Für mich ist das zentrale Verkehrsmittel die U-Bahn. Ich möchte mich hier wirklich sehr stark auf die U-Bahn konzentrieren. Aber, meine Damen und Herren, wie ist der Zustand dieser U-Bahn? Wir haben heute schon gehört, sie steht mehr, als sie fährt. Ich würde das nicht so sagen. Ich würde sagen, es gibt wirklich viele Störungen, Unfälle, Kupferkabeldiebe, Personenunfälle, Selbstmörder. Der Kollege Ekkamp hat gesagt, in der Früh funktioniert es. Na ja, in der Früh ist es in den letzten Monaten sehr oft wirklich schlimm, dass es zu Störungen kommt.

Wir dürfen auch nicht die Überalterung der Silberpfeile vergessen. Das Konzept ist ungefähr 40 Jahre alt. Die Fahrzeuge sind bis zu 35 Jahre alt. Das ist der Grund, warum sehr oft Betriebsunterbrechungen vom Fuhrpark her kommen. Die letzten Silberpfeile, nämlich U11, wurden 2002 fertiggestellt. 2000 ist der V-Wagen erstmalig im Test gefahren und 2003 ist der V-Wagen erstmalig eingesetzt worden. Die Konstruktion der alten Silberpfeile beruht auf einem mehr als 40-jährigen Konzept. Sie haben keine Klimatisierung. Beziehungsweise es konnten etliche technische Änderungen erst mit Mühe und Not nachgerüstet werden, wie Kantenschutz, Lüftung oder Videoüberwachung. Technische Materialermüdung gibt es ebenfalls. Wir haben einmal den Bruch eines Radreifens gehabt. Das war eine sehr große Geschichte. Elektrische Defekte, mechanische Defekte, wie das Versagen des Türöffnungsmechanismus, sind an der Tagesordnung, meine Damen und Herren!

Jetzt kommen wir zum V-Wagen. Derzeit werden fünf bis sieben V-Wägen pro Jahr bestellt. Unserer Meinung nach ist das durchaus zu wenig. Auf der U6 sind die E2- und die E11-Wägen noch bis Mitte 2007 im Mischbetrieb gefahren. Diese Fahrzeuge beruhten auf einem fast 50

Jahre alten Konzept. Jetzt sind nur mehr die moderneren T-Wägen, die allerdings nicht durchgängig benutzt werden können, im Einsatz.

Zum Liniennetz: Faktum ist, dass die U-Bahn stark frequentiert wird und nach den Wünschen aller in diesem Hohen Haus vertretenen Parteien weiter verlängert werden muss, allerdings mit unterschiedlichen Äußerungen. Die ÖVP verlangt stark die U4 nach Auhof, die FPÖ auch. Wir haben uns auch für eine U5 eingesetzt, von Hernals über den Hauptbahnhof in den Süden von Favoriten. Wie ich gestern vernommen habe, hat Charly Hora gesagt, dass der 43er am Ende seiner Kapazität ist und im Dreiminutentakt fährt. Das ist der Grund, warum man die Sitze herausreißen muss. Meine Damen und Herren, die Wiener Linien, und das muss man an dieser Stelle schon sagen, beschäftigen sich mit dem Konzept einer U5 seit 2003. Aber was ist bisher herausgekommen? Gar nichts! Wir haben nichts gehört, dass es in diesem Bereich vom 17. Bezirk zum Zentrum eine Entwicklung gibt.

Wir kommen natürlich auch dazu, dass die Stadt Wien auch in früheren Jahren nicht sehr vorausschauend war. Ich denke nur an historische Geschichten. Der 360er ist 1966 eingestellt worden. Die Trasse gibt es natürlich heute in keiner Weise mehr.

Dass der Hauptbahnhof als Fehlplanung puncto U-Bahn-Anschluss nicht gerade ein Vorzeigebispiel ist, wissen Sie alle. Der gestrige Streit um die Stationsbezeichnung zeigt nur auf, wie sensibel die Themen rund um den Hauptbahnhof sind: zu weite Wege von der U1 zum Perron der Vollbahn, der fehlende Anschluss der U2 im Norden des Bahnhofs. Wir haben auch den Streit um den Bau des Cable Liners gehabt. Dazu hat es eine Rechnungshofüberprüfung gegeben. Und die Überziehung der Baukosten des Hauptbahnhofes um fast das Doppelte ist sicherlich kein Ruhmesblatt, nicht nur für die Stadt Wien, sondern auch für die ÖBB.

Leider muss man den derzeitigen baulichen Zustand betreffend Wagenmaterial der alten Silberpfeile kritisieren, detto aber auch, was die Gleisanlagen betrifft. Die Ersatzraten sind unserer Meinung nach zu gering, um die alten baufälligen Wagen außer Betrieb zu setzen und durch neue V-Wägen zu ersetzen.

Meine Damen und Herren, welches Verkehrschaos eine Reparatur eines Gleises bringt, wissen Sie genau, wie die Teilsperre der U1 im heurigen Sommer gezeigt hat. Es könnte uns durchaus passieren, dass dasselbe mit der U3 passiert. - Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Frau GRin Mag Dr Kappel. Ich erteile es ihr.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Ganz kurz noch zum Kollegen Ekkamp: Auch ich würde mir wünschen, dass die U-Bahn in Wien eine 99-prozentige Zuverlässigkeit hätte, insbesondere in der Früh. Das ist aber leider nicht wirklich so wahrzunehmen. Ich arbeite mit mehreren Mitarbeitern in einem Büro zusammen, und wenn der Dienst um 8 oder um 8.30 Uhr beginnt, ist sicherlich ein Mal in der Woche eine Ver-

spätung mit dem Grund da, dass die U-Bahn steht. Das erlebe ich jetzt jede Woche und das geht nun schon seit Monaten so. Ich muss sagen, das war früher nicht so. Die Verspätungen haben sich wirklich gehäuft und das ist eine sehr unangenehme Sache.

Und ich muss sagen, die Zuverlässigkeitsmessungen sollten nicht nur an den Tagesmittelzeiten, sondern speziell in den Stoßzeiten gemacht werden, da kommt es nämlich darauf an. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es ist heute das Poststück 3, nämlich die Änderung der Förderrichtlinien für die U-Bahn-Hilfe, zum zentralen Thema im Schwerpunkt öffentlicher Verkehr gemacht worden. Wir haben heute schon so viel männliche Fachkompetenz zum Thema öffentlicher Verkehr gehört, dass ich es mir als Mitglied des Finanzausschusses nicht nehmen lassen möchte, doch auch kurz auf dieses Poststück einzugehen. Ich könnte mir vorstellen, dass das nicht uninteressant ist, da heute schon viel über die U-Bahn geredet wurde.

Unsere Fraktion hat im Finanzausschuss am 5. November dem vorliegenden Poststück zugestimmt.

Worum geht es? Im Jahr 1969, also vor 43 Jahren, gab es eine gemeinsame Aktion der Wirtschaftskammer Wien mit der Gemeinde Wien, um Unternehmen, die vom U-Bahn-Bau beeinträchtigt wurden und Umsätze verloren haben, zu kompensieren. Die entsprechenden Förderrichtlinien, die im Jahr 1969 geschaffen wurden, sind jetzt geändert worden. Warum geändert worden? Anlass ist der Ausbau der U1, das ist der erste Grund. Der zweite Grund ist, dass man gesagt hat, es ist viel zu kompliziert, wie es gemacht wurde, man will umstellen auf einen monatlichen Bargeldzuschuss für Unternehmen, die vom zukünftigen U-Bahn-Ausbau betroffen sein werden. Wir hoffen, dass das viele Unternehmen in Anspruch nehmen werden. Wir hoffen, dass in den U-Bahn-Ausbau viel investiert wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ein entsprechender Ausbau-Antrag ist von unserem Verkehrssprecher Toni Mahdalik heute bereits eingebracht worden. Also: Wir stehen für den U-Bahn-Ausbau, sehen aber, dass die Wiener Linien immer weniger Mittel in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs investieren.

Erlauben Sie mir, hier einen größeren Bogen zu spannen: Die Wiener Linien sind ein Tochterunternehmen der Wiener Stadtwerke Holding Aktiengesellschaft. Über dieses Unternehmen ist in der letzten Zeit viel berichtet worden. Ich selbst habe auch schon am Montag in der Spezialdebatte darüber berichtet, weil es doch eher erschreckend ist, dass dieses Unternehmen, das mit über 16 000 Mitarbeitern eines der größten Unternehmen Österreichs ist, heuer mit Jahresende 2012 einen Bilanzverlust von 930 Millionen EUR ausweisen wird. Wir wissen von diesen Verlusten, weil der Vorstand der Stadtwerke das ankündigte, wahrscheinlich schon als Voraktion, damit das Murren danach nicht allzu groß ist. Aber vielleicht war es auch ein Hilferuf. Ein Hilferuf, um aufzurütteln, uns dieses Thema näher anzusehen, nämlich das Thema, warum es in diesem Unternehmen zu einer derartigen Anhäufung von Verlusten kommen konnte.

Was sind die Gründe für diese Verluste? Der Vorstand hat sie genannt. Also, es ist nicht eine Erfindung

meinerseits, sondern der Vorstand hat sie genannt. Ein Hauptgrund sind Pensionsverpflichtungen der Gemeinde Wien im dreistelligen Millionen-Euro-Bereich, die in das Unternehmen Wiener Stadtwerke ausgelagert wurden. Ein weiterer Grund ist Missmanagement im Bereich von Kraftwerksbauten, insbesondere im Ausland, und folge dessen ein entsprechender Abschreibungsbedarf. Wir sprechen hier von KWK-Anlagen, also Kraftwärmekopplungen, die nicht mehr entsprechend zum Einsatz kommen. Hier wird nun seitens des Vorstands versucht, auf Bundesebene über das Energieeffizienzgesetz Förderungen in Höhe von 80 Millionen EUR für die Gemeinde einzuwerben, oder, alternativ - wie der Stadtwerk Vorstand schon angekündigt hat - eine Stadtwerkesondersteuer von 1 EUR einzuführen. Das sind die Gründe, die genannt werden, um die hohen Verluste der Stadtwerke zu erläutern. Und ein Teil dieser Wiener-Stadtwerke-Gruppe sind die Wiener Linien, auf die ich nachfolgend noch näher eingehen möchte.

Das Missmanagement, das verantwortlich ist für diesen Verlust von 930 Millionen EUR, zieht sich in Wirklichkeit wie ein roter Faden durch die gesamte Debatte. Die Skandalliste, die kürzlich im „Kurier“ war, könnte man fortsetzen. Ich habe es bei einer der letzten Debatten auch selbst erwähnt: Politisches Missmanagement führt zu enormen Wertverlusten und Wertvernichtungen in öffentlichen Unternehmen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Der Flughafen Wien ist ein gutes Beispiel dafür. Ich hab Ihnen letztes Mal aufgezeigt, dass der Flughafen Wien in 6 Jahren 750 Millionen EUR an Börsekaptalisierung verloren hat. 750 Millionen EUR an Wertverlust, verursacht von einem Management, das nicht in der Lage war, einen Flughafenterminal zu bauen! Missmanagement, das politisch gesteuert war! Dazu kamen 400 bis 600 Millionen EUR Mehrkosten beim Flughafen ausbau auf Grund von Fehlplanungen. Ebenso politisches Missmanagement! Und politisches Missmanagement sehen wir jetzt auch bei den Wiener Stadtwerken, die erstmals einen Verlust von 930 Millionen EUR ausweisen, der auf der einen Seite stadtbedingt war mit der Auslagerung der Pensionsverpflichtungen, aber zumindest zur Hälfte bedingt durch ein Management, im Besonderen durch einen Manager, der nun im Energiebereich ausgeschieden ist. Dieser Manager hat nicht nur Fehlentscheidungen im Bereich von Kraftwerken getroffen, sondern auch marktunübliche Energieverträge abgeschlossen. Wenn man dazu mit Experten spricht, so ist es eigentlich unfassbar. Ich meine, die Wiener Stadtwerke zahlen einen Gaspreis, der astronomisch hoch ist, weil Gasverträge abgeschlossen wurden, deren Preisgestaltung nach wie vor an alte Ölverträge gebunden war. Also, die Branche schüttelt den Kopf und das ist bedauerlich! Hoffentlich wird es jetzt mit dem neuen Vorstand besser. Es ist davon auszugehen, dass der ehemalige Energievorstand, der in Pension ging, sicherlich eine fette Prämie für diese Verträge bekommen hat. So wie es in Wien üblich ist. Das kennen wir auch vom Stadthaltenbad und werden es heute noch einmal hören. Der alte Vorstand hat also sicherlich eine fette Prämie bekommen, ist damit in Pension gegangen und 930 Millionen

EUR an Verlust bleiben da.

Bedauerlicherweise nicht viel besser, wenn auch in der Dimension kleiner, weil es ein Tochterunternehmen ist, schaut es bei den Wiener Linien aus. Auch hier gab es in der Bilanz 2011, die Bilanz 2012 liegt ja noch nicht vor, einen Verlust von 120 Millionen EUR, das sind 10 Millionen EUR mehr als im Jahr davor. Insgesamt hat sich in 5 Jahren die Situation, nämlich die Ertragssituation, oder Nichtertragssituation, möchte ich sagen, um 44 Millionen EUR verschlechtert, also eine Kumulierung an Verlusten von 44 Millionen EUR.

Leider schaut es auch bei den Investitionen nicht viel besser aus. Vielleicht ist das auch einer der Gründe für die vorhin erwähnten Verspätungen, denn möglicherweise ist die Technik von den fehlenden Investitionen betroffen. Die Investitionsquote bei den Wiener Linien ist auf jeden Fall allein innerhalb eines Jahres, nämlich von 2010 auf 2011, die Zahlen von 2012 haben wir ja noch nicht, um 115 Millionen EUR zurückgegangen. Innerhalb von 5 Jahren war ein Minus von 138 Millionen EUR bei den Investitionen zu verzeichnen.

Dasselbe Bild sehen wir auch eine Ebene höher, und ich beziehe mich hier auf das, was wir am Montag im Rahmen des allgemeinen Budgets gehört haben. Insgesamt wurden im U-Bahn-Ausbau, nämlich laut Vorschlag 2010, 302 Millionen EUR investiert - 2013 werden es nur noch 189 Millionen EUR sein. Das heißt, in 3 Jahren Rot-Grün sind 113 Millionen EUR weniger in den U-Bahn-Ausbau investiert worden! Das lehnen wir ab! Wir sind für mehr U-Bahn-Ausbau, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Insgesamt ist die kommunale Investitionsquote, und das zieht sich wie ein roter Faden durch das Budget, in 3 Jahren Rot-Grün um 1 Prozent, nämlich von 15,1 auf 14,1 Prozent gesunken. Eine hohe kommunale Investitionsquote ist wichtig für Arbeitsplätze in der Gemeinde. Und Arbeitsplätze vernichten Sie, das wissen wir. Wien hat die höchste Arbeitslosigkeit aller österreichischen Bundesländer. Sie haben es neulich das „Wiener Phänomen“ genannt. Ein tolles Phänomen, wenn es viel Beschäftigung gibt, die Arbeitslosigkeit permanent steigt und jedes zehnte Unternehmen uns sagt, dass es eigentlich aus Wien abwandern möchte und in erster Linie nach Niederösterreich geht, weil dort offenbar, laut Unternehmen, die Standortbedingungen besser sind! Das ist keine Wirtschafts- und Finanzpolitik! Das ist nicht etwas, das wir nachahmen wollen! Deshalb habe ich Ihnen am Montag auch schon gesagt: Wir brauchen einen Wandel in Wien, einen Wertewandel und einen Systemwandel, hin zu einem offenen marktwirtschaftlichen System und nicht ein verknöchertes System der Misswirtschaft, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Die Wiener Linien haben aber nicht nur fehlende Baustellen im Bereich des Infrastrukturausbaus. Nein, es gibt auch einige Baustellen ganz anderer Natur! Diese sogenannten Baustellen sind in den hier vorliegenden Kontrollamtsberichten beschrieben, meine Damen und Herren. Und derer gibt es mehrere. Ich war überrascht, im Rahmen des letzten Kontrollausschusses zu sehen,

wie viele Berichte es sind. Allein bei der letzten Sitzung wurden vier Berichte behandelt. Ich habe sie Ihnen hier mitgenommen.

Da ist zum Beispiel der Bericht „Prüfung der Aufsicht der Wiener Linien über die Einhaltung der Beförderungsbedingungen in Autobussen“. Nicht viel Neues, dennoch ist das Kontrollamt nicht wirklich zufrieden, weil es meint, dass es zu wenig Aufzeichnungen seitens der Wiener Linien gibt. Hoffentlich wird da nachgearbeitet. Aber das ist ein eher harmloser Punkt.

Dann gibt es einen weiteren Punkt, „Prüfung der Abwicklung des Schienenersatzverkehrs bei U-Bahn-Störungen“. Auch hier könnte man meinen, eher harmlos. Es ist aber dann doch nicht so harmlos. Offenbar wird viel zu wenig evaluiert bei den einzelnen Routen des Schienenersatzverkehrs. Auch hier schlägt das Kontrollamt einige Reformen vor.

Ernster erscheinen mir zwei andere Berichte des Wiener Kontrollamtes, die durchaus Potenzial für zukünftige Skandale haben, meine Damen und Herren. Das ist zum einen der Kontrollamtsbericht über die Auslastung der Kfz-Prüfstelle in der Hauptwerkstätte. Sehr interessant! Ich darf kurz zitieren, was das Kontrollamt in der Kurzfassung dazu schreibt.

Ich zitiere: „Bei Begehungen des Kontrollamtes der Hauptwerkstätte fiel auf, dass die dienstliche Nutzung der Halle der Kfz-Prüfstelle in der Hauptwerkstätte nicht den möglichen Kapazitäten entsprach, dafür aber nicht vorgesehene Nutzungen, wie die Durchführung von wiederkehrenden Begutachtungen an privaten Kraftfahrzeugen, erfolgten.“ Das schreibt das Kontrollamt. Das findet das Kontrollamt nicht gut. Ich finde es auch nicht gut. Daneben haben sie dort nicht nur private Nutzungen von Kraftfahrzeugen, sondern in Wirklichkeit heißt das doch nichts anderes, als dass die Wiener Linien als private Kfz-Werkstätte und private Begutachtungsstelle für Fahrzeuge benutzt wurden, die von Mitarbeitern der Wiener Linien kamen. Vielleicht hat irgendjemand dort damit einen schwunghaften Handel aufgezo-gen. Es ist grundsätzlich ja nicht schlecht, ein bisschen Privatinitiative zu entwickeln. Schlecht ist es aber dann, wenn diese auf Kosten der öffentlichen Hand geht! Das tut man nicht! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber nicht nur private Fahrzeuge wurden vom Kontrollamt vorgefunden. Nein, auch ein privates Reifenlager und, Sie würden es nicht glauben, Segelboote, die mit der Farbe gestrichen wurden, die normalerweise auf die Fahrzeuge der Wiener Linien aufgebracht wird, hat man auch gefunden. Segelboote haben die Prüfer des Kontrollamtes gefunden, die dort gestrichen wurden. Wahrscheinlich ein Zufall! Vielleicht haben ja alle Mitarbeiter der Wiener Linien Segelboote, die sie sich am Betriebsgelände anmalen lassen? (*GR Mag Wolfgang Jung: Hoffentlich sind sie wasserfest!*) Man könnte fast annehmen, dass das Ganze System hat. Vielleicht bin ich mit meiner Mutmaßung, dass hier jemand einen schwunghaften Handel aufgezo-gen hat, gar nicht so weit von der Realität entfernt? Dass es auch ein privates Reifenlager gibt, das rundet die Sache ab. Also, man könnte schon Mutmaßungen anstellen.

Ein weiterer Kontrollamtsbericht bringt uns in die Nähe dessen, was wir heute am Nachmittag hören werden. Das ist die Prüfung der Vergabe von Elektroinstallationsarbeiten. Hier stellt sich heraus, dass es offenbar ein weiteres System auf der Ebene der Gemeinde Wien gibt, nämlich jenes, dass Vergaben immer innerhalb eines bestimmten Adressatenkreises erfolgen. Böse Leute könnten es „Insider-Kreis“ nennen. Oder, wie ich jetzt gelernt habe, es werden auch eigene Unternehmen gegründet, die dann die Zuschläge bekommen. Das ist alles ganz schwierig. Aber darüber werden wir heute Nachmittag im Rahmen des Stadthallenbades noch reden. Auf jeden Fall gab es diese Art von Vergaben auch bei den Wiener Linien. Das wird vom Kontrollamt besonders kritisiert, das da sehr freundlich schreibt: „Insbesondere wurde empfohlen,“ - also das Kontrollamt empfiehlt, ich zitiere - „den Anbieterkreis“ - für die Elektroinstallationen - „öfter zu wechseln oder zu vergrößern.“ - Ich würde Ihnen oder insbesondere den Wiener Linien auch empfehlen: Vergrößern Sie den Anbieterkreis! Das führt oft zu günstigeren Preisen. Man würde es nicht glauben. Vergrößern Sie den Anbieterkreis! Das schafft mehr Transparenz. Das schafft auch mehr Vertrauen in die Leistungen der Stadt. Ansonsten könnte man wirklich Mutmaßungen anstellen, aber von der Misswirtschaft habe ich schon gesprochen. Grundsätzlich habe ich den Eindruck, dass sich hier ein privater Handel neben den öffentlichen Tätigkeiten herausgebildet hat. Ich würde Sie, meine Damen und Herren der Wiener Stadtregierung, dringend ersuchen, dass Sie diese Machenschaften abstellen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vielleicht ist aber auch das ein Grund dafür, warum es bei den Wiener Linien einen derart hohen Krankenstandsanteil gibt. Ich meine, wenn da so viel gearbeitet wird, nämlich für die Wiener Linien und auch noch privat, muss es eigentlich niemanden mehr verwundern, dass die Krankenstandstage bei den Wiener Linien ungefähr 200 Prozent höher sind als in privaten Unternehmen. Im Durchschnitt sind Mitarbeiter der Wiener Linien 33,7 Tage im Jahr im Krankenstand, während Personen, die im privaten Bereich beschäftigt sind, 13,2 Tage im Krankenstand sind. Nur ein Schelm könnte annehmen, dass da vielleicht im Rahmen dieser privatwirtschaftlichen Machenschaften, die das Kontrollamt aufgedeckt hat, gearbeitet wird. Aber Sie werden das sicher prüfen, meine Damen und Herren der Stadtregierung. Sie werden das sicherlich abstellen. So, wie Sie immer sagen, dass Sie allen Empfehlungen des Rechnungshofes und des Kontrollamtes folgen, werden Sie dem sicher nachgehen.

Beim nächsten Kontrollamtsbericht wird es dann wahrscheinlich nicht mehr der Fall sein, dass Segelboote gestrichen werden und es private Reifenlager gibt, dass es Abstellplätze gibt, natürlich vermietete, für Wohnmobile, und einen schwunghaften Kfz-Werkstättenbetrieb gibt. Also, vielleicht stellen Sie das dann für die nächste Prüfung des Kontrollamtes ab.

Wir sind die Opposition. Wir können diese Missstände nur aufzeigen. Wir sind dafür dankbar, dass das Kontrollamt diese aufzeigt. Wir sind für solche Machenschaf-

ten nicht zu haben! Wir stehen für ganz anderes: Wir stehen für den Ausbau der U-Bahn. Es wurde ein entsprechender Antrag heute schon eingebracht. Ja zum Ausbau der U-Bahn. Ja zu einer neuen U5. Ja zur Verlängerung der U4. Nein zum Missmanagement im öffentlichen Bereich! Nein zu einem Missmanagement, wie Sie das politisch forcieren und dem Sie jetzt schon seit Jahren zuschauen! Das lehnen wir ab, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort gemeldet ist Herr GR Mag Jung. Ich erteile es ihm.

GR Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Zunächst bringe ich einen Beschlussantrag der FPÖ-Gemeinderäte Jung und Mahdalik betreffend Verkehrssituation im Zusammenhang mit großen Bauvorhaben im Raum Rodaun, Kalksburg, Planung und Bau der U5 zur Postnummer 3 in der Sitzung des Gemeinderates ein. Der Beschlussantrag lautet:

„Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die geplanten Bauvorhaben bis zur Vorlage einer realistischen und für die betroffenen Menschen in diesen Bereichen akzeptablen Verkehrs- und Infrastrukturplanung zurückgestellt werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir haben heute in dieser Debatte zwei sehr gegensätzliche Redner gehört, den Kollegen Ekkamp, bei dem es sich wirklich gelohnt hat zuzuhören, auch wenn man nicht in allem seiner Meinung war, in manchem deckt sie sich, in manchem nicht, aber es waren Argumente, die man abwägen kann, und dann haben wir den Kollegen Maresch gehört. Da kann man nur sagen, so viel Selbstsicherheit, gepaart mit so viel Ahnungslosigkeit, ist wirklich gewaltig! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Da kommt der Herr Maresch in seiner charmanten Art heraus und erklärt mir - ich glaube, er wohnt irgendwo im 17. Bezirk -, wie es vor meiner Haustür aussieht, regt sich dann noch auf und wiederholt das. Ich werde nicht klassifizieren, was das ist. Aber dazu gehört schon eine gewisse Chuzpe, das zu tun. Ich sehe die Situation dort jeden Tag.

Wir haben in manchem einen ähnlichen Antrag mit der ÖVP. Wir haben deswegen einen anderen Antrag gestellt, weil es Differenzen in der Auffassung der Lösung des Problems gibt. Zur Zeit sehe ich nämlich überhaupt keine Lösung des Problems, das ich ihnen kurz erläutern werde.

Die Situation an der Westeinfahrt, der südwestlichen Einfahrten aus dem Wienerwald, das ist die Breitenfurter Straße und das ist die Kalksburger Straße, sowie der Zubringerverkehr aus dem Süden, Raum Perchtoldsdorf, Mödling, der in den Südwesten Wiens will, fließt alles über einen Dreh- und Angelpunkt. Das ist mehr oder weniger die Kreuzung der Willergasse mit der Breitenfurter Straße und in die Willergasse mündet auch die Kaltenleutgebner Straße ein. Hier kommt der ganze Verkehr aus dem westlichen Wienerwald heraus und staut sich jeden Tag in der Früh zwei Mal, ein Mal sehr früh, schon

um etwa 7 Uhr herum, und ein Mal etwa zwischen 7.30 Uhr und 8.30 Uhr, und dann, am Abend, wenn es in die andere Richtung geht, umgekehrt. Dazwischen donnern dann aber auch serienweise LKWs hinein, die mit Bauschutt zur Verbringung nach Niederösterreich hineinfahren und mittlerweile gerade die Kaltenleutgebner Straße zu einer Buckelpiste erster Ordnung gemacht haben, wo die Geschwindigkeitsbeschränkung wirklich angebracht ist, weil sonst ruiniert man sich die Stoßdämpfer. Das ist jeden Tag in der Früh so, dass man teilweise sogar fünf, sechs, sieben Minuten braucht, um aus einer Hauseinfahrt herauszukommen, bis man endlich einen gutmütigen Autofahrer findet, der einen auch hinauslässt, weil die Staus bis weit aus Wien hinaus, und interessanterweise auf der anderen Seite auch schon bis weit nach Liesing hinein, von der umgekehrten Seite, gehen und diese jeden Tag die Bevölkerung zur Weißglut bringen.

Wenn Sie, Herr Maresch, darauf vertrauen, dass sich eh nur die Niederösterreicher darüber ärgern, die Sie nicht wählen, dann kann ich Ihnen sagen, die Wiener dort drinnen ärgern sich noch mehr und werden Sie und Ihre GRÜNEN, die jetzt das Parkpickerl auch noch fordern, mit Recht auch nicht wählen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jetzt haben sich nicht umsonst drei Bürgerbewegungen gebildet. Bei der gegengewandten Bewegung ist nämlich wirklich auch der SPÖ-Bürgermeister in Kaltenleutgeben. Sie haben das bestritten. *(GR Mag Rüdiger Maresch: Ich habe das nicht bestritten!)* Sie haben dagegen heftig protestiert, als ich bei Ihnen aufklärend wirken wollte. Aber manche kann man nicht belehren!

Die Situation ist jetzt die, dass diese Situation durch Bauvorhaben massiv verschärft wird. Es geht um mehrere Bauvorhaben, nicht nur um eines in diesem Raum. Es gibt bereits ein fast fertiggestelltes Bauvorhaben am Rodauner Berg. Ich glaube, 56 oder 54 Wohnungen. Es ist in Planung in einer Entfernung von Luftlinie vielleicht 150 m ein weiteres Projekt mit 50 Wohnungen im Bereich des ehemaligen Bades. Es ist bereits in Fertigstellung ein Objekt in der Kaltenleutgebner Straße mit, glaube ich, 50 Wohnungen. Und jetzt sollen diese 450 Wohnungen dazukommen.

Zu diesen 450 Wohnungen gibt es doch eine sehr pikante Vorgeschichte. Das Bauprojekt für diese 450 Wohnungen wurde von allen Parteien – von allen Parteien, auch von der SPÖ und den GRÜNEN, als sie noch in der Opposition waren in den guten alten Zeiten – abgelehnt. Daraufhin war man in Verhandlungen mit der Stadt, mit dem damaligen Stadtrat Schicker, und der hat eine Reduzierung auf die Hälfte zugesagt. Mit Ach und Weh und zähneknirschend hat man zugestimmt.

Jetzt war es auf einmal anders. Das hat auch der damalige Bezirksvorsteher Wurm ganz deutlich – Sie können es auch im Internet ansehen – kritisiert und gesagt, dass er hier im Stich gelassen wurde. Er wurde von seiner eigenen Fraktion im Stich gelassen, ebenso vom Stadtrat und jetzigen Klubobmann Schicker, der ihm etwas versprochen und das nicht eingehalten hat. Aber an so etwas muss man sich halt gewöhnen, wenn man in der SPÖ ist. Der Bezirksvorsteher Wurm hat sich nicht daran gewöhnt und ist früher, als er eigentlich hätte

müssen, in Pension gegangen.

Das ist die Situation. Was resultiert jetzt aus dem? Das sind ja nicht nur Wohnungen, die dort entstehen. 450 plus 50 allein in der Kaltenleutgebner Straße, das ergibt 500. Wenn Sie jetzt 500 Wohnungen rechnen, dann bedeutet das eine Bewegung in der Früh, wenn man auch die Kinder rechnet – eineinhalb Kinder pro Haushalt etwa laut österreichischer Statistik –, dann sind das gut 600, 700, vielleicht oder wahrscheinlich sogar mehr Personen, die da in der Früh hinaus ins Arbeitsleben wollen. Und was fährt heraus von Kaltenleutgeben? Ein Autobus jede halbe Stunde. Jede halbe Stunde ein Autobus.

Wenn Sie jetzt den Bau beginnen, dann wird der wahrscheinlich in spätestens einem Jahr oder in eineinhalb Jahren fertig sein. Ja, was wollen Sie denn bis dorthin tun? 600 Kinder, das sind ungefähr 15 Autobusse, die Sie da ungefähr hinausführen müssten zur Schulzeit. Ja, glauben Sie, das wird funktionieren? Ja, glauben Sie, das wird kommen? Nein, aber Sie stimmen verantwortungslos dem Bau des Projektes zu, denn uns ist es wurscht, die Leut' sollen sich dann gfreten. Das ist Ihre Position.

Wobei interessant ist, dass die drei Bauträger, die sich da zusammengeschlossen haben, in ihren Vorständen ja durchaus Leute haben, die zwei zu eins, sagen wir einmal, als SPÖ- oder gewerkschaftsnah beziehungsweise als ÖVP- und niederösterreichnah bezeichnet werden können. Das ist auch eine eigene Geschichte. Man fragt sich nämlich, warum plötzlich doch die größere Form der Planung umgesetzt wird.

Die stehen dann dort an, die haben die Probleme, die ich eingangs hier erwähnt habe, und es gibt keine Verkehrslösung – und da setze ich jetzt an –, denn mit den bisher angebotenen Lösungen kann man nichts anfangen. Sie sind zu unrealistisch. Ich glaube nicht, dass wir die 10, 12 oder 15 Autobusse kriegen werden in der Früh. Ich glaube auch nicht – und da habe ich mich erkundigt; ich habe mit Leuten von der Bundesbahn gesprochen, mit Ingenieuren, Technikern und Leuten aus dem kaufmännischen Bereich und auch mit Leuten von den Lokalbahnen –, dass diese Bahnlinie auch nur annähernd – durch die Bundesbahnen ohnehin nicht, aber auch nicht von anderen, wenn sie den Auftrag von Wien kriegen – kostengünstig, von kostentragend keine Rede, aktiviert werden könnte, deren Geschwindigkeit zur Zeit wegen des schlechten Unterbaus auf, glaube ich, 30 Stundenkilometer beschränkt ist. Das ist natürlich ausreichend für die Fahrt von Eisenbahnliebhabern, die ja gerne vorauslaufen wollen, um dann die Lokomotive von vorne zu fotografieren. Es werden auch noch etwa vier bis fünf Mal in der Woche irgendwelche Transporte da geführt, aber mehr ist dort nicht los. Also es wird sich rentabel nicht durchführen lassen, zumal man, damit sie einen Sinn hätte, die Bahnlinie verlängern müsste bis hinein nach Kaltenleutgeben. Das kommt sicher nicht in absehbarer Zeit. – Das ist das Projekt Bahntrasse.

Dann gab es Überlegungen, die Bahntrasse zu asphaltieren und Autobusse dort fahren zu lassen. Die Bahntrasse ist einspurig. Gleise raus, oder was will man

machen? Oder jedenfalls die Bahntrasse völlig umbauen und völlig verändern für die 15 Autobusse in der Früh, zu Mittag und am Abend und so weiter? Noch dazu müsste man ja auch eine Ausweidlösung für die hineinkommenden und hinausfahrenden Autobusse finden. Das ist eine Phantasiesumme. Da gaukelt man den Bürgern etwas vor, was nicht realistisch und nicht machbar ist. Da können und – ich muss sagen – da wollen wir auch nicht mittun bei solchen Sachen.

Dann gab es eine ganz absurde Lösung aus Teilen der SPÖ, der Bezirksvorsteher hat es einmal im Zorn gesagt: Wir machen an den Einfahrten nach Wien Ampeln, und wenn eine bestimmte Anzahl von Autos herinnen ist, dann heißt es: Niederösterreicher, stopp!, und wir machen Wien als Festung zu. Also das war die ulkigste Lösung, die im Lauf dieses Gesprächs aufgetaucht ist bei der ganzen Geschichte.

Kreisverkehr. Ich habe starke Zweifel – oder ich bin mir eigentlich fast sicher, denn wir haben es ausgemessen –, dass dort ein von der Größenordnung her sinnvoller Kreisverkehr möglich ist. Christiana müsste Grund abtreten dort bei der Schule und andere auch, weil der Raum einfach nicht da ist, ohne dort einen Gemeindebau wegzureißen. Dort fahren Lastwagen hinein mit Anhängern, die wären länger als ein Drittel vom Kreisverkehr. Das geht sich nicht aus! Ganz abgesehen davon, welche Probleme solche Lastwagen verursachen. Ich empfehle Ihnen, schauen Sie sich das Bürgerbegehren aus Kalksburg an! Dort haben Sie es im Internet, da haben Sie Filmaufnahmen, wo sich solche Lastwagen im Torbogen von Kalksburg verfangen und dann für Viertelstunden und länger den Verkehr zur Gänze sperren, weil sie irgendwie umdrehen, zurückschieben oder sonst was müssen. Das sind die täglichen Probleme für die Bürger, die dort in diesem Raum leben.

Also, wie gesagt, diese Kreisverkehrslösung ist wahrscheinlich nicht – das muss mir einmal wer vorrechnen – umsetzbar. Die SPÖ schlägt jetzt als Minimallösung vor – das bringt gar nichts –, eine Spur dazunehmen für die Rechtsabbieger dort draußen. Das wären die, die nach Perchtoldsdorf fahren, die wollen aber nicht nach Perchtoldsdorf, die wollen nach Wien hinein. Noch dazu müsste man die Spur dann unmittelbar vor dem Gemeindebau führen.

Autobus. Irgendwer hat da vorhin erwähnt – ich glaube, der Kollege Maresch war es –, dass die Autobusse dann im Weg stehen und hinten der Stau entsteht. Genau das ist der Fall, Herr Kollege Maresch. Wissen Sie, warum? Weil ein paar so Obergescheite beschlossen haben, wir müssen den Autobus, der dort früher in einer Nische gefahren ist, hinausverlegen, damit wir einen Rad- und Gehweg basteln. Wenn der Autobus jetzt steht, ist hinter ihm regelmäßig der Stau.

Das ist Ihre Verkehrspolitik! Ihre Verkehrspolitik der Marke Rot-Grün hat dort auch zugeschlagen, indem man einen tollen Rad- und Gehweg vor die Häuser gelegt hat, der ziemlich breit ist. Die einzigen Radler, die ihn benötigen, sind am Wochenende die wilden Radfahrer aus dem Wienerwald, die Rennradler, die die Leute, die dort wohnen und von der Haustüre unmittelbar auf den Rad-

und Gehweg hinaustreten, jedes Mal in Angst und Schrecken versetzen.

Was haben die Leute getan? Da haben sie große Blumentöpfe hinausgesetzt, damit sie wenigstens aus der Haustüre treten können, ohne niedergeradelt zu werden. Eigentlich hätte ein jeder schon einen Verkehrsspiegel gebraucht. Und was war? Sie haben Abmahnungen von der Bezirksvertretung erhalten, weil sie nicht – es sind ja keine Schanigärten, es waren ja nur Blumentöpfe – um die Genehmigung angesucht haben. So schaut es aus! Und sie mussten schon froh sein, dass sie keine Strafe bekommen. Das sind die Auswirkungen Ihrer Verkehrspolitik.

Jetzt fehlt mir noch etwas. Es geht ja nicht nur um den Verkehr, sondern es geht dort auch um die gesamte Infrastruktur. Sie haben dort auf einmal 600, 700 Kinder und Jugendliche mehr, die in Schulen und Horte wollen. Ja, wo geben Sie die hin? Alle in die Privatschule nach Santa Christiana, Herr Kollege Marek? (*GR Mag Rüdiger Maresch: Maresch!*) Die wird ohnehin ausgebaut, da ist ohnehin ein Mordsgedränge, weil Ihr Schulsystem so miserabel ist und alle in die Privatschule wollen. Ob sie jetzt katholisch sind oder nicht, jeder drängt sich um einen Platz im Santa Christiana oder bei den Ursulinen in Mauer und bei den anderen privaten Schulen auch draußen in Kalksburg.

Aber wie sollen die da nach Kalksburg hinauskommen zur Zeit? Die können ihre Kinder ja nur hinführen, außer sie gehen zu Fuß. Das wäre eine Möglichkeit. Das sind die Lösungen, die Sie anbieten? Aber bauen, bauen, bauen! Die GRÜNEN haben sich wirklich zu 100 Prozent verändert in ihren Einstellungen und im Abdecken von Sachen – auch die Liesinger Grünen –, von denen sie vorher ganz anderer Meinung waren.

Wissen Sie, Herr Kollege Maresch, wenn Sie wenigstens Argumente gehabt hätten, aber Sie haben ja nur hinweggeblödeln über die Probleme der Leute. Wir haben das Ganze aufgenommen, und ich verspreche Ihnen, wir werden das diesen Bürgerbewegungen zur Verfügung stellen als Video. Die sollen sich einmal anschauen, die sollen sich vor Ort wirklich anschauen, auch von Angesicht zu Angesicht, wie die GRÜNEN mit ihren Problemen umgehen.

Das ist die reale Situation. Wir lehnen diese Entwicklung natürlich ab, und ich kann nur jeden auffordern: Kommen Sie am Freitag um 19 Uhr nach Kalksburg! Dort können Sie mit den Bürgern diskutieren, denn die haben dort eine Protestdemonstration. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum zweiten Mal zu Wort gemeldet ist Herr GR Ekkamp. Seine Redezeit ist 18 Minuten und 18 Sekunden.

GR Franz **Ekkamp** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Herr Berichterstatter! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Es war zwar vereinbart, über öffentliche Verkehrsmittel, Autobus, U-Bahn zu reden, aber ich muss jetzt replizieren auf eine Aussage zum Thema Krankenstände bei den Wiener Linien. Ich glaube, wir haben das am ersten

Tag bei der Generaldebatte und im zuständigen Ausschuss sehr ausführlich behandelt. Es stimmt, dass die Krankenstände bei den Wiener Linien höher sind als jene, die man jetzt in der Privatwirtschaft berechnet. Das stimmt. Ich kann mich zwar noch erinnern, in der Privatwirtschaft waren sie auch einmal höher als 13 Tage. Ich war lange in der Privatwirtschaft tätig, jetzt bin ich schon weg, jetzt bin ich nur mehr in der Politik. Ich bin aber nicht in Pension, das sage ich auch, denn ich bin ASVG-versichert und darf sie nicht antreten. Gut, das ist so.

Ich habe am Montag gesagt, dass erstens einmal der Berechnungsmodus bei der Stadt Wien ein anderer ist als im ASVG. Es ist eine Statistik, das wissen wir. Ich habe, glaube ich, auch sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass man insbesondere bei den Wiener Linien beachten muss, dass dort auch eine Haftungsfrage entsteht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich war selbst aktiver Fußballspieler und war des Öfteren verletzt am Montag – darum habe ich dann aufgehört mit einem gewissen Alter –, bin aber trotzdem ins Büro gegangen. Wenn Sie aber jemanden mit so einer Verletzung zum Beispiel im Fußgelenk- oder Oberschenkelbereich in einen Bus oder in eine Straßenbahn setzen und es passiert etwas – das habe ich sehr deutlich zum Ausdruck gebracht –, dann ist das schon etwas anderes. (*GR Mag Wolfgang Jung: Es sind nicht alle Fußballer!*) Na ja, es gibt vielleicht Handballer, die sich im Schulterbereich verletzt haben. Ich sage es nur. Also man sollte das schon beachten, wenn man eine so starke Kritik an der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wiener Linien übt. Ich denke, gerade in diesem Bereich bei den Wiener Linien – bei der Rettung ist es dasselbe, bei der Feuerwehr ist es genauso –, muss man das doch mit einkalkulieren, wenn man etwas so stark kritisiert.

Noch dazu muss man sich – das habe ich auch gesagt, ich sage es noch einmal – die Praxis der Privatwirtschaft im Vergleich zur Stadt Wien und natürlich auch zu den Wiener Linien anschauen. Ich gebe durchaus zu, die Privatwirtschaft in Wien und auch in Österreich ist sehr kleinstrukturiert, und wenn sich die bei Krankenständen, die über zwei Monate dauern, schwer tun mit der wirtschaftlichen Ertragssituation, dann werden die Leute natürlich in die Allgemeinheit, ich will nicht sagen, entlassen, aber gekündigt. Das trägt wieder die Allgemeinheit, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das passiert nicht überall in der Privatwirtschaft. Ich komme auch aus einem großen Konzern, da ist das nicht gemacht worden. Aber ich habe gesagt, wir sind kleinstrukturiert. Ich verstehe das sogar auch, weil das Kosten sind, die ein kleines Unternehmen durchaus belasten können. Aber das muss man mit einkalkulieren, wenn man kritisiert.

Ich habe auch gesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren, was bereits unternommen wird. Ich habe auf die MA 3 verwiesen, auf das sehr ambitionierte Programm, um nachhaltig die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verbessern und auch ein Bewusstsein dafür zu schaffen. Das habe ich gesagt. Wer aber glaubt, wir betrauen 2006 eine Magistratsabteilung mit einer neuen Aufgabe und in zwei Jahren ist das so großartig messbar, ich glaube, der redet an der Realität

vorbei.

Also tolle Programme, 32 Angebote zur Erhaltung seelischer und körperlicher Gesundheit, 50 plus, Ergonomie und Bewegung, damit wir die Kolleginnen und Kollegen länger gesund im Arbeitsprozess halten können, Programme selbst zu Stress und Burn-out.

Sie müssen noch etwas beachten, gerade wenn Sie auf die Wiener Linien fokussieren. Bei den Wiener Linien haben die Leute – nicht die, die im Büro sitzen, das ist eine geringe Anzahl – Schichtbetrieb. Messen Sie einmal – und ich weiß, wovon ich rede, ich komme aus einem Konzern, wo es einen Dreischichtbetrieb gegeben hat – dort die Krankenstandshäufigkeit. Sie werden sehen, dass Sie nicht auf 13 Tage kommen. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Ich bitte Sie nur, meine Damen und Herren, vergleichen Sie Vergleichbares und nicht hier die Allgemeinheit und dort fokussieren Sie es auf einen speziellen Bereich. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das habe ich nicht gemacht!*)

Ich verweise auf noch etwas, das wird auch immer ausgeblendet: unser Gesundheits- und Vorsorgezentrum der KFA in der Hera. Da gibt es ein tolles Angebot, das auch von den Wiener Linien genützt wird, spezielle Programme, 14 Prozent Steigerung. Also ich denke sehr wohl, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer Aufgabenstellung sehr bewusst sind.

Und zur Haftungsfrage: Sie dürfen oft gar nicht, auch wenn sie es wollen, ihren Dienst antreten, wenn es eine Verletzung gibt, denn da haftet die Stadt Wien, sprich, Wiener Linien, letztlich die Stadt Wien, wenn etwas passiert, und ich denke, auch die Fürsorgepflicht nehmen die Wiener Linien genauso wie die Stadt Wien sehr ernst. Ich bitte Sie, das auch in Zukunft zu berücksichtigen bei Ihren Wortmeldungen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Hora. Ich erteile es ihm.

GR Karlheinz **Hora** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ursprünglich war eine wirkliche Verkehrsdebatte geplant, Kollege Ekkamp hat dann auch auf die Kontrollamtsberichte hingewiesen. Ich habe die selbstverständlich auch gelesen, sie sind ja öffentlich einsehbar. Ich will jetzt wirklich nicht darauf eingehen, aber vielleicht einen ein bisschen lustigen Hinweis geben. Dass dort zwei Boote gefunden wurden, das ist kein Geheimnis, das steht im Bericht drinnen, aber wer wirklich glaubt, dass mit der Farbe, die für Autobusse oder Straßenbahnen zum Lackieren verwendet wird, ein Boot zu streichen ist, der kennt sich technisch nicht aus. (*GRin Mag Dr Barbara Kappel: Wer stellt das fest?*) Also, um die Wahrheit zu sagen: Damit war die Wortmeldung für mich schon in eine bestimmte Richtung gehend und erledigt. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Jung, ich attestiere Ihnen, dass Sie sich im 23. Bezirk, in Kaltenleutgeben wirklich auskennen. Sie kommen von dort, Sie waren dort auch politisch tätig. Bei ein paar Dingen – das

sage ich jetzt allgemein, denn es hat mehrere solche Sachen gegeben –, habe ich das Gefühl, dass Sie nicht einmal mit Ihrer eigenen Fraktion reden. Denn hätten Sie mit Ihrer eigenen Fraktion gesprochen, mit der Leiter der ÖBB Erlebnisbahn, dann hätten Sie nicht hier behauptet, dass der Oberbau der ÖBB in die Waldandacht, wie es so schön heißt, desolat ist. Der ist erst vor ein paar Jahren hergerichtet worden. (*GR Mag Wolfgang Jung: Er ist trotzdem sehr schlecht!*) Das heißt, der würde ohne weiters jegliches Light Rail, wie es so schön im Amtsdeutsch heißt, vertragen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Das ist eine Glückssache!*) Herr Kollege Jung, hören Sie mir zu! Ich habe Sie auch nicht unterbrochen.

Genauso möchte ich darauf hinweisen, dass der Betrieb der Güterbeförderung, der vorher sehr stark geherrscht hat, in der Zwischenzeit eingestellt wurde. Was Sie aber nicht wissen können – und das wissen auch viele Kolleginnen und Kollegen im Haus nicht; Kollege Maresch hat heute schon darauf hingewiesen –: Seit zwei Jahren unterhalten wir uns gemeinsam mit den niederösterreichischen Bürgermeistern, egal welcher Couleur, mit Kollegen Schuster – nicht unser Schuster, sondern der Kollege Landtagsabgeordnete Schuster aus Perchtoldsdorf –, genauso mit dem Kollegen aus Kaltenleutgeben, aber auch mit dem Bezirksvorsteher von Liesing über verschiedenste Möglichkeiten, wie wir zum Beispiel die Trasse eines öffentlichen Verkehrs, sei er jetzt schienenengebunden oder nichtschienenengebunden, bewerkstelligen.

Es gibt in der Zwischenzeit – und das ist auch hier im Haus geschehen – einen Auftrag, über das SUM, das Stadt-Umland-Management, mit der VOR gemeinsam Korridorhebungen durchzuführen und ganz genaue Dinge zu tun, um überhaupt einmal die Möglichkeit, die technische Möglichkeit, die Notwendigkeit festzustellen, weitere Erhebungen zu machen, um hier auf ein vernünftiges Modell zu kommen. (*GR Mag Wolfgang Jung: Als Erstes muss man das Verkehrsproblem lösen!*) Ganz offen: Man kann das Verkehrsproblem auch gleichzeitig lösen, denn wir sind arbeitsorientiert und sind nicht so, wie Sie gedacht haben, nur darauf aus, andere Dinge zu tun. Oder sagen wir so: Sie fokussieren auf ein Problem, wir denken weiter, denn das Weiterdenken hängt auch damit zusammen, Kollege Jung, dass wir zum Beispiel in Kaltenleutgeben – nicht in Wien, in Kaltenleutgeben, bitte, nicht Wien – einen Bevölkerungszuwachs von 11,1 Prozent in den letzten 10 Jahren gehabt haben. (*GR Mag Wolfgang Jung: Weil sie dorthin flüchten!*) Das sind nicht Flüchtlinge. (*GR Mag Wolfgang Jung: Flüchten, habe ich gesagt!*) Wissen Sie, wie viele Menschen dort derzeit noch interessiert sind, an Wohnungen zu kommen und dort auch Wohnungen bauen, das will ich Ihnen gar nicht sagen. In Perchtoldsdorf gibt es ein Plus von 4 Prozent, in Breitenfurt gibt es ein Plus von 7,6 Prozent.

Jetzt auch zu Rodaun und zum Herrn Bezirksvorsteher Wurm. Der Herr Bezirksvorsteher Wurm ist in den Ruhestand gegangen, und das hatte er schon lange angekündigt. Ich habe mir das jetzt sogar am Laptop noch einmal angehört, um ganz genau wortident zu sein. Er hat natürlich dort auch Kritik geübt, aber das war zu

einem Zeitpunkt, wo es eigentlich die öffentliche Auflage schon gab. Sie sollten vielleicht Ihre Herren aus der Planung fragen – ich würde Ihnen ja den Kollegen Madejski empfehlen, der kennt sich nämlich wirklich gut aus –, wie eine Widmung funktioniert. Eine Widmung funktioniert nicht so, dass wir Wohnungen widmen, wir widmen bebaubare Fläche.

In der Erstaufgabe des Planes von der ehemaligen Zementfabrik – wobei man sich „Zementfabrik“ ja auf der Zunge zergehen lassen und überlegen muss, ob es nicht gescheiter ist, eine stillgelegte Zementfabrik in Wohngebiet umzuwidmen, als dort einen Industriebetrieb, der entsprechend Lärm und Staub et cetera verursacht und heute nicht mehr notwendig ist, weiterzuführen –, also in den ursprünglichen Plänen war einmal von 900 möglichen Wohneinheiten bei einer durchschnittlichen Größe die Rede – auch nach dem heutigen Plandokument wären 700 Wohnungen machbar, je nach Größe –, jetzt gibt es die Hälfte, das sind die 450 Wohnungen.

Eine Bemerkung noch. Wenn es eine Strafe gibt, weil Blumentöpfe auf der Straße stehen, dann macht das nicht die Bezirksvorstehung, sondern das Magistratische Bezirksamt. Und wie ich Sie kenne, wissen Sie ja, wie das ist, wenn ein Nachbar anzeigt ... *(GR Mag Wolfgang Jung: Ja, besser als Sie!)* Na gut, Sie wissen alles, Sie wissen auch, wie das funktioniert, Sie wissen also, es kommt kein Nachbar.

Was mich aber ganz besonders wundert, ist ja die Tatsache – ich kenne die Problematik, ich habe mir die vor Ort mehrmals angesehen, ich habe auch mit der Bürgerinitiative dort gesprochen, was das Kalksburger Tor betrifft –, dass Sie hier nicht jene Lastwagenlenker angreifen, die wider besseren Wissens dort mit Absicht hineinfahren und glauben, es funktioniert. *(GR Mag Wolfgang Jung: Das habe ich ja gesagt!)* Das hätte ich mir eigentlich von Ihnen erwartet, aber ich habe seit gestern zur Kenntnis genommen – es ist hier schon einmal gesagt worden –, auch militärische Ausbildung ist nicht alles.

Meine Damen und Herren! Es wurde heute auch sehr viel über das Thema weiterer U-Bahn-Ausbau gesprochen. Vorweg vielleicht noch eine Information für die Kollegin Kappel: Die Messungen der Pünktlichkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln sind kein Zufall irgendwann am Nachmittag oder irgendwann, sondern das ist die Messung sämtlicher Fahrten der U-Bahn und nicht Zufall. Und wenn wir eine Pünktlichkeit von 99 Prozent bei den Wiener öffentlichen Verkehrsmitteln haben, dann spricht das auch Bände bei einem U-Bahn-Netz – und jetzt rede ich einmal nur über das U-Bahn-Netz – von fast 75 km – Tendenz steigend, wir bauen ja die U1 aus, wir bauen die U2 aus – und über 100 Stationen.

Aber worauf ich auch noch eingehen will: Wir sind derzeit in der Realisierung der 4. Ausbaustufe, nach der 4. Ausbaustufe kommt die 5. Ausbaustufe. In der Stadtentwicklungskommission, und zwar 48. Stadtentwicklungskommission, Arbeitsausschuss, 32. Stadtentwicklungskommission vom 17.11.2008 – die ÖVP war dort durch den Kollegen Parzer vertreten, der den Hoch vertreten hat, der Herr Gerstl hat damals gefehlt, der Kolle-

ge Mahdalik war dort, der Kollege Madejski war dort; lieber Toni, das wüsstest du, wenn du aufgepasst hättest; das Protokoll kann man ja noch nachlesen, ich habe es da, ich kann es dir auch gerne schicken –, haben wir die 4. Ausbaustufe bekräftigt und haben aber auch schon die ersten Schritte zur 5. Ausbaustufe eingeleitet. *(GR Mag Wolfgang Jung: Und die sechste ist geplant!)* Nein, die sechste haben wir noch nicht geplant, Kollege Jung. Man muss ein paar Dinge auch langsamer machen, weil sich natürlich auch die Zeit weiterentwickelt hat. 2008 bei der Sitzung haben wir geglaubt, dass der Modal-Split in Wien mit einer Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel mit 37,5 Prozent im Jahr 2025 kommen wird. Dass wir das schon 2012 erreichen, haben wir 2008 nicht erwartet. Gerade das zeigt aber, dass die Hausaufgaben der Wiener Linien in den letzten Jahren sehr genau gemacht wurden.

Ich habe hier gestern bei der Budgetdebatte etwas ganz Wichtiges gesagt – anscheinend ist es nicht angekommen, das tut mir leid, ich werde es in Zukunft, solange ich noch Gelegenheit dazu habe, immer wieder wiederholen –: Der Stadtentwicklungsplan 2014 ist die wichtigste Weichenstellung dieser Stadt für das nächste Jahrzehnt, und es wird an diesem Haus liegen, die Zukunft Wiens in diesem Stadtentwicklungsplan, inklusive Masterplan Verkehr, dementsprechend festzulegen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir haben heute auch über Verlängerungen von U-Bahnen, neue U-Bahnen gesprochen, und das wird dort sicher Niederschlag finden, aber gehen wir in die Realität zurück. Wenn heute jemand hier sagt, der letzte Wagen der Type U ist 2002 in Betrieb gegangen – U11, um konkret zu sein; der Kollege Dworak war das; ich muss sagen, Hochachtung, kleine Fehler, aber sonst alles fast richtig –, und wenn man weiß, dass U-Bahn-Fahrzeuge im Schnitt zwischen 35 und 40 Jahre halten, dann bedeutet das, dass dieser U11-Wagen eigentlich auch 2042 noch im Einsatz sein könnte und dann in den Ruhestand geschickt wird. 40 Jahre sind genug, könnte man, ähnlich wie in der Pensionsdebatte, sagen. Das würde auch auf U-Bahn-Garnituren zutreffen.

Das heißt, wir sind derzeit in einem laufenden Prozess, Altfahrzeuge aus der ersten U-Generation auszuwechseln und gegen moderne Fahrzeuge auszutauschen, das heißt aber nicht, dass jene Fahrzeuge, die bereits in Betrieb sind, ganz einfach nicht gewartet werden. Ganz im Gegenteil! Es sind die Türfühlerkanten genauso eingebaut worden wie die Sicherheitsüberwachungen, es sind die Notüberbrückungsvarianten eingebaut worden, die das neue Eisenbahngesetz vorgeschrieben hat. Also es wurde in der Zwischenzeit sehr viel auch in die Altfahrzeuge investiert. Die müssen auch zu Hauptuntersuchungen und bekommen sogar neue Sitze, neue Böden et cetera, damit die Fahrzeuge auch dieses Lebensalter erreichen können.

Zu einem anderen Thema – Toni, du hast es schon ein paar Mal gesagt, der 43er ist überlastet et cetera –: Wir wissen, der 43er hat ein sehr starkes Einzugsgebiet, wo derzeit sehr viele Menschen unterwegs sind. Es gibt Konzepte, wie man etwas ändern kann, aber eine Bitte

hätte ich schon: Stell dich heraus und sage hier, wenn der 43er in die Station Gürtel einfährt, sperren wir den Gürtel. Das hätte ich gerne von dir gehört, denn damit würden wir auch den Autoverkehr am Gürtel stoppen. Wenn das der Wunsch der FPÖ ist, ich glaube nicht, dass der Kollege Maresch und meine Wenigkeit ein Problem hätten, einen entsprechenden Antrag mit dir zu unterschreiben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das nächste Thema: Hauptbahnhof, Standort. Es ist da wieder über den Hauptbahnhof gesprochen worden, der so weit weg ist von der U1. Eine Railjet-Garnitur hat 410 m in der Doppeltraktion. Wir werden in den nächsten paar Tagen dort hingehen. Ich werde den Kollegen Hoch dazu einladen, der hat ja schon einmal mit Koffern demonstriert, wie weit der Weg vom Südtiroler Platz – natürlich hat er die Nordseite genommen – bis zum Hauptbahnhof ist. Wir werden uns beide Koffer nehmen – ich nehme mir einen Rollkoffer, er kann tragen, er ist größer –, und wir werden beide den Weg von der U1-Station bis in den Hauptbahnhof machen, um draufzukommen, 350 m sind kürzer als eine Railjet-Garnitur. Der Fredi wird es verkraften, und ich werde ihm beweisen, dass ich auch 2007, als ich das das erste Mal gesagt habe, genauso recht hatte.

Meine Damen und Herren! Der öffentliche Verkehr in Wien wird immer auch mit vielen Dingen gespickt, die nicht ganz stimmen. Wenn ich mir so Geschichten anhöre, wie zum Beispiel jene von den 7 Prozent mehr in den Pendlerzügen, dann sage ich Ihnen, ich bin froh darüber, ich bin glücklich darüber. Warum habe ich von hier noch nie – außer von meiner Wenigkeit – gehört, dass 2008 bis 2011 die Anzahl der Pendler in den ÖBB-Zügen um über 2,2 Prozent zurückgegangen ist? Da wundert es mich nicht, dass jetzt doch wieder ein paar umgestiegen sind und wieder Richtung ÖBB unterwegs sind.

Oder wenn hier heute – um noch einmal auf den 43er zu kommen, das scheint die Lieblingslinie zu sein – über herausgerissene Sitze im 43er gesprochen wurde, so nehme ich an – Mahdalik, habe ich hier stehen –, Toni, du weißt, wie viel Sitze eine ULF-Garnitur hat, aus der 12 Sitze herausgenommen worden sind. Wie viele hat sie? *(GR Anton Mahdalik: Sag es mir!)* Gerne, Toni! 66 Sitze hat sie. 12 wurden bei einer einzigen Garnitur herausgenommen, um zu schauen, ob sich der Fluss beim Aus- und Einsteigen verbessert. Das heißt, es sind nach wie vor 54 Sitze in dieser einen Garnitur drinnen. Da geht es auch darum, zu schauen, was ist in der Praxis möglich und was ist in der Praxis nicht möglich.

In diesem Sinne möchte ich aber die Gelegenheit nutzen, den Mitarbeitern der Wiener Linien recht herzlich zu danken für das Engagement, das sie tagtäglich im Einsatz für die Wienerinnen und Wienerinnen erbringen, auch wenn manche Behinderungen nicht technischer Natur sind, sondern auf Grund persönlicher Geschichten von anderen Wienern und Wienerinnen stattfinden. Ein Danke an die Mitarbeiter der Wiener Linien. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Wir können uns ja auch – das ist mein Schlusswort – die Zahlen der Fahrgäste anschauen. Im U-Bahn-Bereich waren es 2001 413 Millionen, 2011 567 Millio-

nen. Mehr braucht man dazu nicht zu sagen.

In diesem Sinne wissen wir, dass die Stadt Wien, dass unser Wien mit den Wiener Linien gut versorgt ist. – Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter GR Friedrich **Strobl**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz auch auf den Akt eingehen, weil Frau Dr Kappel zum Akt gesprochen und sich dazu geäußert hat, wie positiv die U-Bahn-Hilfe ist. Das unterstreiche ich. Nur eines kann ich keinesfalls unterstützen. Sie hat nämlich gesagt, sie hofft, dass viele Unternehmerinnen und Unternehmer die U-Bahn-Hilfe in Anspruch nehmen. Das wünsche ich als Interessenvertreter natürlich nicht, denn ich hoffe, dass sie diese Hilfe und diese Unterstützung nicht brauchen werden.

Das Zweite, was ich erwähnen möchte zur Frau Dr Kappel, ist schon etwas kritischer. Sie hat nämlich auch über die Verluste bei den Wiener Stadtwerken gesprochen. Sie hat über die 930 Millionen gesprochen und immer wieder auf den Vorstand bei den Wiener Stadtwerken hingewiesen und sozusagen auch unterstellt, dass die von Misswirtschaft gesprochen haben. Das ist wirklich eine glatte Unterstellung und auf das Schärfste zurückzuweisen.

Es wurde bei dieser Sitzung des Stadtwerkeausschusses vom Vorstand der Wiener Stadtwerke wirklich Auskunft erteilt über die Situation. Es wurden alle Fragen korrekt beantwortet. Die Frau Dr Kappel hat sich sogar bedankt für diese sachlichen Ausführungen und dafür, dass sie jetzt weiß, wodurch diese 930 Millionen Verlust entstanden sind. Das war nicht Misswirtschaft, sondern 750 Millionen davon sind entstanden, weil es neue Regeln gibt bei der Bewertung bei den Pensionen. Der tatsächliche operative Verlust liegt in etwa bei 30 Millionen. Das ist auch ein Verlust, er hat uns aber auch erklärt, warum der zustande gekommen ist, und das hat überhaupt nichts mit Misswirtschaft zu tun. Es ist, finde ich, wirklich nicht korrekt, dass man das hier unterstellt. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Weiters hat Frau Dr Kappel wiederum davon gesprochen – wie auch schon vorgestern in der Spezialdebatte Finanzen – Wien vernichtet Arbeitsplätze. Sie hat über die Arbeitslosigkeit gesprochen. Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, vor allem der FPÖ, Sie können sich das ja anschauen. Schauen Sie sich doch an, wie viele Beschäftigte es derzeit in dieser Stadt gibt. Ich möchte jetzt nicht meine ganzen Ausführungen von der Generaldebatte noch einmal wiederholen, aber es genügt ja ein Blick auf die Anzahl der Beschäftigten, dann sieht man, dass Wien Arbeitsplätze schafft und nicht Arbeitsplätze vernichtet.

Im Übrigen ist es auch nicht so, dass die Unternehmen Wien verlassen, sondern dass wir jedes Jahr Rekordbetriebsansiedlungen in dieser Stadt haben. *(Zwischenruf von GRin Mag Dr Barbara Kappel.)* Vor allem bei den internationalen Betrieben gibt es Jahr für Jahr

eine Rekordansiedlungsquote. Und wenn Sie sagen, das stimmt nicht, dann lesen Sie bitte die Zahlen nach und vergleichen Sie ganz einfach 2001, 2002, 2003, 2004. 126 internationale Betriebe haben sich 2011 neu angesiedelt in Wien. Das ist eine Rekordquote. *(GR Mag Wolfgang Jung: Und die Absiedlungen und die Pleiten?)* Das ist Fakt, das können Sie nicht abstreiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Der letzte Punkt betrifft den Herrn Kollegen Jung. Herr Kollege Jung, auch jetzt bei meinen Ausführungen war es drei Mal, Sie haben in Ihren Ausführungen vom Rednerpult immer wieder von oberg'scheit, von den Oberg'scheiten gesprochen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Nur ein Mal!)* Nicht ein Mal! Auf den Herrn Maresch haben Sie verwiesen, auf andere Oberg'scheite haben Sie verwiesen und so weiter.

Ich habe mir die Mühe gemacht und mir im Wörterbuch angeschaut, wie denn der Begriff oberg'scheit sozusagen übersetzt wird. Wissen Sie, wie der Begriff oberg'scheit übersetzt wird? Jemand, der überall dreinredet. Also, wenn jemand oberg'scheit ist, dann sind Sie das. *(Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR Mag Wolfgang Jung: Sagen Sie mir, wo ich dreingeredet habe!)*

Herr Kollege Jung! Sie haben beim ersten Teil, bei der ersten Hälfte der Rede des Herrn Kollegen Hora gezählte 18 Mal dazwischengerufen. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber ich habe noch nicht den Rekord von 46 Zwischenrufen!)* Sie sind der Parade-Oberg'scheite in diesem Haus, und Sie könnten sich das wirklich ersparen. *(Zwischenrufe bei der FPÖ, insbesondere von GR Mag Wolfgang Jung.)* Sie, Herr Kollege Jung, sind nämlich jemand, der, wenn er hier draußen am Rednerpult steht, immer davon spricht, es gehört Ordnung, es gehört Disziplin, man soll doch die anderen aussprechen lassen. Kaum sitzen Sie hier in dieser Bank, machen Sie ununterbrochen Zwischenrufe. *(GR Mag Wolfgang Jung: Und Sie reden jetzt als Berichterstatter! Sie haben dazu gar nichts zu sagen!)* Ich gehe auf Ihre Wortmeldung ein als Berichterstatter. *(GR Mag Wolfgang Jung: Sie haben zur Sache zu reden! Und der Vorsitzende hört einfach zu!)*

Und letzter Satz – denn das ist ja eh sinnlos, das führt ja zu nichts – zur Wirtschaftsförderung, denn auch das wurde von der Frau Kollegin Kappel angesprochen. Ich sage Ihnen was: Die beste Wirtschaftsförderung in dieser Stadt ist, dass Sie in dieser Stadt nichts mitzureden haben. – Danke schön. *(Langanhaltender Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Bevor wir zur Abstimmung kommen, gibt es eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung. Herr GR Jung, ich darf Sie bitten. *(Ruf bei der SPÖ: Oberg'scheit! – GR Prof Harry Kopietz: Ordnung und Disziplin!)*

GR Mag Wolfgang **Jung** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Danke schön, Herr Vorsitzender!

Ja, wir haben ein relativ geringes Vertrauen zu manchen der Vorsitzenden. *(GR Karlheinz Hora: Was ist die Berichtigung?)* Ich spreche zur Geschäftsordnung. Ich habe gerade bei dem Vorsitzenden, der jetzt oben sitzt, am 29.10. beantragt, dass der Kollege Margulies einen

Ordnungsruf bekommt, als er uns damals als Nachfolgepartei der Blockwarteypartei hingestellt hat.

Ich habe kein Recht darauf, dass der Vorsitzende einen Ordnungsruf erteilt, aber ... *(GR Karlheinz Hora: Was ist die Berichtigung?)* Na, wer redet dauernd drein? Gerade blast ihr euch auf und jetzt auf einmal seid ihr empfindlich. *(Heiterkeit und Beifall bei der FPÖ.)* Ihr regt euch ja nur auf, weil wir nicht nur jubeln, wie die GRÜNEN jetzt in letzter Zeit, sondern aufzeigen, was falsch ist.

Aber zurück zu dem Punkt. Ich habe das beantragt ... *(GR Prof Harry Kopietz: Jawohl, Herr Oberg'scheit!)* Ja, Herr Oberg'scheit, Sie auch. *(Lebhafte Heiterkeit bei der FPÖ.)* Ich habe am 29.10. von meinem Recht als Mandatar in diesem Haus Gebrauch gemacht, eine Entscheidung des Vorsitzenden zu fordern. Der Herr Vorsitzende hat mir gesagt, das muss er sich erst anschauen. Ich bin in der Sitzung am Montag – diesen Montag, also beträchtliche Zeit nach dem 29.10. – hinausgegangen und habe den Herrn Vorsitzenden – ich habe es nicht öffentlich gemacht so wie jetzt, sondern ich wollte es diskreter machen – ersucht zu entscheiden. *(Zwischenruf von GR Ernst Nevrivy.)* Ja, ja, ich weiß, wenn man mit dem Messer rausrennt, ist das erlaubt, Herr Kollege, aber wenn man auf Geschäftsordnungswidrigkeiten hinweist, nicht. Da sehen es dann die Vorsitzenden auch nicht immer. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich habe am Montag den Vorsitzenden ersucht, eine Entscheidung herbeizuführen. Das war in der Früh. *(GR Christoph Peschek: Ersuchen können Sie ihn ja!)* Ja, Sie gehören zu den Gleichen, Sie sitzen richtig dort. Ich habe am Montag in der Früh den Vorsitzenden gebeten, eine Entscheidung herbeizuführen. Er hat gesagt, ich habe die Unterlagen nicht mit, aber er macht es am Nachmittag. Er hat es am Montagnachmittag nicht gemacht, er hat es heute nicht gemacht, und da wundern Sie sich, Herr Kollege Schuster, wenn ich zu so einem Vorsitzenden kein Vertrauen habe.

Ich erwarte mir zumindest eine Entscheidung. – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Wir kommen nun zur Abstimmung. *(Heiterkeit.)* Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Das ist einstimmig so angenommen.

Wir kommen nun zur Abarbeitung der vier vorliegenden Anträge.

Der erste ist von der ÖVP. Er betrifft die Schaffung einer sinnvollen Verkehrsführung im Bereich des Wohnbauprojektes Waldmühle. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die ÖVP und damit die Minderheit.

Der nächste Antrag ist auch von der ÖVP und betrifft die Ergänzung des Wiener U-Bahn-Netzes. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ und damit die Minderheit gegen die Regierungsmehrheit.

Der dritte Antrag ist von der FPÖ und betrifft die Finanzierung und den Ausbau der U5. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit

der Hand. – Das sind die ÖVP und die FPÖ und damit die Minderheit.

Der vierte Antrag ist von der FPÖ. Hier wird beantragt, das Projekt Waldmühle so lange zu stoppen, bis ein akzeptables Verkehrs- und Infrastrukturprojekt vorliegt. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist die FPÖ und damit die Minderheit.

Da es zu den Tagesordnungspunkten 4, 5 und 6 keine Wortmeldung gibt, schlage ich vor, dass wir gleich die Abstimmung machen.

Wer dem Tagesordnungspunkt 4 die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Punkt 4 wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien und der ÖVP beschlossen.

Tagesordnungspunkt 5: Wer diesem Punkt die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Punkt 5 ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6: Wer hier die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die Regierungsmehrheit und die ÖVP und daher mehrstimmig so beschlossen.

Für Tagesordnungspunkt 9 liegt keine Wortmeldung mehr vor, es wird aber eine getrennte Abstimmung verlangt. Ich werde daher zunächst die einzelnen Punkte, für die getrennte Abstimmung gefordert ist, aufrufen und dann die restliche Liste für die Subventionen.

Der erste Punkt, den ich zur Abstimmung bringe, betrifft das Dr Karl Lueger-Institut – Verein Wiener Volksheime. Wer für die Subvention ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN und damit mehrheitlich so beschlossen.

Wer für die Subvention an das Lois Weinberger-Institut für christlich-soziale Politik in Wien ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN und damit die Mehrheit.

Wer für die Subvention an den Verein Wiener Wohnberatung ist, den bitte ich um Zeichen mit der Hand. – Das sind die ÖVP, die SPÖ und die GRÜNEN und damit die Mehrheit.

Wer für die restlichen Subventionen der Postnummer 9 ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Die restlichen Subventionen sind einstimmig so beschlossen.

Ich schlage vor, die Berichterstattung und die Verhandlungen über die Geschäftsstücke 14, 15 und 16 der Tagesordnung – sie betreffen eine Subvention an den Verein Stadtforum sowie Förderungen an verschiedene Theatervereine – zusammenzuziehen, die Abstimmung jedoch getrennt durchzuführen. Wird dagegen ein Einwand erhoben? – Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn GR Woller, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter GR Ernst **Woller**: Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzender GR Mag Thomas **Reindl**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Mag Dworak. Ich erteile es ihm.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Stadtrat! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich möchte mich mit der Postnummer 15 beschäftigen. Es geht hier um Standortförderung, Jahressubventionen, Projektzuschüsse und Beratungskosten für diverse Theatergruppen und Theaterinstitutionen für einen Rahmenbetrag der 1. Rate über 2,5 Millionen. Dies betrifft die Subvention für das nächste Jahr.

Ich möchte erstens einmal vermerken, dass eine Liste jener Projekte fehlt, die heuer bisher durchgeführt worden sind. Unserer Meinung nach gehört das als Selbstverständlichkeit dazu, wenn man ein solches Ansuchen stellt, auch wenn der Herr Senatsrat Denscher meint, dass er diese erst bei der letzten Rate dazugeben wird. Uns ist das zu wenig, die Liste fehlt. – Das ist das Erste.

Zweitens ist in dem ganzen Antrag keine Beitragshöhe ausgewiesen. Wir glauben auch nicht, dass es sinnvoll ist, eine solch hohe Summe ohne eine Beschränkung freizugeben.

Und drittens: Wir wollen nicht, dass der Herr Stadtrat – das habe ich an dieser Stelle schon einmal gesagt – nach Gutsherrenart mit der Gießkanne hier das Geld verteilt.

Ich möchte nur ein kleines Beispiel bringen. Ein kleines Theater, das bei der Theaterreform durchgefallen ist, hat ursprünglich 150 000 EUR erhalten. Diese Leute haben jetzt ein Festival gemacht. Sie bekommen derzeit 10 000 beziehungsweise 3 000 EUR aus dem Budget der MA 7. Und da frage ich mich schon, wie das gehen soll. Sie bräuchten deutlich mehr, um überhaupt überleben zu können. Ich verstehe schon, dass das gemäß der Theaterreform, die die ÖVP dem Sinne und dem Geiste nach immer mitgetragen hat, so ist, aber dass ein solches Theater, das ums Überleben kämpft, wirklich bitten und betteln muss bei allen Stellen der Stadt Wien, das ist wirklich eine Schande. Und manchmal denke ich mir, das hätte die Theaterreform nicht hervorbringen sollen. – Danke schön. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren!

Ich weiß ja nicht, warum man das jetzt so zusammengefasst hat. Das sind ja doch unterschiedliche Dinge, zumindest diese Standortsubvention. Ich möchte zuerst über die beiden Subventionsempfängervereine sprechen und darüber, warum wir da dagegen sind.

Der erste ist der Verein Stadtimpuls. Der kriegt, glaube ich, 466 000 EUR. Ich habe letztes Jahr schon darüber geredet. Da gab es nämlich die Living Books, und wenn man auf deren Homepage schaut, sieht man: „Wir danken für die Subvention von der Stadt Wien und vom Verein Stadtimpuls.“ Da habe ich damals die Frage gestellt: „Wie kann einer, der eine Subvention bekommt, Subventionen vergeben?“, und der Herr Stadtrat hat mir damals gesagt, das ist ja gang und gäbe. Okay, ich will das jetzt nicht kommentieren, aber für uns als Opposition ist das Ganze wirklich mehr als intransparent. Ich habe mich auch belehren lassen, dass ich ins Vereinsregister schauen soll. Also gut.

Wir schauen auf die Homepage von Stadtimpuls und finden da vier Projekte, die aber offenbar gar nicht die Projekte sind, die dann im Akt drinnenstehen. Die Homepage ist mäßig aktuell – sagen wir es einmal so –, was ein bisschen peinlich ist. Da gibt es das Projekt „Ich lebe im Gemeindebau“. Dann macht man das auf, dann kommt das Team, und beim Team steht als Erster der Ernst Hinterberger, der am 14. Mai gestorben ist. Da würde ich mir bei 466 000 EUR schon erwarten, dass man das zumindest soweit updatet, dass man einen Nachruf hineinstellt, statt ihn noch immer im Team als Ersten zu nennen. Es dann auch noch irgendetwas von Alimende-Projekten hier genannt.

Was noch ein Grund ist, warum wir diese Dinge ablehnen, ist der immer eindeutige politische Bezug. Der wird ja gar nicht verleugnet. Der Mag Ditmar Wenty – den kenne ich noch aus meiner Zeit als Bezirksrat in Margareten –, der unterschreibt für den Verein. Das sehen wir im Akt. Auf der Homepage selber, wenn man unter Impressum schaut, ist auch die perfekte Intransparenz, da kommt die Adresse Teinfaltstraße 9. Wenn man auf Kontakt schaut, kommt die Adresse Teinfaltstraße 9. Keine Person, kein nix. Da kann man nur hinschreiben. Also das geht schon in Richtung Verschleierung. Sie müssen ja schon davon ausgehen, dass sich ein normaler Bürger informieren will. Der schaut ins Internet. Wo soll er sonst nachschauen?

Ich habe es über den Mag Wenty gefunden. Der hat ja auch eine Vinothek mit jemandem gemeinsam beim Schloss Hetzendorf, wo es berühmte Weine gibt und berühmte Sozialdemokraten dort verkehren. Also er ist schon eine integrierte Person. *(GR Heinz Hufnagl: Was soll das?)* Das habe ich nicht negativ gesagt. *(GR Heinz Hufnagl: Na, geh bitte!)* Wieso habe ich das negativ gesagt? Geh, bitte! Die haben ja nicht nur Rotweine dort, sondern auch Weißweine und vor allen Dingen südafrikanische Weine, wegen seiner Liebe zu den südafrikanischen Weinen. Das sei ihm alles unbenommen.

Jetzt kann es ja schon sein, dass die intern eine Struktur haben, die völlig nachvollziehbar ist, nur leider als Opposition kenne ich die Struktur nicht, und ich kann ja nur auf Grund dessen, was mir vorliegt, Entscheidungen treffen, und daher können wir diesem Verein nicht zustimmen.

Da gibt es dann auch noch eine weitere Subvention an „Roter Teppich für junge Kunst“. Da gab es einmal jemanden, der eine recht gute Fälschung gemacht hat – im Museumsquartier lag das auf –, „Blauer Teppich für junge Kunst“. Da musste ich dann einen Pressedienst machen, bevor sich die Leute bei uns auch anmelden. Mein Pressedienst war mehr oder weniger in der Intention, dass man natürlich junge Kunst fördern muss, dass man das aber nicht parteipolitisch machen soll und dass wir das grundsätzlich ablehnen, weil wir die Künstler nicht vereinnahmen wollen. Thomas Bernhard hat einmal gesagt, das Schlimmste, was man einem jungen Künstler antun kann, ist, ihn zu subventionieren. An das kann ich mich auch halten. Also soweit zum Verein Stadtimpuls.

Der Verein Stadtforum – das ist so ein bisschen das

ÖVP-Konterbild – hat ja früher auch mehr Subvention gekriegt. Die wurde jetzt gekürzt. Wir werden sehen, wozu das Geld verwendet wird. Jetzt sind es, glaube ich, statt 266 000 nur mehr 109 000 EUR. Ich habe immer wieder moniert und auch hier öffentlich moniert, dass hier noch immer diese Parteinähe spürbar ist. Wenn man unter Impressum schaut, hat man, wie ich gehört habe, bis vor ganz kurzer Zeit, jedenfalls gestern noch, den Norbert Walter gefunden. Gut, seine Handschrift trägt ja auch das auf der Homepage abgebildete Buch „G'mischer Satz“. Da könnte man dann vielleicht mit dem Ditmar Wenty eine Kooperation zwischen Stadtimpuls und Stadtforum machen, weil der auch mit einer Vinothek verbandelt ist.

Was ich hier aber auch bekritteln muss und wo wir natürlich auch dagegen stimmen, sind die vier Projekte: Urbane Stadt – Zukunft 2040, Real Time Acting – lokale Mitbestimmung, Zukunftsmodell bezirksübergreifende Kooperation, Stadtkultur vernetzt und angewandt. Das ist alles ein bisschen esoterisch, das muss ich schon sagen. Da steht weder drinnen, wer was macht, noch wann was gemacht wird. Gibt es vielleicht auch eine Veranstaltung? Kann man da irgendwo hingehen? Nix! Dann gibt es eine lange Liste, welche Bereiche des Stadtlebens welche Projekte betreffen, aber die Projekte scheinen gewolltermaßen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu sein.

Und dann würde ich, wenn man schon etwas ändert, auch anregen, dass man die Homepage genauer gestaltet. Das Programm auf der Homepage ist das von 2010. Das steht oben, unter „News“ übrigens. Also unter „News“ steht das Programm von 2010, und bei Medien ist die jüngste Meldung von 2003, die anderen sind alle älter. Die habe ich mir heute angeschaut. – Also bitte, bei aller Liebe kann man da einfach so nicht zustimmen.

Der dritte Punkt sind die Standortförderungen, Jahressubventionen, Projektzuschüsse, Beratungskosten für diverse Theatergruppen, die sogenannten Off-Theater. Da habe ich mir angeschaut, woher der Begriff überhaupt kommt. Da gibt es – das wissen wahrscheinlich eh alle – die Broadway-Theater und die Off-Broadway-Theater. Die Off-Broadway-Theater sind nicht die, die auf diesem Great Wide Way liegen, sondern die, die in einer Nebengasse liegen. Dann gibt es noch die Off-Off. In Wien gibt es sie jetzt auch schon, denn Off-Theater sind die freien Gruppen, die mittlerweile aber auch schon eine Subvention bekommen, 2,5 Millionen EUR im konkreten Fall, und dann gibt es die Off-Off-Gruppen, die gar nichts bekommen.

Wir sind seinerzeit ... *(GR Mag Christoph Chorherr: Und die unterstützt ihr jetzt?)* Wen, Christoph? Ausreden lassen, Herr Klubobmann, ausreden lassen! Wir haben bislang bei Off-Gruppen nie zugestimmt, werden aber jetzt zustimmen, weil wir doch grundsätzlich der Meinung sind, dass in diesen Theatern eine gute Theaterarbeit gemacht wird. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)* Na, bitte, da muss ich gleich wieder alles zurücknehmen. Der Applaus von der falschen Seite! Und da *(in Richtung FPÖ)* ist keiner da, der applaudieren könnte. *(Zwischenruf bei den GRÜNEN.)* Ich hoffe, ich bereue das nicht.

Nächstes Jahr ist nächstes Jahr, da schaut die Welt wieder anders aus.

Jedenfalls Scala, Theater am Karlsplatz, Gumpendorf sind schon Dinge, wo wir nicht grundsätzlich Nein sagen wollen, auch wenn wir dem Bernhard Dworak schon zustimmen, dass es hier auch wieder so ist, dass man nicht weiß, wer was kriegt, warum wer was nicht kriegt und so. Also dieses Bauchgefühl bleibt natürlich, aber wir versuchen es heuer einmal und stimmen dieser Subvention – ich glaube, das ist der Punkt 15 – zu und den beiden intransparenten Vereinen nicht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Frau GRin Bluma. Ich erteile es ihr.

GRin Susanne **Bluma** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde meine Rede vielleicht in Anlehnung an den Kollegen Ebinger aufbauen und auch einmal mit dem Verein Stadtforum und mit dem Verein Stadtimpuls beginnen. Ganz prinzipiell kann ich diese Ansicht vom politischen Naheverhältnis mit meinem Vorredner nicht teilen. Ich habe mir die Hompages der beiden Vereine natürlich auch angeschaut. Ich habe Norbert Walter nicht gefunden – habe aber vielleicht nicht so tief geklickt, kann sein –, ich habe Jörg Mauthe gefunden beim Stadtforum als geistigen Vater dieses Vereins, und ich muss sagen, dagegen habe ich überhaupt nichts. Er war ein großartiger, sehr angesehener, über alle Parteigrenzen hinweg angesehener Politiker, auch Kulturpolitiker, der damals den Grundstein für das Stadtforum gelegt hat.

Nun, der Verein Stadtforum genauso wie der Verein Stadtimpuls machen meiner Meinung nach etwas, was ganz, ganz wichtig ist in dieser Stadt, nämlich sich in dieser Stadt der Hochkultur auch mit der Alltagskultur zu beschäftigen. Und auch eine prinzipielle Anmerkung von mir: Ich habe nichts dagegen, wenn politisch tätige Menschen, ob in der Gegenwart oder in der Vergangenheit, sich auch kulturell-politisch in dieser Stadt betätigen. Kollege Ebinger, ich schätze Sie als Kulturpolitiker wirklich, und ich weiß nicht, ob Sie nirgendwo in einem Verein tätig sind, ob Sie nirgendwo in einem Kulturverein tätig sind. Wenn Sie das sind, würde mich das keineswegs stören, absolut nicht, denn ich denke, als Politikerin – ich bin Floridsdorferin, ein Bezirk, in dem die Hochkultur nicht zu Hause ist – dorthin Alltagskultur zu bringen, als Politikerin dort Lesungen zu veranstalten, Ausstellungen in diesen Bezirk zu bringen, das finde ich etwas Gutes, Unterstützenwertes und etwas, wozu ich stehe. *(Beifall bei der SPÖ und von GR Mag Klaus Werner-Lobo.)*

Zuerst vielleicht zum Verein Stadtforum. Der erarbeitet kreative Modelle für eine bürgernahe Stadtgestaltung. Da geht es um Themen, wie zum Beispiel, wie kann unsere Stadt in 30 Jahren ausschauen, das ist ein Projekt, oder wie können Ideen, kulturelle, stadtplanerische Ideen auch bezirksübergreifend umgesetzt werden. Das alles soll ja nicht an den Bezirksgrenzen enden, wir wollen ja faktisch auch nicht, dass es an den Stadt- oder Staatsgrenzen endet, und ein Verein, der sich dem ver-

schreibt, Kultur bezirksübergreifend zu veranstalten, Ideen hinüberzubringen, ist durchaus etwas sehr, sehr Positives. Die Bürgerinnen und Bürger werden mit einbezogen. Das ist auch wieder ein politisches Anliegen, das wir haben. Wir wollen die Menschen in dieser Stadt mit einbeziehen, und wir wollen sie auch in der Kunst und Kultur mit einbeziehen. Bei den Projekten „Planen mit Kindern“ oder „Das kleine Glück“ geht es um Grünräume in unserer Stadt. Das alles sind Themenfelder, mit denen sich das Stadtforum beschäftigt.

Der Verein Stadtimpuls will Hochkultur mit Alltagskultur verbinden. Der Verein Stadtimpuls ist eine ganz, ganz große Unterstützung für Kulturschaffende und junge Künstlerinnen und Künstler in dieser Stadt, die mit all diesen Fördermechanismen noch nicht so vertraut sind, die vielleicht kleine Projekte umsetzen wollen, die sehr zeitnah, sehr rasch Projekte umsetzen wollen. Da ist Stadtimpuls zur Stelle, einerseits beratend und andererseits auch mit Förderungen.

Es gibt ein Magazin für Wiener Alltagskultur, das der Verein Stadtimpuls herausbringt oder „making it“, das ist ein Projekt, das sich mit Stadterneuerung, Kultur und Stadtforschung auseinandersetzt.

Zu den Standortförderungen, Jahressubventionen, Projektzuschüssen und Beratungskosten wurde einiges bereits gesagt. Ich halte an diesem System fest, ich finde es gut. Wir beschließen hier einen Rahmenbetrag, und die, die sich in ihrer tagtäglichen Arbeit damit auseinandersetzen, die vergeben diese Förderungen. Diese Förderungen sind für Kunst- und Kulturschaffende in dieser Stadt auch notwendig, um planen zu können, um längerfristig planen zu können und um aus Wien das zu machen, was es ist, eine wunderbare Kulturstadt. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich darf bekannt geben, dass Herr GR Dr Frigo bis 15 Uhr und Herr GR Lasar bis 15.30 Uhr entschuldigt sind. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Werner-Lobo. Ich erteile es ihm.

GR Mag Klaus **Werner-Lobo** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Frau Vorsitzende!

Ich möchte jetzt doch noch kurz auf die Wortmeldung des Kollegen Ebinger eingehen, der ich in weiten Teilen – ich weiß, es ist dann immer schwierig für dich, wenn ich so etwas sage – sogar zustimme. Das Lustige ist nur, was die ganzen Anforderungen an Transparenz betrifft, wenn du kritisierst, dass es Vereine gibt, wo aus den Homepages und den Abrechnungen, aus dem, was an Subventionsanträgen an den Kulturausschuss geht und so weiter, nicht klar ersichtlich ist, wohin das ganz genau geht. Ich teile das vollinhaltlich. Das Lustige ist nur, es gibt Parteien – und das sind in dem Fall gerade die ÖVP und die FPÖ –, da bestimmt der Standort auch den Standpunkt. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)* Also wenn sie gerade in Opposition sind, dann fordern sie Transparenz ein, und überall dort, wo sie an den Futtertrögen sind – und das sehen wir an den, wie sich mittlerweile herausgestellt hat, furchtbaren Zeiten der schwarzbauen Bundesregierung *(GR Dkfm Dr Fritz Aichinger: An der furchtbaren Zeit von Rot-Grün!)* –, wenn also die

FPÖ und ÖVP – die ist es sowieso meistens; in Wien zum Glück gerade nicht – an den Futtertrögen sind, dann futtern sie, dann kassieren sie dort ab und dann haben sie nicht das geringste Interesse an Transparenz, sondern ganz im Gegenteil, wie sich herausstellt. Dann geht es auch bis hin zur Korruption und bis hin zu den zahlreichen Verbrechen, die da ja vor allem aus den Reihen der FPÖ bekannt geworden sind und noch weiterhin bekannt werden, wo es auch weiterhin sicherlich weitere Anklagen, Anzeigen geben wird. Also immer dort, wo sie an den Futtertrögen sind, da ist Schluss mit der Transparenz, da ist Schluss mit dem, dass man es genau wissen will. Im Gegenteil, da geht es ums Vertuschen.

Die GRÜNEN hingegen haben, egal, ob in der Opposition oder in der Regierung, genau den gleichen Standpunkt. Wir fordern, wo immer wir es können – und, ja, wir sind der kleinere Regierungspartner – Transparenz ein, und wo immer wir den Einfluss haben, leben wir sie auch vor.

Nehmen wir diesen sehr schönen Bereich der Kulturpolitik. Manche bezeichnen uns dafür als naiv. Dort, wo bisher Proporz gepflogen wurde, sind die GRÜNEN, sagen wir, naiv genug, aber wir bleiben unseren Überzeugungen treu. Wenn es uns gelingt, aus diesen proporzartig verteilten Geldern Dinge herauszulösen – und beim letzten Mal ist uns das beim Projekt „Wienwoche“ gelungen –, spülen wir es eben nicht in die eigenen Parteikassen, machen wir damit nicht eigene Parteiveranstaltungen, verwenden wir Kultursubventionen, Steuergelder nicht für versteckte Parteifinanzierung, sondern lösen wir in öffentlichen transparenten Verfahren Probleme, kulturelle Fragen, stellen das einer Öffentlichkeit zur Verfügung und sorgen dafür, dass es transparente Verfahren, Ausschreibungen, Bewerbungsprozesse gibt, wo das durchgeführt wird.

Wir haben jetzt gesagt, weil die „Wienwoche“ mit ihrer Transparenzvereinbarung, die Sie auch alle haben, die auch öffentlich ist, so ein positives Beispiel, so ein Vorzeigeprojekt, so ein Best-Practice-Beispiel ist, wollen wir das auch bei anderen Vereinen sehen, und haben uns deswegen in sehr, sehr konstruktiven Gesprächen mit den Leitungen der Vereine Stadtimpuls und Stadtforum zusammengesetzt, die uns zugesichert haben und auch schon erste Schritte getan haben, dass es in Hinblick Transparenz geben wird. Die bisherigen Gespräche haben ergeben, dass die beiden Vereine, sowohl der Verein Stadtforum, der unzweifelhaft der ÖVP nahe steht, als auch der Verein Stadtimpuls, der unzweifelhaft der SPÖ nahe steht, ja grundsätzlich gute Arbeit leisten, aber wenn sie gute Arbeit leisten, dann braucht man sie ja nicht zu verstecken, dann kann man sie auch herzeigen.

Und insofern gebe ich dir recht, Gerald. Das kann man auf der Homepage zeigen – das wird auch in Hinblick, hat man mir zugesichert, passieren –, und man kann auch Gelder, die im Kulturausschuss entschieden werden, weitervergeben, dagegen ist ja nicht grundsätzlich etwas einzuwenden, aber die Bewerbungsverfahren und die Entscheidungsverfahren dazu muss man transparent machen.

Und das ist es eben, was die GRÜNEN selbst vorleben und auch von anderen einfordern. Deswegen werden wir dieses Mal auch den Vereinen Stadtimpuls und Stadtforum zustimmen, weil uns zugesichert wurde, dass das auch im großen Ausmaß passieren wird.

Und dann gibt es noch jemanden, der übrig bleibt, da gibt es noch einen Verein, wo das noch gar nicht passiert, nämlich das Wiener Stadtfest, wo wir uns sehr, sehr genau anschauen müssen, ob es, wie bisher, ein Missbrauch von öffentlichen Kultursubventionen für Parteipropaganda bleiben wird – dann wird es den GRÜNEN nicht mehr möglich sein, hier einer Parteipropaganda zuzustimmen – oder ob es endlich gelingt, das Stadtfest für alle Wiener und Wienerinnen zu erhalten, ohne dass hier Parteipropagandamissbrauch betrieben wird (*Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.*), wo man so agiert wie in der schwarz-blauen Bundesregierung, wo man an den Futtertrögen der Macht sitzt und Missbrauch und Verschwendung öffentlicher Gelder betreibt.

Darauf werden die GRÜNEN weiterhin achten, egal, in welcher Rolle, egal, ob wir in der Opposition oder ob wir Regierungspartei sind. Das kann ich Ihnen hier versprechen.

Dann kommen wir noch ganz kurz zu dem weiteren Akt zu den Themen Theater. Auch hier geht es uns darum, Schritte, die gesetzt wurden, zum Beispiel die Theaterreform, die vor mittlerweile acht Jahren ungefähr ein gemeinsamer Beschluss aller hier vertretenen Parteien war, zu überprüfen. Auf Anregung der GRÜNEN hat man gesagt, das muss evaluiert werden. Diese Evaluierung ist im vollen Gange. Da wurden zwei wesentliche Evaluierungsschritte gesetzt, nämlich erstens eine interne Evaluierung und als zweiter Schritt eine Evaluierung durch ein anerkanntes wissenschaftliches Institut, durch das NPO-Institut der Wirtschaftsuniversität Wien. Diese Evaluierung ist im Internet öffentlich einsehbar, diese Evaluierung wird mit Vertretern und Vertreterinnen aus den betroffenen Szenen, also mit den Theatermachern, Kunstschaffenden dieser Stadt, auch öffentlich diskutiert werden, und man wird, möglichst im Einvernehmen mit allen hier vertretenen Parteien, die nötigen Schlüsse daraus ziehen und quasi die Reform auch wieder reformieren und weitertreiben im Sinne aller, die da sind.

Ein wesentliches Ergebnis – ich weiß nicht, ob Sie es gelesen haben – dieser bereits erfolgten wissenschaftlichen Expertise oder Expertenevaluierung der Wiener Theaterreform ist, dass die Wiener Theaterreform in ihrem Wesen gut und richtig ist, dass sie in manchen Bereichen konsequenter betrieben werden muss, dass mehr Transparenz herzustellen ist – wieder ein Punkt, auf den wir immer drängen – und dass sich der Bund, die Bundesregierung, in schändlicher Weise aus der Kofinanzierung der Wiener Theaterlandschaft zurückgezogen hat, dass der Bund seine Verantwortung, dass die Bundesregierung ihre Verantwortung für die Finanzierung des Wiener Kulturlebens – und Wien ist nun mal die Hauptstadt Österreichs –, vor allem im Bereich der kleinen und mittleren Bühnen, nicht wahrnimmt – ich spreche nicht mehr von Off-Theatern, denn was ist dann On-Theater, diese Unterschiede sind egal, es gibt kleinere,

mittlere und größere Bühnen –, dass der Bund sich auch aus dieser Finanzierung, aus der Projektfinanzierung der freien Szene und so weiter in schändlicher Weise zurückgezogen hat. Das wird in dieser Studie kritisiert, und das ist leider nicht in unserem Einflussbereich.

Ich kann Ihnen nur sagen, Rot-Grün wird weiterhin aktiv daran arbeiten, diese lebendige, überaus international ausstrahlende, überaus erfolgreiche Wiener Theaterszene weiter zu befeuern, weiter zu fördern. Wir stehen hier völlig in der Verantwortung auch gegenüber den Kulturschaffenden, gegenüber den hervorragenden Leuten, die gemeinsam mit uns, mit Rot-Grün, diese wunderbare Theaterlandschaft in Wien stetig erneuern und verbessern. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei den GRÜNEN und von GR Dr Kurt Stürzenbecher.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zur Geschäftsordnung hat sich Frau StRin Matiasek gemeldet.

StRin Veronika **Matiasek**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben uns gestern im Zuge der Budgetdebatte auf eine gemäßigte Wortwahl und auf eine überlegte Wortwahl geeinigt. Heute erschien schon wieder bei meinem Vorredner, GR Werner-Lobo, der Terminus „Verbrechen innerhalb der FPÖ“.

Ich möchte ersuchen, das Protokoll auf diese Wortmeldung hin genau durchzulesen *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Sollen wir den Wahrheitsbeweis antreten?)*, und ich ersuche, einen entsprechenden Ordnungsruf auszusprechen.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich werde mir im gewohnten Usus das Protokoll kommen lassen, und wir werden danach entscheiden. *(GR Mag Klaus Werner-Lobo: Wir können gerne den Tatsachenbeweis antreten!)*

Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist daher geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat auf das Schlusswort verzichtet. Wir kommen nun zur Abstimmung, die wir getrennt durchführen.

Zunächst zur Post 14. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 14 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Der Akt ist mit den Stimmen der Regierungsparteien und der ÖVP angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung zu Postnummer 15. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 15 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Der Akt ist mit den Stimmen der Regierungsparteien und der FPÖ angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Postnummer 16. Ein Gegen- oder Abänderungsantrag wurde nicht gestellt. Ich bitte daher jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 16 ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Der Akt ist mit den Stimmen der Regierungsfractionen plus der ÖVP angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 20 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Zusatzsubvention an die Wiener Symphoniker. Ich bitte den Berichterstatter,

Herrn GR Woller, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter GR Ernst **Woller**: Ich ersuche um Zustimmung.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gemeldet ist Herr GR Ing Dworak. Ich erteile es ihm.

GR Ing Mag Bernhard **Dworak** *(ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien)*: Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich möchte, wie schon öfter an dieser Stelle, das Thema „Lösung der Probleme der Wiener Symphoniker“ hier ansprechen. Im Akt geht es darum, dass es eine zweite außerplanmäßige Ausgabe gibt. Ursprünglich hatten wir die Basissubvention von 12,7 Millionen EUR, da hat die ÖVP zugestimmt, dann haben wir der ersten Zusatzsubvention zugestimmt, nämlich 700 000 EUR, und als symbolisches Zeichen werden wir heute dieser zweiten Zusatzsubvention von 600 000 EUR nicht zustimmen.

Begründet wird die zweite Rate im Akt durch vier Punkte: hohe Personalkosten gemäß Kollektivvertrag, überdurchschnittlich viele Pensionsantritte und damit gesetzliche Abfertigungszahlungen, Zahlungen von überdurchschnittlich vielen Jubiläumsgeldern gemäß Kollektivvertrag sowie eine überdurchschnittliche Steigerung bei den Pensionszahlungen gemäß Pensionsstatut.

Meine Damen und Herren! Das ist nämlich das Grundproblem, warum wir immer wieder über die Symphoniker diskutieren, auch wenn im nächsten Jahr erstmalig die Höhe gleich auf 14 Millionen EUR angesetzt wird. Ich bin schon gespannt, wie viel dann als Nachtragssubvention gefordert wird, aber bis heute gibt es nicht wirklich eine Lösung für die Pensionslast. Diese Pensionslasten sind nämlich deswegen so problematisch, weil, obwohl die Stadt Wien im Jahre 2005 eine absolute Zusage für die Zahlung dieser Pensionen gegeben hat, damit eben der Verein, über den die Zahlungen laufen, weiter wirtschaften kann, es drei Arten von Pensionsempfängern gibt. Das sind zuerst einmal jene, die in grauer Vorzeit fast mit Einzelverträgen zu den Symphonikern geholt worden sind, dann jene, die bis 2004 gemäß dem Pensionsbeamtenrecht ihre Pensionszahlungen bekommen, und erst ab 2006 wurden dann Pensionszahlungen nach dem ASVG gezahlt. Das macht eben diese großen und hohen Nachförderungen notwendig.

Insbesondere ist es natürlich schon sehr verwunderlich, dass wir in einer Studie, der sogenannten Infora-Studie aus dem Jahre 2008, quasi bescheinigt bekommen haben von dieser Institution, dass in einigen Jahren die Subventionslasten für die Stadt Wien, die nächstes Jahr auf 14 Millionen EUR steigen werden und heuer schon auf 14 Millionen EUR gestiegen sind, sinken werden, man hat sogar, glaube ich, von 9 Millionen EUR gesprochen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gemeinsam mit meinen Kolleginnen Isabella Leeb, Karin Holdhaus und Barbara Feldmann einen Antrag einbringen betreffend die Erstellung eines mittelfristigen Finanzierungsplans der Wiener Symphoniker. Wir stellen folgenden

Beschlussantrag:

„Der amtsführende Stadtrat für Kultur und Wissenschaft möge einen mittelfristigen Finanzierungs- und Sanierungsplan des Vereins Wiener Symphoniker erstellen, der eine nachhaltige Sicherung dieses Orchesters gewährleistet.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an den Gemeinderatsausschuss der Geschäftsgruppe Kultur und Wissenschaft verlangt.“

Abschließend möchte ich sagen, dass der Orchesterbetrieb durchaus ausgeglichen budgetiert. Es ist ein großer Dank an dieses Orchester auszusprechen, das sehr wohl ein ausgezeichnete Botschafter der Stadt Wien ist. – Danke schön.

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Ebinger. Ich erteile es ihm.

GR Mag Gerald **Ebinger** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Frau Vorsitzende! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich könnte natürlich jetzt sagen, eigentlich ist schon alles gesagt, aber noch nicht von mir. In Wirklichkeit kann ich mich natürlich vollinhaltlich dem anschließen, was Kollege Dworak gesagt hat. Wir werden dem Antrag der ÖVP auch zustimmen, aber uns ist es immer rätselhaft gewesen, wieso man das nicht weiß. Man weiß ja ungefähr, wann einer in Pension geht. Sie überlegen sich ja nicht im Mai, dass Sie im Juni in Pension gehen. Das ist ja absehbar. In meiner Abteilung im Ministerium weiß das Präsidium jetzt schon, wer aller in den nächsten Jahren in Pension geht und dass die Posten alle nicht nachbesetzt werden. (*Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny: Das wissen wir auch! Das wissen wir alles!*)

Also das, was da drinnensteht, ist ein bisschen so wie eine Ausrede. In Wirklichkeit weiß man natürlich als Stadtrat und als Geschäftsführer im Vorhinein, da kommen noch eineinhalb Millionen dazu, und wir als Opposition würden das halt gerne auch wissen. Wir stimmen ja der Basissubvention auch zu, nur den Nachträgen oder den Ausweitungen nicht. Das ist ja nur die erste Zusatzsubvention, und die Bezeichnung erste Zusatzsubvention integriert ja schon, dass es noch eine zweite gibt. Ich bin gespannt und würde mich freuen, wenn es einmal nicht so wäre, sondern dass irgendwie für uns als Opposition klarer auf dem Tisch liegt, wie hoch die Subvention tatsächlich sein wird.

Der zweite Punkt, den ich auch gestern erwähnt habe, ist, dass wir überhaupt eine Regelung haben wollen, speziell mit den Ansprüchen zwischen 1986 und 2006, glaube ich. Das sind die Mitarbeiter und Künstler bei den Wiener Symphonikern, die auch bereit wären, gegen ein Gegengeschäft mit der Stadt Wien – ich weiß das nicht so genau – auf irgendwelche Prozente ihrer Pension zu verzichten.

Jedenfalls ist das der Grund, warum wir diesem jetzigen Nachtrag von 600 000 nicht zustimmen und auch dem letzten nicht zugestimmt haben. Grundsätzlich – das habe ich auch schon gestern gesagt – bekennen auch wir uns natürlich zu den Wiener Symphonikern als kulturelles, musikalisches Aushängeschild unserer Stadt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort gemeldet ist Herr GR Dr Troch. Ich erteile es ihm.

GR Dr Harald **Troch** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu dem Antrag der ÖVP: Also ich glaube, es ist nicht günstig, dass man da Existenzprobleme, und zwar ernsthafte Existenzprobleme der Symphoniker, wie es hier heißt, herbeiredet. Das halte ich für ganz, ganz schlecht. Die ÖVP-Fraktion entpuppt sich da für mich als die Erste Allgemeine Verunsicherung in Kulturfragen, und das haben sich unsere Symphoniker nicht verdient, denn Existenzprobleme können auch mit der Qualität zusammenhängen, und das ist überhaupt nicht der Fall. Es geht hier um verschiedene finanzielle Aspekte, über die wir uns aber schon unterhalten können.

Sie beziehen sich da in Ihrer Begründung auf zwei Dokumente. Zunächst auf die Infora-Studie. Ich weiß nicht, ob Sie die kennen – da gibt es ja vier Antragsteller und -stellerinnen –, aber wenn Sie sie kennen, wissen Sie, dass hier unter anderem die Wiener Symphoniker auch mit den Symphonikern aus Bamberg verglichen werden. Ich sage einmal, ich halte das nicht für günstig, die Wiener Symphoniker, ein Orchester von absolutem Weltruf, eines der Orchester aus der Musikweltstadt Wien, mit den Bamberger Symphonikern zu vergleichen. Nichts gegen Bamberg, eine wunderschöne deutsche Kleinstadt, es ist aber eine Kleinstadt mit dem kulturellen Kreis und dem Wirken einer Kleinstadt. Da muss man ein bisschen vorsichtig sein, wenn Sie schon mit dem Begriff arbeiten. Außerdem geht die Infora-Studie davon aus, man könnte etwas ändern, wenn man die gesetzlichen Rahmenbedingungen außer Kraft setzt, eben diese Pensionsverpflichtungen. Das ist sehr, sehr schwierig und geht von einer unrealistischen Basis aus.

Ich möchte zwei Dinge hier nennen, wo die ÖVP auch nichts gemacht hat. Ich will nicht sagen, dass sie in der Kuckucksuhr geschlafen hat, aber gemacht hat sie ganz einfach auch nichts. Die ÖVP hat das Kulturressort in Wien von, wenn ich mich richtig erinnere, 1996 bis 2001 geführt. Und was hat die ÖVP damals in Bezug auf die Wiener Symphoniker gemacht? Rhetorische Frage, die ÖVP wird sie mir beantworten können. Nichts! Nichts ist in der Zeit diesbezüglich gemacht worden.

Zweite Geschichte aus Niederösterreich. Wie geht das ÖVP-regierte Land Niederösterreich mit so einer Frage um? Es ist ja nicht uninteressant, wenn wir einmal über den Tellerrand hinausblicken in das Bundesland Niederösterreich. Da gibt es das Niederösterreichische Tonkünstlerorchester – das ist Ihnen wahrscheinlich bekannt –, und dort wird in bestehende Pensionsverträge nicht eingegriffen. Die Situation ist nicht unähnlich – nicht gleich, aber nicht unähnlich –, und mit dem Land Niederösterreich hat das Niederösterreichische Tonkünstlerorchester einen Vertrag, nämlich einen separaten Fördervertrag, wonach vom Land Niederösterreich eingezahlt wird, um genau diese Pensionsregelungen und Verpflichtungen zu übernehmen und abdecken zu können.

Jetzt zu dem, was seitens der SPÖ in Wien, was seitens des StR Dr Mailath-Pokorny gemacht wurde.

Erstens wurde 2006 das bisherige Pensionsstatut gekündigt, und ab 2007 haben die neuen Musiker und Musikerinnen, die bei den Wiener Symphonikern ihre Arbeit beginnen, einen Dienstvertrag mit einer neuen Pensionsregelung nach dem ASVG.

Zweitens erfolgt 2012 eine Strukturreform. Der Verein wird umstrukturiert in eine Organisationsform, die einer GmbH nachgebildet ist. Es gibt das Vier-Augen-Prinzip der Geschäftsführer, der alte Vorstand wird der neue Aufsichtsrat, aber die Kollektivvertragsfähigkeit bleibt erhalten. Das ist ein ganz wichtiges Moment, wenn es um Verhandlungen geht, um Verhandlungen, von denen wir doch hoffen, dass sie bewirken, dass sich mittel- und langfristig hier etwas ändert.

Nun zu den Beträgen, um die es hier geht. Schauen wir uns einmal beim Gehaltsaufwand nur die Steigerungen an. Bei einer Steigerung von 2,8 Prozent, plus die Vorrückungen dazu, ergibt das eine Mehrzahlung von über 305 000 EUR. Dazu kommen Jubiläumsgeldzahlungen, Abfertigungszahlungen und Pensionszahlungen, und rein für die Steigerungen kommen wir hier auf einen Betrag von über 700 000 EUR. 600 000 EUR wollen wir hier heute bewilligen.

Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen gegenüber diesem Weltorchester der Wiener Symphoniker, ich kann Ihnen aber auch versichern, dass die Verhandlungen, die Gespräche mit den Symphonikern weiterlaufen, dass der Geschäftsführer, der Herr Neubert, hier äußerst bemüht ist. Es hat inzwischen – und das zähle ich auch zu den Strukturregelungen oder zu den Neustrukturierungen – auch die Lösung gegeben, dass es Durchrechnungszeiten gibt bei den Überstunden. Überstunden werden nun prinzipiell in Zeitausgleich abgegolten. Das ist kostengünstig für die Symphoniker und zählt für mich zu einer der Maßnahmen einer Strukturreform.

Wir werden diesem Antrag der ÖVP, den ich durchaus kritisch und unausgegoren sehe, aber trotzdem zustimmen, weil StR Mailath-Pokorny sowie die SPÖ-Fraktion und die GRÜNEN gesprächsbereit und an Lösungen der Situation sehr interessiert sind. – Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Die Post ist mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Ich bitte nun jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Beschluss- und Resolutionsantrag der ÖVP betreffend Erstellung eines mittelfristigen Finanzierungsplans der Wiener Symphoniker, das ist ein Antrag auf Zuweisung an den Gemeinderatsausschuss, zustimmen, die Hand zu heben. – Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 25 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft die Verlängerung der Option zu Gunsten der LSE-LiegenschaftsstrukturentwicklungsGmbH bezüglich

Grundflächen der Sportanlage in Wien 10, Windtenstraße, vormals Eisring Süd. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der vorliegenden Post 25 zustimmen wollen, die Hand zu heben. – Die Post ist mit den Stimmen der Regierungsparteien und der ÖVP angenommen.

Es gelangt nunmehr Postnummer 12 der Tagesordnung zur Verhandlung. Sie betrifft eine Subvention an den Verein Juvivo – Es lebe die Jugend. Auch zu dieser Post ist niemand zu Wort gemeldet. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die der Postnummer 12 ihre Zustimmung geben wollen, die Hand zu heben. – Die Postnummer 12 ist mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Wir kommen nun zu dem Verlangen, dass die von den GemeinderätInnen Ing Isabella Leeb, Mag Ines Anger-Koch und Dr Wolfgang Ulm eingebrachte, an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtete Dringliche Anfrage betreffend Bauskandal Stadthallenbad vom Fragesteller/der Fragestellerin mündlich begründet werde und hierauf eine Debatte über den Gegenstand stattfindet. Die antragstellende Partei hat auf die Verlesung der Dringlichen Anfrage verzichtet. Für die Begründung der Dringlichen Anfrage sieht die Geschäftsordnung gemäß § 37 Abs 1 eine Redezeit von 20 Minuten vor. Zur Begründung der Dringlichen Anfrage erteile ich nun Frau GRin Ing Leeb das Wort.

GRin Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Ich habe die große Ehre und Freude, heute die Begründung für die Dringliche Anfrage vorbringen zu dürfen, und inklusive der Dringlichen Anfrage sind bis dato 255 Fragen zum Thema Stadthallenbad gestellt worden. Es geht ja nicht ums Stadthallenbad alleine, es geht darum: Wie geht die öffentliche Hand generell mit Großprojekten um, wie geht – wir haben es heute ja schon gehört – die öffentliche Hand mit politischer Verantwortung um, mit öffentlichen Geldern?

Ich erlaube mir, Ihnen zu Beginn einen Artikel vorzulesen. Der ist interessanterweise am gleichen Tag in der „Presse“ erschienen wie der Kontrollamtsbericht zur Generalsanierung des Stadthallenbades. Es ist ein Kommentar von Gerhard Hofer, mit dem Titel: „Über die Feigheit der Politiker, die Wahrheit offen zu sagen.“ Ich lese Ihnen den deswegen vor, weil er ein sehr schönes Bild zeichnet über den Umgang der öffentlichen Hand mit Großprojekten: „Hinter den Kostenexplosionen bei Großprojekten wie Skylink oder Wiener Hauptbahnhof stecken billige Versprechen der Politik und unseriöse Vergabeverfahren.“

Ja, es ist ein Skandal. Wenn ein Großbauprojekt wie der Wiener Hauptbahnhof statt der ursprünglich geplanten 420 Millionen plötzlich 1 Milliarde EUR kostet, dann ist es ein politischer Skandal. Genauso wie der Terminal Skylink auf dem Wiener Flughafen, der letzten Endes das Doppelte gekostet hat, ein politischer Skandal ist.

Und der nächste wird gerade mit Vollgas in Angriff genommen: der Umbau des Parlaments.

Es ist wie das Amen im Gebet. Anscheinend gerät hierzulande jeder öffentliche Auftrag zum finanziellen Desaster. Reflexartig ist sofort von Korruption, Fehlplanung und Mausehelei die Rede. Doch die Hauptursache für die Serie an Baukatastrophen in diesem Land ist viel banaler: Es ist die Feigheit der Politik vor der Wahrheit.

Denn es sind Politiker, die mit völlig unrealistischen Zahlen an die Öffentlichkeit gehen. Die 420 Millionen EUR für den Hauptbahnhof waren von Beginn an ohne jeglichen Bezug zur Realität. Da wurde etwa vergessen, die Umsatzsteuer dazuzurechnen, da wurde auf die Inflation vergessen. Vergessen? Selbst bei den ÖBB wäre genügend Sachverstand vorhanden, um realistische Zahlen auf den Tisch zu legen. Doch diese will keiner sehen. Schon gar nicht Politiker. Lieber hanteln sie sich von einer Wahrheit, sprich, Kostensteigerung, zur nächsten und hoffen, auf dem Weg dorthin selbst umsteigen zu können. Etwa vom Verkehrsministerium ins Bundeskanzleramt. Hier werden Steuerzahler bewusst für dumm verkauft.

Rein PR-technisch ist das natürlich eine ziemlich dämliche Taktik. Statt gleich zu Beginn mit der Kostenwahrheit herauszurücken, lässt sich die Politik lieber schön scheinchenweise bei jeder neuen Preissteigerung von den Medien und der Opposition geißeln. Warum das niemand überzuckert? Wenn man von Anfang an sagen müsste, dass der Hauptbahnhof mehr als eine Milliarde kosten wird, käme man am Ende womöglich darauf, dass man sich das, was man will, gar nicht leisten kann.

Das ist keine österreichische Spezialität. Der Bau des Berliner Flughafens zeigt, dass uns die Deutschen um nichts nachstehen. Dass es aber auch anders gehen kann, bewies der Bau des neuen Flughafenterminals in Zürich. 134 Millionen EUR hat dieser umgerechnet gekostet. Als eine österreichische Delegation das Prunkstück bestaunte, kam natürlich sofort die Frage: ‚Wie hoch waren die geplanten Kosten?‘ Entgeisterte Antwort: ‚So hoch wie die tatsächlichen.‘

In Österreich münden die falschen politischen Versprechen direkt in unseriöse Vergabeverfahren.“ – Und da ersuche ich Sie, sehr genau zuzuhören. – „Baufirmen werden bei Ausschreibungen in einen gnadenlosen Preiswettbewerb getrieben. Ergebnis: Um die Aufträge an Land zu ziehen, legen die Konzerne scheinbar ruinöse Angebote. Nicht nur bei Bauaufträgen. Überall, wo die öffentliche Hand Aufträge vergibt.

Ab dem Zeitpunkt des Zuschlags sind die Unternehmen nur noch bedacht, die Lücken und Schwächen der Ausschreibung gnadenlos auszunutzen.“, um so die Kosten decken zu können. „Großkonzerne leben von ihrem ‚Claim-Management‘, also vom geschickten Aufstößern diverser Nachforderungen. Nur so ist zu erklären, warum sich öffentliche Aufträge während der Planungs- und Umsetzungsphase wie ein riesiger Germteig ausbreiten. Das Ergebnis hat oft mit dem ursprünglichen Auftrag nichts zu tun. Siehe Skylink, siehe Hauptbahnhof. Ja, und siehe Stadthallenbad.

Dass diese unglückselige Konstruktion aus billigen

politischen Versprechen und unseriösen Kalkulationen ein Nährboden für Freunderlwirtschaft und Korruption ist, muss nicht extra erwähnt werden. Doch aller Übel Anfang ist schlicht und einfach die Feigheit der Politiker davor, die Wahrheit offen auszusprechen. Verloren geht am Ende wie immer deren Glaubwürdigkeit.“ (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich habe Ihnen den Artikel heute mitgebracht, weil er sehr schön aufzeigt, woran es auch liegt, dass in den vergangenen Jahrzehnten, natürlich nicht nur in Wien, die Politik an Großprojekten gescheitert ist. Wir machen halt nun mal Politik in Wien, wir alle haben Verantwortung in Wien, und deswegen sprechen wir über das Stadthallenbad und über die verpfuschte Sanierung heute einmal ganz speziell und im Genaueren.

Im gegenständlichen Fall ist alles fälschgelaufen, was fälschlaufen kann. Ich habe Ihnen den Artikel auch deshalb mitgebracht, weil wir heute ganz bestimmt noch ein Mehr an Ausreden hören werden. Ich selbst habe in den letzten vier Jahren schon einiges zu hören bekommen, wenn etwas schiefgelaufen ist: vom Papstbesuch bis zum Wind, vom Denkmalschutz bis zum Wohle der Publikumsschwimmer wie beim Stadthallenbad. Alles Schutzbehauptungen der Verantwortlichen.

Am 31. Oktober 2012 wurde der Kontrollamtsbericht zur Sanierung des Wiener Stadthallenbades veröffentlicht. Und obwohl ich mich mit dem Thema wirklich schon seit Monaten intensiv auseinandersetze, dieser Bericht hat meine kühnsten Erwartungen übertroffen, obzwar – und das möchte ich hier auch in aller Deutlichkeit sagen – ich mich des Eindrucks nicht erwehren kann, dass der Bericht auch ein plumper Versuch ist, die politisch Verantwortlichen seitens der Stadt, namentlich auch Einzelpersonen, reinzuwaschen. Nichtsdestotrotz zeigt der Bericht in einer ganz gewaltigen Dimension auf, wie die Stadt nicht in der Lage ist, Großprojekte umzusetzen. Gerade die Sanierung des Stadthallenbades ist ein Lehrbeispiel dafür, denn am Ende des Tages, meine sehr geehrten Damen und Herren, werden bei diesem Projekt alle draufgezahlt haben: der Steuerzahler, alle beteiligten Unternehmen und, Herr Stadtrat, auch die Politik. Denn dass Sie seit Monaten leugnen und abstreiten, spielt der Politikverdrossenheit direkt in die Hände.

Die missglückte Sanierung des Stadthallenbades ist aber auch ein Lehrbeispiel dafür, wie die Stadt mit ihren technischen und wirtschaftlichen Ressourcen umgeht, nämlich dass alle Beteiligten von Beginn an in Ketten und Fesseln gelegt werden, und wenn die Sache dann aus dem Ruder läuft, wenn gar nichts mehr funktioniert, dann erst spielt Geld keine Rolle mehr, denn es ist ja auch das Geld der anderen.

Ich habe mich in den letzten Monaten sehr viel mit Recherche beschäftigt, ich habe sehr viele Unterstützer gefunden, ich habe sehr viele Gespräche geführt, sehr viel Material zusammengetragen, und deswegen möchte ich mich heute auch einmal – wir haben es in den letzten Tagen gehört, man hat sich bei Beamten bedankt – bei meinen Klubmitarbeitern dafür bedanken, dass sie mich so vorbildlich unterstützt haben, namentlich bei Florian Mauthe und Lukas Kandelhofer. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie waren mir nicht nur sachlich, inhaltlich und administrativ, sondern auch mental eine große Stütze, denn wer zu einem heiklen Thema – offenbar ist es ein heikles Thema – recherchiert, der begibt sich auch auf heikles Terrain. Das möchte ich hier auch einmal sagen. Es gab durchaus Anrufe, in denen mir mitgeteilt und gesagt wurde: Sei doch ein bisschen vorsichtig, geh da nicht zu weit vor, grab nicht zu tief! Aber ich habe mich nicht aufhalten lassen. Denn heute, nach Veröffentlichung des Kontrollamtsberichtes, sind alle von mir aufgedeckten Verstrickungen und Verwicklungen nicht nur bestätigt, sondern leider in ihrer Dimension teilweise auch noch übertroffen.

Es geht mir – das möchte ich heute wirklich betonen – nicht um Köpfe, es geht mir nicht um Befindlichkeiten, und es geht mir schon gar nicht darum, politische Zuordnungen zu treffen. Wir haben es gehört, das ist ein Phänomen. Nein, es ist kein Phänomen, es ist ein Fakt. Es sind Tatsachen, die ja nicht nur in Wien passieren. Es geht jetzt darum, das Problem „Wie geht die öffentliche Hand mit öffentlichen Geldern um?“ für die Zukunft zu beleuchten, richtige Schritte und Maßnahmen zu setzen. So, wie es bisher gelaufen ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, kann es ja wohl nicht weitergehen.

Wie war es bisher? Der Rechnungshof, das Kontrollamt haben irgendetwas aufgedeckt, kurzes mediales Sperrfeuer, vielleicht wurde ein, zwei Mal hier im Gemeinderat darüber gesprochen. Wenn es nicht ganz so schlimm war, gab es ein Köpferollen in der zweiten, dritten Reihe, wenn es ärger war, wie am Prater-Vorplatz, muss dann halt ein Stadtrat gehen, aber das System bleibt gleich. Wir tun weiter, als wäre nichts gewesen.

Nicht anders ist es für mich auch erklärbar, dass StRin Wehsely im Zuge des Neubaus des Wilhelminenspitals erklärte, sie würde sich eher ins Knie schießen, bevor sie Kosten nennt, denn das fällt ihr oder einem ihrer Nachfolger dann auf den Kopf. Ja, aber bitte, das kann ja nicht so weitergehen. Wir fangen einmal an, wurscht, was es kostet, wir werden dann schon sehen, denn das Geld holen wir uns eh irgendwie von irgendwoher. Als Wurschtbudementalität, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das zu bezeichnen. Sie kennen das, Sie stehen an der Wursttheke, bestellen 20 Deka Extra, und reflexartig kommt: „Darf's ein bisschen mehr sein?“ Nein! Es darf nicht ein bisschen mehr sein, denn Sie haben auch nicht gesagt, geben Sie mir von irgendeiner Wurst, soviel Sie wollen. Wir haben hier Aufgaben zu erfüllen mit der größtmöglichen Umsicht.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, können wir so nicht weiterleben, denn es geht bei öffentlichen Projekten immer um das Geld der anderen. Und das Kontrollamt fördert in seinem Bericht schonungslos zutage, dass das Projektmanagement und die Verantwortlichen auf der ganzen Linie versagt haben. Aber Projektmanagement ist keine Geheimwissenschaft. Im Projektmanagement, meine Damen und Herren, sind die gleichen Firmen, Planer, Manager tätig. Und die, die bei öffentlichen Aufträgen scheinbar versagen, können es dort, wo es um einen privaten Auftraggeber geht? Das

kann ja nicht die Wahrheit sein. Da läuft doch etwas gewaltig schief. Da muss man doch endlich die richtigen Hebel im System betätigen, damit in der Zukunft öffentliches Geld auch wirklich richtig eingesetzt wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Herr Kollege Kowarik, Sie haben gestern gemeint, die Dringliche Anfrage sei bei StR Oxonitsch nicht richtig angesiedelt und beträfe eigentlich ein anderes Ressort. Da gebe ich Ihnen teilweise recht, Sie haben nicht unrecht, es betrifft auch ein anderes Ressort, nämlich deswegen, weil es einen Vertrag zwischen der Stadt Wien und der StadthallenbetriebsGmbH gibt. Die StadthallenbetriebsGmbH firmiert unter dem Dach der Wien Holding, dem Ressort Brauner unterstellt, und ich kann Sie beruhigen, die Fragen wurden auch an StRin Brauner gestellt.

Ich darf Sie allerdings auch an den ersten Sondergemeinderatsausschuss im Jänner erinnern. Da waren Sie auch dort, und Sie werden sich vielleicht erinnern – wenn nicht, ich habe es mitprotokolliert –, dort hat StR Oxonitsch klar die Verantwortung übernommen. Er hat damals nämlich gesagt, da die Zuständigkeiten nicht ganz eindeutig sind, er aber nicht möchte, dass die Verantwortung hin und her geschoben wird, nimmt er sich jetzt der Sache an.

Herr Kollege Kowarik, Sie haben jüngst versucht und das auch gestern angekündigt, dass Sie das Thema nun zu einer politischen Schlammschlacht missbrauchen wollen. Tun Sie es, daran kann Sie niemand hindern! Ich sage Ihnen hier aber ganz deutlich, das demaskiert Sie als Brachialoppositionspolitiker, der ein Thema verschlafen hat und nun billig populistisches Kleingeld daraus schlagen will.

Ich sage Ihnen aber auch ganz deutlich: Wenn irgendjemand dort Geld bekommen hat, das ihm nicht zusteht, egal, aus welcher Ecke, dann gehört das aufgeklärt. Da bin ich die Letzte, die da jemanden verteidigen wird. Und wenn es Fehler gegeben hat, dann sind die aufzuklären, egal, woher sie kommen. Denn wenn Sie mir heute zugehört haben, wissen Sie, dieses Problem betrifft nicht nur das Stadthallenbad, das zieht sich durch alle Großprojekte, durch alle Bundesländer und weit über die österreichischen Grenzen hinaus. Nur, vielleicht kann Wien in dem Fall einmal eine Vorreiterrolle einnehmen und einen Schritt in die richtige Richtung machen, denn das Geld, über das wir hier sprechen, ist nicht unser Geld, sondern es ist das Geld, das wir treuhändig zur Verwaltung übergeben bekommen haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das Stadthallenbad-Desaster eignet sich ganz bestimmt zu vielem, am wenigstens aber dazu, nur politisches Kleingeld daraus zu schlagen. Das Stadthallenbad-Desaster eignet sich zu vielem, zum Beispiel auch dazu, aufzuzeigen, dass falsch verstandene Loyalität ein weitverbreitetes Phänomen auch in der Wiener Beamenschaft ist. Ich sehe das Stadthallenbad-Desaster allerdings auch als Chance. Als Chance für die Stadt Wien, für uns alle, anhand dieses auf der ganzen Linie falsch gelaufenen Projektes die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei der*

ÖVP.)

Vorsitzende GRin Dr Monika **Vana**: Ich danke der Frau Gemeinderätin für die Begründung. Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich der Herr amtsführende Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Lassen Sie mich einleitend kurz feststellen, dass es für mich als Sportstadtrat selbstverständlich von besonderer Bedeutung ist, dass ich auf der einen Seite möglichst rasch wieder eine, wie ich denke, sehr wichtige Sporteinrichtung in der Stadt für die Sportlerinnen und Sportler Wiens zur Verfügung habe, dass wir auf der anderen Seite – aber auch unter diesem Interesse, das selbstverständlich vorliegt, nämlich dass wir rasch wieder ein funktionierendes Bad haben – nichtsdestotrotz natürlich auch ein genauso großes Interesse daran haben, dass hier die entsprechenden Mängel, die in diesem Bad offensichtlich und deutlich erkennbar vorliegen, auch entsprechend behoben und die Verantwortlichkeiten geklärt werden.

Diese Verantwortung wurde von mir, aber auch der Wien Holding und der Wiener Stadthalle immer sehr ernst genommen, und nicht umsonst wurde gemeinsam eben jener Baustopp verhängt, der auch unter einem Zeitdruck und auch unter dem Aspekt, dass wir dieses Bad in Wien durchaus dringend brauchen können, verhängt wurde. Zudem stehen ich, die Wien Holding und die Wiener Stadthalle zur vollen Offenheit und Transparenz, um die Verantwortlichkeiten mit allen nötigen Konsequenzen zu klären, und ich glaube, das belegen ja auch schon die sehr, sehr umfangreichen Beantwortungen der von Kollegin Leeb dargestellten mittlerweile 255 Fragen zu diesem Themenkomplex.

Allen folgenden Antworten möchte ich vorausschicken, dass mit Beschluss des Wiener Gemeinderates im Oktober 2009 zur Sanierung des Wiener Stadthallenbades auch beschlossen wurde, dass die Sanierung nicht zuletzt auf Basis eines Geschäftsführungsvertrages, aber vor allem auch durch den Beschluss des Wiener Gemeinderates – es ist ja schon darauf hingewiesen worden – im eigenen Namen und auf eigene Rechnung der Wiener Stadthalle durchzuführen ist.

Um Ihre Fragen zu beantworten, habe ich auch die Wiener Stadthalle, die ja in vielen Bereichen hier entsprechende Auskunftsperson ist, ersucht, mir die Informationen aus der heutigen und derzeitigen Sicht zukommen zu lassen. Verbindlich sind für mich, aber selbstverständlich auch für die Stadthalle und die Wien Holding letztendlich jedoch die Ergebnisse der derzeit laufenden Untersuchungen und Verfahren.

Wie auch aus dem Bericht des Kontrollamtes ersichtlich ist, wird die Sinnhaftigkeit des Baustopps bestätigt, denn damit kann gewährleistet werden, dass alle Mängel behoben werden und die Sicherheit und Gebrauchsfähigkeit des Bades langfristig gewährleistet ist.

So viel zu dem Thema, dass ja gerade in der An-

fangsdiskussion sehr intensiv darüber diskutiert wurde, ob dieser Baustopp eigentlich notwendig ist. Gerade von Kollegin Leeb ist das ja sehr intensiv auch diskutiert worden. Ich möchte mir nicht ausmalen, welche Diskussion wir jetzt geführt hätten, wenn das Bad vielleicht schon in Betrieb wäre und möglicherweise Fliesen im Eingangsbereich dann auch einen Badegast getroffen hätten.

Daher hat das Kontrollamt hier jedenfalls klargelegt, dieser Schritt war wichtig, nicht zuletzt auch deshalb, um die entsprechenden Verantwortlichkeiten der Mängel, die derzeit vorliegen, klären zu können.

Nun zu den konkreten Antworten.

Zu 1 und 2: Derzeit sind die vom Gericht bestellten Sachverständigen am Zug, um die entsprechenden Beweise zu sichern. Diese Beweissicherung wurde beantragt und wird derzeit auch durchgeführt. Erst wenn alle Beweise vorliegen, können Expertisen über die weitere Vorgangsweise in den einzelnen Bereichen erstellt werden. Wie ich informiert wurde, wurden nach Klärung der statischen Rahmenbedingungen für die temporäre Beckenbefüllung die Becken stufenweise befüllt. Derzeit laufen die Färbetests zur Überprüfung der Bäderhygiene, im Anschluss daran wird das Wasser wieder abgelassen und die Beweissicherung für die Statik fortgesetzt.

Zu 3: Das Verfahren und die Dauer richten sich nach den Vorgaben des Sachverständigen und werden nicht von der Wiener Stadthalle oder sonst irgendjemand bestimmt. Auch wenn der zeitliche Druck und der Wunsch, möglichst bald wieder aufzusperren, von uns selbst der größte ist, wird der Sachverständige, Dipl-Ing Dr Kollegger, für die Durchführung dieser Untersuchungen jene Zeit bekommen, die er dafür benötigt und für notwendig hält.

Zu den Fragen 4 bis 8: Es macht aus den vorhin genannten Gründen derzeit überhaupt keinen Sinn, über Schlussfolgerungen oder noch nicht vorliegende Ergebnisse zu spekulieren. Schlüsse werden dann gezogen, wenn die Ergebnisse vorliegen. Jedenfalls hat, so die ersten Informationen der Wiener Stadthalle, das Monitoringsystem während der derzeitigen probeweisen Beckenbefüllung stabile Daten geliefert. Daraus kann man aber seriöserweise noch keine Schlüsse auf ein mögliches Endergebnis ziehen. Faktum ist auch, dass derzeit an keinem Ausstiegsszenario gearbeitet wird.

Zu den Fragen 9 bis 15: Faktum ist, dass seit der Eröffnung im Jahr 1974 die Beckenkonstruktion im Wiener Stadthallenbad von dazu befugten Sachverständigen regelmäßig überprüft wurde. Bei jeder dieser Überprüfungen wurde von den Sachverständigen des Stadthallenbades ein betriebssicherer Zustand bestätigt. Genau so wurde das Wiener Stadthallenbad betriebsanlagentechnisch von den Behörden in den vorgeschriebenen Intervallen kontrolliert. Sämtliche Genehmigungen, die für den Betrieb des Bades notwendig und vorgeschrieben sind, lagen somit zu jedem Zeitpunkt vor.

Um den Zustand der Bauanlage zu erfassen und zu beurteilen, wurde die Bauzustanderhebung im Mai 2008 und deren Erweiterung zur Ausarbeitung eines Vorentwurfs auf Basis der vorgeschlagenen Sanierungsmaß-

nahmen im Oktober 2008 durchgeführt. Auf Basis dieser Vorarbeiten wurde in der Folge im Juli 2009 von der Wiener Stadthalle ein gebäudetechnischer Vorentwurf, inklusive Brandschutzkonzept, und eine Grobkostenschätzung bei einem renommierten und auch auf Bäderbau spezialisierten Ingenieurbüro beauftragt. Außerdem hat ein Expertenbüro ein Konzept zur Energieeinsparung ausgearbeitet, und ein Statiker wurde für die statisch-konstruktive Beratung hinzugezogen.

Diese Vorarbeiten wurden so exakt und gewissenhaft durchgeführt, wie es auf Grund der vorgegebenen Rahmenbedingung, nämlich durchaus auch den Badebetrieb nicht zu beeinträchtigen, möglich war, denn für tiefergehende Untersuchungen, wie vom Kontrollamt ja auch beschrieben, hätte das Stadthallenbad zumindest für mehrere Monate zusätzlich gesperrt werden müssen. Das Bad sollte jedoch selbstverständlich, wie immer, auch entsprechend lang in Betrieb sein und während der Vorarbeiten zur Generalsanierung geöffnet bleiben. Deshalb auch die Entscheidung auf Basis der Empfehlungen der beigezogenen Sachverständigen für die Methoden der Sichtkontrolle in dieser Phase.

Um dennoch – und das ist mir besonders wichtig – in der Folge tiefergehende Untersuchungen vornehmen zu können, hat die Wiener Stadthalle den mit der Generalplanung beauftragten Architekten verpflichtet, weitere Untersuchungen der Bauanlagen durchzuführen, sofern er solche als notwendig erachtet. Die Stadthalle selbst hat unmittelbar nach Fertigstellung der Abbrucharbeiten zur Aushöhlung der beiden Untergeschoße entsprechende Experten beigezogen, gerade weil sie über die entsprechende Expertise und das Know-how dazu verfügen.

Dieser Zeitpunkt war der frühestmögliche, um tiefergehende Untersuchungen der Gebäudestruktur vornehmen zu können, da diese Arbeiten nicht bei laufendem Badebetrieb durchgeführt werden hätten können.

Um den Zustand der Spannkabel zu erheben, wurden sogar Röntgenuntersuchungen vorgenommen, die jedoch keinerlei Schlüsse auf die Lage und den Zustand der Spannkabel zugelassen haben. Genau aus diesem Grund ordnete die Wiener Stadthalle den Generalplaner an, dass im Zuge des Einbaues der Vertikaldurchströmung – wesentlich für die Bäderhygiene – sämtliche entnommenen Baukerne von der örtlichen Bauaufsicht zu nummerieren und zu dokumentieren sind. In weiterer Folge seien diese Bohrkern im Labor untersuchen zu lassen.

Zu den Fragen 16 bis 19: Es ist das Ergebnis der Beweiserhebung und der anschließenden Gerichtsverfahren abzuwarten, bis festgestellt werden kann, wer welchen Umstand verschuldet und zu verantworten hat. Es wurde von Beginn an betont, dass Konsequenzen dort gezogen werden, wo ein Fehlverhalten vorliegt. Im Interesse der Steuerzahler, der Stadt und des Bauherrn Wiener Stadthalle geht es jetzt einmal darum, dass von den Auftragnehmern ein Bad übergeben wird, das, wie vertraglich vereinbart, ordnungsgemäß, generalsaniert und funktionsfähig ist.

Was die Ursachen für die Mängel sind, wie sie beho-

ben werden und wer dafür verantwortlich ist, werden die gerichtliche Beweissicherung und die Sachverständigen klären. Wer was wann getan oder nicht getan hat, stellen nun die Sachverständigen fest.

Dass die Entscheidung für den Baustopp und die gerichtliche Beweissicherung richtig waren – ich habe schon darauf hingewiesen –, zeigen ja auch die entsprechenden Ausführungen des Kontrollamtes. Viele der nach dem Baustopp und im Rahmen der Beweissicherung aufgedeckten Mängel beziehungsweise Beispiele für die in vielen Bereichen aufklärungsbedürftige Vorgangsweise von örtlicher Bauaufsicht und der mit Arbeiten beauftragten Firmen sind im entsprechenden Kontrollamtsbericht ja ebenfalls nachzulesen.

Es zeigt sich, wenn man sich die Mühe macht, genau hinzusehen, ohne politisches Kleingeld zu machen – darauf hat ja auch Frau Kollegin Leeb Wert gelegt –, dass das Fehlverhalten wohl primär auch bei Generalplaner, örtlicher Bauaufsicht und ausführenden Firmen zu suchen ist, aber wir warten jetzt die entsprechenden Untersuchungen ab. Sie werden letztendlich Schlüsse ergeben, und wir werden die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen.

Zu den Fragen 20 bis 22: Es wird auf die Ausführungen der Stadthalle im Kontrollamtsbericht verwiesen. Im Rahmen der ersten Verfahrensstufe zur Vergabe der Generalplanerleistungen wurde zum Nachweis der Eignung von den Bietern verlangt, ihre Erfahrungen im Hallenbadbau nachzuweisen. Bei der Beurteilung der Bieter wurden diese Nachweise entsprechend gewichtet. Ob die Eignung für dieses Projekt gegeben ist, hat eine renommierte Anwaltskanzlei geprüft, die von der Wiener Stadthalle mit der Durchführung des Vergabeverfahrens beauftragt wurde.

Zu den Fragen 23 bis 25: Diese Umstände waren mir nicht bekannt. In diesem Zusammenhang verweise ich ebenfalls auf die Ausführungen der Wiener Stadthalle im Kontrollamtsbericht.

Zur Vergabe der örtlichen Bauaufsicht wurde ein EU-weites Vergabeverfahren durchgeführt. Der Auftrag an die örtliche Bauaufsicht wurde im Juni 2010 abgeschlossen. Für die Durchführung dieses zweistufigen Vergabeverfahrens bediente sich die Wiener Stadthalle einer renommierten, auf Vergaberecht spezialisierten Rechtsanwaltskanzlei. Diese Kanzlei hat das Verfahren von der Kundmachung bis zum Abschluss des Vertrages für die örtliche Bauaufsicht geleitet.

Zu den Fragen 26 bis 28: Die Wiener Stadthalle hat im Wege ihrer nunmehrigen anwaltlichen Vertretung die entsprechenden rechtlich gebotenen Schritte veranlasst. Nachdem es sich um eine der renommiertesten, auf Vergaberecht spezialisierten Rechtsanwaltskanzleien handelt, wird man davon ausgehen müssen, dass sie im Bereich der Stadt Wien oder in einzelnen Unternehmen, an welchen die Stadt Wien beteiligt ist, tätig ist. Darüber wird allerdings in meinem Bereich keine entsprechende Statistik geführt.

Zu den Fragen 29 bis 34: Auch diese Umstände waren mir nicht bekannt. Ich kann mich nur auf die Aussagen des Wien-Holding-Geschäftsführers Peter Hanke

berufen, der gegenüber den Medien betont hat, dass nach Abschluss des Verfahrens alle notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Zur Vergabe der örtlichen Bauaufsicht wurde ein EU-weites Vergabeverfahren durchgeführt, und der Auftrag an die örtliche Bauaufsicht wurde im Juni 2010 von der Wiener Stadthalle abgeschlossen.

Ich habe schon darauf hingewiesen, für dieses zweistufige Vergabeverfahren bediente sich die Stadthalle einer renommierten, auf Vergaberecht spezialisierten Rechtsanwaltskanzlei. Diese Kanzlei hat das Verfahren entsprechend begleitet. Wie mir die Wiener Stadthalle mitteilt, wurden im Sinne des Gleichbehandlungsgebotes alle Bieter von der Anwaltskanzlei zur Abgabe eines „last and final offers“ aufgefordert. Es war ausschließlich Aufgabe der beauftragten Anwaltskanzlei, die Angebote auf das Vorliegen von Ausscheidungsgründen – dazu zählt das Vorliegen von spekulativer Preisgestaltung – zu prüfen. In diesem Zusammenhang wird auch darauf hingewiesen, dass der zweitgereichte Bieter ein Anbot in ähnlicher Höhe abgegeben hat. Die Beurteilung eventueller Ausscheidungsgründe oblag der Anwaltskanzlei, die diesen Prozess in jeder Phase überwacht und begleitet hat.

Der Umstand, dass der technische Direktor und einer der Bieter in einem anderen Unternehmen verschiedene Funktionen ausüben, ist per se gemäß § 129 Bundesvergabegesetz kein Ausschließungsgrund. Um jedoch von vornherein keine Zweifel über die Korrektheit aufkommen zu lassen, hat der technische Direktor der Wiener Stadthalle auf sein Stimmrecht in der Beurteilungskommission verzichtet.

Zur VTTC, die ja letztendlich angesprochen ist: Es ist dies ein Unternehmen, an dem die Wien Holding nur Minderheitsanteile besitzt, mit Schwerpunkt Umweltschutz, Energie, Sport und Entertainment. Das Unternehmen selbst ist in keiner Weise mit Arbeiten rund um die Stadthallenbad-Sanierung beauftragt.

Zu den Fragen 35 bis 37: Mit der Erstellung des Terminplans und der Überprüfung der Machbarkeit war der Generalplaner beauftragt. Der Terminplan mit 17 Monaten Bauzeit wurde vom Generalplaner zwar als ehrgeizig, aber machbar und realisierbar eingestuft. Bei der Festlegung des Zeitrahmens für die Generalsanierung wurde im ersten Schritt ein Szenario entwickelt, das versucht hat, folgende externe Rahmenbedingungen zu berücksichtigen: Zum einen war der Beginn der Generalsanierung darauf abzustimmen, ab welchem Zeitpunkt eine alternative Trainingsmöglichkeit für den Profischwimmersport, nämlich die Traglufthalle im Stadion, bereitgestellt werden kann. Zum anderen sollte nach Möglichkeit der Fertigstellungstermin so festgelegt werden, dass das generalsanierte Stadthallenbad wieder rechtzeitig zum Beginn der Vorarbeiten für Profischwimmer für die Europameisterschaften entsprechend bereitsteht. Wie gesagt, dieser Terminplan wurde vom Generalplaner als ehrgeizig, aber machbar und realisierbar eingestuft.

Zu den Fragen 38 bis 41: Die Beweissicherung dient dazu, die Wasseraustritte zu dokumentieren. Auf Grund dieser Befunde können in der Folge Rückschlüsse auf

die Ursachen gezogen werden. Da die Beweissicherung noch nicht abgeschlossen ist, kann hier keine finale Aussage getroffen werden. Alle Leckstellen, die im Rahmen der Beweissicherung festgestellt wurden, hat es aber definitiv vor der Sanierung nicht gegeben. Das heißt, dass diese Leckstellen in unmittelbarem Zusammenhang mit den Arbeiten der beauftragten Firmen am Becken stehen, die Wasseraustrittsmenge ist unterschiedlich und wird vom Sachverständigen dokumentiert. Welche Maßnahmen erforderlich sein werden, kann erst nach Abschluss der Beweissicherung und der nachfolgenden Gutachten bestimmt werden.

Zu den Fragen 42 bis 43: Die rechtlichen und vertraglichen Folgen hängen vom Ergebnis der Beweissicherung, den folgenden Gutachten und der Verschuldensfrage ab. Diesbezüglich können derzeit keinerlei Angaben gemacht werden. Das Projektteam ist ja jenes des Generalplaners, diesem oblag das Projektmanagement. Wieso vom Generalplaner keine Veränderungen vorgenommen worden sind, kann ich Ihnen, nachdem ich das nicht bin, nicht beantworten.

Zu den Fragen 44 bis 46: Zunächst muss man festhalten, dass gemäß Projekthandbuch der begleitenden Kontrolle eine Kontrollfunktion zukam, aber diese Funktion nicht mit den Aufgaben des Generalplaners oder der örtlichen Bauaufsicht der Ausführungskontrolle gleichgesetzt werden kann. Selbstverständlich ist die MA 51 mit Art und Umfang der entsprechenden Information nicht zufrieden und wird diese, wenn die entsprechenden Grundlagen dafür vorliegen, geltend machen. Es handelt sich hierbei um ein renommiertes Unternehmen, das schon viele Bauprojekte auch selbst abgewickelt hat. Dennoch sind, wie bereits erwähnt, entsprechende Minderleistungen natürlich geltend zu machen. Bisher hat allerdings die Firma in allen anderen Fällen alle Aufträge ordnungsgemäß durchgeführt. Seit es Bedenken und die entsprechenden Diskussionen rund um das Stadthallenbad gibt, wurde die Firma nicht mit neuen Projekten betraut.

Zu den Fragen 47 bis 55: Wann die Befunde der Beweissicherung und die daran anschließenden Gutachten der Sachverständigen vorliegen, ist derzeit noch nicht final absehbar und hängt vom Verlauf der noch erforderlichen Untersuchungen ab. Der Abrechnungswert liegt laut Auskunft der Wiener Stadthalle derzeit bei rund 16,6 Millionen EUR. Für Sachverständige sind rund 92 000 EUR angelaufen, die in den Verfahren geltend gemacht werden können. Die derzeitigen Gesamtkosten liegen daher nach wie vor innerhalb des vom Gemeinderat genehmigten Rahmes von 17 Millionen plus/minus 20 Prozent.

Es kann erst nach Vorliegen aller Befunde und Gutachten die Lösungsstrategie für sämtliche Bereiche erarbeitet werden. Erst danach kann eine Aussage darüber getroffen werden, in welchem Umfang die Gesamtkosten ausfallen werden. Es darf aber nicht übersehen werden, dass das primäre Ziel, das Bad in einem sicheren und hygienisch einwandfreien Zustand wieder aufzusperren, erreicht werden soll. Die Regressforderungen werden auf Grund der Dauer von Gerichtsverfahren im Allgemeinen

wesentlich länger dauern.

Da die Arbeiten sämtlicher Firmen bereits am 12. Dezember 2011 beziehungsweise am 3. Februar 2012 zur Gänze in einwandfreier Art hätten fertiggestellt werden müssen, können Vorhaltekosten per Definition nicht entstehen. Nachdem noch keine Prozesse geführt werden, können auch keine Prozesskosten bekannt gegeben werden.

Zu Frage 56: Allein schon aus dem Umstand heraus, dass Auftraggeber hinsichtlich aller Leistungen die Wiener Stadthalle ist, ist auch nur diese aktiv zur Klage legitimiert. Weder die Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport noch die MA 51 können im Verfahren der Sanierungsarbeiten des Stadthallenbades gerichtliche Schritte einleiten.

Zu den Fragen 57 bis 59: Dieses Vernehmen stimmt nicht. Es sind all jene Firmen betroffen, deren Leistungserbringung mangelhaft ist. Da eine Forderung erst nach Beauftragung und ordnungsgemäßer Leistungserbringung entsteht, gibt es keine, die man auf Eis legen könnte.

Zu den Fragen 60 bis 66: Auf Basis des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 30. April wurde von der MA 51 die Machbarkeitsstudie für ein Schwimmsportzentrum in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse werden wie geplant bis Ende des Jahres vorliegen.

Zur Frage 67 verweise ich auf die umfangreichen Beantwortungen zu dieser bereits gestellten Frage, denen ich auch nichts zusätzlich hinzuzufügen habe.

Zu den Fragen 68 bis 70: Wie auch schon eingangs erwähnt, gibt es den Beschluss des Wiener Gemeinderates, dass die Sanierung des Wiener Stadthallenbades im Namen und auf eigene Rechnung der Wiener Stadthalle durchgeführt wird. Die Aufgabenbereiche und die Verantwortlichkeiten im Projekt sind deshalb klar definiert, und die Wiener Stadthalle hat dabei die Bauherrenfunktion wahrgenommen. Die Projekt- und Baukontrolle ist Teil der Leistungen der Generalplanung und der örtlichen Bauaufsicht. Sowohl die Generalplanung wie auch die örtliche Bauaufsicht wurden nach EU-weiter Ausschreibung extern vergeben. Die begleitende Kontrolle nach den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit obliegt der MA 51, die gemäß Bundesvergabegesetz mit dieser Aufgabe ein Zivilingenieurbüro beauftragt hat.

Für Vorarbeiten wie die Erhebung und Erfassung des Bauzustands und die Vorstudie wurde die Vorgangsweise einer Sichtprüfung und einer Sichtkontrolle deshalb gewählt, weil für tiefere Untersuchung, wie vom Kontrollamt beschrieben – und darauf habe ich schon hingewiesen –, das Stadthallenbad für mehrere Monate gesperrt hätte werden müssen, gleichzeitig wurden mit dem Generalplaner aber auch die notwendigen Maßnahmen im Rahmen der Projektumsetzung entsprechend vereinbart.

Selbstverständlich sind alle Abteilungen angewiesen, die im Kontrollamtsbericht ausgesprochenen Empfehlungen entsprechend umzusetzen, und ich hoffe, dass dies, gerade auch, da man einen Lernprozess haben wird, natürlich auch entsprechend stattfindet. Denn ich glaube,

es ist das gemeinsame Interesse – und gerade GRin Leeb hat ja eingangs auch darauf hingewiesen –, dass natürlich auch aus Bauvorhaben, bei denen nicht alles so läuft, wie man es sich vorstellt, die entsprechenden Schlüsse gezogen werden sollen. Ich möchte aber schon auch bemerken, dass bei Bauvorhaben immer wieder Probleme auftreten können. Die Suche nach den Fehlern darf jedoch nicht die Leistung der erfolgreich umgesetzten Projekte, sowohl im Bereich der Geschäftsgruppe, aber auch im Bereich der Wien Holding, in den Schatten stellen.

Alleine in meinem Ressort werden jährlich Bauvorhaben in der Gesamthöhe von über 100 Millionen umgesetzt, vom Schulsanierungspaket über Schulneubauten bis zu Schulerweiterungen. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass gerade auch die Wien Holding in der Umsetzung von Projekten sehr erfolgreich ist. Ich erinnere an das Mozarthaus, die Revitalisierung des Jüdischen Museums, die Schiffsstation in der Wiener City, das Ausbauprogramm des Wiener Hafens, die Messe Wien, die Therme Wien, den Wohnbaubereich.

Hier gilt es jetzt, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Wir haben alles Notwendige getan, damit hier seriös und von entsprechenden externen Gutachtern und Sachverständigen kontrolliert alle Mängel raschest behoben werden können. Jetzt müssen die Ursachen gefunden werden, damit wir möglichst rasch wieder ein Bad für die Wienerinnen und Wiener haben. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Vorsitzende GRin Dr. Monika Vana: Ich danke dem Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport für die Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Bevor ich die Debatte eröffne, möchte ich Ihnen zur Kenntnis bringen, dass das wörtliche Protokoll zu den Postnummern 14, 15, 16 mir nun vorgelegt wurde, zu dem Frau nichtamtsführende Stadträtin Matiassek einen Ordnungsruf für Herrn GR Mag Werner-Lobo verlangt hat. Ich darf aus diesem wörtlichen Protokoll zitieren. Es ging um das Thema Transparenz und es wurde gesagt:

„Dann geht es auch bis hin zur Korruption und bis hin zu den zahlreichen Verbrechen, die ja vor allem aus den Reihen der FPÖ bekannt geworden sind.“

Ich werde für diese Äußerungen keinen Ordnungsruf erteilen, und zwar aus dem Grund, dass niemand von Herrn GR Mag Werner-Lobo persönlich beschuldigt oder eines Verbrechens bezichtigt wurde, sondern er auf einen Umstand hingewiesen hat, der ihm und uns als allgemein bekannt erschien.

Ich möchte aber alle Mandatäre und Mandatarinnen dieses Hauses noch einmal im Sinne der gestrigen Sitzungsunterbrechung und der Präsidiale zu einer Wortwahl aufrufen, die nicht dazu führt, persönliche Verletzungen hervorzurufen. Heute ist es das Wort Verbrecher, gestern ist auch einige Male der Faschismusvorwurf gemacht worden, noch dazu in Bezug auf den Antifaschismus. Ich glaube, wir wollen alle eine Wortwahl treffen, die der Würde dieses Hauses gerecht wird und unserer demokratischen und wertschätzenden Grundeinstimmung entspricht. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – GR*

Mag Dietbert Kowarik: Was ist da Wertschätzung?)

Ich darf nun die Debatte zur Dringlichen Anfrage eröffnen, wobei ich bemerke, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt. Zur Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage hat sich Herr GR Dr Ulm zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich darauf aufmerksam mache, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist.

GR Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Stadtrat! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dass nicht wahnsinnig viel Inhaltliches vom Herrn Stadtrat gekommen ist, hat mich hier nicht so überrascht wie die Selbstzufriedenheit, die doch in den letzten Sätzen wieder durchgeschlagen hat. Es gibt kein Unrechtsbewusstsein, man sucht die Schuld so überhaupt nicht bei sich. Und die Erklärung, es sollen doch die richtigen Schlüsse gezogen werden, bleibt doch eher ein Lippenbekenntnis, wenn diese Aussage auch gleich damit verbunden wird, wie wahnsinnig viel da in Wien gebaut wird, quasi als Entschuldigung, das muss man schon sehen, ein unglaubliches Volumen, und wo gehobelt wird da fliegen Späne. – Es fliegen nur ganze Bäume bei Ihnen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es hat mich als Mit Antragsteller natürlich nicht sehr gefreut, Herr Stadtrat, dass Sie auf die Fragen nicht im Einzelnen detailliert eingegangen sind, sondern die Beantwortung zusammengefasst haben. So ist es dann für Sie natürlich leichter geworden, einige Antworten schuldig zu bleiben. Sie sind mehrere Antworten schuldig geblieben, Sie haben sehr oft gesagt, da kann ich keine Angabe machen, da können noch keine Schlüsse gezogen werden. Bei einzelnen Fragen kann ich das akzeptieren, da ist es auch nachvollziehbar. Es ist nur öfter vorgekommen, als es notwendig wäre, und ganz konkrete Antworten gehen mir ab. Da haben Sie immer wieder erklärt, es liegt entweder an der Stadthalle, am Generalplaner, an der örtlichen Bauaufsicht, man muss abwarten, man wird sehen, was letztendlich herauskommt. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Das ist halt bei einer Beweissicherung so!*) Es ist nachvollziehbar, Herr Stadtrat, wenn Sie das bei einzelnen von 70 Fragen sagen, nur ist das der Tenor, und ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie Frage für Frage beantworten, dann wäre auch unsere Diskussion einfacher zu führen. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Es waren genau zwei Fragen konkret!*)

Ich resümiere und stelle fest, von einer Legende können wir uns in dieser Stadt verabschieden, nämlich dass diese Stadt so furchtbar gut verwaltet ist. Sehr geehrte Damen und Herren, wenn derart haarsträubende Fehler in der Privatwirtschaftsverwaltung passieren und es zu einer derartigen Geldverschwendung kommt, dann ist das Märchen von der gut verwalteten Stadt nicht länger aufrechtzuerhalten. (*Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Ich stelle zum Zweiten fest, dass die SPÖ ihre politische Verantwortung nicht wahrnimmt. (*GR Heinz Vettermann: Stimmt nicht!*) Sie sind tatsächlich der Meinung,

politische Verantwortung liegt nur dann vor, wenn der Stadtrat etwa eine rechtswidrige oder eine unwirtschaftliche Weisung erteilen oder eine falsche Entscheidung persönlich treffen würde.

Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sehr geehrte Damen von SPÖ und GRÜNEN! Die politische Verantwortung tragen Sie für alle Fehler, die in Ihrem Verantwortungsbereich passieren und auf die Sie grundsätzlich Einfluss nehmen können. Sie tragen die politische Verantwortung auch dann, wenn Sie sich um Ihren Geschäftsbereich nicht ausreichend kümmern und wenn Sie Entscheidungen, die anfallen, nicht treffen. Sie können es nicht darauf reduzieren, dass Sie sich bei Baubeginn oder zur Wiedereröffnung von Großprojekten abfotografieren lassen. Das alleine ist nicht die Aufgabenumschreibung eines amtsführenden Stadtrates. (*Beifall bei ÖVP, FPÖ und bei GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Sie können auch nicht sagen, Sie sind nicht zuständig, sondern zuständig sei erstens einmal die Stadthalle, die bekanntlich eine Gesellschaft der Wien Holding ist, zweitens sei die Wien Holding zuständig, die zur Frau VBgmin Brauner ressortiert, und drittens sei die MA 51 zuständig, die ist aber erstens auch nicht der amtsführende Stadtrat und zweitens ist sie nur Vertragspartner der Stadthalle. – Wenn Sie sich diesen Vertrag zwischen der Stadt Wien und der Stadthalle ein bisschen näher anschauen, dann steht da drinnen, dass die MA 51 – eine Abteilung, die zu Ihrem Geschäftsbereich ressortiert – die Stadt Wien vertritt und dass der MA 51 ausdrücklich ein Weisungsrecht vorbehalten ist. Mit einem Weisungsrecht ist untrennbar eine Aufsichtspflicht verbunden, und wenn diese Aufsichtspflicht von der MA 51 verletzt wird – und das ist evident –, dann tragen Sie als Stadtrat die politische Verantwortung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Man wollte das Bad im Vorhinein nicht sperren, man wollte nicht, dass die Wiener und die Sportler um die Nutzungsmöglichkeit gebracht werden. Sie haben in der Anfragebeantwortung nicht gesagt, von wem denn diese Vorgabe gekommen ist, ob sie von Ihnen gekommen ist. Sie sagen es mir jetzt auch noch nicht, diese Frage bleibt offen. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Das ist nicht von mir gekommen!*) – Sie sagen, von Ihnen ist es nicht gekommen, dass das Bad im Vorhinein nicht gesperrt werden darf. Ich nehme den Zwischenruf jetzt als Ergänzung zur Kenntnis. Ich sage Ihnen nur, das Kontrollamt und die Stadthalle haben festgestellt, dass es eine klare politische Auflage gegeben hat, dass der Betrieb bis zum Beginn der Generalsanierung aufrechterhalten werden muss. Das können Sie im Kontrollamtsbericht nachlesen, dass es diese Auflage gegeben hat. Von wem diese Auflage stammt, das würde mich interessieren. Sie sagen jetzt, Sie waren es nicht, die Stadthalle ist zuständig für die Durchführung, die Stadthalle sagt, sie habe die Auflage bekommen, entweder von der MA 51 oder von Ihnen. Von wem auch immer, es war eine krasse Fehlentscheidung, die uns noch sehr viel Geld kosten wird.

Im Übrigen glaube ich auch, dass es eine Ausrede ist, weil zu ganz vielen Sanierungsarbeiten der Badebetrieb ja überhaupt nicht hätte gesperrt werden müssen.

Es gibt weite Sanierungsbereiche, wie zum Beispiel die Fassadenkonstruktion, die Dachkonstruktion, die Tribünenkonstruktion, bei denen das Becken nicht hätte geleert werden müssen, und auch das Becken selbst ist ja von unten zugänglich. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Sie haben keine Ahnung, wie man Dachkonstruktionen zugänglich macht!*) Aber selbst wenn man das Becken hätte leeren müssen, dann wäre damit sicherlich nicht eine monatelange Sperre erforderlich gewesen. Ich würde mir ja wünschen, Sie hätten das Becken geleert und es wäre zur Schließung gekommen, dann würde sich der Steuerzahler sehr viel Geld ersparen.

Ich glaube, Sie wollten diese Sperre einfach nicht. Sie wollten ganz schnell mit dem Bau beginnen, und zwar noch vor der Wahl im Jahr 2010, und Sie wollten vor allem in Hinblick auf die Schwimm-Europameisterschaft 2012 zu einem ganz raschen Abschluss der Arbeiten per August 2011 kommen. (*Amtsf StR Christian Oxonitsch: Vor der Wahl habe ich unheimlich gern Wickel mit den Schwimmern!*) Das konnte sich ganz einfach nicht ausgehen, und auch dafür tragen Sie die politische Verantwortung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich komme zur Projekt- und Leistungsbeschreibung, welche völlig unzureichend erfolgt ist. Es ist schon der Kern eines Bauvertrages, dass man sagt, was man gerne hätte, was man bestellt und was man kauft, um einen nicht allzu geringen Betrag von 16,6 Millionen. Eines geht nicht: Man kann nicht sagen, ich interessiere mich nicht für mein Eigentum, also die Stadthalle und das Stadthallenbad. Ich bin zwar der große politische Chef und der große politische Verantwortliche, aber ich sage nur, ich will eine Generalsanierung, ich will, dass Sie alles machen, was notwendig ist, ich will, dass es am Schluss alles pipifein ist, und es darf genau 16,6 Millionen kosten.

So können Sie keinen Bauvertrag vereinbaren. Da trifft Sie eine grobe Schuld, wenn Sie das dennoch machen. Denn was passiert? Sie haben sich darauf verlassen, Sie werden das, was dann im Laufe der Sanierung noch anfällt, einfach zusätzlich beauftragen. So eine Vorgangsweise ist aber abzulehnen. Erstens wird es dadurch immer teurer, es gibt ja keine zusätzliche Ausschreibung, und nichts ist teurer als diese Direktaufträge im laufenden Bauverfahren. Und Sie umgehen damit natürlich den Gemeinderat, und Sie umgehen die politische Diskussion über die reale Größe der Bausumme. Das ist natürlich etwas, was wir unter keinen Umständen akzeptieren können.

Aber auch, als es um die Ausschreibung und um die Vergabe an den Generalplaner gegangen ist, hat es ein radikales Versagen Ihrer Geschäftsgruppe gegeben. Denn das Eignungskriterium schlechthin für den Zuschlag an den Generalplaner war ausreichende Erfahrung im Hallenbadbau. Das Kontrollamt sagt, dieses Zuschlagskriterium, dieses Eignungskriterium war nicht vorhanden. Der Zuschlag wurde dennoch erteilt. Das war bitte die zentrale Anforderung bei diesem Sanierungsprojekt, das hätte Ihnen, das hätte zumindest Ihrer Abteilung, das hätte zumindest dem Sportamt auffallen müssen. Wenn es der MA 51 nicht auffällt, dann hat sie die

Aufsichtspflicht gröblich verletzt, und Sie tragen als Stadtrat dafür die politische Verantwortung.

Vergabe der örtlichen Bauaufsicht: Auch da sagen Sie, Sie können nichts dafür. Auch hier ein Fehler, der ins Auge springt: Es kommt zu einer Reduktion des Angebotspreises bei der örtlichen Bauaufsicht von 615 000 EUR auf 342 000 EUR. Ich frage mich, wie ein Unternehmen eine solche Preisreduktion anbieten kann. Das ist nämlich eine Preisreduktion um 44 Prozent, und das Kontrollamt sagt uns, so eine Reduktion ist nicht plausibel, das ist ein spekulatives Angebot. Die Preisangemessenheit hätte vom Auftraggeber überprüft werden müssen. Es wurde schlicht und einfach verabsäumt, von der Bieterin nach dem Bundesvergabegesetz Aufklärung über die Angebotspreise zu verlangen.

Sie können auch in diesem Fall nicht sagen, Ihre Geschäftsgruppe hat damit nichts zu tun, denn es gab immer die engste Zusammenarbeit zwischen Stadthalle und Magistratsabteilung 51, konkretisiert in einer Person: in der Person des technischen Direktors der Stadthalle, der für die MA 51 für das Sonderprojekt Stadthalle abgestellt wurde und der nach meinen Informationen von der MA 51 sogar für diese Tätigkeit bezahlt wurde. Also eine engere Einbindung der MA 51 kann man sich ja schon nicht mehr vorstellen, und wenn es hier zu derart gröblichen Verfehlungen kommt, dann tragen Sie als Stadtrat dafür die politische Verantwortung. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie sagen, Sie sind natürlich auch nicht für die begleitende Kontrolle zuständig. Das sind jene 40 000 EUR für eineinhalb Jahre qualitativ und quantitativ höchst anspruchsvolle Tätigkeit. Diese Vergabe erfolgt im Übrigen an eine Firma, direkt von der MA 51, und zwar geht es da um die Kontrolle der Ausführungsqualität, um die Kostenverfolgung und um die Bewahrung des architektonischen Erbes von Roland Rainer. Es ist natürlich mit freiem Auge erkennbar, dass diese 40 000 EUR bei Weitem viel zu gering bemessen sind. Warum es zu diesem bedenklichen Ankauf im Wege der Direktvergabe durch die MA 51 gekommen ist, weiß ich nicht, ich weiß nur, Sie tragen dafür die politische Verantwortung. (*Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Sie sind auch sehr stolz darauf, dass Sie diesen Baustopp veranlasst haben. Ich bin sehr skeptisch, ob das sinnvoll war. Ich bezweifle die Sinnhaftigkeit dieses Baustopps, stelle aber fest, dass es interessant ist, dass Sie hier dann auf einmal erklären, eine Zuständigkeit für sich gefunden zu haben. Jedenfalls haben Sie den Firmen die Möglichkeit genommen, ihr Gewerk abzuschließen, und es kommt natürlich der Einwand von den Firmen, hätte man uns weitermachen lassen, dann hätten wir selbstverständlich alle Fehler behoben, hätten alles wunderbar gemacht und wären schon längst fertig.

Ich sage Ihnen, natürlich gibt es grundsätzlich die Möglichkeit, wenn ein Werkunternehmer nicht anständig arbeitet, wenn er mangelhaft liefert, wenn er unvollständig liefert, wenn er mit Versäumnis liefert, dann kann ich natürlich irgendwann einmal vom Vertrag zurücktreten. Wenn ich mit einer Firma unzufrieden bin oder sage, sie ist unfähig, dann trete ich vom Bauvertrag zurück. Das hätte die Stadthalle natürlich machen können. Sie hat es

aber nicht gemacht, also ganz so überzeugt dürfte sie nicht davon sein, dass die Firmen so unfähig sind, sondern sie hat einen Baustopp verhängt. Es sind bis dato keine anderen Firmen beauftragt worden, man hat sich nicht von den alten Firmen getrennt. – Das ist für mich verwunderlich. Ich darf es an dieser Stelle ausdrücklich festhalten.

Für mich steht auf Grund des Kontrollamtsberichtes fest, es hat haarsträubende Fehler bei der Magistratsabteilung 51 gegeben, und es hat möglicherweise auch Fehler bei der Stadthalle gegeben. Es spricht einiges dafür, dass es dort Fehler gegeben hat. Aber wenn Sie das feststellen, Herr Stadtrat, dass es dort diese Fehler gegeben hat, dann hätten Sie bitte auf Grund des Vertrages mit der Stadthalle bei der Wiener Stadthalle auch die entsprechenden Konsequenzen einfordern müssen. Denn die Wiener Stadthalle war ja verpflichtet, all das zu erfüllen, was sie der Stadt Wien versprochen hat. Gibt es Pflichtverletzungen – so steht es im Vertrag drinnen –, dann kann der Stadthalle die Vollmacht widerrufen werden und Schadenersatz von ihr begehrt werden.

Es ist mir nicht bekannt, dass so ein Schadenersatzanspruch zwischenzeitig von der Stadt Wien gegenüber der Stadthalle begehrt worden wäre, würde auch wirtschaftlich nicht wahnsinnig viel bringen, weil es nur von der linken Tasche in die rechte Tasche geht. Sie glauben, Sie haben eine bessere Idee, Sie sagen – und das haben wir auch schon im Kontrollausschuss gehört –, Sie holen sich das Geld von den bösen Firmen. Ich sage Ihnen aber nur, das ist mit hoher Wahrscheinlichkeit genau so ein Schelmenstück, wie etwas von der linken in die rechte Tasche zu stecken, denn von den Firmen wird man mit hoher Wahrscheinlichkeit nichts bekommen können. Selbst wenn die Voraussetzungen für Gewährleistungs- oder Erfüllungs- oder Schadenersatzansprüche gegeben wären, Sie haben es verabsäumt, für entsprechende Sicherheiten, beispielsweise durch Bankgarantien, zu sorgen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir stellen einmal mehr fest, in einer langen, langen Liste von furchtbaren Skandalen im Zusammenhang mit Großprojekten der SPÖ Wien: Sie können es ganz einfach nicht! Sie können nicht wirtschaften! Sie können nicht auf den Euro der Steuerzahler aufpassen! Sie begehen haarsträubende Fehler in der Privatwirtschaft. Sie verschwenden schonungslos Steuergeld.

Dafür tragen Sie die politische Verantwortung: die SPÖ, die zuständigen Stadträte, aber auch der Bürgermeister. Nehmen Sie Ihre politische Verantwortung wahr und ziehen Sie endlich tatsächlich die Konsequenzen! (Beifall bei ÖVP, FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Es gibt eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von GR Mag Jung.

GR Mag Wolfgang **Jung** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Danke, Herr Vorsitzender!

Wir haben jetzt erfreulich schnell erlebt – wenn auch nicht mit dem entsprechenden Ausgang –, wie schnell ein Verlangen nach einem Ordnungsruf erledigt werden kann. Die Frau Kollegin Vana hat zwar verallgemeinernd gesagt, wir sehen das so. Ich kann sagen, wir sehen es

nicht so, wie es von ihr geschildert wurde. Dazu kurz später.

Herr Vorsitzender, ich warte noch immer auf die Entscheidung vom 29.10., und wenn die nicht erfolgt, hat man den dumpfen Verdacht, Sie verzögern das noch bis in den Dezember hinein oder bis zum Sankt Nimmerleinstag. Und das kann es nicht sein!

Entscheidungen von Vorsitzenden sind zwar rechtlich nicht einklagbar, aber man kann sich einmal überlegen, ob man so etwas nicht vielleicht sogar vor die Volksanwaltschaft bringt, weil schon sehr eklatante Unterschiede in der Behandlung der Mandatare in diesem Haus hier bestehen.

Noch einen abschließenden Satz zu dem vorherigen Vorfall. Formal: Wir respektieren die Entscheidung des Vorsitzes. Aber wenn weiterhin – und das sage ich ganz deutlich – hier Vorwürfe gegen nichtanwesende, vom Akt nicht betroffene und in keinem Zusammenhang damit stehende Personen benützt werden, um Personengruppen zu verunglimpfen, dann werden wir in Zukunft die Verbrecher und Kriminellen in den Reihen der SPÖ auch jedes Mal – und das würde ja zur heutigen Tagesordnung sehr gut passen –, vom kleinen Mann bis hinauf zu den Ministern, aufzählen. Viel Vergnügen! Das kann ich Ihnen wünschen. (Beifall bei der FPÖ.)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Was der Vorsitzende auf keinen Fall zulassen kann, ist, dass er sich bedrohen lässt. (GR Mag Wolfgang Jung: Das habe ich nicht gemacht!) Wenn Sie eine Entscheidung des Vorsitzes, getroffen von Frau Dr Vana, nun verwenden, um zu sagen: „Wenn das so ist, dann werden wir künftighin ...“, dann tun Sie's doch (GR Mag Wolfgang Jung: Ja, wenn es so weitergeht!), aber bedrohen Sie nicht die Vorsitzführung wegen Entscheidungen, die getroffen werden. Ich lasse das nicht zu! (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Sie haben über den Hinweis auf den 29. mit mir kein einziges Wort gesprochen. (GR Mag Wolfgang Jung: Ich verlange, dass eine Entscheidung getroffen wird!) Ich habe heute zum ersten Mal von diesem Begehren von Ihnen gehört. Der Kollege Reindl wird, glaube ich, die richtige Entscheidung treffen und er wird sich auch rechtzeitig dazu äußern. (GR Mag Wolfgang Jung: Er hat es schon am Montag zugesagt!)

Es gibt noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung von Herrn GR Dipl-Ing Margulies. – Bitte schön.

GR Dipl-Ing Martin **Margulies** (Grüner Klub im Rathaus): Sehr geehrte Damen und Herren!

Man sollte, bevor man ans Rednerpult geht und sich zur Geschäftsordnung meldet, diese kennen und lesen. Es steht deutlich in der Geschäftsordnung nachzulesen, dass Ordnungsrufe bis zum Ende der Sitzung, spätestens jedoch bis zur Beginn der nächsten Sitzung, das heißt, Montag in der Früh, zu vergeben sind. Danach ist jegliche Entscheidung gefallen. Ich weiß nicht, worüber Sie sich aufregen. (GR Mag Wolfgang Jung: Über den Vorsitzenden, der gesagt hat, er trifft die Entscheidung erst später, weil er sich erst einlesen muss!) So einfach ist es. Danke! Auf Wiederhören! (Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Ich habe den Ordnungsruf gleich am selben Tag verlangt!)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Ellensohn. Ich erteile es ihm.

GR David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zurück zur Stadthalle, auch wenn es sehr verlockend ist, zur Geschäftsordnung Debatten zu führen. Die interessieren nämlich die Leute draußen am allermeisten. (*GR Mag Wolfgang Jung: Allerdings!*) Aber zurück zur Stadthalle.

Im Wasser sind alle gleich, wenn auch nicht gleich schnell. Wenn man in die Stadthalle schwimmen geht, trifft man alle Couleurs. Bei mir ist öfter der Herr Herzog vorbeigeschwommen, ich befürchte, der war schneller als ich, den habe ich regelmäßig in der Stadthalle beim Schwimmen getroffen. Viele von uns schwimmen dort wahrscheinlich und gehen jetzt woanders hin. Ich habe immer noch eines in der Nähe, nämlich das frühere Penzinger Waldbad, das ja privat nicht zu führen war und jetzt wieder von der Stadt geführt wird. Also gehe ich halt dorthin schwimmen. Schwimmen ist wichtig.

Wichtig ist die Stadthalle natürlich wegen der 50-m-Bahn für den Spitzensport. Mir liegt mindestens gleich viel – und das machen ja auch mehr Leute – der Breitensport am Herzen. Deswegen wäre es am schönsten, die Stadthalle wäre zu Weihnachten offen. Wir wissen alle, das wird nicht sein. Wir werden aber dafür sorgen, dass sowohl der Schwimmsport als auch das, was Leute wie ich machen – das nennt man dann, glaube ich, nicht mehr so sehr Sport, eher die tägliche Bewegungsstunde oder so ähnlich – in Wien ausgeübt werden kann. Dafür werden wir sorgen.

Ich möchte heute die Gelegenheit nützen, um mich bei der ÖVP zu bedanken. Wir wissen nämlich als GRÜNE, wie aufwändig es ist, 70 Fragen zu schreiben und diese ganze Arbeit zu machen, auch wenn wir das jetzt in der neuen Rolle nicht so oft tun müssen. Aber wir wissen, dass Oppositionsarbeit auch ein hartes Brot ist, und es ist viel Arbeit, das zu machen. (*GRin Ing Isabella Leeb: Macht auch viel Freude!*)

Ich bedanke mich aber auch bei StR Oxonitsch, der tatsächlich – da fällt das Urteil unterschiedlich aus – auf alle Fragen eingegangen ist und alle beantwortet hat, wie er sie beantworten konnte. Es gibt halt hin und wieder Dinge, die erst in der Zukunft passieren, die kann man heute abfragen, die kann man trotzdem nicht alle wissen. Aber es war eine sehr ausführliche Antwort. Jetzt würden wir alle viel mehr wissen, könnten schon wieder weitermachen und sagen, okay, jetzt wissen wir, was alles zu tun ist. Das reicht natürlich nicht im politischen Geschäft, weil wir ja ganz offensichtlich nicht ausschließlich an Fakten interessiert sind.

Das Kontrollamt selbst hat auf sehr vieles hingewiesen und, wie üblich, natürlich auch vieles gefunden. Deswegen haben wir ein Kontrollamt, deswegen sind wir auch froh, dass 100 Beschäftigte im Kontrollamt, beim zukünftigen Stadtrechnungshof, arbeiten und gute Arbeit leisten. Darauf basiert ja auch vieles, was die Politik im Anschluss übernommen hat, die Opposition übernommen hat, aber auch die Regierungsparteien übernehmen. Das Kontrollamt hat sehr, sehr wichtige Arbeit

geleistet. Wir sind sehr interessiert daran, sodass wir selbstverständlich wie immer versuchen werden, Punkt für Punkt von dem, was uns das Kontrollamt gesagt hat, für die Zukunft umzusetzen.

Niemand hat eine Freude mit den Fehlern, die passiert sind. Alle hätten gerne, dass die Bauvorhaben immer klappen und dass immer alles paletti ist, auch die Firmen, die das umsetzen. Das wird eher ein Wunsch ans Christkind sein, passt aber in die Saison. Es ist schade, dass immer wieder einmal bei einem großen Bauvorhaben – auch bei kleineren – etwas danebengeht. Wünschen würde ich mir etwas anderes.

Tatsache ist: Es wird immer wieder einmal etwas danebengehen. Kann man früh genug darauf schauen? Kann man das verhindern? Kann man Firmen, die immer wieder einmal danebengreifen, frühzeitig ausscheiden? – Eine ganz schwierige Frage. Das kann man nämlich nicht so leicht. Eine Firma, die heute Mist baut und sich das nächste Mal wieder an einer Ausschreibung beteiligt, ist wieder mit dabei. Sie können sie nicht ausscheiden, auch wenn sie vorher fünf Mal etwas falsch gemacht hat. Da gibt es sehr viele Maßnahmen, die notwendig sind, damit die öffentliche Hand nicht durch Private zu Schaden kommt. Wir werden versuchen und schauen, was rechtlich alles möglich ist, den Schaden nicht nur in Grenzen zu halten, sondern, wenn es leicht geht, soweit zu minimieren, dass es auszuhalten ist.

Ich wünsche uns allen, die schwimmen gehen, jetzt schon die Gelegenheit dazu und dass es dort super ist, und ich hoffe, dass irgendwann diejenigen – ich brauche keine 50 m –, die eine 50-m-Bahn brauchen, auch so eine zur Verfügung haben. – Vielen Dank. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Mag Kowarik. Ich erteile es ihm.

GR Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Ich würde mir wünschen, dass der Herr Kollege Ellensohn bei seinen Vorträgen immer so gewählte Worte finden und diese so streichelweich vortragen würde. Der Vortrag vom Herrn Kollegen war fast schon kurios. Manche Leute brauchen sich nicht zu verstellen, die sind privat und auch hier, wenn Sie so wollen, im Beruf, immer gleich. Soll so sein.

Auf eines möchte ich auch noch Bezug nehmen. Sie sagten, am schönsten wäre, wenn das Stadthallenbad zu Weihnachten aufsperrten würde. Falsch! Am schönsten wäre gewesen, es hätte schon letzte Weihnachten aufgesperrt, denn da war es nämlich vorgesehen. (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*) Wir sind schon ein Jahr in Verzug. Und da könnte man fast so glauben, das ist halt passiert, und so etwas kann passieren. Ich weiß nicht, ob sich der Klubobmann der Grünen Fraktion den Kontrollamtsbericht tatsächlich durchgelesen hat. So etwas sollte eigentlich in einer ordentlichen Stadtverwaltung wirklich nicht passieren. Wirklich nicht. Soll so sein.

Gehen wir es der Reihe nach an. Der Stadthallen-

Bauskandal reiht sich ein in die lange, lange Liste der vermurksten Bauvorhaben der Stadt Wien oder im Verantwortungsbereich der Stadt Wien. Wir kennen das ja, und wir werden es auch noch einmal am 5. Dezember hören. Man soll schon auch sagen, wer wofür verantwortlich ist. Da hat mir der Vortrag des Kollegen Ulm gut gefallen, das muss ich tatsächlich sagen. Er hat das sehr schön herausgearbeitet, dass immer wieder, auch im Kontrollausschuss, gesagt wurde: Die Stadt, die zuständigen Stadträte – es sind ja zwei –, können ja nichts dafür, nicht einmal die Magistratsabteilung oder die Wien Holding seien schuld, sondern die beauftragten Unternehmen. Alle anderen sind unschuldig, haben nichts damit zu tun und können eigentlich auch nichts tun, weil sowieso alles richtig gemacht wurde.

Wenn es wirklich so wäre, meine Damen und Herren, dann bräuchten wir keine Stadträte mehr, dann bräuchten wir keine Stadtregierung. Dann könnten wir die gesamte Stadtverwaltung irgendwelchen Rechtsanwälten übergeben oder noch besser Notaren. Dann würde womöglich alles furchtbar funktionieren. Aber diese Ausflucht oder diese Verleugnung einer Verantwortung ist natürlich kurios, und Dr Ulm hat das richtig angeführt. Natürlich haben Sie eine Verantwortung für das, was in Ihrem Geschäftsbereich passiert. Und Sie haben auch die Verantwortung, dass es in der Folge korrekt und richtig abgewickelt wird.

Man muss auch eines sagen: Die Hauptverantwortung in diesem Bereich ist meiner Meinung nach durchaus bei der Wiener Stadthalle – bei der Wiener Stadthalle Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft mbH, wie sie genau heißt – angesiedelt, und da haben die Geschäftsführer schon ein bisschen was verbockt, um es einmal freundlich und vorsichtig zu sagen. Darauf hinzuweisen ist, glaube ich, richtig und gut, und das sollte dann auch in Hinblick auf irgendwelche Haftungsfragen, die der Kollege Ulm auch skizziert hat, nicht ganz vergessen werden. Dass nämlich dafür zwei Leute verantwortlich waren, die die Prämien, was man so gehört hat und was man auch im Firmenbuch nachlesen kann, immer eingestreift haben, dem aber wirklich nicht gerecht geworden sind und dann für die wunderbare Erledigung ihrer Arbeit noch Prämien bekommen.

Tatsache ist, die Herrschaften, die zwei Geschäftsführer, die dafür vor allem verantwortlich sind, sind, warum auch immer, mit Ende des Jahres in Pension gegangen. Ich gehe davon aus, es war schon vorgesehen, und es ist reiner Zufall, dass die in Pension gehen. Soll so sein.

Auf eines möchte ich aber schon noch hinweisen. Liebe Kollegin Leeb, dass das eine Schlammschlacht ist, die von mir ausgelöst wird, soll bitte so beurteilt werden; ich habe ja nur festgestellt und auch eine Presseaussendung dazu gemacht, dass es halt schon auffällig ist, dass diese beiden Geschäftsführer zufälligerweise in strenger Hierarchie nach Rot und Schwarz aufgeteilt waren (*GRin Ing Isabella Leeb: Waren!*), und auch wieder sind, das kommt ja auch noch dazu. Der neue, zweite Geschäftsführer neben der Frau DDr Hoffmann kommt ja auch aus der schwarzen Reichshälfte. Er war zumindest Presse-

sprecher des Herrn Alois Mock. (*GRin Ing Isabella Leeb: Der war bei euch im FPÖ-Klub!*) Ich weiß nicht, ob der zur FSÖ oder zur ÖVP gehört hat? Egal, das nur nebenbei. Es war ganz lustig, dass du dich da so echauffiert hast, da hat man fast geglaubt, da fühlt sich wer ertappt. (*GRin Ing Isabella Leeb: Nein!*) – Gut, soll so sein.

Kommen wir zum eigentlichen Bericht beziehungsweise zum eigentlichen Thema, zur Wiener Stadthalle. Auch das wurde schon gut herausgearbeitet von Dr Ulm, und auch da kann ich dem Klubobmann der GRÜNEN recht geben. Gratulation an die Mitarbeiter der ÖVP, die haben sich da wirklich etwas angetan. Wenn man sich den Bericht durchliest, dann schüttelt man den Kopf. Da ist von Anfang an alles falsch gelaufen. Man ist von Anfang an auch bei der Beurteilung des Bauvorhabens – der Kollege Reindl grinst mich schon an – von vollkommen falschen Voraussetzungen ausgegangen. Das hätte aber nicht sein müssen. Kontrollamtsberichtsleser wissen mehr, das habe ich schon öfters gesagt. Es hat einen Vorbericht zu diesem Bericht gegeben, der ja eine Nachprüfung behandelt. Schon der Vorbericht hat sehr viele Probleme angerissen und hätte auch einen Nichttechniker erkennen lassen müssen, dass man da etwas mehr in die Materie einsteigen muss und dass man dann vielleicht nicht nur auf Grund von Sichtkontrollen festlegt, was gemacht werden soll und was nicht. Das hätte jeder aufmerksame oder seriöse Geschäftsführer, der das ernst nimmt, sofort erkennen müssen. Das Ergebnis sehen wir.

Man wollte krampfhaft verhindern – das wurde auch schon gesagt –, dass das Bad zusperrt. Oder man wollte halt versuchen, dass es möglichst kurz zusperrt, was ja grundsätzlich nachzuvollziehen ist. Aber es war die vollkommen falsche Entscheidung, wie wir sehen. Da hätte man durchaus ein paar Monate für eine korrekte Beurteilung der Lage verwenden sollen, dann hätte man sich einiges erspart. Ich glaube, das ist inzwischen allen klar, die diesen Kontrollamtsbericht gelesen haben. Das war der erste Fehler, man ist von falschen Voraussetzungen ausgegangen.

Die Bestellung des Generalplaners – wir haben es auch schon gehört – und der örtlichen Bauaufsicht sind kurios. Wenn man oft Kontrollamtsberichte liest, dann weiß man, dass das Kontrollamt sehr freundlich schreibt, aber diesmal hat es schon fast sehr unfreundlich geschrieben, das heißt, da muss schon wirklich einiges danebengegangen sein. Der Kollege hat es bereits zitiert, ich zitiere es auch wörtlich: „Unter den gegebenen Aspekten war die Zuschlagsentscheidung der Wiener Stadthalle somit nicht nachvollziehbar.“ – Also bezüglich der Generalplanung. Das sagt schon einiges aus.

Bezüglich der örtlichen Bauaufsicht haben wir auch schon gehört: Die Preisreduktion des Anbotspreises um plötzlich 44 Prozent ist nicht nachvollziehbar. – Nicht für mich, auch nicht fürs Kontrollamt. Die persönlichen Verflechtungen wurden auch schon erwähnt. Folgendes möchte ich auch zitieren, weil es ja doch sehr viel über die örtliche Bauaufsicht aussagt: Aus Sicht des Kontrollamts besaß dieses Anbot spekulativen Charakter. – Gut. Es geht weiter. Es ist wirklich fast schon tragisch zu

lesen, was da alles schiefgegangen ist, von den Fliesen über den Hubboden bis zur Undichtheit, und so weiter und so fort. Da ist also wirklich viel danebengegangen, und es wurde dann auch teilweise dilettantisch und chaotisch vorgegangen. Es wurden nicht die richtigen Schlüsse gezogen, sondern man hat halt immer weitergewurschtelt, sagen wir es einmal so.

Ich möchte noch auf eines Wert legen: StR Oxonitsch ist hier der Anfragebeantworter. Ich habe immer wieder festgestellt – das habe ich auch im Sonderausschuss gemacht –, dass in Wirklichkeit sehr viel davon in den Geschäftsbereich der Frau VBgmin Brauner fällt. Der Stadtrat – ihr habt (*in Richtung ÖVP*) das ausgeführt – hat sich dafür selber hingestellt und sozusagen die Verantwortung übernommen. Ob das so gescheit war, wird sich noch herausstellen. Aber es gibt auch tatsächliche Verantwortungen der MA 51, die man auch herausstreichen sollte und die nicht in Ordnung sind.

Es wurde schon angemerkt, ich möchte es aber trotzdem noch einmal wiederholen: Bei der begleitenden Kontrolle ist von Anfang an auch fast alles schiefgelaufen. Außerdem ist bei einem so großen Bauvorhaben – die Stadthalle ist ja kein Pimperlauftrag – eine Auftragssumme von rund 40 000 vielleicht zu wenig für die begleitende Kontrolle. Sicher sogar, wie wir jetzt festgestellt haben. In diesem Vertrag mit der begleitenden Kontrolle war vereinbart, dass die Auftragnehmer vierteljährlich Quartalsberichte zu legen haben. Wie sich herausgestellt hat, ist in diesen vierteljährlichen Quartalsberichten offensichtlich nichts drinnengestanden, zumindest nicht das, was von einer begleitenden Kontrolle drinnenstehen hätte sollen. Denn es wäre interessant, auch tatsächlich zu wissen, wen man da beauftragt hat. Die haben versagt, und zwar vollkommen.

Irgendwann war dann ganz große Aufregung, und plötzlich hat man versucht, die Reißleine zu ziehen und irgendeine Lösung herbeizuführen. Nur, es gibt bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Lösung, das wurde jetzt auch in der Anfragebeantwortung beantwortet. Jetzt haben wir einen Baustopp. Jetzt sind Sachverständige dort, teilweise schon fertig, wie wir vernommen haben, teilweise begutachten sie noch. Dann haben wir Gutachten. Dann haben wir aber auch nur Gutachten, die dann vielleicht im zivilrechtlichen, vielleicht sogar im strafrechtlichen Verfahren zu verwenden sind. Was wir aber nicht haben, sind Gutachten dafür, wie man weiter vorgehen soll. Daher sind wir auf dem Stand wie vor einem Jahr. (*GR Ingrid Isabella Leeb: Wie 2010!*) Man muss diesen Status quo sogar noch weiter nach hinten rücken. Das gehört auch einmal angeführt.

Das heißt, sich jetzt nur zurückzulehnen – man habe eh alles richtig gemacht, jetzt sei Baustopp, wunderbar, was hätte man denn sonst machen sollen –, das ist zu wenig. Ich glaube es Ihnen, dass Sie es nicht sagen können, aber es kann trotzdem nicht des Rätsels Lösung sein, dass man sagt, wir wissen alle nicht, was passieren soll. Jetzt gehört eine offensive Strategie her, wie man das Problem tatsächlich löst. Es muss auch alles auf den Tisch, das kann man sich jetzt tatsächlich erwarten.

Es wird auch interessant sein, inwieweit dann aus

den Gutachten tatsächlich die richtigen Schlüsse zivilrechtlicher Natur gezogen werden. Wir haben es schon gehört, Schadenersatz, rechtliche Ansprüche, das ist schon richtig. Die MA 51 hat natürlich die Möglichkeit, dann auf Grund dieses Vertrages von der Wiener Stadthalle Schadenersatz zu fordern, aber das ist – auch das haben wir schon gehört – mehr oder weniger von einem Tascherl ins andere. Interessanter wird es sein, was man den verantwortlichen Geschäftsführern vorwerfen werden kann und welche Schlüsse daraus gezogen werden.

Es wird auch zu prüfen sein, welche Rückschlüsse in Hinblick auf die beauftragten Unternehmen gezogen werden, welche schadenersatzrechtlichen Ansprüche sie zu bedienen haben. Und – auch das wurde schon gesagt – es wird auch interessant sein, wie finanziell potent diese dann sein werden. Denn, wie sagt man so schön in Wien? Einem Nackerten kann man nichts wegnehmen. Wenn die dann, aus welchem Grund auch immer, nicht mehr bestehen, die ARGE schon aufgelöst ist und die beteiligten Herrschaften oder die GmbH – oder in welcher Rechtsform auch immer das geschehen ist – nichts mehr haben, dann kann man ihnen auch nichts mehr wegnehmen. Das wird dann auch eine Frage sein, und die wird auch sehr interessant sein. Es wird auch sehr interessant sein, zu untersuchen, ob man diesbezüglich in Form von Versicherungen, von Bankgarantien oder sonstigen Sicherstellungen rechtzeitig vorgesorgt hat.

Meine Damen und Herren! Ich hebe mir noch ein bisschen Redezeit auf. Wir haben jetzt Gott sei Dank wieder 20 Minuten, in meinem Fall waren es nur 10 Minuten.

Ich kann zusammenfassen: Da ist nicht etwas passiert, sondern bei diesem Projekt ist alles schiefgegangen. Wir Freiheitliche werden sehr genau verfolgen, wie das Projekt jetzt weiter abgehandelt wird. – Danke schön. (*Beifall bei der FPÖ und von GR Dr Wolfgang Aigner.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zur Geschäftsordnung hat sich GR Mag Reindl gemeldet.

GR Mag Thomas **Reindl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren!

Nachdem ich heute, dem weiteren Sitzungsplan entsprechend, nicht mehr die Chance haben werde, im Vorsitz des Gemeinderates über den von Herrn Jung geforderten Ordnungsruf zu sprechen, halte ich fest, dass der Herr Jung keinen Ordnungsruf bei der Gemeinderatssitzung vom 29.10.2012 gefordert hat. Ich werde jetzt dem Gemeinderat kurz auch das Protokoll vorlesen, wo ich beurteilt habe, ob das, was der Herr Margulies gesagt hat, ordnungsruffähig ist oder nicht.

Der Herr Margulies hat gesagt – ich lasse jetzt Einleitungen weg –: „Seit vielen, vielen Jahren sitzen wir hier im Gemeinderat und im Nationalrat, und es sitzen hier keine Kommunisten mehr. Die Kommunistische Partei hat, glaube ich, weniger als 1 Prozent (*Aufregung bei GR Armin Blind.*), und ihr seht überall Kommunisten. (*Aufregung bei der ÖVP.*) Ihr hättet in der McCarthy-Zeit eure Freude gehabt. Ihr hättet wahrscheinlich den Nachbarn vernadert und gesagt, das ist ein Kommunist. Das irritiert

mich zwar ein bisschen (*Aufregung bei der FPÖ.*), weil es mich an die Blockwartzeit erinnert, und an diese Zeit erinnert ihr euch gerne, weil ihr auch in dieser Tradition steht. Nur, dass die ÖVP in dieser Tradition steht, das wird langsam aber sicher dramatisch. (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – GR Mag Wolfgang Jung: Ein grüner Größenwahn!*) Ich verstehe es nur nicht, aber wenn Sie überall Kommunisten sehen, dann gehen Sie zum Arzt. (*GR Mag Wolfgang Jung: Ein grüner Größenwahn! – Heiterkeit bei den GRÜNEN.*)

Ich komme jetzt tatsächlich zum Schluss: Herr Aichinger, Herr Stiftner, Herr Gudenus, Herr Mahdalik, Herr Baron, Herr Dadak, Herr Irschik – weil wir über Gewalt reden, über Verhetzung –, für die Formulierung, „eine amtsführende Verkehrsstadträtin, die seit ihrem Amtsantritt offenbar vorsätzlich sicherheitsgefährdend, polarisierend, aufhetzend und gewaltfördernd handelt, hat ihr Recht auf diesen verantwortungsvollen Posten verwirkt“, erteile ich einen Ordnungsruf.“ – Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ – Aufregung bei der ÖVP und der FPÖ.*)

Das ist das wörtliche Protokoll vom 29.10., das im Internet veröffentlicht ist.

Weiter geht es mit: Ich habe dann gesagt: „Herr Kollege Margulies, ein netter Versuch, dass Sie einen Ordnungsruf erteilen, aber die Kompetenz haben Sie leider nicht. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Oder Gott sei Dank nicht, sagen wir einmal so, wer weiß. Es hat in deiner Wortmeldung einige Worte gegeben, die ich nicht genau verstanden habe. Ich werde mir das Protokoll anschauen. Wenn es ordnungsruffähig ist, bekommst du einen Ordnungsruf, wenn nicht, keinen.“ – Soweit das Protokoll.

Ich habe mich entschieden, dass ich die Formulierungen für sehr hart und grenzwertig halte, dass ich aber dem Herrn Margulies keinen Ordnungsruf dafür gebe. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Vettermann. Ich erteile es ihm.

GR Heinz **Vettermann** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe geglaubt, der Herr Kollege Aigner ist noch vor mir, aber Sie haben ihn zurückfallen lassen. – Er ist gestrichen worden. (*GR Dr Wolfgang Aigner, neben dem Schriftführer stehend, verneint dies.*) – Er will gar nicht gestrichen sein, na gut, egal.

Ich spreche einmal zu dem, was bisher gesagt wurde, und zum Fall selbst, das andere wird sich ja in meinem Hintergrund irgendwie aufklären.

Zur Kollegin Leeb gesagt: Wenn Sie zuerst beklagen, dass man die Firmen in einen ruinösen Wettbewerb treibt und die sich immer gegenseitig unterbieten, muss man sagen, na ja, ein bisschen, ruinös soll es nicht sein. Aber natürlich haben Wettbewerb und Ausschreibung und teilweise EU-weite Ausschreibung den Sinn, auch einen Preisdruck zu erzeugen, sonst bräuchte man es ja nicht auszuschreiben. Deshalb stimme ich dem zu, sehe das aber durchaus auch positiv, weil dadurch die Projekte

günstiger werden.

Ich gebe auch zu, es ist kein Mirakel, die Projektvorbereitung ist eine wichtige Sache. Es gibt ja auch gut durchgeführte Projekte, aber dieses ist es natürlich nicht. Das ist klar. Ich habe ja den Kontrollamtsbericht inzwischen auch gelesen. Richtigerweise wurde aber schon gesagt, dass es natürlich auch genug andere Projekte gibt, diese vielen Projekte über 100 Millionen EUR, die wir zum Beispiel im Ausschuss hatten, die durchaus gut laufen. Auch die Projekte Messe und Hafen sind gut gelaufen. Da gibt es nun Kritik, und das will ich auch nicht abtun. Ich will jetzt auch nicht alles mit allem vergleichen. Sie haben gleich den Hauptbahnhof eingebracht und so weiter. Das finde ich deshalb nicht gut, weil es natürlich immer ganz unterschiedliche Ursachen für Preissteigerungen gibt. Beim Hauptbahnhof zum Beispiel war es so, dass der Bahnhof selber ja in Wirklichkeit nur ungefähr die Hälfte kostet und dass dann einiges dazugekommen ist, etwa die Zugförderung. Dass die Kalkulation immer ohne Mehrwertsteuer ist, sollten Sie von der Baubranche wissen, und dass eine Zusatzeinrichtung, nicht eine Wartung dazugekommen ist. Das gleich wieder als Beispiel einzubringen, hat deshalb kein Sinn, weil ganz andere Dinge zu diskutieren gewesen wären.

Dass das übrigens auch anderswo vorkommt, habe ich gerade jetzt gesehen, wo der Rechnungshof die Renovierung des Finanzministeriums zerpfückt und sagt, das hat sich alles verdoppelt. Es gibt wahnsinnig viele andere Projekte. Wir sind nicht allein, aber das soll uns ja auch nicht trösten, sondern wir sollen uns einmal darum kümmern, wo wir aktiv sein können.

Und da komme ich dann schon zum Kollegen Dr Ulm. Wenn Sie sagen, dann seien ja sozusagen das Generalunternehmen und die örtliche Bauaufsicht auch schuldig, mitschuldig oder daran beteiligt, muss man sagen, na ja, anders ist es ja auch nicht erklärbar. Denn wenn man zum Beispiel im Kontrollamtsbericht liest, dass ausgemacht war, dass die Bohrkern nummeriert und analysiert werden, und in Wahrheit wurde das nicht analysiert, gibt es falsche Laboruntersuchungen, sie werden auch nicht nummeriert, damit man nachschauen kann, sondern sie werden deponiert, dann muss man sagen: Wem soll man das anlasten, wenn es ein klares Verfahren gibt und dann passiert es aber nicht? – Natürlich sind da Generalunternehmen und örtliche Bauaufsicht einmal gefordert, sonst braucht man die ja gar nicht.

Dann wollte ich noch etwas sagen: Jetzt kann man leicht sagen, man hätte es sechs bis neun Monate vorher sperren sollen. (*GR Dr Wolfgang Ulm: Sechs bis neun Tage!*) Ich weiß ja nicht, ob uns das kollektiv gefallen hätte, wenn wir das vorher diskutiert hätten. Natürlich, um die Untersuchungen zu machen. Denn Ihre Idee, dass wir bei laufendem Betrieb renovieren – Sie meinen, wir reißen da die Balkone weg und unten schwimmt dann einer –, so etwas habe ich vorher noch nie gehört, das muss ich ehrlich sagen, das ist heute das erste Mal aufgetaucht. Und das wäre wirklich keine gute Lösung gewesen. Es hat auch niemand in der Diskussion gesagt,

sperrt es vorher lange zu und prüft es einmal gründlich. Und natürlich ist das auch hier von Ihnen gesagt worden. (GR Dr Wolfgang Ulm: *Das habe ich nie gesagt!*) – Nein? Sie haben gesagt, schnell soll es gehen, sperrt es ja nicht zu. Das war von der Opposition zu hören. Genau so.

Der Akt ist ja auch hier beschlossen worden, ohne den kann ja der Stadtrat gar keine Beauftragung vornehmen. Da ist auch noch das Geld beschlossen worden, und in diesem finanziellen Rahmen befinden wir uns ja immer noch. Das war plus/minus 20 Prozent. Zumindest im Moment ist es so. Wir sind ja alle keine Hellseher. Und der Generalplaner selbst hat über die Bauzeit gesagt, das mit den 17 Monaten ist ehrgeizig, aber möglich. Okay, wenn er es als möglich einschätzt – durch ein Vergabeverfahren, zu dem kommen wir noch –, dann ist es okay, wenn man auch einmal davon ausgeht.

Wenn Sie fragen, warum man dann nicht gleich die Firmen getauscht hat, als die Mängel aufgetreten sind, muss man sagen, da hat man es aber noch viel schwerer bei jeder Haftung. Der Baustopp war im Interesse der Steuerzahler und war notwendig, um entsprechende Beweise zu sichern. Daher war es richtig, diese Maßnahme auch durchzuführen. Und da hat man dann folgendes Problem: Wenn man zu einem Elektriker oder Fliesenleger sagt, nein, du nicht, das macht jemand anderer, passiert es wie beispielsweise beim Flughafen, dass immer die, die nachher oder vorher waren, sagen, der andere ist schuld. Das sind ganz, ganz schwierige Prozesse. Daher ist es richtig, die Firmen nicht aus der Haftung zu entlassen, sondern die Beweise zu sichern und auf einer ordnungsgemäßen Abwicklung zu bestehen.

Denn es ist ja klar, wer was leisten soll und muss und wie das Bad dann nachher aussieht. Also in dem Sinn wissen wir die Firmen. Wir werden schauen - dies ist noch nicht abgeschlossen -, wo es Fehler gibt, aber ich glaube, wir sind relativ am Ende, beziehungsweise ist jetzt durch diese Wiederbefüllung und den Vorabtest ja auch ein Ende absehbar. Und dann wird ja klar sein: Wo sind die Mängel? Und wer muss welche Mängel beheben?

Denn entsprechend geprüft wurde ja auf alle Fälle - seit 1974 ist von Sachverständigen überprüft worden -, wir haben sämtliche Genehmigungen gehabt, die Betriebssicherheit war auch dauerhaft in dem Sinn gewährleistet, und auch bei den Bauzustandserhebungen hat es natürlich Vorarbeiten gegeben, inklusive Brandschutz, Energieeinsparung.

Und die Sichtkontrolle wurde eben gewählt wegen des durchgehenden Badebetriebs. Man hat dann sogar Röntgenuntersuchungen, wo man aber ohnedies nichts erkennen kann, durchgeführt. Also es wurde dann wirklich, ich will nicht sagen, alles versucht, aber viel untersucht. Jetzt sind die Messsysteme auf alle Fälle gut ausgebracht. Sie sind durch die TU Wien sozusagen mit installiert worden, sodass hier Klarheit herrschen wird. Das heißt, diese Kontrolle scheint auch zu funktionieren (GR Mag Dietbert Kowarik: *Das ist falsch! – Jetzt gibt es nur ziviltechnische Gutachten!*), und die Bewegungen

werden entsprechend ... (GR Mag Dietbert Kowarik: *Das ist ein Unterschied, Herr Kollege: bautechnische Gutachten ...*) Ja, ja! (GR Mag Dietbert Kowarik: *... und rechtliche Gutachten!*) Ist klar. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Da wird ja ganz was anderes beurteilt!*) Ja. (Weiterer Zwischenruf von GR Mag Dietbert Kowarik.) Na ja, doch. Wir wissen dann, wo die Mängel sind und wie es aussieht. Also von dem her ist es in dem Sinn einmal gut. Und die Beweiserhebung ist ja schon notwendig für den Fall, dass es Gerichtsverfahren geben sollte. Denn im Interesse des Steuerzahlers ist es schon notwendig, dass nicht wir es einfach weiter zahlen, sondern dass man sagt, sie haben eine gute Idee, sie wollen es von den bösen Firmen - unter Anführungszeichen. (Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb.) – Na ja, aber so abwegig ist es ja auch wieder nicht, denn wenn ein Installateur oder ein Fliesenleger sagt, ja, machen wir es so oder so ... (GR Mag Dietbert Kowarik: *Ich hab nicht gesagt, dass es abwegig ist!*) - Ich sage ja nicht, dass Sie das gesagt haben, ich habe nur Sie jetzt angeblickt. Aber die Kollegin Leeb hat dazwischengerufen, und ich habe ihr nach links geantwortet und geradeaus geblickt. (GR Mag Dietbert Kowarik: *Vielleicht hätte man es ja auch parallel machen können!*) Ja, ich bin zwar nicht multitaskingfähig, aber es geht sich aus.

So, also ich war jetzt beim Baustopp. - Die Mängel, die festgestellt wurden, auch in dem Bericht, waren ja solche vom Fliesenleger, Baumeister, Elektriker bis hin zum Beckenbauer und zum Bädertechniker. Und daher, glaube ich, ist es gut und richtig, wenn das auch entsprechend dokumentiert wird.

Zum Kollegen Kowarik sei auch noch gesagt: Na ja, beim Zivilingenieur und auch bei den anderen Auswahlverfahren hat man gesagt, na gut, das macht ja nur eine Anwaltskanzlei, die darauf spezialisiert ist. Ich finde daran eigentlich auch noch nichts Verwerfliches. Wenn man sagt, na ja, gut, warum ist der Sieger dann so günstig?, muss ich sagen, ich glaube, auch der Zweitgereichte, soweit ich das gelesen habe, war sehr nahe daran, also ähnlich im Anbot. Daher wäre es ja von dem her auf alle Fälle so passiert.

Aber ich glaube, wir sollten da ja gar nicht eingreifen. Denn wenn man es dorthin übergibt, dann soll man das, was rauskommt, auch entsprechend akzeptieren.

Denn eines sage ich auch noch. Was die Zivilingenieure betrifft, kann ich mich an eine andere Diskussion erinnern, wo man gesagt hat: Auf keinen Fall soll es die Baupolizei oder, bei Großprojekten, die Gemeinde Wien selbst machen, denn die kann das nicht. Bitte gebt es endlich den Zivilingenieuren, die bringen das zusammen. Denn die Beamten werden entweder bestochen oder werden das nicht schaffen. - Jetzt hat sich bei der einen oder anderen Schwierigkeit, die wir inzwischen schon hatten, herausgestellt, dass auch die Vergabe an Private und an private Zivilingenieure nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluss ist. Ich will jetzt nicht sagen, dass wir zum alten System zurückkehren sollen, aber vielleicht wäre da auch eine gesunde Mischung günstig. Denn eines ist schon klar: Wenn man sagt, okay, ihr selber könnt es nicht, daher vergebte es!, und wenn man es

vergibt, dann sagt man, na gut, ihr könnt euch da nicht abputzen! (*Zwischenruf von GRin Ing Isabella Leeb*), dann hat das von der politischen Diskussion her keinen Sinn.

Dementsprechend glaube ich: Die Fakten liegen auf dem Tisch. Das sind natürlich unerfreuliche Fakten, aber der eingeschlagene Weg stellt sicher, dass die Mängel behoben werden und dass das Bad ordnungsgemäß und funktionsfähig übergeben wird, und das ist ja letztendlich auch unser politisches Ziel. – Vielen Dank. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Ich möchte den Fehler bei meinen Aufzeichnungen jetzt insofern korrigieren, als ich Herrn GR Dr Aigner das Wort erteile. Er ist bei mir gestrichen gewesen, da dürfte ein Missverständnis passiert sein. Tut mir leid.

GR Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Herr Vorsitzender! Ich habe mich nicht taktisch zurückfallen lassen, sondern es ist ganz einfach passiert. (*GR Mag Wolfgang Jung: Wie das Stadthallenbad!*)

Meine Damen und Herren, es ist ganz interessant. Zuerst möchte ich damit beginnen, dass der Kontrollamtsbericht ein Beweis dafür ist, dass wir wirklich ein funktionierendes und kontrollierendes Kontrollamt haben. Denn das ist wirklich eine ausgesprochen fundierte und nüchterne Darstellung von vielen Versäumnissen, und das zeigt auch, dass in diesem Bereich sehr gut gearbeitet wird.

Und aus diesem Kontrollamtsbericht sieht man dann irgendwie das Prinzip der Homöopathie bei der politischen Verantwortung. Also man hat einen Wirkstoff, man hat politische Verantwortung im Kernbereich der Stadt Wien - und dann gründet die Stadt Wien mehrere Gesellschaften, und die beauftragen sich gegenseitig; es gibt auch formalisierte Ingerenzmöglichkeiten, Weisungsrechte. Und am Schluss landet man - ich kürze das jetzt ab - bei einer nicht namentlich genannt werden wollenden, angeblich renommierten Anwaltskanzlei, die dann irgendetwas macht, und es kann dann niemand etwas dafür. Ich bin ja bei Gott kein Neoliberaler oder jemand, der da jetzt für Privatisierungen ist, aber eigentlich: Die Holding gehört der Stadt, die Stadthalle gehört der Holding, die der Stadt gehört, das Sportamt gehört der Stadt - also muss es doch irgendwo auch eine politische Verantwortung für etwaige Missstände geben. (*Beifall bei FPÖ und ÖVP.*)

Und dafür muss man dann auch geradestehen! Es gab natürlich ein Vergabeverfahren und so weiter, aber auch ein Geschäftsführer sieht - und so viel muss man als Geschäftsführer doch auch Ahnung haben von den Dingen -, dass da jemand vorgeschlagen wird, der die Formalkriterien nicht erfüllt hat, dass da also etwas nicht stimmt. - Also irgendwo hat es da gravierende Mängel gegeben.

Und was mir jetzt im Nachhinein fehlt, ist: Jetzt gibt es diesen Zustand - und es gibt überhaupt keine Perspektive! Man weiß nicht, wie es weitergehen soll. Es wäre ja auch eine Entscheidung, zu sagen, wir machen das dicht und lassen das, oder wir gehen her und sagen, wir gruppieren das Stadthallenbad um und geben es der

MA 44. Das wäre ein politischer Ansatz. Oder man beschließt, so wie Griechenland um jeden Preis gerettet werden muss, wir retten das Stadthallenbad um jeden Preis. - Aber es ist zur Zeit eigentlich überhaupt nichts, es ist einfach jetzt Stillstand. Es werden Beweise erhoben, und ich kann mich auch an den Sondergemeinderatsausschuss erinnern, wo man ja damals schon gesagt hat, na ja, selbst wenn es schadenersatzpflichtiges Verhalten gibt, dieser Schadenersatz wird ohnedies nie hereinkommen, denn das können sich die Firmen nicht leisten.

Und das ist eigentlich auch das, was die Aufgabe der Politik wäre, nämlich eine Perspektive zu geben: Wie wird das weitergehen? Wie will man, dass es weitergeht? - Die Gerichte werden Ihnen diese politische Verantwortung nicht abnehmen können. Es kann ja nicht sein, dass die Millionen verbaut worden sind und dass dann einfach nichts passiert! - Und das ist eigentlich das, was man sich von der Politik erwartet.

Ich komme da zurück auf meine heutige Anfrage betreffend das Hanappi-Stadion. Ich meine, einfach der Hinweis: Das ist St Hanappi, und darüber darf man nicht reden!, das ist ja auch keine politische Antwort. Das gehört der Stadt Wien, und jetzt kann man hergehen und sagen, wir schenken das Hanappi-Stadion dem SK Rapid, und macht, was ihr wollt! - Das ist eine mögliche politische Entscheidung. Aber zu sagen, wir bewilligen Geld für eine Sanierung, ohne zu prüfen: Wie schaut es in diesem Stadion aus? Wie geht es dort weiter?

Jetzt stellt man sich hin und sagt, ein Präsident, den es vielleicht schon bald nicht mehr gibt, der schon gesagt hat, er tritt zurück, die sollen sich das aussuchen! - Das ist einfach kein politisches Agieren! Das gehört der Stadt Wien, und wenn man den Rapidlern sagt, wir stellen euch woanders ein Stadion hin, dann gibt es die Möglichkeit, dass sie dort hingehen oder sich eben selbst ein Stadion organisieren. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber einfach nichts zu tun und zu sagen, so, und jetzt steht alles!, das ist mir eigentlich zu wenig.

Also das Vergangene ist geschehen. Es gibt vielleicht ein gewisses Muster, dass es bei manchen Großprojekten Probleme gibt. Da soll jetzt auch gar niemand in dem Sinn in die Verantwortung hineingenommen werden. Aber das Mindeste, was man sich jetzt erwarten könnte, ist, dass ein klarer politischer Wille geäußert wird: Was wollen wir? Wie soll es in einem halben Jahr dort ausschauen? - Man kann halt das nicht nur an Gerichte oder an irgendwelche Behörden delegieren, sondern das wäre eigentlich das, was man sich jetzt von einem Politiker in einem politischen Gremium erwarten würde, Herr Stadtrat.

Und vielleicht gibt es da diesen Willen - und es besteht ja Konsens darüber, dass das Stadthallenbad wichtig ist für die Stadt und so weiter. Es ist ja nicht so - weil es immer heißt, es wird Kleingeld daraus geschlagen -, dass irgendjemand glücklich darüber wäre, dass das Bad geschlossen ist und dass da Geld abhanden gekommen ist. Das ist vielmehr ein Zustand, der alle unzufrieden macht. Es ist auch ganz klar, dass das letztendlich von Ihnen nicht zu beeinflussen ist, aber sozusagen der

Ausblick, der hat mir noch gefehlt, und ich hoffe, dass wir den Ausblick, wie es mit dem Stadthallenbad und mit anderen wichtigen Sportstätten in Wien weitergeht, in Bälde auch geliefert bekommen. Dann wird man darüber diskutieren und auch die notwendigen Beschlüsse durchaus auch einvernehmlich fassen können, denn es ist ja nicht gesagt, dass das hier nicht auf breite Zustimmung stoßen könnte. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GRin Ing ... *(GRin Ing Isabella Leeb – nach Rücksprache mit den gleichfalls noch zu Wort gemeldeten GRInnen Mag Dr Barbara Kappel und Mag Thomas Reindl auf ihren Sitzplatz zurückkehrend -: Nichts! Alle würden sich streichen lassen!)* Bitte? *(GRin Ing Isabella Leeb: Wir würden uns alle drei streichen lassen! – Es ist ein bisschen spät, ich weiß!)* - Ich nehme das so zur Kenntnis, wenn das mit Frau Dr Kappel so besprochen wurde *(GRin Mag Dr Barbara Kappel bejaht dies.)* und mit Mag Reindl so besprochen wurde. *(GR Mag Thomas Reindl: Ich verzichte!)* – Okay. *(GRin Mag Dr Barbara Kappel: Ich würde gerne noch eine kurze Stellungnahme machen! – GR Mag Thomas Reindl: Na dann! – GRin Ing Isabella Leeb: Nein, nein, nein! – Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.)*

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Eine tatsächliche Berichtigung – das liegt mir nämlich wirklich am Herzen – auf die Ausführungen des Kollegen Strobl, weil ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Moment! Eine tatsächliche Berichtigung muss angemeldet werden. - So gehen wir nicht vor! *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Ein bisschen Form sollen wir schon wahren. *(GRin Mag Dr Barbara Kappel: Was soll ich jetzt tun? - GR Mag Wolfgang Jung: Sie kann jederzeit ...)* Nein, nicht „Sie kann jederzeit“. *(GR Mag Wolfgang Jung: Aber wirklich! Das kann sie in jeder Rede sagen! – Wo sind wir denn? – GRin Mag Dr Barbara Kappel: Darf ich eine tatsächliche Berichtigung machen? – Neuerlicher Zwischenruf von GR Mag Wolfgang Jung.)*

Also bitte, versuchen wir das Ganze nicht ins Lächerliche zu ziehen! Das ist etwas, was genauso wenig geht! Wenn Frau Dr Kappel sagt, nein, ich nehme meine Wortmeldung wahr, und dann zum Rednerpult geht und sagt, ich mache eine tatsächliche Berichtigung, dann ist das etwas anderes!

Und daher, bitte: Wenn Sie eine tatsächliche Berichtigung machen wollen, dann bitte ich darum. *(GRin Mag Dr Barbara Kappel: Danke sehr!)* Aber das geht nicht so automatisch.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** *(fortsetzend)*: Danke sehr, Herr Vorsitzender! Und bitte glauben Sie mir, ich wollte sicherlich nicht gegen die Geschäftsordnung des Hauses verstoßen. Ich hätte mich aber zu diesem Thema schon viel früher zu Wort gemeldet. Ich wollte gerne zu den Ausführungen des Herrn Berichterstatters Strobl kurz Stellung nehmen, weil ich bedauerlicherweise nach dem Tag ... *(GR Kurt Wagner: Wenn Sie Stellung nehmen, ist es keine tatsächliche Berichtigung! – Weiterer Zwischenruf.)* – Wie immer Sie das werten wollen, ich sage das jetzt einfach, weil ich glaube, wir haben so ein

gutes Auskommen miteinander, dass ich das sagen kann.

Ich war bedauerlicherweise nicht anwesend bei der Postnummer 3, bei dem Schwerpunktthema, das eigentlich ein Thema des Finanzausschusses war, nämlich die gemeinsame Hilfsaktion. Und Sie sagten dann in Ihrer Stellungnahme als Berichterstatter am Ende dieses Tagesordnungspunktes unter Bezugnahme auf den Unterausschuss Wiener Stadtwerke von der letzten Woche - ich zitiere, ich habe mir das Protokoll geben lassen -, ich hätte mich bedankt für die sachlichen Ausführungen des geladenen Vorstandes der Wiener Stadtwerke Holding AG für den Bereich Energie und dafür, dass ich jetzt wisse, wofür die 930 Millionen EUR Verlust entstanden sind.

Richtig ist vielmehr, dass ich mich für die strategischen Perspektiven des Vorstandes bedankt habe. Es gibt ja, wie Sie wissen, seit einiger Zeit einen neuen Vorstand in der Wiener Stadtwerke Holding, Herrn Dipl-Ing Hall, und ich habe mich bedankt für seine Perspektiven, und ich habe Dipl-Ing Hall auch gesagt, dass ich in weiten Bereichen mit diesen Perspektiven übereinstimme. Ebenso sagte ich, dass ich ihn für einen branchenkompetenten Fachmann halte und ich mich persönlich freue, dass es gelang, eine so branchenerfahrene Persönlichkeit für ein Unternehmen im Bereich der Gemeinde Wien zu gewinnen.

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Sehr geehrte Frau Dr Kappel! Ich habe bis dato keine tatsächliche Berichtigung gehört.

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** *(fortsetzend)*: Das ist die tatsächliche Berichtigung: Ich habe gesagt ...

Vorsitzender GR Godwin **Schuster** *(unterbrechend)*: Zu welcher Aussage?

GRin Mag Dr Barbara **Kappel** *(fortsetzend)*: Zur Aussage des Herrn Berichterstatters Strobl zu Tagesordnungspunkt 3, der gemeinsamen Hilfsaktion für die U-Bahn-Förderung.

Also – kurz: Ich habe mich positiv geäußert im Unterausschuss zum Thema Unternehmensstrategie. Und ich finde sie gut, die vorgetragene Strategie. Ich weiß nicht, ob Sie - es war von den GRÜNEN niemand im Unterausschuss - das auch gut finden. Das weiß ich nicht. Mir hat die dargelegte Strategie gefallen, und ich habe Dipl-Ing Hall das gesagt.

Wofür ich mich aber nicht bedankt habe – und das ist nun die tatsächliche Berichtigung -, war die Information über die 930 Millionen EUR Verlust, denn ich glaube, mich zu erinnern, dass Dipl-Ing Hall das gar nicht erläutert hat.

Dafür bedanke ich mich jetzt aber bei Ihnen, nämlich dafür, dass Sie mich informiert haben, dass 750 Millionen EUR davon von den Pensionsverpflichtungen der Gemeinde Wien stammen. Ich recherchiere diese Zahl nämlich schon seit einiger Zeit. Also danke, jetzt weiß ich es. Das erspart mir viel Arbeit, und das ist gut für mich. *(Zwischenruf von GRin Barbara Novak.)* Also jetzt weiß ich es, danke. Danke auch für Ihre Erläuterungen.

Und zusätzlich möchte ich sagen, dass man hier natürlich von einer Misswirtschaft sprechen kann, wenn es

einen enorm erhöhten Abschreibungsbedarf auf Grund von Fehlinvestitionen gibt. Das sagt ja das Wort schon: Fehlinvestition hat mit Fehlentscheidung und somit Misswirtschaft zu tun, mit fehlender Managerkompetenz und daraus folgenden Managementfehlern. Es handelt sich hier um einen Fall von Misswirtschaft und solche Misswirtschaften werden wir auch in Zukunft aufzeigen,

so wie wir dies bei der Stadthalle tun und in vielen anderen Bereichen auch. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Vorsitzender GR Godwin **Schuster**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte über die Beantwortung der Dringlichen Anfrage ist somit beendet.

(Schluss der öffentlichen Sitzung um 16.16 Uhr.)